

# Jahrbuch für WIRTSCHAFTS GESCHICHTE

1993/1

Herausgeber: Hartmut Krombholz (Veranstaltungswissenschaften, Universität  
Leipzig) und Ingrid Krombholz (Geschichte, Universität Leipzig)  
Herausgeberin: Ingrid Krombholz (Geschichte, Universität Leipzig)  
Herausgeber: Hartmut Krombholz (Veranstaltungswissenschaften, Universität  
Leipzig) und Ingrid Krombholz (Geschichte, Universität Leipzig)

Editorial Board: Hartmut Krombholz (Leipzig), Ingrid Krombholz (Leipzig),  
Günter Dreyer (Leipzig), Hans-Joachim Lauth (Leipzig),  
Ulrich Pfeiffer (Leipzig), Hans-Joachim Lauth (Leipzig)

Verantwortlich für den Inhalt: Hartmut Krombholz  
Leipzig, 1993

Geschäftsbereich: Leipzig  
Leipzig, 1993

Redaktion: Hartmut Krombholz, Ingrid Krombholz  
Leipzig, 1993

Herausgeber: Hartmut Krombholz, Ingrid Krombholz  
Leipzig, 1993  
Verlag: Akademie Verlag  
Leipzig, 1993

# Jahrbuch für WIRTSCHAFTS GESCHICHTE

**Herausgeber:** Hartmut Harnisch (Potsdam), Karin Hausen (Berlin),  
Hartmut Kaelble (Berlin), Peter Kriedte (Göttingen),  
Dietmar Petzina (Bochum), Toni Pierenkemper  
(Frankfurt/Main), Heinz Reif (Berlin), Bertram  
Schefold (Frankfurt/Main)

**Unter beratender Mitarbeit von:**

Wacław Długoborski (Breslau), Barry Eichengreen  
(Berkeley), Rainer Fremdling (Groningen), Patrick  
Fridenson (Paris), Eiichi Hizen (Tokio), Robert Lee  
(Liverpool), Alan Milward (London), Milan Myška  
(Ostrau), Jan Peters (Potsdam), Sidney Pollard (Shef-  
field), Gianni Toniolo (Venedig)

**Verantwortlich für Teil 1/1993:**

Hartmut Kaelble

**Geschäftsführender Herausgeber:**

Toni Pierenkemper

**Redaktion:** Wilfried Forstmann, Marie-Luise Georg

Historisches Seminar, Johann Wolfgang Goethe Universität, Senken-  
berganlage 31, 60054 Frankfurt am Main

Tel. 0 69 / 7 98-3371, 7 98-2369, Fax. 0 69 / 7 98-2702

Jahrbuch für

1993/1

# WIRTSCHAFTS GESCHICHTE

Bernward Müller

Die Preisentwicklung in der DDR 1949

und die Wirtschaftspolitik der DDR 1949

Frankfurt/Gießen

Die Wirtschaft der DDR 1949

Nachkriegswirtschaft und Wirtschaftspolitik der DDR

von Frankfort/Gießen

Frankfurt

Die Wirtschaft der DDR 1949

Nachkriegswirtschaft und Wirtschaftspolitik der DDR

von Frankfort/Gießen

Frankfurt

Die Wirtschaft der DDR 1949

Nachkriegswirtschaft und Wirtschaftspolitik der DDR

von Frankfort/Gießen

Frankfurt

Die Wirtschaft der DDR 1949

Nachkriegswirtschaft und Wirtschaftspolitik der DDR

von Frankfort/Gießen



Akademie Verlag

ISBN 3-05-002203-5

ISSN 0075-2800

© Akademie Verlag GmbH, Berlin 1993

Der Akademie Verlag ist ein Unternehmen der VCH Verlagsgruppe.

Alle Rechte, insbesondere die der Übersetzung in andere Sprachen, vorbehalten. Kein Teil dieses Buches darf ohne schriftliche Genehmigung des Verlages in irgendeiner Form – durch Photokopie, Mikroverfilmung oder irgendein anderes Verfahren – reproduziert oder in eine von Maschinen, insbesondere von Datenverarbeitungsmaschinen, verwendbare Sprache übertragen oder übersetzt werden.

All rights reserved (including those of translation into other languages). No part of this book may be reproduced in any form – by photoprinting, microfilm, or any other means – nor transmitted or translated into a machine language without written permission from the publishers.

Druck: GAM Media GmbH, Berlin

Printed in the Federal Republic of Germany

# Inhalt

## I. Abhandlungen und Studien

### *Bernd Wunder*

- Das Prüfungsprinzip und die Entstehung  
der Beamtenschaft in Deutschland..... 11

### *Françoise Cribier*

- Die Vielfalt der Berufe und der sozialen  
Stellungen einer um 1908 geborenen Generation  
von Pariser Büroangestellten..... 27

### *Hervé Joly*

- Die "Ingenieurs du Corps des Mines" und die  
Bergassessoren. Ein Vergleich industrieller  
Eliten..... 45

### *Bernd Dornseifer*

- Zur Bürokratisierung deutscher Unternehmen  
im späten 19. und frühen 20. Jahrhundert..... 69

## II. Diskussion

### *Hartmut Harnisch*

- Georg Friedrich Knapp.  
Agrargeschichtsforschung und sozialpolitisches  
Engagement im Deutschen Kaiserreich..... 95

### *Susanne Rouette*

- Die Realitäten der Zahlen.  
Arbeitsmarktstatistik und Politik zu  
Beginn der Weimarer Republik .....133

**Klaus O.W. Müller**

Anmerkungen zu nachgelassenen Manuskripten Karl Büchers.....	155
---	-----

### **III. Forschungs- und Literaturberichte**

**Hartmut Kaelble**

Vergleichende Sozialgeschichte des 19. und 20. Jahrhunderts: Forschungen europäischer Historiker.....	173
---	-----

**Ilona Buchsteiner**

Wege und Auswege aus der Krise: Stabilisierungskonzepte und Modernisierungs- strategien der ostdeutschen Landwirtschaft an der Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert.....	201
--	-----

**Autorenverzeichnis**

## Abhandlungen und Studien

## Vorbemerkung

Im Verlauf des 20. Jahrhunderts hat die Zahl der in den Büros von Verwaltungen und Dienstleistungen Beschäftigten erheblich schneller zugenommen als die der Beschäftigten im Bereich der Produktion. In den vergangenen Jahrzehnten seit dem Zweiten Weltkrieg sind Büroberufe in den entwickelten Gesellschaften sogar erheblich wichtiger geworden als Tätigkeiten in der Produktion. Trotzdem hat sich die Sozial- und Wirtschaftsgeschichte unverhältnismäßig stark mit der Arbeit im Bereich der Produktion und unverhältnismäßig wenig mit der im Büro befaßt. Für das 4. französisch-deutsche Sozialhistorikertreffen im Februar 1991 in Berlin ist deshalb die "Welt des Büros" als Thema ausgewählt und sind Referenten zur Geschichte des Managements und der Karrieren im Büro eingeladen worden. Die Tagung, über die ich schon im letzten Heft berichtet habe, wurde von Patrick Fridenson, Jürgen Kocka und mir organisiert. Für die vorliegende Ausgabe wurden allgemeinere Beiträge aus dieser Tagung ausgewählt und zum Teil übersetzt. Eine Publikation aller Beiträge in französischer Sprache ist geplant.

Hartmut Kaelble

# Das Prüfungsprinzip und die Entstehung der Beamtenschaft in Deutschland

Von Bernd Wunder (Konstanz)

Eine Prüfung ist in Deutschland seit dem Anfang des 19. Jahrhunderts das entscheidende Kriterium für den Zugang zum Staatsdienst.<sup>1</sup> Dieser stellte neben der Kirche die umfangreichste bürokratische Organisation dieser Zeit dar und wurde zum Vorbild für alle späteren derartigen Organisationen. Das Prüfungsprinzip bildete die Basis der staatlichen Personalpolitik. Schon für die beteiligten Zeitgenossen des frühen 19. Jahrhunderts war daher der Staatsdienst die "gebildete Intelligenz" schlechthin (Hegel), eine Organisation, "zu der nur Geist und Bildung den Weg bahnen können" (W. von Humboldt)<sup>2</sup>, und in Abwehr der aufkommenden Bürokratiekritik wurde unter Hinweis auf die allgemeine Zugänglichkeit der Prüfungen betont: "Die Staatsdiener sind keine besondere Kaste ... und wenn man auf die Rekrutierung dieses Standes sieht, so muß man sagen, es ist ein demokratisches Institut".<sup>3</sup> Der Prüfungsgrundsatz wurde auch in der frühen staatsrechtlichen Literatur sowie in den vormärzlichen Verfassungen und Grundgesetzen festgeschrieben. Entsprechend konstatierte der Staatsrechtler Johann Michael Seuffert 1793 in seiner Schrift "Vom Verhältnis des Staates und der Diener des Staates gegeneinander in rechtlichem und politischem Verstande" lapidar: "Niemand erhält ein Amt, ohne vorher eine Prüfung ausgehalten zu haben",<sup>4</sup> und das preußische Allgemeine Landrecht (ALR) setzte ähnlich allgemein fest: "Es soll

---

1 Vgl. insgesamt R. Meyer, Das Berechtigungswesen in seiner Bedeutung für Schule und Gesellschaft im 19. Jahrhundert, in: Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft 124, 1968, S. 163-75; B. Fischer, Rekrutierung und Ausbildung von Personal für den modernen Staat: Beamte, Offiziere und Techniker in England, Frankreich und Preußen in der frühen Neuzeit, in: R. Koselleck (Hg.), Studien zum Beginn der modernen Welt, Stuttgart 1977, S. 194-217; W. Bleek, Von der Kameralausbildung zum Juristenprivileg, Berlin 1972; B. Wunder, Geschichte der Bürokratie in Deutschland, Frankfurt a. M. 1986.

2 W. Bleek, a.a.O., S. 39.

3 So der Heidelberger Professor Zell in der 2. badischen Kammer am 16. XI. 1848, vgl. Verhandlungen der Stände-Versammlung des Großherzogthums Baden. Protokolle der 2. Kammer, Session 1847-1849, 8. Protokollheft = Ph., S. 219.

4 Ebenda, S. 49.

niemandem ein Amt aufgetragen werden, der sich dazu nicht hinlänglich qualifiziert und Proben seiner Geschicklichkeit abgelegt hat".<sup>5</sup> In den vormärzlichen Beamtenetzen und Verfassungen tauchte dieser Grundsatz wieder auf, am deutlichsten in der württembergischen Verfassung von 1819: "Niemand kann ein Staatsamt erhalten, ohne zuvor gesetzmäßig geprüft und für tüchtig erkannt zu sein".<sup>6</sup> Wenn in späteren Verfassungen und Beamtenetzen der Prüfungsgrundsatz nicht mehr explizit genannt wurde, so lag das daran, daß er als selbstverständlich galt und die Beamtenetze selbst nicht mehr das Ernennungsverfahren, sondern nur noch die umstrittene Entlassungsfrage, nämlich Inamovibilität und Pensionsanspruch, regelten. Im Bonner Grundgesetz von 1949 wie auch in der Weimarer Verfassung von 1919 hat der Prüfungsgrundsatz jedoch wieder Verfassungsrang erhalten: "Jeder Deutsche hat nach seiner Eignung, Befähigung und fachlichen Leistung gleichen Zugang zu jedem öffentlichen Amt".<sup>7</sup> Dabei bedeutet "Eignung" nach übereinstimmender Auskunft der einschlägigen Kommentare charakterliche Eignung, sowie Befähigung und fachliche Leistung, was im preußischen ALR mit Ausbildung und praktischer Erfahrung umschrieben wurde.

Der Prüfungsgrundsatz als Selektionsmittel bedeutet, daß die Befähigung unabhängig von der Vergabe einer Stelle festgestellt wird, d.h. die Prüfung ist kein Kooptationsverfahren oder Initiationsritus durch die späteren Kollegen. Dies beinhaltet ferner, daß die Prüfung nicht durch die vorgesetzte Behörde, sondern eine zentrale Stelle oder eine besondere Prüfungskommission vorgenommen wird. Sie impliziert zum dritten, daß die Prüfungsinhalte - zumindest bei der Ausbildung - praxisfern sind, d.h., daß theoretische, auf Schulen und Hochschulen erworbene Kenntnisse und Fähigkeiten selbst ohne oder mit geringer Beziehung auf ihre spätere berufliche Verwendbarkeit überprüft werden.

\*

Die Aufnahme in die Verfassung verdankt der Prüfungsgrundsatz dem Gleichheitspostulat, das einen zentralen Stellenwert in den Menschen- und Grundrechten einnimmt. Die Anwendung des Gleichheitsgrundsatzes auf den Staatsdienst richtete sich gegen das adlige Ämterprivileg, das im preußischen ALR 1794 noch ausdrücklich bekräftigt worden war.<sup>8</sup> Nach dem Vorbild der französischen Erklärung der Menschenrechte von 1789 wurde die Gewährleistung des gleichen Zugangs zu den staatlichen Ämtern seitdem in alle Verfassungen übernommen. Während aber die französische Verfassung von

5 II. Theil, 10. Tit., § 70.

6 § 44 der Württembergischen Verfassung vom 25.IX.1819, vgl. *E.R. Huber (Hg.)*, Dokumente zur deutschen Verfassungsgeschichte, Bd. 1, Stuttgart 1978, S. 192.

7 Art. 33, Abs. 2 des Bonner Grundgesetzes, vgl. Art. 28, Abs. 1 der Weimarer Reichsverfassung.

8 II. Theil, 9. Tit., § 1.

1791 für die Besetzung der Ämter den Grundsatz der Wahl einführt,<sup>9</sup> wurde der Prüfungsgrundsatz zum deutschen Selektionsinstrument. Eine Besetzung der Ämter durch Wahl - vom Richter bis zum Offizier - war in Deutschland nur eine Forderung der vormärzlichen Liberalen. Mit der Niederschlagung der 48er Revolution verschwand diese Alternative zum Prüfungsgrundsatz in Deutschland aus der politischen Diskussion.

Der Prüfungsgrundsatz<sup>10</sup> setzte sich in der Aufklärung durch. Zwar ist er älter und gewann v.a. im kirchlich-schulischen Bereich schon im 16. Jahrhundert weiten Boden, wie die evangelischen Kirchenordnungen, die Beschlüsse des Konzils von Trient und die Organisation der Jesuitenschulen belegen. Im engeren staatlichen Bereich setzte sich der Prüfungsgrundsatz erst mit der Rezeption des römischen Rechtes durch. Die universitätsinternen Prüfungen, die primär der Qualifikation für die Lehre dienten, wurden schon frühzeitig nicht als staatliche Eingangsprüfungen anerkannt. Die erste Fachprüfung für ein Amt wurde 1570 für die Assessoren des Reichskammergerichts eingeführt, die die Bearbeitung eines Rechtsfalles, die sog. Proberelation, vorlegen und mündlich verteidigen mußten. Diese Prüfung war aber nur ein Teil des Auswahlverfahrens, dem sich die von den Reichsständen präsentierten Kandidaten unterwerfen mußten. Nach dem Vorbild des Reichskammergerichts setzte sich die Proberelation als Aufnahmeprüfung über die Berufsgerichte der einzelnen Reichsstände nach und nach für alle Justizpositionen durch. Da Verwaltung und Justiz nicht getrennt waren, umfaßten diese fast die gesamte innere Verwaltung. Im 18. Jahrhundert war es schließlich üblich geworden, daß jeder Jurist bei seinem Eintritt in staatliche Dienste geprüft wurde.

Dieses - später sogenannte - erste Staatsexamen wurde im 18. Jahrhundert in Preußen und nach seinem Vorbild zwischen 1780 und 1810 in allen größeren deutschen Staaten um eine praktische, verwaltungsinterne Ausbildungsphase und eine abschließende zweite staatliche Prüfung ergänzt. Die universitäre Ausbildung im Privatrecht bereitete allenfalls auf eine gerichtliche Tätigkeit vor. Um den Bedarf für die Innen- und Finanzverwaltung zu decken, unternahmen die Regierungen einmal den kurzlebigen Versuch einer eigenständigen, kameralistischen Ausbildung an den Universitäten, die aber nur als Ergänzung der Juristenausbildung eine zeitweilige Bedeutung erringen konnte. Zukunftsweisender war die Systematisierung einer praktischen, verwaltungsinternen Vorbereitungszeit, die sich als Wartezeit de facto schon eingebürgert hatte und die in Preußen 1755 in der Justiz und 1770 in der Verwaltung durch eine abschließende Prüfung ergänzt wurde.<sup>11</sup> Die Einführung dieses Referendariats war die Rückkehr zu einer Ausbildung durch

9 Art. 6 der Menschenrechte vom 26.VIII.1789, vgl. ferner in der Verfassung vom 13.IX.1791: Tit. III, Art. 5; Kap. 4., Sektion II, Art. 2; Kap. 5, Art. 2; Tit. IV, Art. 6, vgl. *J. Godechot (Hg.), Les Constitutions de la France depuis 1789*, Paris 1979.

10 *R. Wendt, Die bayerische Konkursprüfung der Montgelas-Zeit. Einführung, Historische Wurzeln und Funktion*, München 1984, S. 183-249.

11 *W. Bleek, a.a.O., S. 73-79.*

praktische Tätigkeit im angestrebten Beruf, wie sie im Handwerk immer die Regel war und die nun zur berufsentscheidenden großen Staatsprüfung führte.

Als letzte Stufe des entstehenden dreistufigen Ausbildungssystems wurde der zeitlich erste Teil der theoretischen Ausbildung, die Lateinschule, normiert bzw. das Abitur als Immatrikulationsvoraussetzung für die Universitäten eingeführt. Indem die üblichen, schulinternen Jahresabschlussprüfungen zuerst zur Voraussetzung für die Bewilligung eines Universitätsstipendiums, dann zur Voraussetzung für den Universitätsbesuch überhaupt ausgebaut wurden, wurde der Gymnasialbesuch obligatorisch für den Zugang zur Universität und damit auch für den Zugang zum Staatsdienst. Diese 1788 als Stipendienregulierung begonnene Entwicklung wurde in Preußen 1810 und im Deutschen Bund 1834 im Zuge der Demagogenverfolgung abgeschlossen.<sup>12</sup>

Die lückenlose Verknüpfung des dreistufigen Ausbildungssystems, das aus je einer Ausbildungsphase mit abschließender Prüfung bestand, wurde in den Jahren von 1806 an vorgenommen, als die Souveränität der deutschen Einzelstaaten den Regierungen freie Hand in der Gesetzgebung gab. Die Bindung der Position des höheren Dienstes an das erfolgreiche Durchlaufen des gesamten Ausbildungsganges verhinderte fortan jeden Bewährungsaufstieg oder die Anstellung von Seiteneinsteigern. Die bisher mögliche und v.a. in der Finanzverwaltung genutzte Möglichkeit, ohne vollständiges Durchlaufen des Gymnasialkurses zur Universität oder ohne ein sechssemestriges Jurastudium zum ersten Staatsexamen zu gelangen, war damit abgeschnitten. Die Entscheidung für den höheren Staatsdienst fiel mit dem Eintritt in das Gymnasium bzw. in seine Oberstufe, d.h. durch das Elternhaus bzw. die Möglichkeiten der sozialen Herkunft. Das Leistungsprinzip wurde zum Laufbahnprinzip verengt. An die Stelle der geburtsständischen Hierarchie innerhalb des Staatsdienstes trat eine leistungsorientierte Hierarchie, deren Stufen aber nur in einer Intergenerationenmobilität überwunden werden konnten. Dabei ist zu berücksichtigen, daß die beiden theoretischen Phasen der Ausbildung - Gymnasium und Jurastudium - berufsferne Ausbildungsinhalte hatten: Das neuhumanistische Gymnasium beschränkte sich auf die alten Sprachen und Mathematik, das Jurastudium auf das römische Privatrecht. Die Arbeitsfelder der späteren Berufstätigkeit lernte der angehende Staatsdiener erst im Referendariat kennen.

Die Einführung des Prüfungsgrundsatzes und seine Ausgestaltung zu einem mehrstufigen Prüfungssystem bedeutete nicht, daß die Rekrutierung der Staatsdiener nach der Aufhebung des adligen Ämterprivilegs allein von dem bürgerlichen Leistungsgrundsatz bestimmt wurde. Das Monopol des Adels auf Rats- und Offiziersstellungen - Bürgerliche in diesen Positionen waren dadurch adelswürdig geworden bzw. hatten zum Teil explizit einen Amtadel erhalten - war immer nach dem Gesichtspunkt der Loyalität, des besonderen Treueverhältnisses zum Herrscher, vergeben worden. Die Einführung des Prüfungsgrundsatzes im 18. Jahrhundert wurde so zum dritten Auswahlkriterium neben

<sup>12</sup> H.G. Herrlitz, Studium als Standesprivileg. Die Entstehung des Maturitätsproblems im 18. Jahrhundert, Frankfurt a. M. 1973.

Stand und Loyalität. Die Aufhebung des ständischen Rekrutierungskriteriums beließ nur noch die beiden Kriterien von individueller, durch Prüfung erbrachter Leistung und Loyalität beim Eintritt in den Staatsdienst. Dabei war nur das Auswahlkriterium Leistung formalisiert. Doch der Prüfungserfolg allein, selbst ein Prädikatsexamen, gab - und gibt noch heute - keinen Anspruch auf eine tatsächliche Anstellung. Das Konkursystem, auch mit moralischen und politischen Bestandteilen, blieb in Deutschland fast völlig unbekannt. Die Möglichkeit des Disziplinarrechtes während aller drei Ausbildungsphasen bzw. die Charakter- oder Sittenzeugnisse im Abitur und beim Universitätsbesuch ermöglichten moralisch und politisch unliebsame Kandidaten auch bei exzellenten Leistungen zu entfernen. Ebenso behielt sich der Herrscher das Recht vor, durch allerhöchste Gnadenerweise erwünschte Kandidaten, die an der Leistungshürde gescheitert wären, von Prüfungen zu dispensieren, wie es Wilhelm II. ja für die adligen Kadetten seiner Potsdamer Leibregimenter bis 1914 praktizierte.<sup>13</sup> Als Norm bürgerte sich jedoch das Leistungsprinzip zusätzlich zum Loyalitätsgrundsatz bei der Rekrutierung des Staatsdienstes ein. Für die Bewerber bürgerlicher Herkunft war das aufklärerische Leistungsprinzip die Waffe, mit der sie die adlige Konkurrenz schlagen konnten, ohne sie, wie in Frankreich, auf revolutionärem Wege auszuschließen. Für die Regierungen versprach dieser Grundsatz eine Effizienzsteigerung, ohne daß die alte soziale Oberschicht des Adels von den Ämtern ausgeschlossen wurde: Der Adel mußte sich nur den gleichen Auswahlkriterien wie das Bürgertum unterwerfen. Die soziale Homogenität wurde durch die lange Sozialisation auf Gymnasium und Universität, durch die gemeinsame bildungsbürgerliche Ausbildung erreicht. Die neue Beamtenschaft verstand sich als Stand, zu dem der Prüfungsgrundsatz führte: Die Gemeinsamkeit der Akademiker überwog die unterschiedliche soziale und regionale Herkunft und Konfession ebenso wie die spätere Differenzierung nach Karriere und Behördenzugehörigkeit.

Das in Aufklärung und Reformzeit ausgestaltete Ausbildungssystem galt nur für die Akademiker, d.h. den heute sogenannten höheren Dienst, knapp 10 % der Staatsbediensteten. Die subalternen Schreiber und manuell tätigen Tagelöhner waren davon nicht betroffen. Im Vormärz war nur der höhere Dienst verbeamtet, d.h. Staatsdiener im staatsrechtlichen Sinn des Wortes. Die Beamten des Vormärzes waren eine Elite, die die Funktion der später sogenannten politischen Beamten inne hatten. Nur für sie war ab 1805 der Beamtenstatus geschaffen worden.<sup>14</sup> Formal ein öffentlich-rechtliches Arbeitsverhältnis, wurde es dem weiterhin privatrechtlichen Arbeitsverhältnis der übrigen Staatsbediensteten gegenübergestellt. Kennzeichen des neuen Beamtenverhältnisses war die Inamovibilität, die sich im Kern auf die lebenslängliche Versorgung, einschließlich eines Pensionsrechtes reduzierte. Diese materielle

---

13 K. Demeter, *Das deutsche Offizierskorps im Staat und Gesellschaft 1650-1945*, Frankfurt a.M. 1965, S. 56.

14 B. Wunder, *Die Reformen der Beamtenschaften in Rheinbundstaaten*, in: E. Weiß (Hg.), *Reformen im rheinbündischen Deutschland*, München 1984, S. 181-93.

Besserstellung war in der damaligen Zeit sozialpolitisch aufsehenerregend und bedeutete - es handelte sich schließlich um eine politische Elite - einen politisch bedingten Wechsel in der Personalpolitik, der Strafen (Entlassungsandrohung) durch Belohnung ersetzte und dem Beamten im engeren Sinn ein Leben auf dem Niveau des niederen Adels ermöglichte.

\*

Im folgenden soll auf die erfolgreiche Ausdehnung der staatlichen Personalpolitik vom höheren Dienst auf alle Staatsbediensteten und darüber hinaus auf große Teile der sogenannten Freiberufler eingegangen werden. Diese Frage wurde bisher nicht oder nur unter falschen Voraussetzungen angegangen. Die Regierungen hatten bei der Abfassung des neuen Beamtenrechtes nicht daran gedacht, die Masse der unteren Bediensteten den gleichen personalpolitischen Grundsätzen zu unterwerfen wie ihre politische Elite. Dies bedeutete, daß die Gruppen, die seit 1920 als gehobener, mittlerer und einfacher Dienst bezeichnet wurden, von der Inamovibilität bzw. Alters- und Hinterbliebenenversorgung ebenso wie von einer Karriere (Beförderung nach Anciennität) ausgeschlossen worden waren. Das immer wieder konstatierte Anwachsen der Beamtenschaft im 19. Jahrhundert bestand zwar zu einem Teil aus Neueinstellungen, umfaßte aber v.a. die Verbeamtung der zuvor nur privatrechtlich angestellten Staatsbediensteten und die Verbeamtung bestehender, aber nicht-staatlicher Organisationen wie des Bildungssektors, der Kommunalbediensteten und ähnlicher Gruppen. Die größten Wachstumsraten hatten im 19. Jahrhundert Schule, Post und Eisenbahn zu verzeichnen, die alle drei zu Beginn des Jahrhunderts nicht verstaatlicht worden waren und von denen nur die Eisenbahn einen technisch neuen Wirtschaftsbetrieb darstellte. Bezeichnenderweise wurden diese Bediensteten nach dem Vorbild des zu Jahrhundertbeginn konstituierten höheren Dienstes organisiert: Verbeamtung hieß Reorganisation nach dem Prüfungs- bzw. Laufbahnprinzip. Diese Reorganisation erfaßte aber nicht nur spätere Beamte, sondern unter anderem auch die sogenannten freiberuflichen Akademiker bzw. Ingenieure. Allerdings war ihre Verbeamtung nicht erfolgreich bzw. es kam nur zu einer teilweisen Übernahme beamtenrechtlicher Grundsätze: Was irrtümlich als Selbstorganisation und Monopolbildung bestimmter Dienstleistungsbereiche im Sinne der sogenannten Professionalisierungstheorie interpretiert worden ist,<sup>15</sup> war im 19. Jahrhundert nur eine steckengebliebene Verbeamtung oder teilweise Bürokratisierung gesellschaftlicher Sektoren, die nur im Vergleich mit dem staatlichen Sektor angemessen interpretiert werden kann. Das Modell des höheren Dienstes war also nicht nur vorbildhaft für alle Staatsbediensteten, sondern auch darüber

---

<sup>15</sup> Vgl. D. Rüschemeyer, Professionalisierung. Theoretische Probleme für die vergleichende Geschichtsforschung, in: Geschichte und Gesellschaft 6, 1980, S. 311-25.

hinaus im gesellschaftlichen Bereich. Die Bezeichnung "Privatbeamter", eine Selbstcharakterisierung der höheren Angestellten, beleuchtet dies schlagartig.<sup>16</sup>

Seit dem 18. Jahrhundert und bis zur Wende um 1900 kann man von drei Gruppen im Staatsdienst ausgehen, die in der Terminologie von 1920 als einfacher, gehobener und höherer Dienst bezeichnet werden. Der einfache Dienst fällt aus der Entwicklung der Professionalisierung (Berufskonstruktion) des Staatsdienstes eigentlich heraus, da er keine Vorbildung erforderte und zu ihm nur - in der damaligen Diktion - "manuelle" Fertigkeiten erforderlich waren. Hier handelte es sich um Amts- und Bürodienner, Pedelle, Polizisten usw., die wie Tagelöhner angestellt und beschäftigt wurden. Die schrittweise Aufnahme dieser Gruppe in das Beamtenrecht wurde durch einen externen Faktor ausgelöst, nämlich die Forderung des Militärs nach Übernahme der sogenannten Militäranwärter im Zivildienst.<sup>17</sup> Die Armee wollte die Unteroffizierskarriere dadurch - für das Militär kostengünstig - attraktiver machen, daß sie ihre Soldaten nach 20 Dienstjahren in die unteren Zivilanstellungen zur Versorgung abschob. Dieser Vorgang, der in allen europäischen Ländern im 18. Jahrhundert eingesetzt hatte, wurde überall in der nachnapoleonischen Zeit systematisiert und angesichts der beherrschenden Stellung des Militärs im Staat gegen den heftigen Widerstand der Zivilverwaltung durchgesetzt. Dieser Druck führte dazu, daß z.B. in Baden 1829/35 erstmals einfachen Bediensteten aus dem Militärstand fakultativ eine Altersversorgung zugesagt wurde und 1841 für sie eine Zwangsversicherung für Hinterbliebene, allerdings ohne Staatszuschuß, eingerichtet wurde. Die Privilegien der Beamtenschaft wurden schrittweise auf die Unterbediensteten übertragen.

Die Zivilverwaltungen ihrerseits versuchten nun, dieses Militärpersonal möglichst gering zu halten, und bedienten sich zu diesem Zweck des Prüfungsprinzips. In Baden wurde nach langen Auseinandersetzungen ein Normativ errichtet, das alle den Militäranwärtern zugänglichen Posten auflistete, aber zugleich alle Posten ausschied, die eine besondere durch Prüfung nachzuweisende Vorbildung erforderten.<sup>18</sup> Diese Prüfung bedeutete den Ausschluß der Militäranwärter. Seit 1845 ging das Bemühen der Zivilverwaltung daher dahin, alle neugeschaffenen Stellen als Stellen mit Vorbildung zu klassifizieren. Das führte dazu, daß sie für ihren Bereich Prüfungen einführen mußten. So ordnete z.B. das Innenministerium 1847 an, daß ab sofort als Krankenwärter in einer staatlichen Krankenanstalt nur noch Bewerber eingestellt werden dürften, die "durch eine von hier aus anzuordnende Prüfung die Befähigung und Kenntnisse, welche einem Krankenwärter nötig sind, nachgewiesen haben. Da die befähigten Bewerber aus dem Militär ... nach der bisherigen Erfahrung ... nicht hinreichen, so sind

---

16 J. Kocka, Unternehmensverwaltung und Angestelltenschaft am Beispiel Siemens 1847-1914, Stuttgart 1969, S. 148-57.

17 T. Sule, Die Militäranwärter als Personalproblem der zivilen Staatsverwaltung im Wilhelminischen Preußen, in: Die Verwaltung 19, 1986, S. 197-212.

18 B. Wunder, Die Stellung der Subalternen und Unterbeamten in Baden während des 19. Jahrhunderts, in: Jahrbuch für europäische Verwaltungsgeschichte 1, 1989, S. 187-206.

auch andere Bewerber ... aufzunehmen".<sup>19</sup> 1861 machte das Eisenbahnministerium die Annahme von Militäranwärtern für Zugschaffnerstellen von einer vorherigen Prüfung abhängig: "Der Mangel der nötigen allgemeinen Bildung kann durch militärische Haltung und Benehmen seine Ausgleichung nicht finden. Langjährige Angewohnheiten als chargierter Militär gestatten ihm (d.h. dem Militäranwärter) nicht, sich des kommandierenden Tones auch gegenüber dem Publikum zu enthalten", was gegenüber der "höheren Reisewelt" zu Unzuträglichkeiten führe. Im Gegensatz zu Preußen gelang es dem badischen Militär bis 1871 nicht, sich Zutritt zu den Kanzleien zu verschaffen, und wie dort sich diese Stellen zu 50-100 % zu sichern. Das Militär versuchte, den auf die Dauer nicht abweisbaren Leistungskriterien durch Einrichtung von Unteroffizierschulen gerecht zu werden, mußte aber trotzdem eine Aufnahmeprüfung durch die anstellende Zivilbehörde nach einer gewissen Probezeit zugestehen. Da die Zivilverwaltung in Preußen aber nur innerhalb des vorgegebenen Bewerberkreises eine Auswahl treffen konnte, mußten die Prüfungsanforderungen drastisch gesenkt werden: Die Einführung des Prüfungsgrundsatzes zur Abwehr der militärischen Altersversorgung erwies sich daher langfristig als Pyrrhussieg.

Der wichtigste Teil des Staatsdienstes neben dem höheren Dienst war und ist jedoch der sogenannte gehobene Dienst, der im 19. Jahrhundert ca. 60 % der Staatsbediensteten stellte. Von ihm wurde der Besuch einer Lateinschule bzw. im 19. Jahrhundert die mittlere Reife - die zwischen Sekunda- und Primareife schwankte - verlangt. In Südwestdeutschland hatten diese Subalternen oder Schreiber jedoch eine Sonderentwicklung genommen. In Württemberg war vor einer Anstellung nach einer dreijährigen Praxis seit dem 16. Jahrhundert und in Baden seit dem 18. Jahrhundert eine zentrale Prüfung im Rechnungswesen und Landrecht gefordert worden, d.h. wie der höhere Dienst war hier der gehobene Dienst von alters her dem Prüfungsgrundsatz unterworfen. In den 1820er Jahren wurden jedoch in beiden Ländern diese Prüfungen und damit auch die ihnen entsprechende Bedienstetengruppe aufgehoben, da man in diesen Praktikern einen Hemmschuh für den am Gesetz orientierten Reformstaat sah: Die weitere Entwicklung verlief danach in ganz Deutschland wieder einheitlich.<sup>20</sup> Seit den 1830er Jahren wurden für die einzelnen Verwaltungen erneut bzw. erstmalig zentrale Subalternenprüfungen nach dreijähriger Praxis eingeführt, so z.B. in Baden für die Finanzverwaltung 1836, für die freiwillige Gerichtsbarkeit 1841 oder für die Innenverwaltung 1861. Seit den 60er Jahren differenzierten sich diese Laufbahnen zudem durch Ablegung einer zweiten Prüfung nach mehrjähriger praktischer Tätigkeit. Dieser gehobene Dienst verband wie der höhere Dienst von Anfang an eine bestimmte Schulbildung -

19 Ebenda, S. 202.

20 B. Wunder, ebenda; G. Hummel, Die Ausbildung der gehobenen Verwaltungsbeamten in Württemberg, in: *Verband der Verwaltungsbeamten in Baden-Württemberg (Hg.), Verwaltung im Wandel der Zeit*, Stuttgart 1987, S. 73-111; R. Landfester, Die Ausbildung der mittleren und gehobenen Beamten der Innen- und Kommunalverwaltung in Baden, ebenda, S. 12-35.

mittlere Reife bzw. seit dem frühen 20. Jahrhundert das Abitur - mit einem Praktikum und einer Abschlußprüfung. Allerdings fehlte bis in die jüngere Vergangenheit die zweite theoretische Ausbildungsphase, die erst seit den 1970er Jahren länderspezifisch eingeführt wurde. Heute werden für den gehobenen Dienst Schulbildung, Fachhochschulausbildung mit Praktikum und entsprechenden Abschlußprüfungen gefordert. In Baden-Württemberg bestehen z.B. heute neben der eigentlichen Verwaltungslaufbahn 15 Einzellaufbahnen mit zum Teil eigenen Fachhochschulen von der Finanzverwaltung bis zum polizeilichen Vollzugsdienst.<sup>21</sup> Der zuerst in Süddeutschland faßbare Typus des Subalternbeamten setzte sich seit der Mitte des 19. Jahrhunderts in ganz Deutschland durch und seine erste Gemeinsamkeit war ebenfalls eine Prüfung.

Im folgenden soll nicht auf die Reorganisation der unterschiedlichen staatlichen Dienstgruppen näher eingegangen werden, sondern auf die Verstaatlichung bestehender, nichtstaatlicher Organisationen und den Aufbau neuer, technischer Verwaltungen. Auch hier erfolgte die Reorganisation nach dem Vorbild der beiden, durch Prüfungen rekrutierten staatlichen Dienstgruppen und insbesondere nach dem Vorbild des höheren Dienstes. Hierfür ist die Post ein deutliches Beispiel:<sup>22</sup> Bei der aus dem 17. Jahrhundert stammenden preußischen Postverwaltung wurde erstmals 1825 eine Prüfung für Postschreiber eingeführt, die die Primareife eines Gymnasiums nachweisen mußten. Während des gesamten 19. Jahrhunderts konnte man sich trotz unterschiedlicher schulischer Voraussetzungen durch interne Beförderungsprüfungen bis in Spitzenstellungen vorarbeiten, wofür Heinrich Stephan ein bekanntes Beispiel ist. Dieser auf Bewährung beruhende Aufstieg widersprach aber den Vorstellungen einer an der Laufbahnhierarchie geschulten Denkungsart. So wurde 1885 in Berlin eine "Post- und Telegraphenschule" als Fachschule für den höheren Dienst eingerichtet, aber auch sie entsprach nicht den Vorstellungen einer akademischen Laufbahn. Daher wurde 1908 der Vollakademiker für den höheren Postdienst eingeführt. Dafür wurden Abitur, ein dreijähriges Studium der Rechts- und Naturwissenschaften, dem ein vierjähriges Praktikum vorausgehen mußte, gefordert. Die Abschlußprüfung nach dem Studium führte zum Postreferendar, das sich anschließende dreijährige Referendariat wurde mit einer Assessorenprüfung abgeschlossen. Doch diese juristisch-technische Ausbildung brachte nicht den erwünschten Erfolg: 1914 schon wurde sie wieder eingestellt und seit 1927 nur noch der Volljurist in den höheren Postdienst übernommen, der als Rechtsassessor in einem 21-monatigen Kursus eingearbeitet wurde. Bei der Post zeigte sich die Angleichung an den juristischen Verwaltungsdienst in besonders krasser Form, da am Ende der eigenständige höhere Dienst dem Juristenmonopol zum Opfer

21 H. Maack, Die Fachhochschulen für öffentliche Verwaltung Kehl und Stuttgart. Ihre Entstehung und Entwicklung, in: ebenda, S. 73-111.

22 W. Hoffmeister, Entwicklung der Laufbahnen und Laufbahnanforderungen bei der Deutschen Post 1488-1949, in: Archiv für das Post- und Fernmeldewesen 31, 1979, S. 341-62; K. Heyneck, Die Entwicklung des Besoldungswesens vom Norddeutschen Bund bis zur Bundesrepublik Deutschland, in: ebenda 2, 1950, S. 837-915.

fiel. Die bei der Post lange bestandene Möglichkeit des Bewährungsaufstiegs aus dem gehobenen Dienst fiel der Ausgestaltung der Laufbahnen ebenfalls zum Opfer.

Handelte es sich bei der Post trotz allen technischen Wandels um einen eindeutig definierbaren Dienstleistungsbetrieb, so war dies bei der Fabrikinspektion bzw. Gewerbeaufsicht anders.<sup>23</sup> Hier konnte sich eine einmal geschaffene Behörde - damit besonders ihre durch Eingangsprüfungen definierten Laufbahngruppen der Hoheitsverwaltung - gegen alle Veränderungen ihres Aufgabenbereichs behaupten. Die ursprüngliche Fabrikinspektion war eine Aufgabe der Gesundheitsfürsorge und wurde anfangs als Aufgabe der Gesundheitspolizei von Polizisten wahrgenommen. Durch die Gewerbeordnungsnovelle von 1878 wurde diese Aufgabe um die technische Gefahrenabwehr, insbesondere die Dampfkesselinspektion ergänzt und dafür 1891 sogenannte gewerbetechnische Räte des höheren Dienstes geschaffen, die den technischen Räten wie Geistlichen, Pädagogen, Medizinern, Bauräten usw. gleichgestellt wurden. Ihre 1897 erstmals normierte Ausbildung verlangte ein dreijähriges Studium an einer TH, ein einjähriges Praktikum sowie eine dreijährige Vorbereitungszeit, die aus drei Semestern Jura und 18 Monaten eigentlicher Vorbereitungszeit bestanden und mit einer zweiten Staatsprüfung abgeschlossen wurde. Diese Übernahme des Typus der juristischen Ausbildung im Sinne des Gerichtsverfassungsgesetzes von 1877 wurde 1904 auch äußerlich vollendet: Der Gewerbeinspektionsaspirant wurde zum Gewerbereferendar und der Gewerbeinspektionsassistent zum Gewerbeassessor. Das Tätigkeitsfeld der technischen Räte hatte sich aber mittlerweile verändert, da private Überwachungsvereine der Industrieverbände die Dampfkesselüberwachung wie auch die der Verbrennungsmotoren (DÜV bzw. TÜV) übernommen hatten. Ferner wurden die neuen Berufsgenossenschaften der Unfallversicherung für die Gefahrenkontrolle am Arbeitsplatz zuständig. Trotzdem bestand die Gewerbeaufsicht als kopflastige Behörde des höheren Dienstes fort. Der im Ersten Weltkrieg gegründete "Verein der Gewerbeaufsichtsbeamten", d.h. der höheren technischen Räte, vermochte bis 1941 die Gründung eines gehobenen Dienstes der Gewerbeaufsicht zu verhindern und der 1926 auf Druck der Gewerkschaften und der SPD in Preußen eingeführte mittlere Dienst - Volksschule, zehn Jahre Berufserfahrung, dreijähriger Vorbereitungsdienst mit abschließender Prüfung - blieb trotz seiner ausschließlich arbeitsrechtlichen Funktion technisch ausgerichtet. Mit der nach dem Zweiten Weltkrieg aufgekommene Aufgabe des Emissionsschutzes erhielt die Gewerbeinspektion erneut ein gewandeltes Aufgabenfeld, das ihrer technischen Ausbildung besser entsprach.

Die Beispiele könnten auf Bundes-, Landes- und Kommunalebene vervielfacht werden. Gemeinsam ist allen Entwicklungen, daß die 1920 abschließend festgelegten vier Laufbahnen bis 1937 (DBG) überall durchgesetzt worden

23 M. Karl, Fabrikinspektion in Preußen. Das Personal der Gewerbeaufsicht 1854-1945, Diss. Konstanz 1988; L. Buck-Heilig, Die Gewerbeaufsicht. Entstehung und Entwicklung, Opladen 1989.

sind, d.h. die mögliche Karriere und Besoldung ist durch Schulabschluß und eine Abfolge von Praktikum, Fach- oder Hochschulausbildung und behördeninterner Ausbildungsphase mit abschließenden Prüfungen bestimmt wird.

\*

Nach der gängigen Interpretation erscheint die Professionalisierung der Tätigkeiten beim Staat Ausdruck sachbedingter staatlicher Bürokratisierung. Dazu wird dem Staat eine monolithische Einheitlichkeit unterstellt, die dieser heute wie in der Vergangenheit nie gehabt hat. Sowohl der Entscheidungsprozeß der Normbildung als auch die Umsetzung staatlicher Entscheidungen gegenüber gesellschaftlichen Gruppen sind Kompromisse zwischen unterschiedlichen Interessen. Die für die Implementierung der Zielvorgaben entwickelte rechtsdogmatische Systematisierung verdeckt den Konsenscharakter der Normbildung und Normverwirklichung. Die Vorstellung von der ubiquitären, egalenden Normenverwirklichung durch das Exekutivorgan "Staat" hatte und hat in der Realität keine Entsprechung. Vor diesem Hintergrund der prinzipiellen Offenheit bürokratischer Organisationen und bürokratischer Aufgabenerledigung soll im folgenden auf den Stellenwert des Prüfungsgrundsatzes bei der Verstaatlichung bzw. staatlichen Reorganisation bestehender Organisationen und der Konstruktion neuer Berufsfelder eingehender eingegangen werden. Dabei bietet sich das Großherzogtum Baden als Beispiel an, da hier die Existenz vormärzlicher Kammern ein differenzierteres Bild dieses Prozesses in seiner Frühphase erlaubt als eine Analyse, die nur auf staatlichen Verwaltungsakten basiert.

Die zentrale Rolle des Prüfungsprinzips ist beim Prozeß der Verbeamtung der Volksschullehrer faßbar.<sup>24</sup> In Baden erfolgte der Durchbruch auf den Landtagen 1831/33 statt. Die Grundsatzentscheidung fand ihren gesetzlichen Niederschlag 1834/35, auch wenn die vollständige Verbeamtung der Volksschullehrer sich bis 1892 hinziehen sollte. Im Reich brachte sie erst die Weimarer Verfassung von 1919 (Art. 143). Diese Verzögerung erklärte sich aus den finanziellen Folgekosten: Da die Zahl der Volksschullehrer die der Beamten, d.h. des höheren Dienstes, um das Doppelte übertraf, waren die Kosten nur schrittweise über das gesamte Jahrhundert verteilt aufzubringen. Die Volksschullehrer waren anfangs Bedienstete der Kirchengemeinde, die weitgehend mit der politischen Gemeinde identisch und die für Bezahlung und Anstellung zuständig war. Die Ausbildung erfolgte durch den Pfarrer bzw. einen Lehrer. Das österreichische System der Normalschulen, bei denen seit 1774 die Ausbildung von Musterlehrern im Rahmen eines Gymnasiums und in Form eines Sonderkurses vorgenommen wurde, wurde in Baden seit 1768 in Karlsruhe für den protestantischen Religionsteil und seit 1788 in Baden-Baden für den katholischen Religionsteil in Verbindung mit den dortigen Gymnasien

<sup>24</sup> B. Wunder, Vom Dorfschulmeister zum Staatsbeamten. Die Verbeamtung der badischen Lehrerschaft im 19. Jahrhundert, Buhl 1992.

übernommen. Beide Schullehrerseminare waren auf Stiftungsbasis errichtet worden und bildeten nur eine Minderheit des Lehrerberarfs aus. Das Hauptproblem der Zeit war jedoch die ungenügende Besoldung der Lehrer, deren Stellen von den Gemeinden nur als Nebenerwerbstätigkeiten ausgestattet waren.

Seit 1819 hatte der Landtag in Fortsetzung der Tradition der landesherrlichen Almosengewährung Staatszuschüsse zur Aufbesserung der Mindestgehälter der Lehrer bewilligt. Bei Eröffnung des Reformlandtages 1831 überschütteten die Volksschullehrer die Zweite Kammer mit Massenpetitionen um Besserstellung bzw. Gehaltserhöhungen. Der Landtag nahm diese Forderungen auf und wandelte sie in bezeichnender Weise ab: Zum ersten erklärte er die Volksschulen zu Staatsanstalten. Zum zweiten zog er daraus die Folgerung, daß "alle pädagogisch-gebildeten und geprüften Schullehrer, sobald sie nämlich vorher ein hierzu noch besonders anzuordnendes, ihrem Lehrfache angemessenes Examen vor einer Oberschulbehörde werden gut bestanden haben, Staatsdiener sein sollen".<sup>25</sup> Die zentrale Staatsprüfung war die Voraussetzung für die Anerkennung als Staatsdiener. Anders gesagt: wer eine Staatsprüfung absolviert hatte, hatte Anspruch auf Anerkennung als Staatsdiener, d.h. lebenslängliche Anstellung mit fixem Gehalt, Alters- und Hinterbliebenenversorgung. Die Verbeamtung ließ sich zwar noch nicht sofort und völlig durchsetzen, aber die obligatorische Zentralprüfung wurde für alle Volksschullehrer durch eine Verordnung 1834 vorgeschrieben. Jeder Volksschullehrer mußte vor seiner ersten Anstellung von der Schulministerialsektion "in einer Prüfung hinlänglich befähigt befunden werden" und drei Jahre als Hilfslehrer tätig gewesen sein.<sup>26</sup> Darauf wurden die auf zwei Jahreskurse angelegten Schullehrerseminare 1835 zu Vollarbeiten erweitert, vermehrt und zur obligatorischen Voraussetzung für die Lehrerprüfung erklärt. Die Einführung einer obligatorischen Lehrerwitwenkasse und der Alterspension erfolgte ebenfalls 1835. Gleichzeitig wurde auch für die Gymnasiallehrer unter den gleichen Voraussetzungen - wissenschaftliche Prüfung und Praktikum - die Verbeamtung gefordert und schrittweise von 1831 bis 1840 durchgeführt. Auch hier erfolgte die Finanzierung auf Staatskosten zunächst nur subsidiär.

Für beide Lehrergruppen hatte die Anerkennung des Prüfungsgrundsatzes noch eine weitere, für die Professionalisierung entscheidende Folge: Der Lehrerberuf wurde zum selbständigen Vollzeitberuf. Dies bedeutete die Verdrängung der Theologen aus den Gymnasien. Bisher hatte der Staat diese Gruppe im Alter kostensparend auf Pfarreien abgeschoben. Für die Volksschullehrer hatte die Einführung des hauptberuflichen Lehrers die Folge, daß die Nebentätigkeiten zur finanziellen Absicherung des Lehrberufes, anfangs noch ein Handwerk, dann v.a. aber die Tätigkeit als Mesner, Gemeindeschreiber und sonstige staatlich-kommunale Nebentätigkeiten

25 Vgl. Anm. 3, a.a.O., 1831, 28. Ph., S. 339.

26 Verordnung vom 15. V. 1834 (Großherzoglich Badisches Staats- und Regierungsblatt = RB, S. 47 ff.).

schrittweise abgelöst und untersagt wurden. Die Verselbständigung des Lehrerberufs durch Ausbildung und Abschlußprüfung zu einem Vollberuf bezog sich nicht nur auf die Bezahlung, sondern auch auf die Unabhängigkeit von der geistlichen und gemeindlichen Schulaufsicht. Die Lehrer selbst forderten jedoch keine Autonomie, sondern ihre direkte Unterstellung unter den Staat, d.h. unter das Ministerium. Diese Forderungen nach Verstaatlichung wurden von den Volksschullehrern seit 1831 jahrzehntelang in Massenpetitionen, über Berufsorganisationen, in Lehrerzeitungen usw. vertreten und schrittweise durchgesetzt. Das Vorbild war immer - bis hin zur Besoldung - der höhere Dienst im Sinne des Beamtengesetzes von 1819.

Noch in einem weiteren Bereich setzte der Landtag von 1831 die Anerkennung des Prüfungsgrundsatzes durch, nämlich im Forstwesen. Die Staatsforsten waren bisher von adligen Forstmeistern und ihren als Förstern angestellten Lakaien als Jagdrevier genutzt worden. Nun sah der Landtag im Wald und in seinem Holzreichtum eine Quelle des Nationalvermögens und verlangte eine wissenschaftliche Beförderung. Die Kammer forderte, "daß die forstwissenschaftliche Ausbildung in vollem Umfange den auf Anstellung Anspruch machenden Forstkandidaten und genügender Ausweis hierüber bei strenger Prüfung zur Bedingung gemacht werde". Als Gegenleistung erklärte sie sich bereit, "daß die wissenschaftlich gebildeten Revierförster ... für Staatsdiener erklärt werden".<sup>27</sup> Im 1833 beschlossenen Forstgesetz wurde darauf festgesetzt, nur "wer von der Staatsbehörde im Forstfache geprüft und für befähigt erklärt werden wird", könne als Forstbeamter angestellt werden. In einer 1835 erlassenen Ausbildungsverordnung wurden Primareife eines Gymnasiums sowie die Absolvierung der im Rahmen des Karlsruher Polytechnikums neu errichteten Forstfachschule mit anschließender Staatsprüfung und zweijährigem Praktikum vorgeschrieben.<sup>28</sup>

Sowohl im Falle des Forstwesens, wo die Kammer gegen die Interessen der angestellten Förster agierte, wie bei der Reorganisation des Schulwesens, wobei sie die Unterstützung der Lehrer hatte, war es die Kammer, die den Prüfungsgrundsatz zum entscheidenden Kriterium für eine Verbeamtung machte. Sie glaubte durch Vorbildung und Prüfung die Effizienz der betreffenden Organisationen verbessern zu können. Sie forderte daher den beruflich vorgebildeten Spezialisten und war bereit, den neuen Fachmann mit den Privilegien des höheren Dienstes zu honorieren. Die Regierung war durch die Initiativen von Kammern und Petitionsstürmen überrascht, folgte den Vorschlägen der Kammern dann aber zögernd, als diese die Finanzierung übernahm. Langfristig konnte die Regierung sich den Appellen von Kammer und Volk an das gemeinsame Interesse nicht widersetzen, auch wenn dadurch der politische Charakter der Beamtenschaft allmählich zugunsten einer Dienstleistungsorganisation verändert wurde. Dabei zeigte es sich, daß diese

27 Sitzung der 2. badischen Kammer vom 12.X.1831, vgl. Anm. 3, a.a.O., 1831, 26. Ph., S. 63, 85.

28 Forstgesetz vom 15.XI.1833, § 2 (RB = Anm. 26, S. 5) und Verordnung vom 15.I.1835 Art. 2-5 (ebenda S. 35 f.).

Politik der von bildungsbürgerlichen Wortführern beherrschten Kammern von den bürgerlichen Räten innerhalb der Ministerien unterstützt wurde.

Das Staatsziel des Gemeinwohls ließ die Grenzen zwischen Staatsaufgaben und Tätigkeiten der bürgerlichen Gesellschaft verschwimmen. Tatsächlich gab es auf Seiten des Landtags und der Regierung aber klare Vorstellungen über die Grenzen zwischen beiden Bereichen: Was nur dem einzelnen nutzte, war von ihm oder einem Zusammenschluß von Personen mit gleicher Interessenslage (Assoziation, Gemeinde) zu erledigen. Eine Grauzone bildeten jedoch die Berufe, die z.B. in Preußen nach der Aufhebung der Zünfte 1810/11 bzw. in den Gewerbeordnungen von 1845 und 1869 weiterhin eine besondere gewerbepolizeiliche Erlaubnis erforderten, da "bei deren ungeschicktem Betriebe gemeine Gefahr obwaltet",<sup>29</sup> d.h. Tätigkeiten von Sanität, Rechtspflege, Bauwesen, Feuerpolizei usw. Hierzu gehörten die meisten später sogenannten Expertenberufe. In Einklang mit der von Adam Smith definierten dritten Staatsaufgabe<sup>30</sup> war das Bildungswesen im weitesten Sinne für die Altliberalen und damit auch die vormärzliche badische Kammer eine Staatsaufgabe. Seit Beginn ihrer Beratungen 1819 forderten und erreichten die Kammern die Gründung zahlreicher staatlicher Spezial- und Fachschulen. So zählte ein Abgeordneter 1823 voller Stolz die binnen fünf Jahren von den Kammern durchgeführten Gründungen auf: "Das Militär hat eine Kadettenschule, wo sich die Offiziere auf Staatskosten bilden können; die Schullehrer ... haben ein Seminarium ...; für Künstler und Handwerker wird eine Polytechnische Schule, für Blindgeborene und Taubstumme wird ein Erziehungs- und Bildungsinstitut dekretiert"<sup>31</sup> und forderte im gleichen Atemzug die Errichtung einer Fachschule für Notare, auf die aber schließlich 1849 zugunsten einer juristischen Universitätsausbildung verzichtet wurde.

Die Ausbildung an einer staatlichen Fachschule und das Bestehen eines staatlichen Exams wurde von den Absolventen als Anspruch auf eine staatliche Anstellung mißverstanden. Dies zeigt sich am Beispiel der Tierärzte, für die 1824 in Karlsruhe - zugleich für die Bedürfnisse von Hof und Militär - eine Veterinärsschule eingerichtet wurde. Tierärzte oder Kurschmide galten als niederes Sanitätspersonal und wurden als selbständig Gewerbetreibende (Privatpraxis) betrachtet, doch wurden sie auch vom Staat z.B. zur Seuchenbekämpfung herangezogen. Seit 1825 forderten und wiederholten die Tierärzte jahrzehntelang ihr Ziel, nach dem Vorbild der Amtsärzte ein staatliches Mindestgehalt garantiert und "die Bestätigung vom Staat zu

29 So im Gewerbesteueredikt vom 28.X.1810 § 21 (Gesetz-Sammlung für die Königlich Preußischen Staaten, S. 83 ff.); vgl. das Gewerbepolizeigesetz vom 17.IX.1811, §§ 82 ff. (ebenda, S. 271 ff.) und die Allgemeine Gewerbeordnung vom 17.I.1845, §§ 26 ff. (ebenda, S. 46 f.).

30 *Adam Smith*, An Inquiry into the Nature and Causes of the Wealth of Nations, 5. Buch, 3. Teil, 2. Art.

31 Sitzung der 2. Kammer vom 4.I.1823 (Verhandlungen = Anm. 3, 1823, 2. Ph., S. XXIX).

erhalten, um dadurch die gehörige Autorität auf dem Lande zu gewinnen",<sup>32</sup> d.h. die Ernennung durch den Staat. Regierung und Kammern lehnten diese Forderungen jedoch ab. Dort argumentierte man, das Vieh sei ein Vermögensteil und die Sorge um den Viehbestand Angelegenheit der Eigentümer: "Der Staat erfüllt seine Pflicht, wenn er durch Unterrichtsanstalten dafür Sorge, daß sich Tierärzte bilden könnten. Dem einzelnen müsse man es überlassen, sie zu bezahlen, sonst vermehre man die Zahl der Staatsdiener ins Unendliche".<sup>33</sup> Die Tierärzte ließen jedoch nicht locker. 1840 gründeten sie zur besseren Vertretung ihrer Interessen einen "Verein badischer Thierärzte", der ab 1844 eine eigene Zeitschrift herausgab.<sup>34</sup> Jetzt forderten sie die Anstellung verbeamteter Amtstierärzte im ganzen Lande, die Unabhängigkeit von den vorgesetzten, aber fachlich inkompetenten Amtsärzten, die Aufnahme eines Tierarztes als Referenten in die Sanitätsabteilung des Ministeriums und natürlich auch das Berufsverbot für Pfuscher, d.h. für nicht staatlich geprüfte Veterinäre, ferner die Befreiung von nicht standesgemäßen Nebentätigkeiten wie der Wasenmeisterei. Erst 1858 stimmte der Staat teilweise diesen Forderungen zu, als er ein Pfuschereiverbot für die Tierheilkunde erließ und die staatliche Ausbildung durch Anhebung der Voraussetzungen - mittlere Reife und Dreijahreskursus an einer öffentlichen Tierarzneischule mit abschließender Staatsprüfung - aufwertete, andererseits aber ausdrücklich ihre Anstellung fakultativ den Gemeinden überließ. Noch wurde das materielle Wohlergehen der Bürger nicht als Aufgabe des Staates, sondern als Zuständigkeit der Gemeinden, d.h. Zusammenschlüssen der wohlhabenden, steuerzahlenden Bürger, betrachtet.

Die Ziele der Tierärzte waren, auch als sie sich formal zur Beförderung ihrer Berufsinteressen organisierten, immer auf die Verbeamtung und das Vorbild der Staatsbeamten ausgerichtet. Gleiches zeigte sich auch in dieser Zeit bei den Ärzten, Apothekern, Advokaten, Notaren, Amtsrevisoren, Lehrern, Architekten, Ingenieuren etc. Nirgends ließ sich in den von ihnen vorgelegten Massenpetitionen und Resolutionen ihrer Fachzeitschriften und ihrer Generalversammlungen der Versuch, eine berufliche Autonomie zu gewinnen, fassen: Ihr Ziel war die Verbeamtung bzw. der Übergang vom Bediensteten der Korporationen und Kommunen zum alimentierten Beamten des Staates. Dabei mag in Baden der Drang der Fachschulabsolventen nach staatlicher Versorgung dadurch verstärkt worden sein, daß das Karlsruher Polytechnikum nur für den Staatsbedarf an Fachleuten des gehobenen Dienstes konzipiert war und ihn befriedigte.

\*

32 Sitzung vom 22.X.1831 (ebenda, 1831, 27. Ph., S. 166).

33 So der Regierungskommissar in der Sitzung vom 28.IV.1825 (Verhandlungen = Anm. 3, 1825, 7. Ph., S. 31).

34 Ph. Fuchs, Die Geschichte des Vereins Badischer Thierärzte, Mannheim 1890.

Überblickt man die Bedeutung des Prüfungsgrundsatzes bei der Ausbildung der Beamenschaft in Deutschland, so läßt sich zusammenfassend feststellen:

1. Der Prüfungsgrundsatz im Sinne einer Eingangsprüfung für den Staatsdienst bzw. einer staatlichen Ämterlaufbahn wurde von der Reformbürokratie zu Beginn des 19. Jahrhunderts als Selektionsinstrument und zur Legitimation für die Privilegierung der eigenen Gruppe genutzt. Das auf der Basis von Eingangsprüfungen und Alimentation geschaffene Berufsbeamtentum beschränkte sich auf den späteren sogenannten höheren Dienst bzw. auf die eigentlichen sogenannten politischen Beamten. Der Prüfungsgrundsatz war faktisch und ideologisch für die Einheit des Staatsdienstes konstitutiv.

2. Seit dem zweiten Drittel des 19. Jahrhunderts diente der Prüfungsgrundsatz zuerst dem späteren gehobenen Dienst als Legitimation für die Forderung nach Aufnahme in den Staatsdienst bzw. nach Übertragung der Beamtenprivilegien (Unkündbarkeit, Beförderung nach Anciennität, Alters- und Hinterbliebenenversorgung). Bis 1920 war die Gesamtheit der staatlichen Bediensteten nach dem Vorbild des höheren Dienstes in drei weitere, durch den Schulabschluß determinierte Laufbahnen gegliedert worden.

3. An dieser Verbeamtungswelle hatten die neuen, in Akademien und Fachschulen ausgebildeten technischen Beamten im weitesten Sinn wachsenden Anteil. Auch die fachlich ausgebildeten, durch Prüfungen ausgewiesenen Spezialisten des wachsenden Dienstleistungssektors orientierten sich am Vorbild des Berufsbeamtentums (höherer Dienst) der Hoheitsverwaltung. Die Grenze zwischen Beamenschaft und freiberuflichen Experten war im 19. Jahrhundert schwankend und willkürlich (politisch-fiskalische Entscheidungen). Dabei erschwert die Vielfalt arbeitsrechtlicher Dienstverhältnisse im öffentlichen Sektor während des ganzen 19. Jahrhunderts eine Analyse.

4. So wie der höhere Dienst durch die Kollegialstruktur der Ministerien und die Stellungnahmen der Berufungsgerichte, Regierungspräsidien, Universitäten und sonstiger Mittelinstanzen in den Entscheidungsprozeß über die Personalpolitik des Staates einbezogen war, nahm auch der gehobene und selbst der untere Dienst seit dem zweiten Drittel des Jahrhunderts über Massenpetitionen an Dienstherren und Parlamente, über Verbandspresse und berufsständische Vereine kontinuierlich Einfluß auf die Verbeamtungspolitik des Staates. Nirgends im staatsnahen Dienstleistungssektor fanden sich bis in die zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts Autonomiebestrebungen (vgl. Zünfte, Assoziationen ff.), sondern Ziel war überall die Verbeamtung nach dem Vorbild des höheren Dienstes bzw. die Besserstellung innerhalb des Staatsdienstes. Auch für Freiberufler wie Advokaten, Ärzte, Ingenieure usw., denen eine Verbeamtung mißlang, wurde der Prüfungsgrundsatz zur Basis der Gruppenbildung: Ihre Interessenpolitik orientierte sich an der Interessenpolitik der Staatsbediensteten.

Deutschland war im 19. Jahrhundert zwar nicht eine terra laudata scribarum, aber ein gelobtes Land für Geprüfte und Assessoren und besaß damit ein Element starken bürokratischen Einflusses auf die Gesellschaft.

# Die Vielfalt der Berufe und der sozialen Stellungen einer um 1908 geborenen Generation von Pariser Büroangestellten\*

Von Françoise Cribier (Paris)

1. Im Mittelpunkt der vorliegenden Untersuchung stehen weder ein beruflicher Bereich noch eine Epoche, sondern Individuen einer Generation, die um 1908 geboren wurde. Junge Arbeitnehmer der zwanziger und dreißiger Jahre, die zu Beginn der wirtschaftlichen Expansion der Nachkriegszeit vierzig Jahre alt waren und zu Beginn der siebziger Jahre in Rente gingen. Ich betone dabei zwei Perioden, die Zwischenkriegszeit (die Untersuchten waren am Vorabend des Zweiten Weltkrieges zwischen 27 und 33 Jahre alt) und die fünfziger und sechziger Jahre, in denen die Untersuchten ihren beruflichen Höhepunkt erreichten, bevor sie dann ihr Berufsleben beendeten (um 1969-1972).

2. Die untersuchte Population bildet eine repräsentative Stichprobe von ungefähr 1/70 der Gesamtheit der Angestellten der Privatwirtschaft im Großraum Paris, die 1972 ihre Rente erhalten und die ihr Berufsleben in der Pariser Region beendet haben. Nur ein Drittel davon wurde in der Hauptstadt geboren, fast alle lebten aber bereits im Alter von dreißig Jahren in Paris. Viele haben vorher in der Provinz gearbeitet, meistens auf Bauernhöfen, in Fabriken und Geschäftshäusern und sehr selten in Büros, so daß die Arbeit in einem Büro, über die wir reden werden, sich auf den Großraum Paris bezieht. Der Vorteil, eine Generation von Gehaltsempfängern zu untersuchen, liegt darin, daß man Männer und Frauen aus allen Berufssparten, von Kellnerinnen und Hilfsarbeitern bis hin zu "den Vorstandsetagen" verfolgen kann. In unserer Untersuchung fehlen die Händler und Handwerker, die nie Gehaltsempfänger waren: sie sind nicht sehr zahlreich. Es fehlen auch die Personen, die Beamte gewesen sind und zwar ausschließlich Beamte, aber eine sehr große Anzahl von Arbeitnehmern der Sozialversicherung, der Eisenbahnen, der Stadt- und Gemeindeverwaltungen, der Polizei und der Post haben auch in der Privatwirtschaft gearbeitet, die einen in ihrer Jugend, die anderen nach der Pensionierung, so daß sie in unserer Population zahlreich vertreten sind. Insgesamt gesehen waren ein Drittel unserer Untersuchten einmal Beamte oder in einem beamtenähnlichen Verhältnis beschäftigt.

Die Untersuchung umfaßt 1371 im Jahr 1972 pensionierte Personen, deren Lebensläufe wir ausgewertet haben.

Eine erste Untersuchung wurde 1975 mit 432 in der Region Paris verbliebenen und 1969 noch aktiven Personen durchgeführt. Später haben wir seit 1978 die Gesamtheit dieser repräsentativen Stichprobe von neu Pensionierten aus dem Jahr 1972, die in Paris geblieben sind oder die sich in die Provinz zurückgezogen haben (ein Drittel der Untersuchten) mit Ausnahme des geringen Teils, der ins Ausland gezogen ist, untersucht.<sup>1</sup>

Zu den Erhebungen mittels Fragebögen kommen an den wichtigen Punkten der Untersuchung eine gewisse Zahl von Recherchen hinzu, die sich auf aufgezeichnete Interviews stützen (das Eintreffen in Paris; der Weggang aus Paris nach der Rente; wie die jungen Provinzler von gestern alteingesessene Pariser geworden sind; der berufliche Weg bis hin zur Rente; die Reihenfolge der verschiedenen Wohnsitze). Diese biographischen Befragungen haben es erlaubt, die Qualität der administrativen Angaben, die uns für die Gesamtheit der untersuchten Personen zur Verfügung standen, einzuschätzen, aber auch die einzelnen Vorgänge besser zu begreifen.

Da wir Anstellung für Anstellung die beruflichen Laufbahnen einer Altersgruppe von Parisern über ein halbes Jahrhundert hindurch verfolgt haben, vermochten wir zu sehen, wer in den Büros gearbeitet hat, zu welcher Zeit, welche Art von Arbeit verrichtet wurde, welchen Stellenwert diese Büroarbeit in der Gesamtheit der Laufbahn einnahm, aber auch wer nie dort gearbeitet hat.

3. Ich werde hier nicht über das "alltägliche Leben" in den Büros sprechen. Die Lebensberichte, die wir gesammelt haben, legen besonderes Gewicht auf den gesamten Lebenslauf, auf das, was die Leute aus ihrem Leben gemacht haben und was das Leben wiederum aus ihnen gemacht hat, auf die sozialen Strategien, seien sie beruflicher oder familiärer Art oder auf den Wohnsitz bezogen. Innerhalb des Berufslebens waren wir vor allem an der Berufswahl interessiert, am Einstieg in einen Beruf, an der Beibehaltung oder dem Verlassen dieser Anstellung, an den Gründen der Berufswahl, wenn es eine Wahl gab, an dem, was die Untersuchten ursprünglich werden wollten, an den möglichen Stellen (unter Berücksichtigung der Ausbildung, der familiären Umgebung, des geographischen Milieus), an den Einstiegswegen, an der erhofften Beförderung, an den Vorteilen eines Berufes in Bezug auf die Lebensweise, das Interesse, das Gehalt, die Sicherheit der Anstellung, den bezahlten Urlaub, dem gesellschaftlichen Status. Gewiß haben die untersuchten Personen uns auch vom "Arbeitsumfeld" erzählt, ihre Tätigkeit beschrieben, uns Dinge über das Leben in den Büros mitgeteilt. Aber hinsichtlich des beruflichen Werdegangs der untersuchten Personen und der Geschichte des

---

\* Der Artikel wurde von Marie-Luise Georg M.A., Saarbrücken, aus dem Französischen übersetzt und von Dr. Christoph Conrad, Berlin, hinsichtlich technischer Fachausdrücke durchgesehen.

1 Es handelt sich dabei um 4% der Untersuchten, die sich aus Einwanderern zusammensetzen, die in ihre Heimat zurückgekehrt sind. Es handelt sich dabei fast immer um Männer die in den Fabriken oder auf Baustellen gearbeitet haben.

Pariser Arbeitsmarkts kann unsere Recherche die meisten Ergebnisse vorweisen.

4. Soll die "Welt der Büros" einzig als das Universum der Büroangestellten, oder im weiteren Sinne - wie man von der Geschäftswelt, der Agrarwelt spricht -, als die Welt der Büroangestellten wie auch der Techniker und leitenden Angestellten, die in den Büros arbeiten und von denen viele zuerst Büroangestellte gewesen sind, verstanden werden?<sup>2</sup> Ich habe mich dazu entschlossen, all diejenigen zu untersuchen, die Büroangestellte gewesen sind, einschließlich derjenigen die danach Techniker oder leitende Angestellte geworden sind. Aber um die Untersuchung auf einen bestimmten Arbeitstyp zu begrenzen, wurden die Personen ausgeschlossen, die die Büros säubern, die in den Kantinen der Fabriken arbeiten, die Laufburschen, die ihre Arbeit außerhalb des Büros erledigen. Die "Büroarbeit" ist eine Arbeit, die mit Papier, einem Bleistift, einer Feder, einer Schreibmaschine, einem Rechner ausgeführt wird: es ist die Domäne des Geschriebenen.

Es ist notwendig und schwierig, bei jeder aufeinanderfolgenden beruflichen Position dieser Population zwischen qualifizierten und weniger qualifizierten Angestellten zu unterscheiden - man wird später sehen wie wichtig diese Unterscheidung ist. Zu den Schwierigkeiten, die verschiedenen Stellen abzugrenzen, kommt die Tatsache hinzu, daß sich der Begriff der qualifizierten Stelle im Laufe des von uns untersuchten halben Jahrhunderts verändert hat.

Im Jahr 1970 handelt es sich bei der Stelle eines Tippfräulein in einem Großraumbüro um eine weniger qualifizierte Stelle (die qualifizierte Stelle ist die der Sekretärin), während 1924 der junge sechzehnjährige Mann, der mit mittlerer Reife als Schreiberkraft in ein Handelshaus eintrat ein qualifizierter Angestellter ist, ebenso wie das fünfzehnjährige Mädchen, das seinen Hauptschulabschluß erhalten hat, sich in Rechtschreibung auskennt und Schreibmaschinenschreiben und Stenographie gelernt hat.

Unser Material erlaubt es einige wichtige Fragen zu beantworten.

1. Wie wurde man Büroangestellter? Wer wurde Büroangestellter? Aus welcher sozialen und geographischen Umgebung stammten die Pariser Büroangestellten? Wie gelangte man an diese Stellen, welche Rolle spielten dabei die Ausbildung, das familiäre Umfeld, die Beziehungen? Von welchem Ehrgeiz wurden sie geleitet, welche Erfolgsmodelle (im einfachsten Sinne des Wortes) gab es? Warum ging man in ein Büro, mit welchen Ambitionen, in welchem Alter? Die Zugangsmöglichkeiten, die Motivationen, die Stellen und vor allem die Laufbahnen sind eng mit dem Eintrittsalter ins Büro verbunden.<sup>3</sup>

2. Welche Karrieren haben die Büroangestellten gemacht? Eine Langzeitstudie, die die Reihenfolge der Anstellungen betrachtet, erlaubt es die Laufbahnen von

---

2 Das Arbeitsleben von denjenigen die direkt leitende Angestellte, Ingenieure, Techniker gewesen sind, wird hier nicht untersucht werden: aber in dieser Altersgruppe haben zwei Drittel der mittleren leitenden Angestellten als Angestellte oder Arbeiter angefangen.

3 Und da es sich um Zeitgenossen handelt, fanden die Eintritte im Alter zwischen 15 und 20 Jahren in den Zwanziger Jahren statt, die Eintritte im Alter von 40 Jahren fanden nach dem Zweiten Weltkrieg in einem unterschiedlichen Arbeitsmarkt statt.

Männern und Frauen, die Laufbahnen von denjenigen, die in ihrer Jugend ins Büro eintraten mit denen die später eintraten und von denen, die einen Aufstieg in ihrem Beruf erlebt haben, mit denen, die nicht aufgestiegen sind, miteinander zu vergleichen. Man erkennt zugleich die Büroangestellten, die auch andere Berufe ausgeübt haben, man kann den Weg der Fabrikarbeiter, der Lagerarbeiter und der Hausangestellten in die Büros verfolgen.

Abschließend: Welche sozialen Aufstiegsmöglichkeiten haben die Büros Männern und Frauen, ausgebildeten und weniger qualifizierten Leuten geboten?

3. Zum Schluß werde ich auf die Beziehungen zwischen der Büroarbeit und der sozialen Zugehörigkeit eingehen: Welcher sozialen Gruppe gehörten die weniger qualifizierten Büroangestellten an, welcher die qualifizierten Angestellten? Mit wem sind die weiblichen Büroangestellten verheiratet? Welche Rolle hat die Anstellung in einem Büro für die Konstituierung der Mittelschichten gespielt?

## 1. Wie wurde man Büroangestellter?

Ein Drittel der Frauen und ein Fünftel der Männer der untersuchten Generation von Pariser Arbeitnehmern in der Privatwirtschaft haben einmal als Büroangestellte gearbeitet.

Wessen Berufsleben hat in einem Büro angefangen? Das von 15% aller untersuchten Männer und Frauen.

Wer hat den Beruf eines Büroangestellten hauptberuflich (am längsten ausgeübt zwischen 35 und 55 Jahren) ausgeübt? 10% der Männer und 30% der Frauen.

Tabelle 1 zeigt den ersten Beruf der Pariser Rentner aus den Hauptgruppen der Privatwirtschaft (1972 pensionierte Personen, die in Frankreich<sup>4</sup> geboren sind) in den zwanziger Jahren: 15% der jungen Leute dieser Stichprobe nehmen ihre erste Stelle in einem Büro wahr; dieses Verhältnis variiert jedoch stark innerhalb der sozialen Gruppen, die hier über den Beruf des Vaters definiert werden.

Das Verhältnis erreicht bei den Jungen in den höheren sozialen Kategorien 38% (ebensoviel wie bei denen, die als Techniker oder leitende Angestellte beginnen werden), erreicht noch 24% bei den Kindern von Angestellten aller Art (von denen die meisten kleine Angestellte sind) und 10% bei den Kindern von Arbeitern, kleinen Handwerkern und Händlern: in diesem Fall handelt es sich immer um qualifizierte Arbeiter oder Handwerker, die in der Stadt wohnen.

Unter den Mädchen erreicht das Verhältnis 26% bei den Töchtern von Angestellten, 17% bei den Töchtern von Händlern und Handwerkern und 10% bei Arbeiter-töchtern (es handelt sich dabei um Töchter von Facharbeitern).

4 Die Angaben über den ersten Beruf des Vaters sind bei den außerhalb von Frankreich geborenen untersuchten Personen weniger zuverlässig.

Diese erste Arbeit im Büro entspricht einer wesentlich qualifizierteren Stelle als die meisten anderen Stellen der Jugendlichen in diesem Zeitraum: alle diese Angestellten verfügten über ihren Hauptschulabschluß, zwei von drei haben den Schulbesuch nach dem Hauptschulabschluß fortgesetzt, eine(r) von zwei hat sogar die Mittlere Reife. Dieser erste Beruf wurde fast nie vor Beginn des 15. Lebensjahres ausgeübt, sehr oft nicht vor dem 16. oder 17. Lebensjahr, manchmal nicht unter 18 oder 20 Jahren bei den Mädchen, die nach Beendigung der Schulausbildung "bei ihren Eltern geblieben sind", bevor sie Angestellte wurden (es handelt sich hierbei meist um Töchter von Angestellten oder Händlern).

Zwei Drittel der Jugendlichen, die auf einer Bürostelle arbeiteten, haben eine Berufsausbildung erhalten<sup>5</sup>, die sich von einigen Stenokursen bei einer Dame im Wohnviertel, auf die man von der Bäckerin hingewiesen wurde, bis zu einem einjährigen Unterricht in der Schule von Pigier erstreckt; einige der jungen Männer, die in einem Büro anfangen haben sogar eine Handelsschule absolviert. Gemeindeämter, weltliche Vereine, die Freimaurer, die philotechnischen Vereine und viele andere organisierten einen Berufsschulunterricht für Büroangestellte, "Damen" eröffneten Stenokurse, das Haus Pigier ein wahres Netz an Schulen und organisierte eine Stellenvermittlung für die Schüler: es gab eine starke Nachfrage von Seiten der Arbeitgeber, die Jugendlichen waren stark motiviert Berufe zu ergreifen, die in ihren Augen ein hohes Ansehen genossen.

Die jungen Leute aus den Städten und besonders diejenigen, die in Paris erzogen wurden, hatten folglich bessere Aussichten als andere, vor allem als diejenigen, die vom Land kamen, diese Berufe zu ergreifen: sie wurden häufiger, im reiferen Alter qualifizierte Angestellte, Techniker und Führungskräfte (Tabelle 2). Dies beruht auf der Kombination von drei Faktoren: Die Berufe der Eltern waren im städtischen Umfeld günstiger, das Bildungssystem besser angepaßt, schließlich entsprachen die Modelle des sozialen Aufstiegs über Büroberufe den städtischen Modellen.

Hinzukommt, daß der Zugang zur Büroarbeit ohne Berufszeugnis und sogar ohne spezielle Ausbildung möglich war, und man auf der Grundlage einer soliden Primärausbildung die Arbeit "von der Pike auf" lernen konnte.

Da ist z.B. Mme A, die mit 15 Jahren nach zwei Jahren Mittelschule in einen Großhandel für Possamentenarbeiten eintrat, dort Schachteln und Pakete ordnete, darauf der Chefin bei der Buchhaltung half, sonntags bei sich zu Hause Schreibmaschineschreiben lernte und mit 25 Jahren Hauptsekretärin wurde. Da ist Mme B., Verkäuferin in einem großen Warenhaus, die den Wunsch hatte "zur Buchhaltung" zu wechseln, die während der drei Jahre, die sie zu Hause verbrachte, um ihr Kind aufzuziehen, Buchführung lernte, dann mit 26 Jahren als Hilfsbuchhalterin zurückkam, bevor sie Buchhalterin wurde. M.C., Sohn eines im Zentrum von Paris stationierten Gardisten, scheiterte bei einer Eignungsprüfung nach seiner Mittleren Reife, wurde Angestellter eines

5 Ich spreche hier von "echten" Büroangestellten im strengen Sinne, nicht von Laufbur-schen oder Portiers.

großen Warenhauses, lernte abends Buchführung und fing mit 19 Jahren bei einer Versicherungsgesellschaft an. M.D., Sohn eines Arbeiterehepaares aus St.-Denis (armer Leute Kind, wie er selbst sagt), von seinem Vater mit 13 Jahren als Schlosserlehrling in einer Fabrik in seinem Vorort untergebracht, faßte mit einem Freund zusammen den Entschluß (als sie "diese Typen in weißen Kitteln, die sich nie schmutzig machen" vorübergehen sahen) nicht länger ein Arbeiter zu bleiben. Er verließ mit 16 Jahren die Fabrik um als Laufbursche zu arbeiten, nahm sich in Paris ein Zimmer, besuchte Abendkurse für technische Zeichner und fing mit 18 Jahren in einem Büro an zu arbeiten. Mme. E., einzige Tochter eines Gewerbearbeiters, legte ihre Mittlere Reife ab, besuchte einige Monate Kurse bei Pigier, machte die Ablage in einer Druckerei, bevor sie an Schreib- und Rechenmaschine arbeiten konnte.

Die Berufsausbildung fand bei den Büroberufen zu einem guten Teil am Arbeitsplatz statt, die Techniken wurden in dem Maße, indem sie sich durchsetzten, erlernt. (Das Drama dieser Altersgruppe lag im Durchbruch der Informatik am Ende der sechziger Jahre, der viele Pensionierungen beschleunigte). In den großen wie in den kleinen Unternehmen qualifizierte man sich im Laufe der Jahre: die erworbene Fertigkeit, die Kenntnis des Hauses, die bewiesene Zuverlässigkeit zählten dabei viel. Die Mobilität war dennoch stark, machte sich jedoch bei den Frauen im Unterschied zu Arbeiterinnen und Verkäuferinnen besonders in der Initiative der Büroangestellten bemerkbar, in der Suche nach besserem Gehalt (oft in bedeutenderen Häusern) und interessanteren Arbeitsplätzen, an denen man mehr lernte.

Warum ging man in ein Büro, mit welchen Ambitionen ging man ins Büro, wer beeinflusste einen, wer half einem? Die jungen Männer (in der Mehrzahl Söhne von Angestellten und kleinen Geschäftsleuten, ein geringer Anteil aus dem Arbeitermilieu) suchten einen qualifizierten Beruf außerhalb der Arbeiterklasse und akzeptierten es als "Federfuchser" oft mit sehr kleinem Gehalt, anzufangen: in den Handelshäusern, aber auch in Banken und Versicherungen begann die Mehrzahl der Arbeitnehmer "ganz unten". Zu den Söhnen der Angestellten und leitenden Angestellten, die damit rechneten aufzusteigen, kamen die Söhne der Arbeiter und kleinen Händlern hinzu, die die Arbeiterklasse verlassen oder von ihr nicht aufgenommen werden wollten.

Bei den jungen Mädchen scheint das Ansehen der Büroberufe (wie der der Volksschullehrerin, der Postangestellten, der Krankenschwester) in den kleinbürgerlichen Schichten und zugleich in den unteren Schichten, in denen die Töchter oft in ihren Ambitionen von den Müttern, die ihnen die Arbeit im Haushalt oder in der Fabrik ersparen wollten, unterstützt wurden, gleichermaßen verbreitet zu sein: In den Augen dieser Mütter zählten die Berufe der Schneiderin (leider!), der Verkäuferin, der Büroangestellten zu den guten Berufen.

Man muß ebenso deutlich wie dies in den Lebensberichten geschehen ist auf die Rolle der "Guten Fee" hinweisen, die oft junge Mädchen aus den unteren

Schichten auf den Weg zu einer qualifizierten Büroanstellung brachten, wenn sie nur ihren Hauptschulabschluß hatten.

Da sind die Patin, die Tante oder die ältere Schwester, die ihnen nach Paris vorausgegangen sind, die sie aufgenommen haben, ihnen halfen, sie an einem Arbeitsplatz vorgestellt haben (denn in den Büros und Handelshäuser der zwanziger Jahre wurde man von seiner Familie vorgestellt). Durch Beziehungen (die Patin, eine gute Nachbarin, die Concierge, "die irgendjemanden kennt", eine Kundin der Tante, einer Schneiderin) wurde man oft auf eine mögliche Ausbildung, einen Arbeitsplatz hingewiesen: Diese Tatsache war vor allem für diese Jugendlichen, deren Eltern sich meistens nicht in der "Bürowelt" auskannten, von Bedeutung.

Mme H., Waise, wurde von einer Großmutter, die ein kleines Geschäft hatte, aufgezogen, die sie bis zur Mittleren Reife in ein Kloster in der Stadt schickte. Im Alter von 16 Jahren ließ eine jüngere Tante sie nach Paris kommen, bezahlte ihr die Schule von Pigier, brachte sie in einer Druckerei unter in der ihr Mann arbeitete, hier machte sie die Ablage bevor sie Rechnungsschreiberin wurde.

Mme I., einzige Tochter eines Eisenwarenhändlers, legte mit 15 Jahren ihre Mittlere Reife ab, besuchte sechs Monate Kurse der Handelskanzlei, fing mit 16 Jahren bei einer Versicherung an, bei der sie von einer Geschäftskundin vorgestellt wurde, verrichtete kleine Arbeiten und wurde mit 19 Jahren Sekretärin in einem Unternehmen in ihrem Vorort, wo sie besser bezahlt wurde.

Die Mutter von Mme J., Witwe eines kleinen Handwerkers in der Provinz, zog 1915 mit ihren Töchtern nach Paris und arbeitete in der Fabrik. Sie brachte ihre älteste Tochter in einer Wäscherei in ihrem Vorort unter (in ihren Augen war das besser als die Fabrik) und ihre jüngste Tochter "dank einer Dame aus dem Viertel, die ein gutes Wort für sie eingelegt hat" in einem großen Warenhaus: "Man braucht eine tadelloses Benehmen und eine gepflegte Sprache". Von der Handschuhabteilung wechselte sie auf ihr Ersuchen hin ins Büro.

Mme K. ging bis zu ihrem 15. Lebensjahr in einer kleinen Provinzstadt zur Schule, dann kam sie mit 16 Jahren nach Paris zu einer Tante, die ihr eine Stelle in einem Modeatelier, in dem sie die "Erste" war, besorgte. Die Modebranche gefiel ihr nicht, die Geschäfte gingen in diesen Jahren schlecht (der importierte Filzhut war modern); sie fing in einem Importhandel an, lernte sehr schnell das Versandwesen, die Rechnungsführung, den Schriftverkehr mit der Kundschaft von Wiederverkäufern. Nachdem sie später leitende Angestellte geworden ist, analysierte sie in unserer Untersuchung die Gründe für ihren Erfolg, die Rolle der Ausbildung und des familiären Umfelds.

M.L., Sohn eines Küsters, besuchte den Unterricht der Mittelschule und trat mit der Mittleren Reife über "jemandem aus der Pfarrei (sein Vater war Küster in Paris) bei einem Effekthändler in die Lehre" und sein Chef veranlaßte ihn, ein juristisches Fachabitur zu erwerben.

Der späte Eintritt ins Büro hängt mit zwei völlig unterschiedlichen Pänomenen zusammen: Zum einen mit dem Auftreten von ausgebildeten verwitweten oder von ihren Ehemännern verlassenen Frauen auf dem Arbeitsmarkt. Sie verfügten über eine Allgemeinbildung, gutes Benehmen manchmal über Beziehungen und wurden in einem Alter zwischen 35 und 50 Jahren Sekretärinnen (jedoch oft schlecht bezahlt).

Den Hauptanteil dieser "Späteinsteiger" stellten jedoch zum anderen die gering ausgebildeten Frauen, die aus den Fabriken und dem Handel kamen, die sich "hinsetzen" wollten, die einen "angenehmeren Arbeitsplatz" suchten, und die oft aus ihren Berufen ausscheiden mußten, da sie von Jüngeren ersetzt wurden. (siehe unten).

## 2. Die verschiedenen Karrieretypen der Büroangestellten

Die Personen, die in den Büros angefangen haben, um dort einer qualifizierten Arbeit nachzugehen, waren fast alle dort geblieben. Die Situation unterscheidet sich stark von der anderer Berufsgruppen in dieser Generation: Bei den Arbeitern haben vier von zehn Männern später einen anderen Beruf ausgeübt, bei den Frauen liegt das entsprechende Verhältnis bei fünf von zehn (wir zählen dabei die Frauen nicht mit, die aufgehört haben zu arbeiten, um zu Hause zu bleiben). Von den Frauen, die Hausangestellte, Serviererinnen, Reine-machefrauen gewesen sind, hat mehr als die Hälfte danach einen anderen Beruf ausgeübt. Schließlich zeigt die Untersuchung von über tausend Lebensläufen, daß der Büroberuf, der der Techniker, der Ingenieure, der Führungskräfte, aber auch der der qualifizierten oder weniger qualifizierten Büroangestellten, den einzigen Berufstyp darstellt, den man nicht aufgab: einfache Angestellte stiegen zu kleinen leitenden Angestellten auf, mittlere Angestellte wurden zu höheren Angestellten befördert, Techniker wurden zu Führungskräften, fast alle verblieben jedoch im Büro.

In Bezug auf die Karriere unterschieden sich Männer und Frauen: Nur ein Drittel der weiblichen qualifizierten Büroangestellten stieg zu Führungskräften auf im Gegensatz zu zwei Dritteln bei den männlichen Angestellten, die dabei auch häufiger höhere Ränge erreichten.

Ein zweiter großer Gegensatz trennt die Leute, die in jungen Jahren in den Büros angefangen haben, die wie wir gesehen haben über eine gute Allgemeinbildung verfügten, oft eine Berufsschule besucht haben und/oder durch eine gründliche Ausbildung am Arbeitsplatz begünstigt wurden (die "kleinen Chefs" nahmen sich Zeit dazu die Jugendlichen auszubilden), von denen die später in den Büros angefangen haben. Dabei handelte es sich im wesentlichen um Frauen, die nach dem Zweiten Weltkrieg im Alter zwischen 35 und 48 Jahren in die Büros gingen: Die Privatwirtschaft rekrutierte damals viel "nicht mehr ganz junges" Personal.

Die Entwicklung der Karrieren war im Zeitraum von den zwanziger bis hin zu den siebziger Jahren eng mit der Entwicklung des Arbeitsmarktes in der Hauptstadt verbunden. In einem expandierenden Arbeitsmarkt, der sogar

während der Krise zu Beginn der dreißiger Jahre durch ständige Zuwanderung aus der Provinz und aus dem Ausland genährt wurde, vervielfachten sich die Bürostellen in der öffentlichen Verwaltung und in der Privatwirtschaft während dieses halben Jahrhunderts.

a.) In den Jahren 1922-1936, den Jahren in denen die untersuchte Generation in die Hauptstadt zog, um hier zu arbeiten, zog Paris zugleich weniger qualifizierte Leute an, die Stellen<sup>6</sup> als Hauspersonal, im Nahrungsmittelhandel, in der Industrie, in der sich der Taylorismus entwickelt hat, annahmen und qualifizierte Leute, die hier ihre Qualifikationen besser verkaufen und sich weiter qualifizieren wollten.<sup>7</sup>

b.) Nach dem Zweiten Weltkrieg traten zwei Entwicklungen auf - die erste hat für diese Gruppe schon weitgehend während des Krieges begonnen (siehe weiter unten das Beispiel von Mme X):

Arbeitnehmer aus dem Handel, dem Dienstleistungssektor, den Fabriken,<sup>8</sup> den Schneidereien begannen in die Büros einzutreten. Das ist bei einigen Männern der Untersuchungsgruppe der Fall, aber hauptsächlich bei Frauen im Alter von 35-45 Jahren, zumeist bis dahin wenig qualifizierte Arbeiterinnen<sup>9</sup> oder Schneiderinnen, die sich weder vorstellen konnten in der Fabrik noch im primären Dienstleistungssektor zu arbeiten, außerdem bei Angestellten, die im Handel tätig waren. Die meisten von ihnen waren schlecht ausgebildet. Viele Bürostellen begannen durch ihr minderes Ansehen, die begrenzten Aufgaben und die niedrigen Gehälter den unqualifizierten Stellen in der Industrie zu ähneln.<sup>10</sup>

Man nahm teil am Anwachsen des Bestands an Führungskräften, verbunden mit einer wachsenden Belegschaft: Für Leute im Alter von 40 und 50 Jahren eröffneten die Büros nun Aufstiegsmöglichkeiten; diese Aufstiegsmöglichkeiten waren für die Männer doppelt so groß wie für die Frauen, und führten für die Männer auch zu höheren Stellen.

Um diesen Aufstieg der Büroangestellten in den 25 "Trentes glorieuses" (den Prosperitätsjahren) einzuschätzen, ist es interessant, für die Gesamtheit

6 Die Tatsache, daß die in Paris geborenen und besser ausgebildeten Kinder qualifizierte Stellen ergreifen konnten, verstärkte die Nachfrage nach weniger qualifizierten Stellen.

7 F. Cribier, Constitution et structure des groupes professionnels du salariat. Une génération de retraités parisiens du secteur privé; in: *Consommation. Revue de socioéconomie* 3, 1980, S. 47-90.

8 Junge eingewanderte Männer ersetzen nach dem Zweiten Weltkrieg in den Fabriken die Frauen, die dann zu den Stellen im tertiären Sektor, in den Büros und im Handel wechselten.

9 C. Omnès zeigt deutlich, indem sie die Berufslaufbahnen einer Anzahl Pariser Arbeiterinnen, die um 1911 geboren wurden untersucht, daß die Abgänge aus der Fabrik vor allem in den Jahren 1939-40 zahlreich sind, die Anstellungen in der Fabrik für diese Gruppe später selten sind und daß viele Arbeiterinnen sich auf Stellen im Dienstleistungssektor, im Handel und vor allem auf wenig qualifizierte Stellen im Büro umgestellt haben. C. Omnès, *Les trajectoires des ouvrières parisiennes*; in: *Colloque sur Les ouvriers en France pendant la 2ème guerre mondiale*, Paris 1992, S. 57-69.

10 In den siebziger Jahren sprechen die Gewerkschaften von "O.S de bureau".

dieser Altersgruppe, die mit einem Aufstieg verbundenen Laufbahnen zu untersuchen.

In den Büros war der berufliche Aufstieg der Männer häufiger und ausgeprägter als der der Frauen; außerhalb der Büros gab es fast keine Aufstiegsmöglichkeit für Frauen (tatsächlich waren die Arbeiterinnen im Schneidergewerbe die einzigen qualifizierten Arbeiterinnen; ihr Beruf ist dann einem Zerfallsprozeß erlegen). Nur den Männern boten sich außerhalb der Büros Aufstiegsmöglichkeiten: die Hälfte der Facharbeiter stieg im Alter zwischen 35 und 50 Jahren zum Führungspersonal, zum Meister, mittleren Angestellten und in einigen Fällen zu höheren Angestellten auf, während andere ab dem Alter von 30 Jahren technische Beamte geworden sind. Das zeigt die Bedeutung der Büroarbeitsplätze für die Frauen: sie hatten hier zwar eine geringere Aufstiegsmöglichkeit als die Männer, dennoch waren die Berufe in den Büros die einzigen, in denen die Frauen einen beruflichen Aufstieg erfahren konnten.

Dieser berufliche Aufstieg kam vor allem den in Paris und in den Provinzstädten ausgebildeten und auch weithin aufgewachsenen Frauen zugute. Tabelle 3 zeigt daß die weiblichen qualifizierten Angestellten fast genauso qualifiziert waren wie die männlichen Techniker und mittleren Angestellten. Der berufliche Aufstieg der Arbeiter zu Technikern und Führungskräften kam zu einem bedeutenden Teil denjenigen zugute, die über einen Hauptschulabschluß verfügten: Dieser Weg des beruflichen Aufstiegs war also nicht nur den in Paris aufgewachsenen Männern vorbehalten, sondern er stand auch den Männern offen, die aus den Provinzstädten kamen, aber auch denjenigen, die ihre Lehre in einem bäuerlichen Landstädtchen oder in einer Industrieregion gemacht haben.

Andere Spezifika weiblicher Berufslaufbahnen verdienen ebenfalls Aufmerksamkeit. Insgesamt war die Kinderzahl der jungen weiblichen Büroangestellten in Paris in der Zwischenkriegszeit gering. Zum einen lag die Zahl der Kinder bei der Mehrzahl der Mütter bei eins oder zwei. Nur eine von 15 Büroangestellten hat mindestens drei Kinder gehabt (eine von fünf bei den Arbeiterinnen, und in beiden Fällen sprechen wir von Frauen, die über 25 Jahre gearbeitet haben). Zum anderen konnten die weiblichen Büroangestellten weitaus häufiger als Arbeiterinnen oder selbst Verkäuferinnen in der Lebensmittelbranche weiterarbeiten: Die Unterbrechungen der beruflichen Laufbahn für die Erziehung der Kinder waren seltener und kürzer (durchschnittlich sechs Jahre im Gegensatz zu elf Jahren bei Arbeiterinnen). Die Arbeitszeit im Büro erlaubte es, eher als in den Fabriken und in den Werkstätten, die Kinder morgens zur Schule zu bringen. Da die Büroangestellten weitaus häufiger als die Arbeiterinnen in Paris geboren waren, wohnte auch häufiger ihre Mutter in der Nähe, die auf ihre Kinder aufpassen konnte. Schließlich fanden die Büroangestellten in ihrer Arbeit oft die Befriedigung, die die Verkäuferinnen und vor allem die Arbeiterinnen niemals fanden, und diejenigen, die verheiratet waren, hatten oft viel bessere Lebensbedingungen als die Masse der Pariser Arbeiterinnen, da die ausgebildeten weiblichen Büroangestellten oftmals junge

Facharbeiter (von denen viele Techniker oder leitende Angestellte wurden) oder junge Angestellte oder Techniker (die nach dem Zweiten Weltkrieg ebenfalls eine gute Stelle fanden) geheiratet haben.<sup>11</sup>

Tabelle 4 zeigt für vier große Berufsgruppen die ersten Berufe in der Jugend auf. Die detaillierte Studie der Laufbahnen der Personen, die in den Büros gearbeitet haben, läßt drei männliche und zwei weibliche Laufbahntypen erkennen.

1. Die "carrière modeste" der Männer, die in ihrer Jugend eine richtige Büroarbeit ausgeübt haben (ich spreche hier nicht von den Laufburschen), stellt die Laufbahn von Männern dar, die über eine geringe Ausbildung verfügten, zuweilen eine schwache Gesundheit aufwiesen und für die der Beruf des schlecht bezahlten "Federfuchers" eine berufliche Zuflucht geboten hat, da dieser Beruf weniger hart war als andere Männerberufe. Sie blieben Büroangestellte, hauptsächlich bei Banken oder Versicherungen, seltener in den Handelshäusern, in denen das Büropersonal noch überwiegend weiblich war.

2. Die Laufbahn der qualifizierten Männer, die selbst für Handelsschulabsolventen sehr oft in unteren Diensten ihren Anfang nahm: Einer von ihnen hat mir erzählt, daß er Lichtpausen anfertigte (Vorgänger des Kopiergerätes) "da zu dieser Zeit noch keine Frauen in unserem Büro gearbeitet haben" - das traf noch am Ende der zwanziger Jahre für die Handelshäuser zu. Diese Männer wollten fast alle Techniker oder Führungskräfte werden, ihre Laufbahn war auf den beruflichen Aufstieg ausgerichtet und wurde durch die Beförderungen gegliedert (Unterabteilungsleiter, Abteilungsleiter, Unteramtsleiter, Amtsleiter, Vizedirektor einer Vertretung). Die Versicherung und die Bank bieten die besten Modelle für diese Laufbahnen.

3. Die Laufbahnen der Männer, die zuvor mit einer handwerklichen Qualifikation (Facharbeiter in der Auto- oder Flugzeugindustrie) zwischen 13 und 20 Jahre lang als Arbeiter in der Industrie beschäftigt waren. Sie wollten über eine technische Laufbahn beruflich aufsteigen und wurden manchmal nach der Militärzeit technische Zeichner, manchmal Buchhalter oder Sachbearbeiter in einem Büro, mitunter später Ingenieur, oftmals leitender Angestellter.

Bei den Frauen kann man ohne übertriebene Vereinfachung zwei Gruppen gegenüberstellen:

1. Die qualifizierten Büroangestellten, die in ihrer Jugend, oft im Alter zwischen 15 und 20 Jahren in einem Büro angefangen haben. Einige haben als Verkäuferin gearbeitet, bevor es ihnen gelungen ist eine Stelle in einem Büro einzunehmen, aber keine von ihnen hat als Arbeiterin, Schneiderin oder im Haushalt gearbeitet. Diese, wie wir gesehen haben, qualifizierten Frauen blieben alle im Büro: ein Drittel von ihnen erreichte am Ende Amt und Stellung einer leitenden Angestellten, in dem Sinn, daß ihr Arbeitgeber für sie Beiträge zur Angestelltenkasse leistete; zwei Drittel blieben Sekretärinnen, Buchhalterinnen, Sachbearbeiterinnen, mehrere verrichteten jedoch die Arbeit

---

11 Die Hälfte der weiblichen qualifizierten Büroangestellten, die wir zu Beginn ihres Ruhestands untersucht haben, sind oder waren mit einem Techniker oder einem leitenden Angestellten verheiratet.

einer leitenden Angestellten ohne den entsprechenden Titel, das Gehalt oder die Rente einer leitenden Angestellten zu erhalten. Mehrere von ihnen nahmen die Aufgaben eines Personalchefs mit dem Titel einer Direktionssekretärin wahr, oder sie überwachten die Kundenbetreuung und "wären zu Führungskräften aufgestiegen, wenn sie nur ein Mann gewesen wären", wie es viele von ihnen klar gesehen haben.

2. Die unqualifizierten Büroangestellten haben diesen Beruf selten zu Beginn ihrer Laufbahn ausgeübt und haben ihn selten kontinuierlich ausgeübt; bei vielen in der Ablage, im Lager, im Archiv sind andere Stellen gefolgt. In der Tat handelte es sich dabei meistens um Anstellungen in der zweiten Hälfte der Laufbahn in der Zeit während oder nach dem Krieg: Diese Stellen vervielfachten sich in den fünfziger und sechziger Jahren. Die Arbeitgeber, die diese Stellen schlecht bezahlten, konnten nicht darauf hoffen, zu Zeiten der Vollbeschäftigung junge und kompetente Frauen für diese Stellen zu gewinnen. (Während in den zwanziger und dreißiger Jahren viele junge Frauen, die aus der Sekretärinnenschule kamen, neben den streng genommen, eigentlichen Aufgaben einer Sekretärin auch eine Reihe einfacher Arbeiten erledigen mußten, die damals Bestandteil der Aufgaben einer qualifizierten Angestellten waren). Die zwischen 1906 und 1912 geborenen Arbeitnehmerinnen, die Müdigkeit verspürten, die zuvor in den Fabriken, im Handel, im Stehen, "in der Kälte und in der Hitze", "im Schmutz" gearbeitet haben, wußten ihrerseits, daß die einfache Stelle im Büro, den einzigen unqualifizierten Beruf darstellt, der physisch nicht so hart wäre. Sie bemühten sich die Müdigkeit<sup>12</sup> zu vermeiden, strebten aber zur gleichen Zeit ein anderes Arbeitsumfeld an, ein anderes Verhältnis zwischen Arbeitnehmern und Vorgesetzten. In unserer Untersuchung sind reichlich Zeugnisse vorhanden über diese Frauen, die im Alter von 35 oder 40 Jahren entdeckt haben, daß die Vorgesetzten mit ihnen sprechen können ohne zu schreien, sie siezten, sie mit Frau ansprechen. Mehrere Frauen unserer Untersuchung waren von diesen Männern und Frauen, die "nett" mit ihnen sprachen, sehr angetan; viele haben für ihre Vorgesetzten Bewunderung und Verbundenheit empfunden. Neben den Arbeitsbedingungen, lag der Reiz dieser schlecht bezahlten Berufe auch im Ansehen der Schreibarbeit.

Ich zitiere hier die Angaben von Mme X: Im Alter von 13 Jahren kam sie direkt aus ihrem Dorf nach Paris, arbeitete als Hausangestellte, danach als Serviererin in einem Café, als Verkäuferin im Nahrungsmittelhandel, als Fabrikarbeiterin. Sie entdeckte 1940, als die Fabrik schlecht ging und man sie im Gemeindeamt angestellt hat "um Lebensmittelkarten auszugeben", daß man "auf einem Stuhl sitzen kann, Papierstücke zusammenklebt und daß man das Arbeit nennt". Sie kehrte niemals wieder in die Fabrik zurück, noch ins Geschäft, aber ihre Ausbildung reichte nicht aus, um die einfachsten Aufnahmeprüfungen für den öffentlichen Dienst zu bestehen. 1954 brachte sie ihr Schwiegersohn im Alter von 45 Jahren als Mädchen für alles in seinem Unter-

12 Vgl. hierzu die Ausgabe des *Mouvement social*, 1983, zusammengestellt und herausgegeben von Alain Cottureau mit dem Titel: *L'usure au travail*.

nehmen unter: Sie verteilte die Post, übernahm den Gang zur Post, verpackte und öffnete Pakete, ordnete Dokumente alphabetisch. Sie erklärte mir, warum sie diesen Beruf so geschätzt hat: "Die Leute waren höflich, wie sehr können sie sich gar nicht vorstellen, immer Bitte und Danke, Frau X hier, Frau X da, niemand brüllte mich an. Ich hatte dort eine Chefin, die wesentlich jünger war als ich und die mir alles beigebracht hat, die mir sagte, daß ich das schaffe und daß ich nicht den Mut verlieren soll ...." "Und dann", fügt Frau X hinzu, "sind wir in der Fabrik auf dem Stand stehengeblieben, den wir in der Schule erreicht haben, (wohingegen) man sich hier ein wenig weiterbildet, man sieht zum Beispiel die Adressen und sagt sich, sieh mal an, diese Stadt liegt im Pas-de-Calais, schau her, es gibt Fabriken im Gard; im Büro lernt man viele Dinge, sie werden sagen, daß es sich um Kleinigkeiten handelt, aber man lernt."

### **Zusammenfassung**

Heinz-Gerhard Haupt wies im Vorbereitungstext für das Kolloquium, das er im November 1990 in Florenz über die städtischen Mittelschichten im 19. Jahrhundert" organisiert hat, zum Stellenwert der städtischen Mittelschichten und ihrer sozialen Funktion, auf das Interessante an der Auffassung von Georg Simmel hin, der in Abweichung zur marxistischen Tradition der Geschichtsschreibung und zugleich zur liberalen Tradition, die stabilisierende Wirkung der Mittelschichten in einer hierarchisierten Gesellschaft aufgezeigt hat: Je mehr die Mittelschichten den unteren Schichten gegenüber geöffnet waren, desto mehr verbanden sie diese mit der etablierten Ordnung und trugen so zur gesellschaftlichen Stabilität bei.

In dieser Altersgruppe gehören die qualifizierten Büroangestellten deutlich den Mittelschichten an. Das Durchschnittsgehalt qualifizierter weiblicher Pariser Angestellter unserer Untersuchungsgruppe war 1970 durchschnittlich höher als das Gehalt unqualifizierter weiblicher Angestellter oder Arbeiterinnen. Wie wir bereits gesehen haben, sind oder waren darüber hinaus die Hälfte der qualifizierten Angestellten mit einem Techniker oder einem leitenden Angestellten verheiratet. Die qualifizierten Bürostellen scheinen zugleich das Verbleiben von vielen Männern und von noch mehr Frauen aus den traditionellen Mittelschichten, die ursprünglich nicht in einem festen Arbeitsverhältnis standen, in ihrem Schichtenmilieu zu sichern und den Aufstieg der am besten ausgebildeten und schon auf einem einigermaßen festen materiellen Fundament stehenden Personen aus den unteren Schichten zu begünstigen. Beide Phänomene haben einen stabilisierenden Effekt gehabt, das zweite, indem es den Wechsel von unten nach oben, dessen Bedeutung Georg Simmel erkannt hat, erlaubt, das erste in dem es das Verbleiben von jungen Leuten aus traditionellen Mittelschichten in den neuen Mittelschichten erlaubt.

Vermischt die Entwicklung der Bürostellen die Schichten und öffnet sie neue Aufstiegsmöglichkeiten, fragt H.-G. Haupt. Die Frage muß von mir deutlich bejaht werden. Die Personen, die qualifizierte Bürostellen annahmen, haben

die Stufen des beruflichen Erfolgs erklommen, haben vor den anderen eine bestimmte Stellensicherheit, großzügigere Renten und bezahlten Urlaub erhalten und viele von ihnen, die in jungen Jahren in die Büros gegangen sind, sind leitende Angestellte geworden. Die Büros boten einen wichtigen Weg zur sozialen Mobilität.

Haben sich die qualifizierten Büroangestellten aus den unteren Klassen, die jetzt der Mittelschicht angehören, in die Mittelklassen, die ihre eigene "Autonomie" haben, dadurch, daß sie sich von den "unteren Klassen zu distanzieren", "integriert", um noch einmal die Problemstellung von H.-G. Haupt aufzugreifen. Diesen Eindruck habe ich nicht, denn die Mehrzahl von ihnen sind in ihrem sozialen Leben nicht nur gefühlsmäßig mit ihren Familien verbunden geblieben und weder diese Familien noch das berufliche Umfeld des Büros waren sozial homogen. Es ist jedoch wahr, daß bei einigen im leidenschaftlichen Wunsch nach beruflichem Aufstieg, nach sozialem Erfolg, der starke Wunsch vorhanden war, die Arbeiterklasse zu verlassen oder einer Arbeitnehmerklasse anzugehören, die sich stark von der Arbeiterschicht unterschied, kurz: ein anderes Leben zu führen; sei es, daß man sich "gegen" ein Leben als Arbeiter entschieden hat oder, was sehr viel häufiger der Fall war, daß man die Büroarbeit als Zugang zur Qualifizierung zu einem besseren Leben, zur Modernität erlebt hat. Die Erfahrung der qualifizierten Angestellten hat diesen häufig eine andere Beziehung zur Arbeit<sup>13</sup> und zur Stadt, die Fähigkeit, ihre Kinder nach "guten" Berufslaufbahnen hin zu orientieren, schließlich andere Lebensgewohnheiten gegeben, die zum Teil die höhere Lebenserwartung dieser sozialen Gruppe erklärt.<sup>14</sup>

13 Die qualifizierten weiblichen Büroangestellten sind selten der Meinung, daß "Frauen nicht arbeiten sollen", während die Fabrikarbeiterinnen, Verkäuferinnen und Reine-machefrauen der untersuchten Altersgruppe diese Meinung mehrheitlich vertreten, auch wenn sie ihren Beruf lieben.

14 F. Cribier, La mortalité des travailleurs après la retraite. Données nationales et suivi longitudinal d'une population de retraités parisiens; in: Gérontologie et Société, 45, 1988, S. 80-99.

**Tabelle 1:** Erster Beruf von Arbeitnehmern in der Privatwirtschaft in den 1920er Jahren, nach dem Beruf des Vaters gegliedert:

(766 Untersuchte, die in Frankreich geboren wurden, einen Vater haben und über den Beruf ihres Vaters in ihrer Jugend und ihren ersten Beruf Auskunft erteilt haben; 55% dieser ersten Berufe wurden in der Provinz ausgeübt)

**Männer:**

Beruf 1. Beruf d. Vaters bei ihrer Geburt	Landwirt Hausang.	Arbeiter	Ang. im Geschäft	Ang. im Büro	leit. tech. Ang.
Landwirte	56	25	3	16	-
Landarbeiter, Tagelöhner Hilfsarbeiter	39	58	7	-	-
Facharbeiter	11	64	7	10	7
Handwerker, Geschäftsmann	2	56	20	11	10
Angestellter	4	52	12	24	6
leitender Ang., Rentier	0	5	5	38	42
Untersuchungseinheit	17	48	9	15	9

**Frauen:**

Beruf 1. Beruf des Vaters bei ihrer Geburt	Land- arb.	Haus- ang.	Arb.	Arbeit- Schnei- derei	Ang. Gesch.	Büro- ang.	leit. Ang.
Landwirt	30	35	15	1	13	5	-
Landarbeiter Hilfsarbeiter Tagelöhner	7	32	28	10	17	6	-
Facharbeiter	2	14	37	18	17	9	-
Handwerker. Geschäftsmann	8	20	15	11	23	17	4
Angestellter	3	7	15	15	26	26	4
Untersuchungseinheit	n.s	n.s	n.s	n.s	n.s	n.s	n.s
	8	20	22	13	18	14	1

**Tabelle 2:** Geburtsort und Berufskategorie im höheren Alter von Pariser Rentnern, die zwischen 1906 und 1912 geboren wurden:

(965 in Frankreich geborene Rentner)

**Männer:**

Geburtsort	Beruf mit 50 Jahren	Arbeiter wenig qual. Ang. pers. mittl. Dienste	qual. Ang.	Tech. mittlere leitende Ang.	höhere leitende Ang.	Handwerker Geschäftsleute
auf dem Land		67	4	13	6	10
in der Stadt		53	9	11	19	8
Großraum Paris		44	10	21	13	12
Untersuchungs- einheit		54	7	16	12	11

**Frauen:**

Geburtsort	Beruf mit 50 Jahren	Arbeiterin wenig qual. Ang. pers. Dienste	qual. Ang.	Techn. mittlere leitende Ang.	höhere leitende Ang.	Geschäftsfrau Handwerkerin
auf dem Land		79	12	3	-	7
in der Stadt		64	24	7	1	4
Großraum Paris		66	21	7	1	5
Untersuchungs- einheit		70	18	5	0,7	6

**Tabelle 3:** Alter am Ende der Schulzeit, unterteilt nach dem Beruf im Alter von 50 Jahren:

(875 Untersuchte, die in Frankreich leben)

**Männer:**

Alter am Ende der Schulzeit	Arbeiter wenig qual. Ang.	qual. Ang. mittlerer leitend. Ang.	Werksmeister Techniker	höherer leitender Ang.	Geschäftsmann Handwerker
11 oder 12 Jahre	46	19	13	5	49
13 Jahre	36	22	18	2	22
14 bis 16 Jahre	17	21	43	26	21
17 Jahre und älter	1	38	25	67	7
	100	100	100	100	100

**Frauen:**

	Pers. Dienste. Arbeiterin wenig qual. Ang.	qual. Ang.	Techn. mittlere leitende Ang.	Geschäftsfrau Handwerkerin
11 oder 12 Jahre	51	10	-	50
13 Jahre	29	14	14	14
14 bis 16 Jahre	19	58	67	26
17 Jahre und älter	-	18	19	8
	100	100	100	100

**Tabelle 4:** Hauptberuf im höheren Alter (um 1960), gemäß dem ersten Beruf der 20er Jahre:

(n: 836 Pariser Rentner aus dem Jahre 1972, die in Frankreich leben)

**Männer:**

1. Beruf	Beruf mit 50 Jahren	Arb. Ang. wenig qual. Ang.	qual. Ang.	Meister Techn. mittl. Ang.	höhere leitende Ang.
In der Landwirtschaft		24	6	7	2
Arbeiter		64	18	35	18
Angestellter im Handel		10	10	13	7
Büroangest.		2	66	32	24
leitender Angestellter		-	-	13	50
Gesamt		100	100	100	100

**Frauen:**

1. Beruf	Beruf mit 50 Jahre	Arbeiterin Pers. serv. wenig qual. Ang.	qualifizierte Angestellte	Techn. und mittlere leitende Ang.	Geschäftsfrau Handwerkerin
in der Landwirtschaft		11	3	-	22
im Haushalt		27	4	-	5
Fabrikarbeiterin		30	5	-	14
Arbeiterin in der Schneiderei		15	7	4	11
Angestellte im Geschäft		12	14	27	42
Büroangestellte		5	63	50	5
Techn. mittlere leitende Angest.		-	3	8	-
Gesamt		100	100	100	100

# Die "Ingenieurs du Corps des Mines" und die Bergassessoren. Ein Vergleich industrieller Eliten\*

Von Hervé Joly (Poitiers)

Die früheste Einflußnahme des modernen Staates auf wirtschaftliche Gegebenheiten richtete sich auf den Bergbau. Die Förderung unter Tage durch den privaten Unternehmer war nur über die Bewilligung von staatlichen Konzessionen möglich. Zudem waren Beamte notwendig, um geforderte Abgaben einzuziehen und die Gegebenheiten der Förderung zu überwachen. Aus diesem Grund schuf man staatlicherseits einen besonderen Ausbildungsgang für Bergbauingenieure. In Frankreich wurde in diesem Zusammenhang 1783 die "Ecole des Mines" gegründet. Während der Revolution richtet der Wohlfahrtsausschuß eine besondere Vertretung für Fragen des Bergbaus ein. Um die Unabhängigkeit der staatlichen Bergbauingenieure gegenüber den Unternehmern zu wahren, sah eine Verfügung ausdrücklich vor, daß "ihre Mitglieder, die Bergwerksinspektoren oder die Bergwerksingenieure, weder Konzessionäre sein, noch in irgendeiner Art an den Bergwerksarbeiten interessiert sein dürfen".<sup>1</sup>

In Deutschland wurden in der gleichen Epoche die Bergakademien von Freiberg in Sachsen (1765), Berlin (1770) und Clausthal-Zellerfeld (1775) gegründet, deren Auftrag es war, Bergassessoren auszubilden. 1768 wurde von Friedrich dem Großen in Preußen eine zentrale Verwaltungsbehörde (Bergwerks- und Hüttendepartement) geschaffen, die ihre Aufsicht über verschiedene Regionalämter (Bergbehörden oder Oberbergämter) ausübte.<sup>2</sup>

---

\* Bei dem vorliegenden Aufsatz handelt es sich um die im Herbst 1992 überarbeitete Version eines Vortrags, der auf der von der FU Berlin am 14.-15. Februar 1991 veranstalteten "Table ronde" zur "Welt der Büros in Frankreich und Deutschland" gehalten wurde. Er wurde von Marie-Luise Georg M.A., Saarbrücken, unter Mitwirkung von Prof. Dr. Hartmut Kaelble und Wilfried Forstmann aus dem Französischen übersetzt.

1 Artikel 21 des Erlasses vom 18. Messidor, zitiert nach: A. Bucaille/J.-M. Oury, Elements pour une histoire de l'Administration et du Corps des Mines, Memoire Ecole des Mines, Paris 1977, S. 1.

2 Zix (Berginspektor), Die Ausbildung der höheren Staatsbeamten in Preußen (1778 bis 1897), in: Zeitschrift für das Berg-, Hütten- und Salinenwesen, 59, 1911, S. 2. Für eine ausführlichere Geschichte der Bergbehörde vgl. R. Schlüter, Die preußische Bergver-

In beiden Ländern hatten die Aufsichtsbeamten traditionell die Neigung, sich den Kontrollierten anzuschließen, und damit in die Leitung der Bergwerksunternehmen einzutreten. Die staatliche Verwaltung hatte niemals versucht, etwas dagegen zu unternehmen. In Frankreich gestand das Gesetz vom 21. April 1810, in dem das Statut der staatlichen Bergbauingenieure festgelegt worden ist, den Ingenieuren ausdrücklich das Recht zu, in den Dienst der Privatindustrie zu wechseln.<sup>3</sup>

Sie machten in der Vergangenheit von dieser Möglichkeit reichlich Gebrauch und man findet sie heute auch noch an der Spitze von verschiedenen großen Industriekonzernen. Ja, sie bilden immer noch ein angesehenes "corps", obgleich die bergbaulichen Tätigkeiten, von denen ihre Bezeichnung abgeleitet wurde, allmählich auf dem Weg sind zu verschwinden.

In Preußen war die Tradition in private Unternehmen zu wechseln noch stärker, da die technische Leitung der Bergwerke, sogar die der privaten, schon seit einem längeren Zeitraum obligatorisch an die Beamten der Bergbaubehörde gefallen war.<sup>4</sup> Erst 1861 sah ein Gesetz vor, daß die Eigentümer sich nur ("zur Wahrung der Sicherheit der Bohrungen und Oberflächen im Interesse des Verkehrs wie des Lebens und der Gesundheit der Arbeiter") an die öffentlichen Behörden wenden dürften. Weil die Praxis, sich nur an Verantwortliche mit Verwaltungsausbildung zu wenden, jedoch bestehen blieb, waren die Bergassessoren lange die Hauptrekrutierungsgruppe für die Leiter von Unternehmen der Bergbau- und der Eisenindustrie (Wirtschaftszweige der Montanindustrie).<sup>5</sup>

Im heutigen Deutschland, in dem die Kohle, trotz des Niedergangs des Bergbaus, immer noch eine wichtige Energiequelle geblieben ist, sind die Bergassessoren jedoch unter der industriellen Elite nicht mehr vertreten.

Um diese unterschiedliche Entwicklung<sup>6</sup> zu verstehen, muß man zunächst die gegensätzliche Geschichte der Beziehung der "Ingenieurs des Mines" und der Bergassessoren zur Industrie in ihrem jeweiligen Land schildern.

waltung einst und jetzt. Zum fünfundsiebzigjährigen Bestehen des Preußischen Berggesetzes, Essen 1940.

3 A. Thépot, Les ingénieurs du Corps des Mines, le patronat et la seconde industrialisation, in: M. Lévy-Leboyer (Hg.), Le patronat de la Seconde industrialisation, Paris 1979. Seit der Ausarbeitung dieses Textes hat A. Thépot eine umfangreiche Dissertation vorgelegt, deren Beiträge hier nicht berücksichtigt werden konnten. Der Titel seiner Schrift lautet: Les ingénieurs du Corps des Mines du 19e siècle, Université Paris X Nanterre 1991.

4 Vgl. Zix a.a.O., S. 23.

5 J. Kocka, Unternehmer in der deutschen Industrialisierung, Göttingen 1975, S.63.

6 Die Verschiebung spiegelt sich schon in der Fülle der soziologischen und historischen Literatur, die sich mit dem französischen Corps des Mines beschäftigt und dem Fehlen äquivalenter Arbeiten über die deutschen Bergassessoren wider, selbst wenn es sich, wie H. Kaelble bemerkt, hierbei um eine allgemeine Tendenz bei der Fachliteratur, die den Eliten in beiden Ländern gewidmet ist, handelt. H. Kaelble, Nachbarn am Rhein. Entfremdung und Annäherung der französischen und deutschen Gesellschaft seit 1880, München 1991, S. 184.

## 1. Der programmierte Erfolg der "Ingenieurs des Mines" in der französischen Industrie

Die "Ingenieurs du Corps des Mines" sind seit der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts immer zahlreicher in die Privatindustrie gegangen, nicht nur in die Bergbauunternehmen, sondern auch in die Eisen-, Elektro- und chemische Industrie. Aufgrund ihrer beschränkten Zahl konnte das Corps, in absoluten Zahlen gemessen, allerdings nur eine Minderheit an Unternehmern "liefern", "nur" fünf von 24 Mitgliedern des zentralen Bergbaukomitees (Comité Central des Houillères) stammten deshalb im Jahr 1897 aus dem Corps; im Jahr 1939 betrug das Verhältnis neun zu 45. Desgleichen stellte das Corps "nur" sieben von 25 Mitgliedern des "Comité des Forges". In den anderen Bereichen blieb seine Stellung isoliert.<sup>7</sup> In der Nachkriegszeit befinden sich 14 "Mineurs" unter der Gesamtheit der Chefs (Président-Directeur-Général (P.D.G.)) der 50 größten französischen Unternehmen zwischen 1945 und 1969.<sup>8</sup>

Am auffälligsten war jedoch ihre außergewöhnlich hohe Chance zur Generaldirektion aufzusteigen. Ihre Anzahl an sich blieb gering, aber diese wenigen zeigten sich generell erfolgreich.

Der Historiker A. Thépot hebt hervor, daß von den Absolventen zwischen 1870 und 1914 von 80 "Mineurs", die in die Industrie gewechselt sind, "nur drei ihre Laufbahn als einfache Ingenieure beendet haben; der größte Teil wurde "directeur général", bis hin zum "P.D.G." oder "administrateur délégué".<sup>9</sup>

Desgleichen stellt man anhand einer systematischen Untersuchung der Jahrbücher des Corps fest, daß die zwölf "Ingenieurs des Mines", die vor 1930 die "Ecole polytechnique" absolvierten,<sup>10</sup> und in einem der fünfzig größten Unternehmen "untergekommen waren", alle "P.D.G."<sup>11</sup> wurden. Keiner ging auf der Strecke verloren.

Dieser außergewöhnliche Erfolg war nicht zufällig. Zum einen traten die "Ingenieurs des Mines" nicht in Unternehmen ein, in denen ihnen andere Anwärter den Weg nach oben versperrten: sie gingen nicht in die Firmengruppen, die noch von den Gründerfamilien kontrolliert wurden (z.B. de Wendel) oder in die Bereiche, die traditionell von einem konkurrierenden Corps dominiert wurden wie die Elektroindustrie, dem "Jagdrevier" des "Corps des Ponts" - heute der "Ecole des Ponts et des Chaussées". Zum anderen wurde der Wechsel in die Privatwirtschaft streng durch das Corps organisiert, um eine Konkurrenz zwischen zweier seiner Mitglieder zu

7 A. Thépot a.a.O., S. 142f.

8 Vgl. H. Joly, L'appartenance aux grands corps administratifs comme filière d'accès au sommet des grandes entreprises dans la France de l'après-guerre (1945-69). Mémoire de DEA, EHESS/ENS, Septembre 1989.

9 Ebenda, S. 140.

10 Es handelt sich dabei um diejenigen, die gleichsam ihre Laufbahn (mit über 60 Jahren) am Ende des Untersuchungszeitraums beendet haben (1969).

11 H. Joly a.a.O., S. 59.

vermeiden. Prinzipiell befand sich immer nur einer aus der gleichen Altersgruppe im gleichen Unternehmen.

Sie achteten auf Altersunterschiede, die ausreichten, um auf eine "sanfte" Art, gemäß sehr lange im voraus bestimmter Modalitäten, die Nachfolge zu regeln. Schließlich ging der junge rekrutierte Korpsangehörige nicht in der Masse der anderen Ingenieure unter. Ihm kam zunächst zugute, daß er verschiedene Abteilungen des Unternehmens durchlief, bevor er zum Vorstandsbereich gelangte, wo er sich schnell in die Liste der Anwärter auf die Stelle der "Nummer eins" eintrug: Im Unternehmen der Eisenindustrie USINOR konnte man die jeweilige Nachfolge auf dem Posten des "P.D.G." bis zum Jahre 1978 anhand des "Organogrammes" von 1948 ablesen.

Diese Praxis hat in der Folge der in den im Laufe der letzten zwanzig Jahre in der französischen Industrie durchgeführten strukturellen Veränderungen zahlreiche Unregelmäßigkeiten erfahren. Die Karrierewünsche gingen nicht immer in Erfüllung, aber insgesamt konnte das Corps dank der Eroberung neuer Bereiche seine Stellung in der Wirtschaft behaupten.<sup>12</sup>

## 2. Der unerbittliche Niedergang der Bergassessoren in der deutschen Industrie

Nach Jürgen Kocka<sup>13</sup> wurden schon seit Beginn des 19. Jahrhunderts die angestellten Unternehmer der Bergbau- und Hüttenindustrie durch eine, im Verhältnis zu anderen Branchen weitaus bessere Ausbildung begünstigt. Viele entsprachen den Qualifikationsanforderungen, die der Staat an seine Bergbauverwaltung gestellt hatte; sie waren Absolventen einer Bergakademie und führten den Titel eines Bergassessors. Kocka gibt an, diese Tendenz habe sich bis spät in das 20. Jahrhundert gehalten, was auch die Ergebnisse meiner Untersuchung über die Vorstandsmitglieder von 15 großen Industriekonzernen bestätigen.<sup>14</sup>

12 Unter den P.D.G. der 200 größten Unternehmen befinden sich im Jahre 1986 17 Mitglieder des Corps des Mines, vgl. *M. Bauer/B. Bertin-Mouro*t, *Les 200. Comment devient-on un grand patron?*, Paris 1987, S. 183.

13 Vgl. *J. Kocka* a.a.O., S. 59.

14 Die Untersuchung bezieht sich auf 15 Firmengruppen, die man als die 15 größten deutschen Industriegruppen der Nachkriegszeit betrachten kann, indem man eine Rangfolge nach älteren und jüngeren Umsatzzahlen - die ersten verwendbaren, die bekannt sind stammen aus dem Jahre 1958 und die jüngeren aus dem Jahre 1988 - erstellt. Die Firmengruppen sind so definiert, daß die Unternehmensleitungen unabhängig sein sollten und damit die Filialen der deutschen und ausländischen Gesellschaften ausgeschlossen sind. In erster Linie wurden die biographischen Informationen über die Vorstandsmitglieder zwischen 1945 und 1989 gesammelt. Zusätzlich wurde eine Studie über die Leiter der gleichen Firmengruppen während der NS-Zeit angefertigt. Liste der Firmengruppen: Chemie: Bayer, BASF, Hoechst; Eisenindustrie, Maschinenbau: Thyssen, Krupp, Gutehoffnungshütte, Mannesmann; Bergbau: Gelsenkirchen Bergwerks AG, später (1968) Ruhrkohle; Elektrizität: RWE; Elektroindustrie: AEG, Siemens, Bosch (+ Automobil-

Im ersten untersuchten Zeitraum, der NS-Zeit, findet man tatsächlich zahlreiche Bergassessoren unter den Leitern der Montanindustrie.

Sie waren bemerkenswert häufig an der Spitze von staatlichen (vier von fünf Direktoren der Hibernia, Eigentum des Landes Preußen quer durch die Holding VEBA<sup>15</sup>) oder privaten (acht von zwölf bei der Gelsenkirchener Bergwerks AG - GEBA -, eine Tochtergesellschaft der Vereinigten Stahlwerke, die die Bergbauaktivitäten des Konglomerats der Vereinigten Stahlwerke vereint) Bergbauunternehmen vertreten. Der einzige Unterschied lag darin, daß die Leiter der GBAG nie länger als einige Jahre im Staatsdienst blieben und nie einen höheren Rang als den eines Bergassessors erreichten, während zwei Leiter von Hibernia in der staatlichen Verwaltung die Laufbahn bis zum Rang des Oberbergrats durchlaufen haben, bevor sie Vorstandsmitglied wurden.

Die Bergassessoren waren ebenfalls gut im Vorstand der 1924 gegründeten PREUSSAG vertreten (sechs von neun). Die PREUSSAG wurde 1924 gegründet, um die Staatsunternehmen Preußens v.a. auf metallurgischem Gebiet (Eisen, Blei, Zink) neu zu organisieren. Die Ruhrkohle war hauptsächlich vertikal in die Konzerne der Montanindustrie integriert, wo sie das erste Glied einer Kette darstellte, die sich bis in die Eisen-, aber auch Maschinenbauindustrie (Werkzeugmaschinen, Lastkraftwagen, Rüstung) hinein erstreckte.

In drei von vier Konzernen<sup>16</sup> leiteten die Bergassessoren zumindest die Bergbaubereiche und waren in dieser Eigenschaft im Vorstand vertreten. Zum anderen waren sie für Rohstoffe verantwortlich (siehe Tabelle). Ihr Gewicht ist quantitativ (acht von 55), aber auch qualitativ von Bedeutung. Die strategische Bedeutung dieser Aufgabenbereiche, insbesondere in einer Wirtschaft, die nach Autarkie strebte, bedingte, daß sie oft zu den einflußreichsten Leitern zählten. Vier von ihnen haben das Amt des stellvertretenden Vorstandsvorsitzenden (die "Nummer zwei") besetzt. Der Chef des Bereichs Kohle der Gutehoffnungshütte (GHH), Hermann Kellermann, wurde sogar 1942 Nachfolger des Vorsitzenden Paul Reusch.

---

ausstattung); Autoindustrie: Daimler-Benz, Volkswagen; Holding: VEBA (Erdöl, Elektroproduktion, Chemie...).

15 Weil die Holding bis 1965 keine industrielle Verantwortlichkeit besaß, sind es die Direktoren ihrer Filialen - Hibernia, PREUSSAG und Preußen-Elektra - die berücksichtigt wurden.

16 Krupp stellt mit Fritz Müller (Ressort Kohle), einem ausgebildeten Chemie- und Maschinenbauingenieur, die einzige Ausnahme dar.

## Bergassessoren in den Konzernen der Montanindustrie 1933-1945

Gruppe	Name	Jahr	Funktionen im Vorstand
GHH (7)	Kellermann	1920-45	Kohle 1929 Stellv. Vorsitz. 1942 Vorsitzender
Krupp (16)	-	-	-
Mannesmann (16)	Hohendahl	1918-35	unbekannt
	Büskühl	1922-35	Rohstoffe (1934 Co-Präsident)
	Winkhaus	1935-45	Bergbau 1943 Stellv. Vorsitz.
Vereinigte Stahlwerke (16)	Wenzel	1926-42	Rohstoffe 1936 Stellv. Vorsitz.
	Springorum	1942-45	Kohle (GBAG)
	Sohl	1941-45	Rohstoffe 1942 Stellv. Vorsitz.

Die Montanindustrie stellte zusammen mit der Chemie (IG Farben) den Sektor dar, in dem sich die Alliierten nach dem Zweiten Weltkrieg am gründlichsten um eine Umgestaltung bemühten. Es sollten gegen die Unternehmensgruppen Sanktionen eingeleitet werden, deren Produktion massiv den Militärapparat gestützt hatte und deren Leiter tief in die korporatistische Wirtschaftsorganisation des NS-Regimes verwickelt waren.

Die Siegermächte, insbesondere die Engländer, die die Ruhr kontrollierten, waren vornehmlich daran interessiert, die Dominanz der deutschen Schwerindustrie auf dem europäischen Markt zu verhindern. Auf die radikalen Maßnahmen, die von einigen ins Auge gefaßt wurden (Morgenthauplan) und die Deutschland in einen Agrarstaat umwandeln wollten, wurde schnell verzichtet. Mit den Anfängen des Kalten Krieges trat dann die Sorge in den Vordergrund, daß die westlichen Zonen ihre Stellung gegenüber der von den Sowjets kontrollierten Zone halten mochten.

Die Demontage von Fabriken, die bereits auf eine breite Opposition in der öffentlichen Meinung gestoßen war, wurde nicht zu Ende geführt. Eine Konfiszierung des Eigentums der großen Konzerne (Verstaatlichung) wurde ausgeschlossen, um sich vom kommunistischen Modell zu unterscheiden. Die einzige Möglichkeit für die Alliierten im vorgesehenen marktwirtschaftlichen Rahmen bestand darin, inspiriert von den amerikanischen Antikartellisten, eine

Entflechtung zu erzwingen, die die vertikale Integration der Montanindustrie in Frage stellte.

Bei den vier hier untersuchten Konzernen handelt es sich um einen Teil von insgesamt neun Konzernen<sup>17</sup>, die liquidiert und in mehrere selbständige Gesellschaften zerlegt worden sind.

Die riesigen Vereinigten Stahlwerke, die 1926 durch die Fusion mehrerer Firmengruppen entstanden waren, wurden von diesen Maßnahmen am stärksten betroffen. Ihre Bergwerke wurden zwei neuen Unternehmen zugeteilt, die GBAG gruppierte den größten Teil von ihnen um. Ihre Beteiligungen in der Eisenindustrie wurden unter zwölf Gesellschaften aufgeteilt; davon sind mehrere bis 1962 nach einem langen Konflikt mit der Montanunion (CECA) von Thyssen vereinnahmt worden. Der Handel wurde über eine selbständige Holding, die Handelsunion, abgewickelt, die ebenfalls 1962 von Thyssen übernommen wurde. Die Umgestaltung führte schließlich zum Unternehmen Rheinstahl, das 1973 in Thyssen integriert wurde. Diese Firmengruppe bildet seitdem hinsichtlich des Umfangs, einen entsprechenden Komplex zum Konglomerat der Vereinigten Stahlwerke.

Bei der Firma Krupp wurde der Erbe Alfred Krupp<sup>18</sup>, der in Nürnberg zu zwölf Jahren Gefängnis und zum Verlust seiner Eigentumsrechte verurteilt wurde, vom amerikanischen General Clay begnadigt und wieder in die volle Nutznießung seines Besitzes eingesetzt. Er mußte sich jedoch dazu verpflichten, seinen Besitz in der Bergbau- und Eisenindustrie aufzugeben. Dieser Bereich wurde gleichzeitig in eine Holding umgewandelt, die ausdrücklich vom restlichen Unternehmen abgetrennt war und unter treuhänderischer Kontrolle stand. Alfred Krupp erwirkte unter Berufung auf das Fehlen potentieller Käufer, daß die Frist verlängert wurde. Kohle und Stahl kehrten nach und nach wieder in den Schoß des Konzerns zurück. Die Verpflichtung zum Verkauf wurde mit dem Tod des "letzten Krupp" im Jahre 1967 definitiv aufgehoben.

Die Tätigkeiten der GHH auf dem Gebiet des Bergbaus und der Eisenindustrie wurden ebenfalls verschiedenen Gesellschaften anvertraut, die jedoch mehrheitlich im Besitz der gleichen Familien, nämlich bei Haniel und seinen Partnern blieben. Die Tatsache, daß sie danach nie umgruppiert und die Stahlhütten 1968 aufgegeben wurden, entsprach einer strategischen Ausrichtung der Unternehmensleitung, die die Verarbeitungsindustrie bevorzugte.

Die Entflechtungsmaßnahmen, die 1952 bei Mannesmann vor sich gingen, hatten dagegen keine dauerhafte Wirkung; bis 1955 fusionierten die drei selbständigen Gesellschaften mit Zustimmung der Montanunion.

17 "Liste A", aufgestellt gemäß dem Gesetz Nr. 27 des Alliierten Kontrollrats vom 16. Mai 1950; vgl. *G. Hempel*, Die deutsche Montanindustrie: Ihre Entwicklung und Gestaltung, Essen 1969, S. 172.

18 Alleiniger Besitzer der Firmengruppe, gemäß der von Hitler 1942 genehmigten abweichenden Regelung ("Lex Krupp"), die ihn zum alleinigen Erben seiner Mutter Bertha machte.

Die von den Alliierten unternommenen Maßnahmen hatten mittelfristig einen begrenzten Einschnitt in die Struktur der Montanindustrie bewirkt. Aber zehn oder fünfzehn Jahre stellen eine lange Zeit in der Laufbahn eines Unternehmers dar, und die Umbrüche haben, obwohl sie sich als vorübergehend erwiesen, die Stellung dieser Männer und besonders die der Bergassessoren in Mitleidenschaft gezogen.

Nur diejenigen, die als Vorsitzende oder stellvertretende Vorsitzende allgemeinere Verantwortung übernommen hatten, haben wieder einen Platz in den Vorständen der neuen Konzerne ohne Bergbautätigkeiten gefunden.

So nahm Hermann Winkhaus 1952 nach einer durch das Berufsverbot durch die Alliierten erzwungenen Unterbrechung von sieben Jahren seinen Platz im Vorstand von Mannesmann wieder ein, bevor er 1957 Chef wurde.<sup>19</sup> Hans-Günther Sohl setzte sich 1953 geschickt an die Spitze der August Thyssen-Hütte, wobei es ihm gelang, mit Unterstützung der Erben Stück für Stück seine alte Stellung wieder aufzubauen. Hermann Reusch folgte nach einer anscheinend von den Nationalsozialisten erzwungenen "Regentschaft" Kellermanns seinem Vater in der Leitung der GHH nach.

Die anderen Bergassessoren mußten sich mit dem Vorstand der selbständig gewordenen Bergbaugesellschaften begnügen, sie sahen sich also ihrer Chance beraubt, in den Vorstand der großen Konzerne zu gelangen. Sie behielten eine bedeutende Stellung bei GBAG, drei von ihnen wurden bis 1969 nacheinander Vorsitzender. Auch die Unternehmen, die aus anderen Firmengruppen entstanden, hatten um 1952/53 Bergassessoren an der Spitze: Gerhard Rauschenbach war technischer Direktor im Vorstand der "Bergwerk Essen-Rossenray AG" (ehemals Friedr. Krupp), Wilhelm Neubelung war Vorstandsvorsitzender der "Bergbau AG Neue Hoffnung (ehemals GHH), Hans J. Braune, Vorstandsvorsitzender der "Consolidation Bergbau AG" (ehemals Mannesmann). Braune war der einzige, dem es bei der Wiederausammenlegung von Mannesmann 1955 gelungen war, in den Vorstand seines Konzerns aufzusteigen.

Die Bergbaubereiche blieben dagegen formell (Krupp), teilweise (GHH), oder vollständig (Thyssen) von den anderen Montankonzernen ausgeschlossen. Die 1968 erfolgte Übertragung der Quasi-Gesamtheit der Zechen an der Ruhr auf eine neue selbständige Gruppe, die Ruhrkohle AG, besiegelte die definitive Trennung von Stahl und Kohle. Das, was die Alliierten nach dem Krieg als Sanktion durchzusetzen versucht haben, ist zum wirtschaftlichen Vorteil der Konzerne geworden: Sie versuchten sich von einem Bereich zu befreien, der schon zu einer schweren Last zu werden drohte.<sup>20</sup>

19 Er hatte in der Tat seine halbamtlichen Aufgaben bei Mannesmann wahrscheinlich seit 1948 wiederaufgenommen. Im Oktober 1949 wurde er zum Mitglied des Aufsichtsrats ernannt.

20 Ruhrkohle stellt ein Beispiel des wohlbekannten Prinzips "Privatisierung der Gewinne und Verstaatlichung der Verluste" dar. Nachdem der Abbau unrentabel wurde, wurde sie in eine Privatgesellschaft, die öffentliche Subventionen erhält, fortgeführt.

Später fanden sich nur bei Thyssen anlässlich der vorübergehenden Wiedereinrichtung eines speziell mit Grundstoffen beauftragten Ressorts mit Klaus Haniel (1969-76)<sup>21</sup> und Gerd Glatzel (1975-83) kurzfristig wieder Bergassessoren im Vorstand. Der Posten wurde mit der Umwandlung der Thyssen AG in eine Holding und der Aufgliederung der Eisen- und Stahlindustrie in eine Tochtergesellschaft, genannt Krupp-Stahl AG, beseitigt.

Aus dem Vorstand der Montankonzerne entfernt, blieben die Bergassessoren in den Unternehmen präsentiert, in denen der Bergbau dominierte, ihre relative Bedeutung sank jedoch fühlbar.

Bei der GBAG betrug der Anteil der Bergassessoren nur noch ein Drittel (vier von zwölf) zwischen 1953 (Wiederherstellung als selbständige Gesellschaft) und 1968 (Abgabe des Bergbaubereichs an die Ruhrkohle AG) im Gegensatz zu zwei Dritteln für die NS-Zeit.

Die Entwicklung bei Hibernia, die in den Besitz des Bundes übergang, war ähnlich. Die Bergassessoren waren zwischen den Jahren 1945 und 1968 nur noch fünf von dreizehn, im Gegensatz zu einem früheren Verhältnis von vier zu fünf. Sie behielten den Vorstandsvorsitz<sup>22</sup>, aber die von beiden Unternehmen eingeleitete Diversifizierung in Chemie oder Erdöl führte zur Schaffung von neuen Führungspositionen, die mit ausgebildeten Chemikern oder Geologen besetzt wurden.

Der Untergang der Bergassessoren wurde definitiv mit der Gründung der "Ruhrkohle AG" im Jahre 1968 besiegelt. Diese Gesellschaft ist a priori für sie geschaffen worden: Sie vereinigte die Quasi-Gesamtheit der Ruhrkohlenbergwerke. Ihre Aktionäre, die Konzerne, die ihre Aktiva eingebracht haben, unterbanden jede Diversifikation. Die VEBA, deren Einfluß zugunsten der Ankäufe von Anteilen der Montankonzerne im Kapital der Ruhrkohle stieg, widersetzte sich dabei Investitionen in die Chemie, die mit ihren eigenen Unternehmensteilen konkurrieren würden. Im ursprünglichen Vorstand besetzten die Bergassessoren zwei von sechs Stellen (Hawner, ehemals Hibernia und Erasmus, ehemals GBAG), aber sie verloren den Vorsitz zugunsten eines Finanzmanns, der von Klöckner kam. Für seine Nachfolge im Jahr 1973 schien Erasmus lange Zeit der Favorit zu sein<sup>23</sup>, aber Bund, ein vielseitiger promovierter Ingenieur (er ist ebenfalls Doktor der Betriebswirtschaft), wurde ihm vorgezogen. Er wurde 1985 in der Folge eines Konflikts mit den Aktionären von einem anderen verantwortlichen Finanzmann, Horn, ersetzt. Die Verwaltungsfachleute drängten in dieser Krisenbranche die Techniker in den Hintergrund. Das Problem von Ruhrkohle lag darin, mangels Gewinn nicht zu viel Geld zu verlieren. Die Unternehmensleiter hatten vor allem die Reduzierung der Kapazitäten und der Belegschaft zu managen. Seit

---

21 Seine Ernennung erfolgte im Rahmen der Abtretung der Stahlhütten HOAG an Thyssen durch die Familie Haniel. Sie eröffnete dem Erben als Vorstandsmitglied einen Ausweg aus dieser zum Untergang verurteilten Struktur.

22 Bei Hibernia übt von Dewall diese halbamtliche Funktion bis 1966 in einem Vorstand offiziell ohne *primus inter pares* aus.

23 Vgl. Presseartikel, insbesondere "Die Welt" vom 30.03.1973.

1988 und der Pensionierung von Erasmus war kein Bergassessor mehr im Vorstand der Ruhrkohle<sup>24</sup> vertreten. Ihre "Herrschaft" an der Ruhr war damit definitiv zu Ende.

Das Bergfach ist zu einem Hochschulfach unter anderen geworden; der Besitz des entsprechenden administrativen Titels stellt nicht mehr eine Bedingung dar, um in Führungspositionen in der Bergbauindustrie aufzusteigen. In anderen Bereichen waren die Bergassessoren, welchen Zeitraum man auch betrachtet, nie im Vorstand vertreten.<sup>25</sup>

Diese Feststellung wäre geradezu banal - Bergbauingenieure arbeiten in Bergbauunternehmen -, wenn der Vergleich mit Frankreich uns nicht zeigen würde, daß es auch anders geht. Die Bergassessoren fehlen nicht nur in der Auto- und der Elektroindustrie, sondern auch in den Bereichen, die ihren traditionellen Tätigkeitsfeldern näherstehen, wie Chemie oder Erdölindustrie. Die technischen Leiter der IG Farben und ihrer drei Nachkommen (BASF, Bayer und Hoechst) sind alle ausgebildete Chemiker, die technischen Direktoren der Erdölabteilung von VEBA sind meistens Geologen.

### 3. Erklärungsversuche: Die Hypothese vom politischen Faktor

Der Niedergang der Bergassessoren im Nachkriegsdeutschland muß mit dem Zusammenbruch des NS-Regimes in Verbindung gebracht werden. Die Bergbauindustrie ist oft als der Industriezweig beschrieben worden, der in besonderem Maße mit diesem Regime in Beziehung gestanden hat. Sie soll dem Aufstieg Hitlers an die Macht am günstigsten gesinnt gewesen sein. Der amerikanische Historiker David Abraham betont den Unterschied zwischen der "dynamischen Fraktion" der Industrie, die die Regierung Brüning unterstützte (AEG, IG Farben..), und den traditionelleren Sektoren wie dem Bergbau, die die Nationalsozialisten schon seit 1931 finanziell unterstützt haben sollen.<sup>26</sup>

Sein Kollege Henry A. Turner bestreitet diese Darstellung. Für ihn hat sich die überwältigende Mehrheit der Großindustrie der Ernennung Hitlers zum Kanzler erst in den ersten Wochen des Jahres 1933 - und da auch nur mit viel Zurückhaltung - angeschlossen. Er bestreitet nicht finanzielle Unterstützungen seitens der Unternehmer der Bergbauindustrie, aber er bemüht sich darum, die Bedeutung zu minimieren. Die Unterstützungen beständen aus geringen

24 Der Leiter des technischen Ressorts, Rohde, ist ein Dr. Ing. aus Clausthal-Zellerfeld, aber in den gesammelten biographischen Informationen (vgl. *Ruhrkohle* 3, 1982; *Wer ist wer?* Das deutsche Who is Who, Lübeck 28. Aufl. 1989/90) wird der Titel Bergassessor nicht erwähnt.

25 Eine Ausnahme bildet der sehr spezielle Fall des Arbeitsdirektors der VEBA, Heinz Gentz, der im Rahmen der Mitbestimmung in der Bergbauindustrie Karriere gemacht hat, bevor er 1984 in den Vorstand der Holding eintrat. Es ist ein sonderbares Paradoxon, daß diese Körperschaft, die für ihren Konservatismus bekannt ist, unter den industriellen Eliten nur noch mit einem Mann vertreten ist, der über die gewerkschaftliche Ebene aufgestiegen ist.

26 D. Abraham, *The collapse of the Weimar Republic*, Princeton 1981, S. 165-67, erwähnt die Subventionen des Bergbauverbandes für die Nationalsozialisten schon ab Mai 1931.

Beträgen und es sei nicht die gesamte Industrie darin verwickelt gewesen, sondern nur einzelne Persönlichkeiten, die für ihre reaktionären Ideen bekannt gewesen waren.<sup>27</sup>

Der Gegensatz zwischen beiden Autoren ist unüberbrückbar soweit sie sich auf ihre jeweilige vorgefaßte ideologische Meinung stützen. Abraham argumentiert vom marxistischen Standpunkt aus mit dem Begriff des kollektiven Interesses. Die Unternehmer der Bergbauindustrie, die Hitler unterstützt haben, konnten nur im Namen ihrer ganzen Sozialgruppe handeln, die von der Machtübernahme der Nationalsozialisten einen wirtschaftlichen Vorteil erwartete.

Turner, der eine "liberalere" Auffassung vertritt, besteht im Gegensatz dazu darauf, daß die Großindustriellen von 1933, die Hitler unterstützt haben, Einzelfälle geblieben seien. Er sieht rein individuelle Initiativen, dies sogar im Fall des Vorsitzenden des Bergbauvereins, Bergassessor a.D. Ernst Brandi.<sup>28</sup>

Man findet in der Tat unter den Bergassessoren einige Großindustrielle, die sich vor 1933 offen zugunsten des Nationalsozialismus engagiert haben. Wilhelm Tengemann, zu dieser Zeit junger Betriebsdirektor der GBAG, soll bereits 1930 Mitglied der NSDAP gewesen sein. Erich Winnacker, Vorstandsmitglied der Vereinigten Stahlwerke, soll im April 1932 in die Partei eingetreten sein.<sup>29</sup> Sie wurden nach der Machtergreifung Hitlers durch die Verleihung öffentlicher Ämter belohnt. Tengemann wurde 1934 im Alter von 33 Jahren Chef der bedeutenden Bergwerke der Hibernia, die im Besitz des Landes Preußen war. Er war ein enger wirtschaftlicher Berater von Hermann Göring und stieg zum Rang eines Obersturmbannführers der SS auf, deren Uniform er im Büro trug.<sup>30</sup> Winnacker stellte wahrscheinlich das einzige Beispiel eines Industriellen in dieser Epoche dar, der in die Spitzenpositionen der staatlichen Verwaltung gelangte: er wurde im Alter von 44 Jahren mit dem Titel eines Oberberghauptmanns Leiter der Bergbauabteilung im Wirtschaftsministerium. Die Tatsache, daß sie durch spektakuläre Beförderungen begünstigt wurden, bestätigt den außergewöhnlichen Charakter eines so deutlichen politischen Engagements.

Die Mehrzahl der Bergassessoren scheint sich kaum von der Gesamtheit der Industriellen zu unterscheiden: ohne überzeugte Nationalsozialisten zu sein, waren sie dem Parlamentarismus gegenüber eher feindlich eingestellt und

27 H.A. Turner, *Die Großunternehmer und der Aufstieg Hitlers*, Berlin 1985, S. 221-232.

28 Man kann sich damit begnügen zu bemerken, daß sich die Arbeiten von Turner auf eine gründlichere Archivarbeit stützen, als die Arbeiten von Abraham, wenn sie auch nicht ganz fehlerfrei sind. Der Bergassessor Brandi wird zum Beispiel als Aufsichtsratsmitglied der Vereinigten Stahlwerke vorgestellt, obgleich er seit 1926 dem Vorstand angehört. Das Verständnis für die betroffenen Unternehmer, das Turner systematisch an den Tag legt, erweist sich als besonders lästig: selbst diejenigen, die die NSDAP unterstützt haben sollen, sollen es nur getan haben, um den Einfluß radikalerer Leute zu verringern. Ein altes Argument, das oft in den Nürnberger Prozessen verwendet wurde.

29 H.A. Turner, S. 289.

30 H. Radzio, *Unternehmen Energie*. Aus der Geschichte der VEBA, Düsseldorf 1979, S. 102.

neigten autoritären Regimen zu.<sup>31</sup> Sie waren dazu bereit mit den Nationalsozialisten, von denen sie eine sie begünstigende Wirtschafts- und Sozialpolitik erwarten, zusammenzuarbeiten.

Die jungen Bergassessoren, die zu Vorstandsmitgliedern der öffentlichen Unternehmen wie Hibernia oder Preussag<sup>32</sup> ernannt wurden, ersetzt dort nur ältere Kollegen, die traditionellen Karrierewege wurden nicht in Frage gestellt.

Eine Tendenz, die sich auch bei den Unternehmensleitern anderer Branchen beobachten läßt: Die neuen Generationen engagierten sich oft stärker zugunsten eines Regimes, das ihnen Karrieremöglichkeiten eröffnen kann, während es sich die bereits Etablierten erlauben konnten, eine größere Distanz zu einer Bewegung zu wahren, die ihnen als nostalgische Monarchisten zu vulgär erschien. Mehr noch, wenn auch die Bergassessoren dem nationalsozialistischen Regime eher wohlwollend gegenüberstanden, erbrachten sie nicht notwendigerweise die Unterstützung, die dieses Regime erhoffen konnte. Der amerikanische Historiker John Gillingham zeigt in seiner Studie über den Sektor auf, daß die "fehlende industrielle Dynamik" und der "Malthusianismus" der Bergassessoren die Kriegswirtschaft um eine ausreichende Kohlenproduktion gebracht hat.<sup>33</sup>

Die Haltung der Bergassessoren gegenüber dem Nationalsozialismus kann ihren späteren Niedergang nicht erklären, es sei denn, man zieht in Erwägung, daß jenseits der politischen Veränderungen diese Periode ihre Schwierigkeiten bei der Anpassung an die Anforderungen der modernen Produktion aufzeigt.

Wie dem auch sei, die Alliierten haben sie nicht anders behandelt als die anderen Großunternehmer. Meine breitere Untersuchung aus der dieser Beitrag ein Auszug ist, bestätigt das, was andere Autoren bereits aufgezeigt haben<sup>34</sup>: Die industriellen Eliten hatten nach 1945 keine Sanktionen für ihre Zusammenarbeit mit den Nationalsozialisten zu erleiden. Sogar in den Konzernen, die bis zur endgültigen Regelung des Entflechtungsprozesses unter alliierte Vormundschaft gestellt wurden, haben viele Leiter wieder äquivalente Positionen in den neuen Unternehmen erlangt, mit Ausnahme derjenigen, die in den Jahren 1952-53 die übliche Altersgrenze (65 Jahre) bereits überschritten hatten.

Die Härte der ersten Jahre (massive Verhaftungen, Prozesse) hatte kaum dauerhafte Konsequenzen zur Folge. Die Franzosen und die Engländer haben nicht die gleiche Entschlossenheit demonstriert wie die Amerikaner, die unter sich ebenfalls uneinig waren. Die Anfänge des Kalten Krieges haben zu einer

31 Laut Einschätzung von *J.R. Gillingham*, Verfasser einer interessanten Studie über die Bergbauindustrie und den Nationalsozialismus: *Industry and Politics in the Third Reich. Ruhr coal, Hitler and Europe*, Stuttgart 1985, S. 164.

32 Außer Tengelmann, der bereits erwähnt wurde, Emil Stein im Alter von 35 Jahren 1938 bei Hibernia, Clemens von Velsen im gleichen Alter 1940 bei Preussag.

33 *J.R. Gillingham* a.a.O., S. 164

34 Die umfassendste Darstellung findet man in der Arbeit von *V. Berghahn*, *Unternehmer und Politik in der Bundesrepublik*, Frankfurt/M. 1985, S. 40ff.

zusätzlichen Nachsicht geführt, die öffentliche Meinung in Westdeutschland hat zudem überwiegend fest zu ihren Eliten gestanden.

Die meisten Industriellen konnten sich erfolgreich gegen die Anschuldigungen wehren, sich im NS-Regime über die Pflichten als Chef eines großen Industrieunternehmens hinaus engagiert zu haben. Diese "beruflichen Verpflichtungen" wurden großzügig interpretiert; die Mitgliedschaft in der NSDAP, die Teilnahmen an Organisationen der Planwirtschaft hatten keine endgültige Entlassung zur Folge. Die wenigen Fälle von Leitern, die trotz ihres Alters keine äquivalente Position wiedererlangt haben, dürfen nicht allein als Sanktion für ihre Teilnahme an der Barberei der Nationalsozialisten interpretiert werden: Konkurrenten, die nicht zwangsläufig weniger kompromittiert waren, haben die Situation ausnutzen können, um sich auf ihre Kosten durchzusetzen.<sup>35</sup> 1955 wurden die letzten Berufsverbote in der Industrie, die die Verurteilten von Nürnberg betrafen, sowieso aufgehoben.

Viele Bergassessoren, die in besonderem Maße in die Wirtschaft der Nationalsozialisten verwickelt waren, konnten glänzende Karrieren in der Bundesrepublik machen. Sohl, früher Mitglied des Verwaltungsrats der Reichsvereinigung Eisen, wurde Chef von Thyssen. Winkhaus, verantwortlich für Chemie in der von Speer erstellten Struktur im Reichswirtschaftsministerium, erlangte wieder seine Stelle als stellvertretender Vorstandsvorsitzender bei Mannesmann, bevor er 1957 Vorsitzender wurde. Die Berufsgruppe als solche scheint nicht bestraft worden zu sein. Der ehemalige Chef der Vereinigten Stahlwerke, Rohland, bestätigt dies in seinen Memoiren<sup>36</sup> in denen er voller Bitterkeit die Gründe dafür aufzählte, die bewirkt haben, daß er als einer der wenigen nicht wieder zu leitenden Funktionen gelangt ist. "Drei Mängel konnte ich nicht ausgleichen: Ich war kein Bergassessor, kein Montan-Corpsstudent oder Burschenschaftler und kein Jäger."

Der Vergleich mit den französischen "Ingenieurs des Mines" legt nahe, daß der Niedergang der Bergassessoren vielmehr auf strukturelle Gründe zurückzuführen ist.

#### 4. Die Unterschiede hinsichtlich der Ausbildung

Die "Ingenieurs du Corps des Mines" waren eine quantitativ sehr begrenzte Elite. Die Zahl der jährlichen Absolventen betrug bis zum letzten Krieg vier oder fünf Studenten,<sup>37</sup> stieg in der folgenden Zeit an, hat aber nie die zwölf überschritten. Alle hatten die gleiche Ausbildung: sie stammten aus der angesehensten der großen Schulen, der "Ecole Polytechnique", und sie waren traditionell die Besten der Abschlußklasse. Sie repräsentierten also am besten das angestrebte mögliche Produkt einer französischen Eliteschule. Ihre

35 Vgl. z.B. die Mißerfolge von Rohland (ehemaliger Generaldirektor der Vereinigten Stahlwerke) oder von Ambros (ehemaliges Vorstandsmitglied der IG-Farben).

36 W. Rohland, *Bewegte Zeiten. Erinnerungen eines Eisenhüttenmannes*, Stuttgart 1978, S. 158, Bergassessor vom Verfasser unterstrichen.

37 A. Thépot a.a.O., S. 237.

Ausbildung setzte sich an einem einzigen Ort fort, an der "Ecole des Mines" in Paris, die sie zwei Jahre lang als staatlich bezahlte Ingenieursschüler besuchen. Sie saßen allem Anschein nach auf den gleichen Bänken wie die zivilen Bergbauingenieure, die direkt aus den Vorbereitungsklassen der Gymnasien kamen und die dazu berufen waren, in die Industrie einzutreten. Aber durch ein subtiles Spiel von Nähe und Auseinanderhalten bewahrten die beiden Gruppen die Distanz, die sich für ihre unterschiedliche Herkunft schickte. Am Ende war den Corpsmitglieder eine Beamtenstelle sicher, sie begannen im allgemeinen als "adjoint" in einem Bergbaubezirk.

Die Ernennungen zum Bergassessor waren häufiger, jedoch unregelmäßiger. Für die Generationen, die uns hier interessieren, liegen sie seit dem Ende des 19. Jahrhunderts durchweg jährlich über zehn.<sup>38</sup> Sie stiegen auf siebzig im Jahre 1911 an, fielen aber danach auf acht im Jahr 1926, bevor sie wieder in die Höhe kletterten.

Der andere Unterschied lag in der Vielfalt der Ausbildungsstätten. Deutschland zählte in der Zwischenkriegszeit fünf verschiedene Ausbildungsstätten: die Bergakademien von Clausthal-Zellerfeld und von Freiberg, die Bergbauabteilungen der Technischen Hochschulen von Breslau, Aachen und Berlin-Charlottenburg. Drei haben also in der alten Bundesrepublik fortbestanden.

Die Hochschulausbildung der Bergassessoren war dieselbe wie die der anderen Bergbauingenieure. Den Titel erlangte man nach einer dreijährigen Berufspraxis (Referendariat), in der Regel für alle Inhaber des ersten Staatsexamens im Fach Bergbau mit Abschluß zum Diplom-Ingenieur zugänglich.<sup>39</sup> Alle Praktikanten, die das Abschlußexamen (Große Staatsprüfung) bestanden, erhielten den Titel des Bergassessors, aber im Unterschied zum entsprechenden französischen Titel war damit nicht die Garantie einer Stelle in der Verwaltung verbunden. H.G. Sohl erzählt in seinen Memoiren,<sup>40</sup> daß in der Zeit der Weltwirtschaftskrise niemandem aus seiner Abschlußklasse von 1932 eine Anstellung im "bergfreien" Bereich angeboten worden ist, nicht einmal denjenigen, die ein Prädikatsexamen abgelegt hatten.

Diejenigen, die nicht in den Staatsdienst eintraten, orientierten sich mit Hilfe der Beziehungen, die sie während ihres Praktikums knüpfen konnten, zur Industrie hin. Sie behielten jedoch das Recht, den Titel des Bergassessors a.D. ihr ganzes Leben lang zu tragen.

38 Aufgrund verschiedener Ausgaben, des von W. Serlo herausgegebenen Verzeichnis der Bergassessoren, (1901, 1921, 1927, 1933 und 1937), ist der Bestand der Bergassessoren bis zum Jahre 1937 bekannt, vgl. W. Serlo, Die preußischen Bergassessoren, Bonn.

39 Die Referendare haben den Status eines "Beamten aus Widerruf", Sie werden besoldet. Die gegenwärtige Regelung sieht 15 Monate Referendariat in zwei unterschiedlichen Bergbauverwaltungsstufen (Bergamt und Oberbergamt), einen Monat Unternehmensbesichtigung und 3 Monate in der Leitung eines Bergbauunternehmens vor. (Quelle: Kapitel "Dipl.Ing. Bergbau", hgg. von der Bundesanstalt für Arbeit, Nürnberg S. 40, in: Blätter zur Berufskunde, Bd. 3, 6. Aufl. Bielefeld 1987.

40 "Notizen", Privatdruck, Düsseldorf 1983, S. 38.

Die Bergassessoren, die zu Führungskräften in der Privatindustrie aufgestiegen waren, haben selten noch Karrieren in der staatlichen Verwaltung gemacht. Keiner der seit 1933 im Vorstand eines untersuchten Konzerns aufgetauchten Bergassessoren hat den Rang eines Bergrats erreicht, was nach ungefähr fünf Jahren möglich war. Unter den siebzehn Absolventen, die in der letzten Ausgabe der Liste der Bergassessoren (1937) aufgeführt wurden, sind nur vier erwähnt, die nach dem Bestehen ihres Examins im Staatsdienst gearbeitet haben. Drei waren ein oder zwei Jahre lang im Staatsdienst ohne leitende Verantwortung, als "Hilfsarbeiter" tätig. Nur einer ist längere Zeit im Staatsdienst geblieben und hat dabei das Amt eines Berginspektors ausgeübt.

Die Situation unterschied sich nur in den öffentlichen Unternehmen wie Hibernia und Preussag: Neun von 16 Bergassessoren haben hier einen höheren Rang in der Verwaltung erreicht (drei Bergräte, fünf Oberbergräte, ein Geheimer Bergrat).

Einen Wechsel von höheren Bergbeamten in die Industrie gab es also nur in den Unternehmen, die schon unter ihrem Einfluß standen. Warum die Zahl der jährlich erteilten Bergassessortitel so stark schwankte, bleibt unklar.

Es ist wenig wahrscheinlich, daß sie eine direkte Folge der Schwankungen der jährlichen Immatrikulationen im Bergfach gewesen ist. Mangels genauer Informationen kann man nur annehmen, daß die verschiedenen Hochschulen keine so voneinander abweichenden und vor allem in bestimmten Jahren so beschränkten Studentenzahlen gehabt haben dürften. Auch der Staat scheint den Zugang zum Referendariat nicht von der Anzahl der am Ende der Ausbildung zur Verfügung stehenden Stellen in der Verwaltung abhängig gemacht zu haben. Die Zahl der erteilten Titel war seit langem viel höher, die große Mehrheit der Bergassessoren hat in der Industrie Karriere gemacht.<sup>41</sup> Am Ende des 19. Jahrhunderts war man wegen der Überfüllung des Berufes beunruhigt, aber Vorschläge, die Zulassungen einzuschränken, wurden abgelehnt.<sup>42</sup>

Die Berufschancen erschienen also als ausreichend, solange diese Verwaltungsausbildung de facto eine notwendige Bedingung blieb, um in ein leitendes Amt in einem Bergbauunternehmen aufzusteigen. Kein einfacher Bergbauingenieur hat jemals dem Vorstand eines großen Konzerns angehört. Das Kriterium der staatlichen Anerkennung in der Form des Referendariats wurde von der Privatwirtschaft übernommen. Die Studenten schienen diese Anforderung verinnerlicht zu haben, wozu sie noch in einer neuesten offiziellen Broschüre aufgefordert wurden.<sup>43</sup>

Beide Seiten kamen dabei auf ihre Kosten: Die gemeinsame Herkunft erleichterte die Beziehungen zwischen den Unternehmern und der Bergbau-

---

41 Vgl. Anmerkung 38.

42 Eine Debatte soll zwischen den verschiedenen regionalen Bergbauverwaltungen ausgelöst worden sein, vgl. *Zix a.a.O.*, S. 46f.

43 Vgl. *Bundesanstalt für Arbeit*, S. 7: "Das Durchlaufen dieser staatlichen Ausbildung kann allerdings ebenso "für spätere Stellungen im Bergbau sehr nützlich sein"

verwaltung, diese verfügte über Gesprächspartner, die nach ihren Vorstellungen ausgebildet worden sind.<sup>44</sup>

Es ist dennoch möglich, daß in Zeiten in denen die Industrie technische Angestellte benötigte, eine größere Anzahl von Diplomhabern auf ein Referendariat auch auf die Gefahr hin verzichtete, Chancen des Aufstiegs an die Unternehmensspitze zu verlieren. Diese Hypothese könnte den geringen Umfang der Abschlüsse in der Zeit nach dem ersten Weltkrieg, ihr Anwachsen am Ende der 20er Jahre und ihren Rückgang ab dem Jahr 1935 erklären, wobei die Dauer der Berufsausbildung Zeitunterschiede zwischen der Berufsplanung und dem Eintritt in den Arbeitsmarkt zur Folge hatte. Man stünde dann einer Theorie der Bildungszyklen gegenüber, die sich jedoch entgegengesetzt zu derjenigen, die der Historiker Hartmut Titze für die Mediziner und Juristen<sup>45</sup> entwickelt hat, verlaufen würde. Die wirtschaftlichen Schwierigkeiten würden die Bergbauingenieure dazu anregen, ihre Ausbildung durch das Referendariat in die Länge zu ziehen, ebenso wie sie die Abiturienten davon abhalten würde, ein Medizin- oder Jurastudium zu beginnen. Diese Hypothese bliebe durch vollständigere Informationen über die Rekrutierung von Bergassessoren zu überprüfen.

In Frankreich sind alle "Ingenieurs du Corps des Mines" mindestens einige Jahre in der staatlichen Verwaltung geblieben. Unter den 14, die zwischen 1945 und 1969 die Ämter des Präsidenten, "P.D.G." oder "Directeur général" in den 15 wichtigsten Industriegruppen<sup>46</sup> besetzt haben, sind 13 zwischen vier und 16 Jahre lang im staatlichen Dienst geblieben, ohne daß man einen fühlbaren Unterschied zwischen privaten und öffentlichen Unternehmen feststellen kann. Der letzte, Pierre Guillaumat (E.D.F.) stellt einen besonderen Fall dar: Er war ein hoher Beamter (Direktor der Brennstoffunternehmen im Industrieministerium), danach Minister unter General de Gaulle, bevor er im Alter von 53 Jahren hintereinander den Vorsitz in mehreren öffentlichen Unternehmen führte.

Im Gegensatz zur üblichen Vorstellung stellten die frühzeitigen Wechsel aus den Spitzenpositionen der Verwaltung in die Unternehmen ("pantoufflages" genannt) kein neues Phänomen für das "Corps des Mines" dar: Von den Ingenieuren, die zu den Hochschulabgängern zwischen 1912 und 1948

44 Zix, S. 47: Das Oberbergamt von Clausthal-Zellerfeld rechtfertigt seinen Widerstand gegen die Zugangsbeschränkungen zum Referendariat mit dem Vorteil, den die Tatsache für die administrative Überwachung darstellt, daß, "die leitenden Beamten des Privatbergbaus mehr und mehr aus den Kreisen der Bergassessoren und höheren Staatsbergbeamten entnommen würden".

45 H. Titze, *Der Akademikerzyklus*, Göttingen 1990.

46 Zu Vergleichszwecken gemäß den gleichen Kriterien ausgesucht wie die deutschen Firmengruppen, durch eine Klassifizierung über die Geschäftsumsätze von 1958 und 1988: Chemie: Rhone-Poulenc, Eisen- und Metallindustrie: USINOR, deWendel/SACILOR, Schneider, Péchiney; Elektrizität: Electricité de France (E.D.F.); Kohle: Charbonnages de France; Erdöl: Compagnie Francaises des Pétroles (C.F.P.); Luftfahrt: Sud-Aviation/SNIAS; Glas: Saint-Gobai; Autoindustrie: Renault, Peugeot, Elektroindustrie: C.G.E., Thomson, Reifen: Michelin.

gehörten, war immerhin die Hälfte (7) vor Ablauf von sieben Jahren aus dem öffentlichen Amt ausgeschieden. Außer Guillaumat hatte keiner die Zeit in das Amt eines Verwaltungsdirektors aufzusteigen. Nur zwei sind in ein Kabinett, im vorliegenden Fall ins Industrieministerium gegangen.

Die Ausbildung verlief in Frankreich viel schneller. Die "Ingenieurs du Corps des Mines" haben ihre Laufbahn im Alter von 24,5 Jahren begonnen im Gegensatz zu 27,5 Jahren bei der entsprechenden deutschen Altersgruppe.<sup>47</sup> Als Folge davon unterschied sich das Alter in dem man in einem Unternehmen anfang nicht sehr. Elf von 16 Deutschen verließen die Verwaltung im Alter von 32 Jahren, sechs von 14 Franzosen schieden ebenfalls im Alter von 32 Jahren aus der Verwaltung aus, zehn von 14 schieden schließlich im Alter von 35 Jahren aus.<sup>48</sup> Die ehemaligen Beamten des "Corps des Mines" hatten die Zeit sich ein Image als "Unternehmer" zu geben.

Der Herausgeber der Memoiren von Roger Martin, eines Bergbauingenieurs der 1948 im Alter von 33 Jahren von Pont à Mousson angeworben wurde, stellt ihn auf dem Buchrücken als "einen großen Unternehmer dar, ...dessen dreißig Jahre währende Tätigkeit an der Spitze eines bedeutenden französischen Unternehmens..zusammenfällt mit den "Trente Glorieuses", den drei Jahrzehnten französischer industrieller Expansion nach dem Zweiten Weltkrieg."<sup>49</sup>

Alle diese Faktoren - einheitlicher Ausbildungsort, eng begrenzte Rekrutierung, die verbindliche Verwaltungslaufbahn - erlaubten in Frankreich die Herausbildung einer organisierten und solidarischen Gemeinschaft, die ihren Ruf als Corps verdiente.

Die Bergbauingenieure, von denen nicht mehr als dreihundert berufstätig sind, verfügten über ein offizielles Jahrbuch in dem ihre Stellung verzeichnet war. Im Industrieministerium stellte der "Conseil Général des Mines" eine Institution dar, deren Mitglieder die Laufbahnen ihresgleichen zumindest innerhalb der Verwaltung und wahrscheinlich darüber hinaus lenkten.<sup>50</sup> Es gab sogar einen offiziellen "Chef" des Corps, der durch seine Gewandtheit die Stellenvermittlung seiner jungen "Fohlen" in die Industrie förderte.<sup>51</sup>

47 16 Bergassessoren (2 unbekannt) haben zwischen 1946 und 1969 dem Vorstand einer der 15 untersuchten Firmengruppen angehört. Das Jahr, in dem der Titel eines Bergassessors verliehen wurde, ist festgehalten worden. (Quelle: "Die Preußischen Bergassessoren" a.a.O.).

48 In beiden Ländern betreffen die "Spätwechsler" in die Wirtschaft eher diejenigen, die in staatliche Unternehmen gegangen sind.

49 Patron de droit divin, Paris 1984

50 Vgl. E. Friedberg/D. Desjeux, Fonctions de l'Etat et role des grands corps: le cas du Corps des Mines, in: *Annuaire International de la Fonction Publique*, 1971/72, S. 578.

51 Henri Lafond, ein Ingenieur des Corps des Mines wurde zum Verwalter zahlreicher Gesellschaften und hat diese Patenrolle in der Nachkriegszeit gespielt. R. Martin erzählt in seine Memoiren (1984, S. 204) wie Robert Murard ohne sein Wissen in seiner Firmengruppe angeworben wurde: "Man hat mir geantwortet, daß der Neankömmling von Henri Lafond empfohlen worden ist. Ich habe selbstverständlich erwidert, daß H. Lafond nicht damit beauftragt ist, die Führungskräfte des Unternehmens zu rekrutieren."

Die Bergassessoren waren dagegen zu zahlreich, die Ausbildungsstätten zu verstreut, als daß eine ebenso strukturierte Organisation hätte existieren können. Weil viele die Verwaltung am Ende ihrer Ausbildung verließen, übte die Bergbauabteilung im Wirtschaftsministerium wahrscheinlich nicht den gleichen Einfluß auf ihre Laufbahnen aus, wie der "Conseil Général des Mines". Die Zugehörigkeit zu einer Berufsgruppe wurde unterdessen durch die wiederholte Veröffentlichung einer umfassenden Liste, die jeden einzelnen Bergassessor verzeichnete, darüberhinaus gleichsam eine Bestandsaufnahme von allen Ämtern, die jeweils von einem Bergassessor besetzt waren, darstellte, bestätigt. Der relativ erschöpfende Charakter der gelieferten Informationen in einer Sammlung, die sich als eine individuelle Initiative eines Regionaldirektors der Bergbaubehörde<sup>52</sup> entpuppte, zeigte die Existenz eines regen Bekanntschaftsgeflechts unter den Mitgliedern auf. Er zeugt auch vom Prestige, das mit dem Titel verbunden war und das Interesse daran, in einem solchen Werk zu erscheinen. Die Tatsache, daß die letzte Ausgabe 1937 erschienen ist, stellt einen erneuten Indikator für den späteren Niedergang des Korps der Bergassessoren dar.

## 5. Bildungselite oder soziale Elite?

Das "Corps des Mines" erscheint als kollektiv handelnde Person, die aufgrund der Positionen seiner Mitglieder Inhaber eines bedeutenden Kapitals beruflicher Fähigkeiten und darüber hinausgehender Beziehungen ist. Seine neuen Mitglieder sind nicht zahlreich genug, um dieses Kapital erhalten zu können, ohne es zu verschwenden. Wenn einige durch bessere, attraktivere berufliche Perspektiven begünstigt worden sind, scheint es, daß sie nach den schulischen Auswahlkriterien dazu besonders legitimiert waren, d.h. zu den besten Abgängern der "Ecole Polytechnique", den "majors", ihres Jahrgangs gehörten. Die sozialen Faktoren waren hingegen offensichtlich nicht ausschlaggebend, sobald man zu diesen begrenzten Zirkeln gehörte. A. Thépot gibt für eine frühere Periode (Abschlüsse zwischen 1870 und 1914) an, daß diejenigen, die Unternehmer wurden, "bis auf wenige Unterschiede aus den gleichen sozialen Verhältnissen stammten, wie ihre Kameraden, die im Staatsdienst geblieben sind": Die Söhne von Ingenieuren, Industriellen oder Bankiers scheinen leicht überrepräsentiert vertreten zu sein.<sup>53</sup>

---

Aber sogar der "Rebell" R. Martin unterlag dem Charme des Corps: "R. Murard war ein guter Junge und ich hatte gar keine Mühe mich mit ihm zu verstehen. (ibid.).

52 W. Serlo weist in seinem Vorwort zur ersten Auflage, das in der dritten Auflage wiederholt wurde, darauf hin, daß sich dieses Verzeichnis von den staatlichen Informationen in der Zeitschrift für Berg-, Hütten- und Salinenwesen im preußischen Staate in dem Maße unterscheidet, indem es alle Inhaber des Titels Bergassessor einbezieht, diejenigen einbegriffen, die aus dem Staatsdienst ausgeschieden sind. Der Autor erwähnt als Quellen berufsbezogene Zeitschriften und private Angaben. Die Bedingungen zur Finanzierung dieses Werkes wurden nicht erwähnt.

53 A. Thépot a.a.O., S. 244.

In Deutschland ist der Hochschulabschluß viel zu reichlich verteilt worden, um eine präzise Auswahl für die Erteilung von Funktionen zu bewirken, die so rar sind, wie die von Leitern von Großunternehmen der Industrie.

Die Solidarität, die unter den Bergassessoren bestand, ist mehr familiärer oder gesellschaftlicher als beruflicher Natur. Diejenigen, die Führungspositionen innehatten, stammten sämtlich aus der Oberschicht, bei vielen bekleidete der Vater ein vergleichbares Amt. Von den zwölf, die zwischen 1946 und 1969 in einem Vorstand vertreten waren und deren soziale Herkunft bekannt ist, hatten mindestens acht familiäre Verbindungen zur Großindustrie.<sup>54</sup> Sieben hatten einen Generaldirektor zum Vater, drei von ihnen in dem Unternehmen, in dem sie später selbst eine Führungsposition erlangten, die weiteren in einem anderen großen Unternehmen der Montanindustrie. Nur einer war der Erbe einer Gründerfamilie, die sich im Besitz der Aktien befand, nämlich Klaus Haniel, Vorstandsmitglied der HOAG, die von Thyssen übernommen wurde.

Es handelt sich also vor allem um eine interne Reproduktion einer besonders geschlossenen Berufsgruppe, die großen "Manager" von der Ruhr. Der Besitz zählt weniger als die Macht. Das Phänomen verkoppelt sich mit einer Reproduktion der Ausbildungen. Vier der Väter, die bereits Generaldirektoren waren, besaßen selbst den Titel eines Bergassessors. Man begegnet regelrechten Dynastien. Der Vater und der Großvater mütterlicherseits von Hermann Winkhaus (Mannesmann), die nacheinander Chef des Bergwerks-Vereins in Altenessen waren, waren ebenfalls Bergassessoren, ebenso wie sein Bruder Paul, der Vorstandsmitglied einer Tochtergesellschaft der GBAG wurde. Die hohe Selbstrekrutierung entsprach einer Politik, die gebilligt wurde. Im Rahmen der Diskussion über etwaige Zulassungsbeschränkungen für die Ausbildung der Bergassessoren hat das Oberbergamt in Bonn geltend gemacht, daß, wenn die Bergbauunternehmer bestrebt seien, ihren Söhnen "die bestmögliche Ausbildung für die spätere Verwaltung ihrer eigenen Gruben zu geben", es auch "im volkswirtschaftlichem Interesse" sei, ihnen dies zu erlauben.<sup>55</sup> Der Staat stellte sich also offen in den Dienst der Familien, um ihrer Selbstrekrutierung eine berufliche Legitimation zu geben.

Die Bergassessoren waren wahrscheinlich zu zahlreich, um alle eine ebenso begrenzte soziale Herkunft<sup>56</sup> zu haben; eine soziale Überselektierung erlaubte es, diejenigen zu bestimmen, die Großunternehmer werden würden.

Die Rekrutierung der "Ingenieurs du Corps des Mines" in Frankreich ist im Gegensatz dazu durch das Hochschulsystem hinreichend eng begrenzt, um eine solche Selbstrekrutierung zu verhindern, auch wenn die soziale Öffnung der republikanischen Elite sowieso deutliche Grenzen kannte. Die untersuchten Ingenieure in leitender Position stammten alle aus einer bürgerlichen, vier von

---

54 Andere soziale Herkunft: ein Arztsohn, ein Sohn eines Ministerialrats, ein Sohn eines preußischen Generalmajors, ein Sohn eines Bergwerksdirektors ohne nähere Angabe.

55 Zix a.a.O., S. 46.

56 Man kann es nur annehmen, da keine Angaben über die soziale Herkunft der gesamten Bergassessoren verfügbar sind.

ihnen sogar aus einer adeligen Familie.<sup>57</sup> Aber es ließ sich keine direkte Vererbung der Ämter vom Vater zum Sohn wie in Deutschland feststellen. Fünf von 14 hatten einen Vater, der in der Industrie arbeitet, aber keiner von ihnen war als Unternehmer hervorgetreten.

Wenn die Zahl der Abschlüsse die relativ häufige Existenz von Dynastien von "Polytechniciens"<sup>58</sup> erlaubt, wird dies durch die begrenzte Rekrutierung für das "Corps des Mines" sehr unwahrscheinlich. Die beiden Väter (Polytechniciens) waren keine "Mineurs"; der eine stammte jedoch aus einem Corps, das prestigemäßig auf dem zweiten Platz stand, dem "Corps des Ponts". Desgleichen scheint keiner der Söhne der "Ingenieurs du Corps des Mines", die zu Beginn des Jahrhunderts Unternehmer waren und die von Thépot<sup>59</sup> erfaßt wurden, gänzlich dem Beispiel des Vaters gefolgt zu sein. Zwei von vier Söhnen von Théodore Laurent (Marine) wurden "einfache Polytechniciens", was sie nicht daran gehindert hat, bedeutende Leiter in der Eisen- und Stahlindustrie zu werden (Präsident von SIDELOR und "P.D.G." von Redange-Dilling). Ein Sohn von Eduard Glasser (Pompey, Générale des Eaux), "Ingenieur du Corps des Ponts" ist "P.D.G." des Elektronunternehmens Alstom gewesen.

Die soziale Öffnung des "Corps des Mines" ging nur soweit, daß sie den Kindern des mittleren Bürgertums der Provinz den Zugang zu den Pariser industriellen Eliten erlaubte oder den Kindern absteigender Eliten, wie denen der militärischen Aristokratie, zu einem aufsteigenden Teil der Gesellschaft zu stoßen. (z.B. Raoul de Vitry d'Avaucourt, Péchiney oder Victor de Metz, C.F.P.). Die Nachkommen der darauf folgenden Generation mußten keine außergewöhnliche schulische Höchstleistung erzielen, um ihren sozialen Rang aufrecht zu erhalten.

Der diskretere Charakter der sozialen Reproduktion des "Corps des Mines" erklärt wahrscheinlich, daß seine berufliche Legitimität nicht in dem Maße angegriffen worden ist, wie die der Bergassessoren in der Bundesrepublik. Letztere erscheinen als eine überlebte "Kaste" einer vergangenen Epoche. Ihr Ansehen ist zu Beginn der sechziger Jahre so schlecht, daß der früher einmal so begehrte Titel hinderlich wird. Friedrich Funke (GBAG), obwohl idealtypisches Produkt des Systems (Vater Bergrat, Vorgänger von ihm als Generaldirektor der GBAG), würde "heute (1967) seine Ernennung zum Bergassessor als ein Ereignis, das er heute gern scherzhaft als "Jugendsünde"

57 Unter den 14 übten die Väter folgende Berufe aus: (Quellen: Angaben "Who's who" im Jahrbuch der "Ecole Polytechnique"): 4 Offiziere, die keine "Polytechniciens" waren (von denen zwei zum General und einer zum Kriegsminister aufgestiegen sind), ein hoher Beamter (Generalinspekteur des staatlichen Bildungswesens), ein "Industrieller"; vier "Ingenieure" (davon zwei Polytechniciens), ein Kaufmann (er beschreibt sich selbst in einem Gespräch mit dem Autor vom 25.05.1989, als Angehöriger des mittleren Provinzbürgertums), ein "Grundbesitzer" (nicht adelig), zwei freie Berufe (Chirurg, Architekt).

58 Vgl. T. Shinn, L'Ecole Polytechnique. 1794-1914, Paris 1980. Was trotzdem im Verhältnis statistischer Wahrscheinlichkeit eine enorme Ungleichheit zugunsten der Kinder von Polytechnikern einschließt.

59 A. Thépot a.a.O., S. 242-44.

bezeichnet", schildern.<sup>60</sup> Helmut Hansen (HOESCH) soll ebenfalls den Journalisten, die ihn auf einer Pressekonferenz beharrlich mit "Herr Bergassessor" anredeten, verärgert geantwortet haben: "Sie wollen mich wohl verarschen".<sup>61</sup> Der Titel wird nicht mehr getragen: In der Ausgabe des Jahresberichts von Thyssen von 1979 umfaßte der Name von H.-G. Sohl im Unterschied zu seinen Vorgängern nur noch den Zusatz Dr. Ing. h.c.

Während in Frankreich das System der "Grands Corps" weiter blüht<sup>62</sup>, ist die Öffnung zumindest schulisch - wenn nicht sozial? - im heutigen Deutschland größer: Es gab keinen "Königsweg" mehr, wie den der Bergassessoren in Deutschland.

## 6. Spezialisten und Generalisten

Die Identifikation mit einem Beruf, in welchem Bereich und auf welcher Stufe der Hierarchie auch immer, war in Deutschland wesentlich stärker. Sie stützte sich auf eine anfängliche Ausbildung, die oft durch die Ausrichtung auf eine Laufbahn bestimmt war, ob es sich um eine Lehre oder ein Universitätsstudium handelte. Die Mobilität zwischen Berufen und Sektoren war begrenzt: Selten machte ein Ingenieur im Verkauf Karriere oder wechselte das Fach. Ein Chemiker blieb in der Regel in seiner Branche. Die Bergassessoren bildeten keine Ausnahme von dieser Regel. Sie hatten Teil an den Höhen und Tiefen des Bergbausektors.

Seit den sechziger Jahren gerieten die Bergassessoren durch den Niedergang des Bergbaus, dem die weitgehende Abtretung der Bergbauaktivitäten der großen Montankonzerne folgte, in Distanz zu den industriellen Eliten. Auf ihren ursprünglichen Beruf fixiert, konnten sie sich nicht auf die neuen expandierenden Sektoren umstellen. Sogar in den Bergbauunternehmen, in denen sie noch im Vorstand saßen, hatten sie nicht die Verantwortung für die neuen Bereiche inne: Die chemischen Bereiche von Hibernia oder GBAG wurden im Vorstand durch ausgebildete Chemiker vertreten.<sup>63</sup> 1968 verschwanden die Bergassessoren mit der Abtretung des Bergbaubereichs an die Ruhrkohle AG<sup>64</sup> aus dem Vorstand der alten Gesellschaften. Sie wurden sogar in ihrem eigenen Bereich in Frage gestellt, da sie durch ihre Identifikation mit einer vergangenen Periode als Hindernisse für eine unvermeidbare Umstrukturierung erschienen.

60 Nach einem anlässlich seines Aufstiegs zum Vorstandsvorsitzenden erschienenen Porträt in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* vom 7.1.1967; eine zu seiner Zeit dennoch sehr gefragte "Sünde".

61 Erwähnt in "Kapital", 10. 1971.

62 Vgl. für eine neuere Bestätigung: M. Bauer/B. Bertin-Mourot, a.a.O..

63 Bei HIBERNIA: Dr. chem. E. Rindtorff von 1945 bis 1964, bei GBAG: Dr. chem. W. Busch von 1940 bis 1960, danach Dipl.-Chem. K. Müller-Gliemann (ehemals-BASF).

64 Siehe z.B. die Fälle von Erasmus (GBAG) und Hawner (HIBERNIA), die Vorstandsmitglieder der einheitlichen Gesellschaft wurden.

Die französische Elite hebt sich davon durch das Fehlen einer genauen Identifikation mit einem Beruf ab. Ihre Mitglieder erheben für sich den Anspruch vielseitige "Generalisten" zu sein. Ebenso wie die "Enarchen" (ehemalige Schüler der staatlichen Hochschule für Verwaltung - die "Ecole Nationale d'Administration", ENA) weder Juristen noch Finanzfachleute darstellen, sind die "Polytechniciens" keine Spezialisten als Ingenieure. Die "Ingenieurs des Mines" sind häufig nur dem Namen nach Bergbauingenieure.

Selbst wenn die Hochschulbildung lange Zeit auf die traditionellen Fächer<sup>65</sup> ausgerichtet blieb, hat der Niedergang der Kontrollaufgaben im Bergbau dazu geführt, daß sich das Corps in andere Bereiche des Industrieministeriums ausgebreitet hat: "Das Reich der Corpsmitglieder hat sich nach und nach aufgebaut mit der Mutterinstitution der Bergbaudirektion als Ausgangspunkt, die sich zur Hauptverwaltung für Bergbau und Grundstoffe (DGEMP) entwickelt hat und die heute noch die Festung des Corps bleibt. Jede der Leitungen der DGEMP wurde oder wird durch das Corps gelenkt und ist auf alle Fälle weitgehend mit "Corpsards" besetzt, ob es sich um die DHYCA (Direction des Hydrocarbures, früher Direction des Carburants), die DIGEC (Gas, Elektrizität, Kohle), die Abteilung Rohstoffe und ihre Unterabteilungen oder um die Bergbaudokumentation handelt. Die andere Hauptdirektion des Industrieministeriums, die Hauptdirektion der Industrie wird ebenfalls vom Corps gehalten".<sup>66</sup>

Der Staatsinterventionismus in Frankreich in Sektoren wie Erdöl oder Atomindustrie mündete in der Bildung von öffentlichen autonomen Unternehmen wie der ELF oder der CEA (Kommissariat für Atomenergie). Die Tatsache, daß sie unter der Vormundschaft des Industrieministeriums stehen, hat es dem Corps erlaubt sich dort "Bastionen" zu schaffen.<sup>67</sup> Die Bergbauingenieure gaben sich in der Privatwirtschaft nicht einfach damit zufrieden, in die Bergbau- oder Eisenindustrie überzuwechseln. Seit Beginn des Jahrhunderts waren sie in die Nachbarsektoren wie die Chemie und den Erdölbereich eingedrungen.<sup>68</sup> Heute sind sie, selbst wenn sie überwiegend in der Schwerindustrie geblieben sind, auch in der Automobilindustrie (Renault), in der Nahrungsmittelindustrie (Beghin-Say) und sogar im Vorstand der großen Banken (Suez z.B.) vertreten.<sup>69</sup>

Die Bergassessoren scheinen im Gegensatz dazu in der deutschen staatlichen Verwaltung in keinem anderen Bereich, als in den Bergbauabteilungen vertreten zu sein. Der weniger bedeutende Staatsinterventionismus in der Industrie hat ihnen nicht die äquivalenten Berufsmöglichkeiten eröffnet, wie sie ihre französischen Berufsgenossen besitzen. Vor dem abgebrochenen Versuch der Sozialdemokraten in den siebziger Jahren, um die VEBA herum einen

65 A. Thépot a.a.O., S. 245.

66 E. Cohen, Formation, modèles d'action et performance de l'élite industrielle: l'exemple des dirigeants issus du Corps des Mines, in: *Sociologie du Travail*, 4, 1988, S. 601.

67 Ebenda, S. 602.

68 A. Thépot a.a.O., S. 242.

69 E. Cohen a.a.O., S. 602.

großen Erdölkonzern zu schaffen<sup>70</sup>, besaß Deutschland keine eigenen Erdölunternehmen. Durch seine fortgesetzten Niederlagen um seinen Teil am Kuchen, insbesondere im Nahen Osten gebracht, blieb Deutschland von den ausländischen Gesellschaften abhängig. Desgleichen wurde die Atompolitik im wesentlichen von den privaten Herstellern (Siemens und eine Zeitlang AEG) und den regionalen Elektrizitätsunternehmen bestimmt.

Das, was in Deutschland unvorstellbar ist, versteht sich in Frankreich von selbst: Ein Bergbauingenieur kann in einem anderen Bereich arbeiten, als in dem für den er ausgebildet wurde. Das Hochschulsystem, das historisch für die Bedürfnisse der höheren Verwaltung geschaffen wurde, produziert eine Elite, die sich nicht mit einem bestimmten Beruf identifiziert. Die Zahl seiner Absolventen ist ausreichend begrenzt, um sich dem Stellenmarkt der Führungskräfte anzupassen. Seine Mitglieder finden von Anfang an im Leitungsmanagement ihren Aufgabenbereich, sie müssen nicht zuerst eine Tätigkeit auf mittlerer Ebene ausüben (Produktionsingenieur, Verkäufer) und sich dort aus der Masse herausarbeiten. Sie gehören "durch Herkunft" (schulisch, wenn nicht sozial) zu einer "noblesse d'Etat"<sup>71</sup> die dazu berufen ist, die leitenden Funktionen in der Verwaltung und in der Wirtschaft zu besetzen.

Das deutsche Universitätssystem ist im Gegensatz dazu nicht selektiv genug, um eine ähnlich abgegrenzte Elite herauszubilden. Der Ausnahmefall der Bergassessoren konnte sich nur auf die Praktiken der Vetterwirtschaft stützen, die in einer modernen Demokratie anachronistisch erscheint.

Die von den französischen Bergbauingenieuren geforderte Vielseitigkeit hat es ihnen erlaubt, nicht vom Niedergang ihrer ursprünglichen Tätigkeit mitgerissen zu werden. Sie sind überwiegend den Auswirkungen sektoraler Krisen entkommen. Eine frühere Studie<sup>72</sup> hat klar gezeigt, daß einige von ihnen von den seit den sechziger Jahren in der Schwerindustrie durchgeführten Umstrukturierungen betroffen waren. Die starke Unternehmenskonzentration - z.B. von mehr als zehn Unternehmen in der Eisen- und Stahlindustrie zu einem einzigen heute - hat eine unvorhergesehene Einengung des Stellenmarktes für Führungspersonal entstehen lassen. Die "Karrierepläne", die zur Zeit der Rekrutierung festgelegt wurden, konnten nicht immer eingehalten werden. Aber, selbst wenn einige "geopfert"<sup>73</sup> worden sind, ist die Stellung des Corps insgesamt nicht in Frage gestellt worden, weil die neueroberten

70 Nachdem sie Gelsenberg (ehemals GBAG) zurückgekauft hatten, erlitt VEBA, deren Hauptaktionär damals der Bund mit 43,7% war, schwere Verluste in ihrem Erdölgeschäft. Sie war gezwungen ihre Raffinerien und Tankstellen 1978 an die B.P. abzutreten; vgl.: Warum die VEBA den Traum vom großen nationalen Energiekonzern aufgeben mußte, in: "Die ZEIT" vom 23.6. 1978.

71 Nach dem Titel der Arbeit von P. Bourdieu, Paris 1989.

72 H. Joly, Mémoire de D.E.A.

73 Opfer ist natürlich ein sehr relativer Begriff, keiner kannte die Arbeitslosigkeit. Das Corps läßt die seinen nicht im Stich. Aber mehrere sind aus den Hauptvorständen der großen Firmengruppen entfernt worden und sind auf unbedeutende (Leitungen von kleinen Tochterunternehmen oder Arbeitgeberorganisationen), ja sogar fiktive Posten abgeschoben ("Berater" des P.D.G. bis zur Rente) worden.

wirtschaftlichen Sparten die Verluste in den traditionellen Sektoren vollauf ausgeglichen haben.

# Zur Bürokratisierung deutscher Unternehmen im späten 19. und frühen 20. Jahrhundert\*

Von Bernd Dornseifer (Berlin)

Jürgen Kocka hat in zahlreichen Arbeiten zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte gezeigt, daß die Verwaltungsstrukturen großer Unternehmen, die Entwicklung entsprechender Managementstile und -methoden, sowie die Mentalitäten, Verhaltensformen und Statusabgrenzungen der entstehenden industriellen Angestelltenschaft in Deutschland nachhaltig von staatlich-bürokratischen Traditionen geprägt worden sind.<sup>1</sup> Unter der Wirkung dieser Traditionen, so legt Kocka im Kontext dieser Argumentation nahe, sei es in Deutschland zu einer stärkeren Bürokratisierung der Unternehmen gekommen als in Ländern, in denen derart massive staatliche Verwaltungen als Rahmenbedingung der Organisationsentwicklung nicht gegeben waren. Gedacht ist freilich in erster Linie an Großbritannien und die USA.<sup>2</sup> Dieser komparative

\* Dies ist die überarbeitete Fassung meines Beitrages zum vierten französisch-deutschen Sozialhistorikertreffen im Februar 1991 in Berlin. Ich danke allen Beteiligten für die anregende Diskussion, Toni Pierenkemper für seinen ausführlichen Kommentar sowie Patrick Fridenson und Jürgen Kocka für weiterführende Gespräche und konstruktive Kritik.

1 J. Kocka, Unternehmensverwaltung und Angestelltenschaft am Beispiel Siemens 1847-1914, Stuttgart 1969, *ders.*, Industrielles Management. Konzeptionen und Modelle in Deutschland vor 1914, in: Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte 56, 1969, S. 332-372, hier insb. S. 340-341 und 367, *ders.*, Industriebürokratie und "neuer Mittelstand" im Kaiserreich, in: *ders.*, Die Angestellten in der deutschen Geschichte 1850-1980, Göttingen 1981, S. 64-89.

2 Vgl. J. Kocka, Industriebürokratie, S. 66-67, S. 80-81, *ders.*, Industrielles Management, S. 340-341, sowie *ders.*, Capitalism and Bureaucracy in German Industrialization before 1914, in: Economic History Review 34, 1981, S. 453-468, hier S. 456-461, *ders.*, The Rise of the Industrial Enterprise in Germany, in: A.D. Chandler Jr./H. Daems (Hg.), Managerial Hierarchies. Comparative Perspectives on the Rise of the Modern Industrial Enterprise, Cambridge/London 1980, S. 77-116, hier S. 107 sowie S. 107-110 zum fördernden Einfluß der ökonomischen Rückständigkeit auf die Organisationsbildung im Vergleich zu Großbritannien. Im Vergleich zu den USA hat Kocka zum einen die Bedeutung der staatlich-bürokratischen Traditionen für die Organisationstendenzen der 1890er Jahre und die Bedeutung ständisch-bürokratischer Muster für die sozial-kulturelle Prägung der industriellen Angestelltenschaft hervorgehoben, *ders.*, Angestellte zwischen Faschismus und Demokratie. Zur politischen Sozialgeschichte der Angestellten: USA 1890-1940 im internationalen Vergleich, Göttingen 1977, S. 77-79, 157, 174-180, 314-

Teil der These soll im folgenden zur Diskussion stehen, vor allem im Vergleich mit amerikanischen Beispielen.

Kocka hat mit Hilfe des Bürokratisierungsbegriffs vor allem drei Prozesse untersucht, die im Kontext der deutschen Gesellschaftsgeschichte zwar eng miteinander verknüpft waren, hier jedoch zur Eingrenzung des Vergleichs deutlich voneinander unterschieden werden sollen: *erstens* die allmähliche im 19. Jahrhundert noch unvollständig gebliebene Verdrängung ständisch-patriarchaler Herrschaftsformen durch rational-legale Autoritätsbeziehungen in den wachsenden Unternehmen,<sup>3</sup> *zweitens* die Ablösung personaler Organisationsformen durch formalisierte, arbeitsteilige und hierarchisch aufgebaute Organisationsstrukturen, deren Leistungsfähigkeit im Kern auf der Befolgung abstrakter Regeln sowie permanenter Aktenführung und schriftlicher Kommunikation ruhte,<sup>4</sup> und schließlich *drittens* die Ausbreitung beamtentypischer Verhaltensweisen, Statusabgrenzungen und Mentalitäten in den Unternehmen und der breiteren Gesellschaft.<sup>5</sup> Der folgende Beitrag beschränkt sich auf den zweiten Problemzusammenhang: die Bürokratisierung der Unternehmensorganisation im engeren Sinne.

Der Grad der Bürokratisierung wird dabei nach drei Kriterien bestimmt: (1) nach der Ähnlichkeit der Unternehmensorganisation mit dem klassischen Strukturmodell der hierarchisch aufgebauten, monokratisch geführten, einlinigen Verwaltungspyramide, (2) nach der Hierarchietiefe gemessen an der Zahl der Leitungsebenen und (3) nach dem Formalisierungsgrad der internen Kontrolle.<sup>6</sup>

Aus der Vogelperspektive sollen zunächst einige der, aus dem vorherrschenden Wachstumsmuster hervorgegangenen, strukturellen Besonderheiten der deutschen Unternehmen herausgearbeitet werden. Dabei tritt die außergewöhnliche Inhomogenität und Komplexität der Organisationen hervor (1). Die weiteren Ausführungen beschränken sich auf den deutsch-amerikanischen Vergleich. Während die Unternehmen in Deutschland ausgedehnte

315. Zum anderen stellt er jedoch fest, daß in den amerikanischen Unternehmen vor 1914 Büroabteilungen und Großbüros in ähnlichem Umfang entstanden seien wie in Deutschland, ebenda S. 123.

3 Vgl. z.B. *ders.*, Arbeitsverhältnisse und Arbeiterexistenzen. Grundlagen der Klassenbildung im 19. Jahrhundert, Bonn 1990, S. 498-506.

4 *Ders.*, Unternehmensverwaltung, S. 86-93, 291-297.

5 Ebenda, S. 187-190, *ders.* Industriebürokratie, S. 67-68. Diese Ebene der "sozialen Bürokratisierung" ist vor allem in der Debatte um den deutschen Sonderweg thematisiert worden, *ders.*, Bürgertum und Bürgerlichkeit als Probleme der deutschen Geschichte vom späten 18. zum frühen 20. Jahrhundert, in: *ders.* (Hg.), Bürger und Bürgerlichkeit im 19. Jahrhundert, Göttingen 1987, S. 21-63 hier S. 53 sowie *ders.*, Bürgertum und bürgerliche Gesellschaft im 19. Jahrhundert. Europäische Entwicklungen und deutsche Eigenarten, in: *ders.* (Hg.), Bürgertum im 19. Jahrhundert. Deutschland im europäischen Vergleich, Bd. 1, München 1988, S. 11-76 hier S. 70-72.

6 Diese Kriterien folgen dem klassischen Bürokratiebegriff von Weber. Vgl. *M. Weber*, Wirtschaft und Gesellschaft, Tübingen 1980, S. 125ff, S. 551ff. So auch die Kriterien von *J. Kocka*, Unternehmensverwaltung, S. 26.

Stabsabteilungen schufen, blieben ihre Hierarchien flacher und ihr mittleres Management kleiner als das der amerikanischen Firmen (2). Auch die Formalisierung der Kontrolle schritt in Deutschland langsamer voran als in den USA (3). Im Ergebnis wird deutlich, daß die Bürokratisierungsthese eingeschränkt und modifiziert werden muß.

## 1. Wachstum und strukturelle Inhomogenität

Daß die Organisationsstruktur eines industriellen Unternehmens im Kern von dem erreichten technischen Umfang und dem Grad der Diversität, Variabilität und Verknüpfungen der zu leistenden Arbeit abhängt, dürfte heute weithin unbestritten sein.<sup>7</sup> Ebenso offensichtlich ist, daß die Ausprägung dieser Parameter wiederum auf das engste mit den in der Vergangenheit verfolgten Unternehmens- und Wettbewerbsstrategien verbunden ist und in erheblichem Maße von den technischen Eigenschaften der hergestellten Güter und dem Volumen der Produktmärkte bestimmt wird. Weil ein solcher Zusammenhang besteht, können wir durch die Analyse der Wachstumsmuster und sektoralen Verteilung erste Anhaltspunkte über die Entwicklung der Unternehmensstrukturen gewinnen. Unterschieden sich die Großunternehmen in Deutschland hinsichtlich ihrer Wachstumsmuster deutlich von jenen, die zur gleichen Zeit in den USA, Großbritannien und Frankreich entstanden?

Eine wesentliche Besonderheit der Unternehmensentwicklung in Deutschland liegt in der Tatsache, daß sich der weit überwiegende Teil der 100 größten Industrieunternehmen dieses Landes im Unterschied zu Großbritannien und den USA bis weit in das 20. Jahrhundert hinein auf die Entwicklung, die Herstellung und den Vertrieb von Industriegütern konzentrierte. Den kürzlich von Alfred D. Chandler und Takashi Hikino vorgestellten Daten läßt sich entnehmen, daß es unter den 100 größten deutschen Aktiengesellschaften des Jahres 1913 nicht weniger als 87 Unternehmen gab, die primär im Industrie- und nur 13, die primär im Konsumgüterbereich operierten. Bis 1929 hatte sich der Anteil der Konsumgüterunternehmen zwar auf 24 erhöht, aber im Vergleich zu Großbritannien und den USA blieb er doch sehr gering. In den USA war der Konsumgütersektor in der entsprechenden Gruppe bereits 1917 mit 56 und 1930 gar mit 60 Unternehmen vertreten. Auch in Großbritannien war die Repräsentanz des Konsumgütersektors mit 43 Unternehmen im Jahre 1919 und 60 Firmen 1930 wesentlich stärker als in Deutschland, wenn auch zur Zeit des Ersten Weltkrieges nicht so stark wie in den USA.<sup>8</sup> Sehr ähnlich

7 Vgl. z.B. W.R. Scott, Grundlagen der Organisationstheorie, Frankfurt a. M. 1986, S. 281-314.

8 Diese und die folgenden Zahlen zur sektoralen Verteilung wurden berechnet nach: A.D. Chandler Jr., Scale and Scope. The Dynamics of Industrial Capitalism, Cambridge, London 1990, Appendices A.1-A.2, B.1.-B.2. u. C.1-C.2., S. 638-650, 666-679, 696-713. Eine aus Raumgründen nicht wiedergegebene Liste aus der die hier zugrunde gelegte sektorale Zuordnung hervorgeht findet sich in B. Dornseifer, Strategy, Technological Capability and Innovation. German Enterprises in Comparative Perspective, in:

wie im deutschen Fall scheint demgegenüber die sektorale Verteilung der Unternehmen in Frankreich gewesen zu sein, eine interessante Parallele, die hier nicht weiter verfolgt werden kann.<sup>9</sup>

Keine allzu großen Unterschiede zwischen den USA, Großbritannien und Deutschland traten dagegen bei den Unternehmen der Rangplätze 101 bis 200 auf. In dieser Gruppe fanden sich in Deutschland 1913 38 Konsumgüterunternehmen, in den USA (1917) 43 und in Großbritannien (1919) 50. Während der Anteil der Konsumgüterindustrien in den USA im Jahre 1930 nach wie vor bei 43 Unternehmen lag, war er in Deutschland inzwischen mit 47 Unternehmen 1929 sogar höher als dort, jedoch nach wie vor niedriger als in Großbritannien, wo er mit 54 Firmen 1930 ebenfalls noch einmal deutlich angestiegen war.<sup>10</sup> Für Frankreich liegen leider noch keine entsprechenden Untersuchungen vor. Während die sektorale Verteilung der 101 bis 200 größten Unternehmen zumindest in Deutschland, Großbritannien und den USA doch recht ähnlich war, läßt sich hinsichtlich der jeweils 100 größten Unternehmen ein angloamerikanisches von einem französisch-deutschen Muster deutlich unterscheiden. Auf die unterschiedlichen Wachstumsmuster dieser jeweils etwa 100 größten Unternehmen möchte ich mich im folgenden beschränken.

Die deutschen Unternehmen erreichten bereits vor dem Ersten Weltkrieg einen außergewöhnlich hohen Diversifikationsgrad. Im Vergleich zu den USA war der Diversifikationsvorsprung, wie die Erhebungen von Kocka und Siegrist für die Jahre 1907/09 und 1927/29 gezeigt haben, besonders ausgeprägt in der Metallindustrie, im Maschinenbau und der chemischen Industrie, wenn auch mit deutlich abnehmender Tendenz seit dem Ersten Weltkrieg.<sup>11</sup> Leider fehlt es bisher noch an einem systematischen deutsch-

W. Fischer/F. Caron (Hg.), *Innovation in the European Economy Between the Wars*, vorauss. Berlin, New York 1993, Anm.7.

9 Die Zahlen von M. Levy-Leboyer sind leider nicht völlig vergleichbar. Sie schließen den Bergbau ein und geben Aufschluß über die Verteilung nur nach aggregierten Industriezweigen. Rechnet man den Bergbau ab, dürften 1913 etwa 15 der verbleibenden 83 Unternehmen, also ca. 18%, dem Konsumgüterbereich zuzuordnen sein und 1929 etwa 17 von 85, das wären ca. 20%, vgl. M. Levy-Leboyer, *The Large Corporation in Modern France*, in: A.D. Chandler Jr./H. Daems (Hg.), *Managerial Hierarchies*, S. 117-160 hier S. 130, Tabelle 4.4.

10 Siehe Anm. 9.

11 J. Kocka/H. Siegrist, Die hundert größten deutschen Industrieunternehmen im späten 19. und frühen 20. Jahrhundert. Expansion, Diversifikation und Integration im internationalen Vergleich, in: N. Horn/J. Kocka (Hg.), *Recht und Entwicklung der Großunternehmen im 19. und frühen 20. Jahrhundert*, Göttingen 1979, S. 55-122, hier S. 81, Tabelle 2 für 1907 und H. Siegrist, *Deutsche Großunternehmen vom späten 19. Jahrhundert bis zur Weimarer Republik*, in: *Geschichte und Gesellschaft* 8, 1980, S. 60-102, hier S. 92, Tabelle 1c für 1927. Für die Tendenzen unmittelbar nach dem Ersten Weltkrieg noch einmal im Detail, ders., *Strategie delle grande imprese tedesche dopo la prima guerra mondiale*, in: P. Hertner/G. Mori (Hg.), *La transizione dall'economia di guerra all'economia di pace in Italia e in Germania dopo la prima guerra mondiale*, Bologna 1981, S. 269-300.

amerikanischen Vergleich für die 1880er Jahre. Die Arbeiten von Alfred D. Chandler weisen jedoch einen hohen Spezialisierungsgrad der amerikanischen Unternehmen in dieser Zeit aus.<sup>12</sup> Anders in der deutschen Gruppe der 100 größten Unternehmen von 1887: bereits 20 der 32 zur Metallindustrie, 11 der 12 zum Maschinenbau und eines der beiden zur Elektroindustrie zu zählenden Unternehmen operierten zu diesem Zeitpunkt in mehr als 4 Produktbereichen. Die Unternehmen der übrigen Industriezweige waren demgegenüber jedoch ebenso wie die Mehrzahl der amerikanischen Firmen noch auf zwei, drei oder vier Produktbereiche spezialisiert.<sup>13</sup> Auch die britischen Unternehmen zeichneten sich noch bis weit in die Zwischenkriegszeit hinein durch starke Spezialisierung aus.<sup>14</sup> Daß die zum Teil erheblich kleineren Unternehmen Frankreichs insgesamt weniger stark diversifiziert waren als die deutschen, kann als sicher angenommen werden.<sup>15</sup>

Im hohen Spezialisierungsgrad der amerikanischen Unternehmen spiegelt sich die Größe der Märkte. Vor allem schlug sich hier das im Vergleich zu Deutschland erheblich größere Volumen des einheimischen Konsumgütersektors nieder. Daneben konnten sich insbesondere die international außerordentlich wettbewerbsfähigen Unternehmen der Leichtmaschinen- und Elektroindustrie umfangreiche Märkte außerhalb der USA schaffen. Nicht zuletzt wurde dort die Entstehung spezialisierter Großunternehmen von strukturellen Bedingungen begünstigt, die in Deutschland nicht gegeben waren. So eröffneten sich den Unternehmen der Stahl- und Sprengstoffindustrie mit dem Eisenbahnbau und der Durchdringung des Westens Absatzmärkte einer Größenordnung, die für die entsprechenden Unternehmen in Deutschland außer Reichweite blieb. Bei den landwirtschaftlichen Produkten entstanden aus den großen Entfernungen zwischen den Erzeugungsgebieten des Westens und Südens und den industriellen und urbanen Verbrauchszentren des Nordostens Voraussetzungen für das Wachstum spezialisierter Großunternehmen in der Lebensmittelverarbeitung, -konservierung und -verteilung, die ebenfalls in Deutschland so nicht gegeben waren.<sup>16</sup>

12 Erst um 1900 begannen die amerikanischen Unternehmen auf breiter Front mit verstärkter Diversifikation, vgl. *A.D. Chandler Jr.*, *Strategy and Structure. Chapters in the History of the American Industrial Enterprise*, Cambridge, London 1962, S. 42-44 u. *ders.*, *The Visible Hand. The Managerial Revolution in American Business*, Cambridge, London 1977, S. 285-379, zum Wachstum durch Integration und horizontale Kombination während der vorhergegangenen beiden Jahrzehnte.

13 *J. Kocka/H. Siegrist*, *Die hundert größten deutschen Industrieunternehmen*, S. 80, Tabelle 1.

14 Vgl. die Angaben zum Diversifikationsgrad in *A.D. Chandler Jr.*, Appendix B.2 (Großbritannien 1930) und C.2 (Deutschland 1929). Dabei nahm die Zahl der diversifizierenden Fusionen und Akquisitionen nach dem Ersten Weltkrieg jedoch deutlich zu, vgl. *L.Hannah*, *The Rise of the Corporate Economy*, London 1976, S. 139-140.

15 Vgl. *M. Levy-Leboyer*, *The Large Corporation*, S. 119.

16 Zu amerikanischen Leichtmaschinenunternehmen auf deutschen Märkten: *A.D. Chandler Jr.*, *Scale and Scope*, S. 446-452, *F. Blaich*, *Amerikanische Firmen in Deutschland*,

In der starken Diversifikation der deutschen Unternehmen kommt dagegen die besondere Bedeutung der Einzel-, Kleinchargen- und Kleinmengenproduktion im Industriegütersektor klar zum Ausdruck. In diesen mit je unterschiedlicher Gewichtung arbeits-, ausbildungs-, forschungs- und entwicklungsintensiven Branchen (dem Schwermaschinenbau, dem Fahrzeug-, Anlagen- und Instrumentenbau, der chemischen und auch der weiterverarbeitenden und veredelnden Metallindustrie) konnten die deutschen Unternehmen anhaltend hohe Exportquoten verbuchen. Nur durch anhaltende Diversifikation war es den Unternehmen möglich, die spezifisch deutschen Standortvorteile im internationalen Wettbewerb vollständig zu nutzen.<sup>17</sup>

Diese Diversifikation wurde fast ausschließlich durch interne Produktentwicklung erzielt. Fusionen und Akquisitionen spielten in Deutschland vor dem Ersten Weltkrieg keine große Rolle.<sup>18</sup> Dieser Diversifikationsweg war aber mit einer fortschreitenden vertikalen Integration der technischen Organisationen eng verknüpft. Entweder legten die Unternehmen die diversifizierende Produktentwicklung so an, daß eine möglichst weitgehende Nutzung der bereits vorhandenen Ressourcen, einschließlich der schon entwickelten Vor- und Zwischenprodukte, erreicht wurde, oder aber die produktinnovative Diversifikation machte technische Anpassungen und Neuentwicklungen im Bereich der Vor- und Zwischenprodukte notwendig.<sup>19</sup> Im Unterschied zu externen Wachstumsformen führten beide Wege zu einer intensiven vertikalen und horizontalen Verknüpfung der technischen Operationen und mithin zur Entstehung außerordentlich kohärenter, geographisch stark zentralisierter und in ihrer Kernstruktur vergleichsweise komplexer technischer Organisationen. Die großen Chemieunternehmen einschließlich der fusionierten IG Farben, die AEG und die Starkstrom-Division von Siemens (Charlottenburger Werk), Krupp in der Stahlindustrie, sowie Humboldt-Deutz, Borsig oder MAN im Schwermaschinen-, Anlagen- und Fahrzeugbau stellten bekannte Beispiele für

---

1890-1918, Wiesbaden 1984, zur Lebensmittelindustrie G. Porter/H.C. Livesay, Merchants and Manufacturers. Studies in the Changing Structure of Nineteenth-Century Marketing, Baltimore 1971, G. Porter, The Rise of Big Business, 1860-1910, Arlington Heights 1973, S. 47-50, S. 68-70, A.D. Chandler Jr., Strategy and Structure, S. 25-27, zu den anschaulichen Beispielen Swift und Duke, sowie umfassend dazu, ders., Visible Hand, Kapitel 7-11.

17 Vgl. dazu ausführlicher B. Dornseifer, Strategy.

18 C. Huerkamp, Fusionen der 100 größten Unternehmen von 1907 zwischen 1887 und 1907, in: N. Horn/J. Kocka (Hg.), Recht und Entwicklung, S. 113-117. Nur 23 der von Huerkamp untersuchten Fälle führten zu feststellbarer Diversifikation; davon gehörten 12 der Industriegruppe Eisen- und Metallgewinnung an, 8 zum Bergbau und 7 zur weiterverarbeitenden Metallindustrie. Bei 117 der 158 Fusionen handelte es sich um horizontale Kombinationen, vgl. ebenda S. 16. R. Tilly hat den Anteil der Fusionen und Akquisitionen am Gesamtwachstum der 50 größten deutschen Aktiengesellschaften von 1890 im Zeitraum zwischen 1880 und 1911 auf etwa 20% geschätzt, vgl. R. Tilly, Externes Wachstum industrieller Großunternehmen, 1880-1913, in: ders., Kapital, Staat und sozialer Protest in der deutschen Industrialisierung, Göttingen 1980, S. 126-139, hier S. 127-133.

19 Beispiele bei B. Dornseifer, Strategy.

diesen in Deutschland während des späten 19. und frühen 20. Jahrhunderts so weit verbreiteten und daher für dieses Land so charakteristischen Unternehmenstypus dar. Freilich gab es zu dieser Zeit ähnlich strukturierte Unternehmen auch in den USA (General Electric z.B.), aber insgesamt war dort, wie auch in Großbritannien, ein technisch weniger integrierter und diversifizierter Unternehmenstypus von größerer Bedeutung. Daß in Frankreich zu dieser Zeit viele Unternehmen mit einem ähnlich großen technischen Umfang entstanden, ist nicht anzunehmen.

Während viele der größten Unternehmen in Deutschland einen hohen *technischen* Integrationsgrad erreichten, blieb die *organisatorische* Integration der Vertriebsstrukturen zumindest im Vergleich mit den amerikanischen Firmen in weiten Industriebereichen deutlich zurück. Den Erhebungen von Alfred D. Chandler läßt sich entnehmen, daß schon 1917 mindestens 79 der 100 größten amerikanischen Industrieunternehmen über eine ausgedehnte und weitgehend integrierte Vertriebsabteilung verfügten. Zehn Unternehmen hatten den Vertrieb zu diesem Zeitpunkt nur teilweise integriert oder lose angegliedert, und nur sieben blieben ohne eine ausgebaute Vertriebsorganisation.<sup>20</sup>

In Deutschland fanden sich dagegen 1907 unter den 100 größten nicht mehr als 21 Unternehmen, die bereits eine umfangreiche eigene Vertriebsabteilung aufgebaut hatten. Zwölf Unternehmen setzten ihre Produktion teilweise über integrierte Abteilungen, teilweise aber über Syndikate ab. Nicht weniger als 49 Unternehmen bedienten sich nach wie vor ausschließlich des Syndikats. Noch immer kamen 18 Unternehmen gänzlich ohne eine entwickelte Vertriebsorganisation dieser oder jener Form aus. Bis 1927 hatte die Integration der Vertriebsstrukturen zwar erhebliche Fortschritte gemacht, aber selbst zu diesem Zeitpunkt blieb sie weit hinter dem amerikanischen Niveau von 1917 zurück. Noch 1927 gab es 12 Unternehmen ohne eine umfangreichere Vertriebsorganisation, bei 14 lief der Vertrieb immer noch ausschließlich über Syndikate und bei 29 über beide Kanäle. Aber es gab nun 45 Unternehmen mit einer umfassenden eigenen Abteilung.<sup>21</sup>

Es ist offensichtlich, daß der Aufbau interner Vertriebsorganisationen in den USA durch das Verbot der Kooperation "auf dem Markt" nach Verabschiedung der Antitrust-Gesetze im Jahre 1890 forciert worden ist.<sup>22</sup> Ob die Unternehmen in Deutschland aber von der Möglichkeit der hier rechtlich geschützten Kartell- und Syndikatsbildung tatsächlich Gebrauch machten, hing maßgeblich von den technischen Eigenschaften des Produkts und der damit

---

20 In 4 Fällen waren keine hinreichenden Informationen erhältlich, vgl. *A.D. Chandler Jr.*, *Visible Hand*, Appendix A, S. 503-512, Bergbau, Petroleum- und Gasgewinnung sind hier inbegriffen.

21 Vgl. *H. Siegrist*, *Großunternehmen*, S. 91, Tabelle 1b für 1907 und S. 92, Tabelle 1c für 1927 ebenfalls inklusive Bergbau. Ein Vergleich mit Großbritannien und Frankreich ist an dieser Stelle leider nicht möglich.

22 Vgl. *M.J. Sklar*, *The Corporate Reconstruction of American Capitalism, 1890-1916*, Cambridge 1988, Kapitel 3, hier S. 154-166 zur Diskussion über die Auswirkung der sogenannten Antitrust-Gesetze im Vergleich zu Europa.

verbundenen Wettbewerbsform ab. Als dauerhaft und funktionsfähig erwiesen sich die Syndikate meist nur beim Verkauf technologisch einfacher, uniformer und kaum verbesserungsfähiger Grundstoffe und entsprechender Vor- und Zwischenprodukte.<sup>23</sup> Kohle, Roheisen und Kali stellten nur die bekanntesten Beispiele für Produktbereiche mit erfolgreicher Syndizierung dar.<sup>24</sup> Auf solchen Märkten mit geringen Möglichkeiten zur technischen Produktdifferenzierung und -innovation gewannen die Syndikate, vor allem seit der Jahrhundertwende nicht nur eine zentrale Bedeutung für die Eindämmung des gerade hier potentiell scharfen Preiswettbewerbs, sie übernahmen zugleich auch die wesentlichen Funktionen des Vertriebs. Bei der Mehrzahl handelte es sich um regionale oder branchenweite Verkaufsgesellschaften mit wahrscheinlich nicht allzu umfangreichen kaufmännischen Abteilungen, die entweder industrielle Großabnehmer oder den Großhandel bedienten.<sup>25</sup> In den produktinnovativen Industriebereichen, vor allem also beim Vertrieb technisch komplexer, entwicklungsfähiger, wartungsintensiver oder sehr spezifischer, auf die Anforderungen einzelner Kunden zugeschnittener, Produkte spielten Syndikate dagegen keine Rolle. Für den Vertrieb solcher Produkte schufen die Unternehmen auf breiter Front seit den 1880er Jahren umfangreiche und vollintegrierte Abteilungen.

Da die technisch integrierten und diversifizierten Unternehmen in Deutschland gleichzeitig große Mengen uniformer Vor- und Zwischenprodukte und kleine Mengen diverser Endprodukte herstellten und diese je nach Verarbeitungsstufe dann nicht selten über unterschiedliche Kanäle absetzten, bildeten sich hier sehr komplexe und inhomogene Organisationsstrukturen heraus. Dadurch unterschied sich das deutsche erheblich vom amerikanischen Muster. Syndikate und Kartelle blieben dort weitaus seltener, und die Einzel- und Kleinchargenproduktion spielte im Kreis der größten Unternehmen keine so große Rolle. Dagegen verschob sich das Gewicht in den USA sehr viel früher und weitgehend als in Deutschland auf die Herstellung und den Vertrieb großer Mengen relativ uniformer Produkte, eben auf "mass-production" und "mass-marketing". Unter diesen Bedingungen entstanden in den USA Unternehmen mit einer vergleichsweise homogenen Struktur.

Die organisatorische Inhomogenität der deutschen Unternehmen wurde darüber hinaus durch einen ausgeprägten Dualismus zwischen den technischen und kaufmännischen Linien und Stäben weiter gesteigert. Die klare Abgrenzung zwischen technischen und kaufmännischen Funktionen und Zuständigkeiten auf der Leitungs-, aber auch der Stabebene, hatte in deutschen Unternehmen ja eine Tradition, die bis zur Mitte des 19. Jahr-

23 Beispiele bei *E. Maschke*, Grundzüge der deutschen Kartellgeschichte bis 1914, Dortmund 1964, S. 17, 22 u. 27.

24 Ebenda, S. 17-23.

25 Ebenda, S. 20. Über die interne Organisation und Funktionsweise dieser Syndikate wissen wir wenig. Zum bekannten Rheinisch-Westfälischen-Kohlensyndikat vgl. *K. Wiedenfeld*, Das Rheinisch-Westfälische Kohlensyndikat, Bonn 1912.

hundreds zurückreichte.<sup>26</sup> In den wachsenden Unternehmen des späten 19. und frühen 20. Jahrhunderts sollte sich dieser Dualismus jedoch in zweifacher Hinsicht verstärken.

Zum einen verstärkten sich die Tendenzen zur Entkoppelung von technischen und kaufmännischen Abteilungen. Im Bereich der Grundstoffe und grundstoffähnlichen Produkte entstand mit der Bildung der Syndikate eine besonders große organisatorische Distanz zwischen Produktion und Vertrieb. Aber auch in Produktbereichen, in denen die horizontalen und vertikalen Verknüpfungen eine scharfe und durchgreifende Divisionalisierung der Organisation schwieriger oder gar unmöglich machten, wurden diese Tendenzen bei anhaltendem Unternehmenswachstum spürbar. Die große Distanz zwischen den Werken der Sparte II der IG Farben und den drei zuständigen (konsolidierten) Verkaufsgemeinschaften für Industriechemikalien, Farbstoffe und Pharmazeutika stellte ein Beispiel dieser hier teilweise dysfunktional wirkenden Form von Entkoppelung dar.<sup>27</sup> In den USA dagegen lief die Entwicklung genau umgekehrt: dort war die stärkere Divisionalisierung zwar mit einem Verzicht auf Synergien und *economies of scope* verbunden,<sup>28</sup> dafür erreichten die Unternehmen aber eine stärkere vertikale Integration von Produktion und Vertrieb im eng umgrenzten Produktbereich. Genau diesen Anforderungen sollte die sich in den USA aber nicht in Deutschland nach dem Ersten Weltkrieg ausbreitende multidivisionale Struktur entgegenkommen.<sup>29</sup>

Zum anderen nahm der Dualismus im Vertriebsbereich die Form einer Verdoppelung der Linien- und Stabsorganisation durch die Bildung kaufmännischer und technischer Unterabteilungen innerhalb der seit den 1880er Jahren rasch wachsenden Verkehrsabteilungen an, vor allem beim Vertrieb technisch komplexer, wartungsintensiver und auf Kundenvorgaben hin entwickelter Maschinen und Anlagen.<sup>30</sup> Eine solche Verdoppelung gab es in den Vertriebsabteilungen der großen amerikanischen Konsumgüterhersteller nicht. Dort entstanden zu dieser Zeit die einlinigen und einfachen Managementhierarchien, die von Chandler klassisch dargestellt worden sind.<sup>31</sup>

26 J. Kocka, *Unternehmer in der deutschen Industrialisierung*, Göttingen 1975, S. 76.

27 Wie groß die technische Spannweite der IG Farben und wie vergleichsweise gering die Divisionalisierung ihrer technischen Organisation war, wird im Kontrast zu DuPont, dem größten amerikanischen Chemieunternehmen der Zwischenkriegszeit, deutlich. Bis zum Ende der 1930er Jahre hatte DuPont zehn integrierte Produktdivisionen geschaffen. Nicht weniger als fünf dieser Divisionen hätte man unter technologischen Gesichtspunkten allein in Sparte II der IG Farben unterbringen können. Dazu und zu einigen organisatorischen Folgen ausführlicher B. Dornseifer, *Research, Innovation, and Corporate Structure. DuPont and IG Farben in Comparative Perspective*, MS Graduate School of Business Administration, Harvard University 1989, S. 4-14.

28 Zur Bedeutung der *economies of scope* im Falle der deutschen Unternehmen zuerst A.D. Chandler Jr., *Scale and Scope*.

29 A.D. Chandler Jr., *Strategy and Structure*, S. 324ff.

30 Etwa deutlich bei Siemens, vgl.: J. Kocka, *Unternehmensverwaltung*, S. 363-371.

31 A.D. Chandler Jr., *Visible Hand*, S. 381-454.

Verbindet man mit dem Begriff "Bürokratie" die Vorstellung einer homogenen, monokratisch geführten Verwaltungspyramide erscheinen die deutschen Unternehmen des späten 19. und frühen 20. Jahrhunderts wenig bürokratisch. Die organisatorische Integration von großvolumiger Vor- und kleinvolumiger Endproduktion, die enge horizontale und vertikale Verknüpfung der technischen Funktionsbereiche, die Nutzung sehr unterschiedlicher Absatzorganisationen auf den unterschiedlichen Produktionsstufen, die Tendenzen zur Entkoppelung von technischen und kaufmännischen Abteilungen und schließlich die Verdoppelung der Linien- und Stabsorganisation beim Vertrieb der technisch komplexen Güter, führte zur Herausbildung sehr inhomogener und im technischen Kernbereich komplexer Strukturen. In struktureller Hinsicht dürfte die Mehrzahl der größten Unternehmen in den USA dem klassischen Modell näher gekommen sein als die Mehrzahl der Großunternehmen in Deutschland. Wahrscheinlich galt dies auch für Großbritannien. Auf die besondere Komplexität und Heterogenität der deutschen im Vergleich zu französischen Unternehmen hat Patrick Fridenson bereits aufmerksam gemacht.<sup>32</sup>

## 2. Wachstum und Hierarchiebildung

Im folgenden Abschnitt wird Bürokratisierung unter dem Aspekt der Hierarchiebildung untersucht. Da die Hierarchiebildung in den großen Funktionsbereichen (Herstellung, Vertrieb, Forschung und Entwicklung, Unternehmensleitung) nach zum Teil recht unterschiedlichen Mustern verlaufen ist, erscheint eine getrennte Behandlung sinnvoll. Um die organisatorischen Eigentümlichkeiten der stark diversifizierten und integrierten deutschen Unternehmen auf dieser Ebene scharf herausarbeiten zu können, werden zum Vergleich einige amerikanische Unternehmen herangezogen, die sich besonders stark von diesem Typus unterschieden, nämlich solche, die in den großen Massenkonsumgüterindustrien operierten, mithin die klassischen Beispiele der Chandlerschen Analyse.

(a) *Absatzorganisation*. Das organisatorische Kernstück der von den amerikanischen Unternehmen im letzten Jahrhundertviertel geschaffenen Vertriebsabteilungen war die Zweigstelle (*Branch Office*).<sup>33</sup> Diese Zweigstellen fungierten als lokale Stützpunkte, von denen aus die Verteilung der Ware an selbstständige Großhändler, Makler (*Jobbers*), Einzelhändler oder Vertragshändler (*Franchised Dealers*) innerhalb eines nach der Zahl der Einwohner bemessenen Verkaufsgebietes organisiert wurde. Dem leitenden *Branch Manager* war zumeist ein recht kleiner Stab aus Bürokräften, Technikern und Lagerarbeitern unterstellt. Von dort aus wurden die

32 P. Fridenson, Herrschaft im Wirtschaftsunternehmen. Deutschland und Frankreich, 1880-1914, in: J. Kocka (Hg.), Bürgertum im 19. Jahrhundert, Bd.2, S. 65-91 hier S. 74-75.

33 Vgl. A.D. Chandler Jr., Visible Hand, S. 385, 391, 404.

Aktivitäten der Vertreter und angestellten Verkäufer überwacht und unterstützt.<sup>34</sup>

Die räumliche Ausbreitung und Verdichtung der Zweigstellennetze im Verlaufe der 1880er und 1890er Jahre wurde von einer zunehmenden horizontalen Differenzierung der Vertriebsabteilungen und einer entsprechenden Vertiefung der Managementhierarchien begleitet. Zunächst führten die Unternehmen eine regionale, später dann eine darüber liegende Distrikt-Ebene zwischen den Zweigstellen und der Abteilungsleitung am Hauptquartier ein. In den Vertriebsabteilungen der größeren Unternehmen wurden zur Zeit der Jahrhundertwende somit drei oder vier Hierarchieebenen bzw. Managementpositionen unterschieden: (1) *Branch Manager*, (2) *District Superintendent*, (3) *Regional Manager* und (4) *Sales Manager*. Im Rahmen der funktional zentralisierten Unternehmensstruktur war der *Sales Manager* zugleich Mitglied des *Executive Committee*.<sup>35</sup>

Die horizontale Differenzierung der Verkaufsabteilungen führte zur Herausbildung eines mittleren Managements von enormer Breite. So hatte der Nähmaschinenhersteller Singer sein Verkaufsgebiet innerhalb der USA bis zur Jahrhundertwende in 6 Regionen, 82 Distrikte und rund 1.700 Zweigstellenbereiche unterteilt.<sup>36</sup> Die Zahl der Managementpositionen war entsprechend. Armour, ein führendes Unternehmen der fleischverarbeitenden Industrie, unterschied zu dieser Zeit 25 Distrikte und 200 Zweigstellen.<sup>37</sup> Der Landmaschinenhersteller McCormick schließlich unterhielt 65 regionale Büros in den USA bei einem Netz von etwa 12.000 Vertragshändlern um 1900.<sup>38</sup>

Die Vertriebsorganisationen der großen Industriegüterhersteller in Deutschland reichten dagegen im Bereich der Einzelproduktion und technologisch komplexen und wartungsintensiven Güter fast immer bis zum Endabnehmer heran, sie waren also vollständiger integriert als die der amerikanischen Unternehmen. Die personell umfangreichsten Abteilungen entstanden im elektrotechnischen und nicht-elektrotechnischen Schwermaschinen- und Anlagenbau. Die hier geschaffenen Abteilungen leisteten neben dem Verkauf jedoch auch die Projektplanung, einen Teil der technischen Entwicklungsarbeit, die Endmontage der Anlagen und Maschinen und die technische Beratung und Betreuung der Kundschaft.<sup>39</sup>

Den Ausgangspunkt der organisatorischen Ausdifferenzierung dieser Verkehrsabteilungen bildeten die (zentralen) "Technischen Büros". Bei

34 Ebenda, S. 391-411 sowie *O. Zuns*, *Making America Corporate 1870-1920*, Chicago 1920, S. 75-97 zum internen Aufbau der Abteilungen. Zur Entwicklung der Verteilungsformen siehe: *G. Porter/H.C. Livesay*, *Merchants and Manufacturers*.

35 *A.D. Chandler Jr.*, *Visible Hand*, S. 381-414 zum Aufbau der Managementstrukturen bei American Tobacco, Armour, McCormick und Singer.

36 Ebenda, S. 405.

37 Ebenda, S. 393, 397.

38 Ebenda, S. 407 und *O. Zuns*, ebenda, der Beispiele für weniger umfangreiche Abteilungen anführt.

39 Daher die breitere Bezeichnung "Verkehrsabteilung", vgl. *J. Kocka*, *Unternehmensverwaltung*, S. 367.

Siemens entstand das erste Technische Büro bereits in den späten 1860er Jahren im Zusammenhang mit dem Bau der Indo-Europäischen Telegraphenlinie.<sup>40</sup> Durch die Schaffung dieses Büros wurde die technische Korrespondenz des Unternehmens und damit die wesentlichen Vertriebs-, Planungs- und Koordinationsfunktionen in einer Abteilung zusammengefaßt. Solange der Kundenkreis auf wenige staatliche Stellen oder Unternehmen beschränkt blieb, erwies sich diese vom Stammsitz der Unternehmen zentral betriebene Kundenbetreuung als ausreichend.

Das änderte sich erst in den 1880er und 1890er Jahren als die Unternehmen global expandierten und die Zahl der industriellen Kunden im In- und Ausland anstieg. Bis zur Jahrhundertwende hatten die großen Elekrounternehmen ein weltumspannendes Netz von dezentralisierten Technischen Büros geschaffen. Zu Beginn des neuen Jahrhunderts unterhielt die AEG 42 Technische Büros in Deutschland, 37 im europäischen und 38 im außereuropäischen Ausland. Siemens hatte die erste Niederlassung dieser Art 1890 eröffnet, 1903 verfügte das Unternehmen über 44 Büros im In- und Ausland. Die Nürnberger Schuckert-Werke hatten bis zu ihrer Akquisition durch Siemens im Jahre 1903 gar über 36 Büros in Deutschland und fast ebenso viele wie die AEG im Ausland aufgebaut.<sup>41</sup>

Im Verkauf erfüllten die Technischen Büros im Prinzip die gleichen Funktionen wie die Zweigstellen der zuvor betrachteten amerikanischen Unternehmen. Daneben aber waren ihnen auch komplizierte technische Funktionen übertragen. Während das *Branch Office* von nur einem *Manager*, manchmal mit Unterstützung eines Assistenten, geleitet wurde, waren die Technischen Büros daher in der Regel mit je einem technischen und einem kaufmännischen Leiter besetzt. In den Verkehrsabteilungen setzte sich der Dualismus von kaufmännischer und technischer Organisation so bis an das untere Ende der Hierarchie fort. Eine solche Verdoppelung der Hierarchie war bei jenen amerikanischen Unternehmen unbekannt.

Abhängig vom Grad der Divisionalisierung wurden in diesen Abteilungen zur Zeit der Jahrhundertwende wie im Fall der amerikanischen Unternehmen drei oder vier Ebenen unterschieden. In der voll entwickelten und stark divisionalisierten Form waren dies von oben nach unten: (1) die Abteilung als ganze, (2) die Produktabteilungen, (3) eine technische und eine kaufmännische Abteilung in jeder Produktabteilung und (4) die funktionalen Unterabteilungen innerhalb dieser technischen und kaufmännischen Abteilungen, zuständig etwa für Projektierung, Montage, kaufmännische Kundenbetreuung, Marktbeobachtung, Preisgestaltung, Werbung. Die Leitung der Verkehrsabteilung wurde häufig, wie z.B. im Charlottenburger Werk von Siemens (Starkstrom), von mehreren Prokuristen mit jeweils funktionaler Zuständigkeit kooperativ wahrgenommen.<sup>42</sup> Auch das entspricht nicht dem monokratischen Muster des

40 J. Kocka, ebenda S. 135ff.

41 Ebenda, S. 369-370 für die Zahlen zu Siemens; die Angaben zur AEG und zu Schuckert nach A.D. Chandler Jr., *Scale and Scope*, S. 465.

42 Vgl. J. Kocka, *Unternehmensverwaltung*, S. 388-368.

bürokratischen Modells. Zwischen dem technischen und kaufmännischen Hierarchiemuster scheint es keine wesentlichen formalen Unterschiede gegeben zu haben.

Während sich die deutschen und amerikanischen Unternehmen hinsichtlich ihrer Hierarchietiefe in diesem Bereich somit kaum voneinander unterschieden, erreichte das mittlere Management in den amerikanischen Unternehmen einen zum Teil erheblich breiteren Umfang. Im Vergleich zum Nähmaschinenhersteller Singer, mit seinen rund 1.800 Managementpositionen, war die Zahl der leitenden Positionen selbst in den gigantischen Verkehrsabteilungen der Elektronunternehmen doch recht bescheiden. Siemens z.B. verfügte 1903 über 44 Außenstellen und hatte bis 1906 innerhalb der Verkehrsabteilung des Charlottenburger Werks sechs Produktabteilungen ("Büros") ausgebildet.<sup>43</sup> Demnach hätte das mittlere Management zu dieser Zeit hier nicht mehr als rund 170 Positionen umfaßt.<sup>44</sup> Bei der AEG dürfte die Zahl mit 230 bis 240 Positionen allein in den Außenstellen zwar deutlich darüber gelegen haben, aber im Vergleich zu Singer erscheint das mittlere Management auch dieses, für deutsche Verhältnisse sehr großen und in der Starkstromtechnik hoch diversifizierten, Unternehmens eher schlank.

Andererseits handelte es sich bei diesen Verkehrsabteilungen um personell außerordentlich umfangreiche Organisationen. In der Verkehrsabteilung der Starkstrom-Division von Siemens (Siemens-Schuckert-Werke) z.B. waren 1912 nicht weniger als 4.883 Angestellte tätig. Dazu kam eine erhebliche Zahl von Arbeitern. Von den Angestellten arbeiteten 38% (1.867) in den Zentral- und 62% (3.016) in den Außenstellen.<sup>45</sup> Mit rund 13.000 Beschäftigten im selben Jahr war die Verkehrsabteilung der AEG noch umfangreicher als die der SSW.<sup>46</sup>

In diesen Zahlen spiegelt sich ein wesentlicher organisatorischer Unterschied zwischen dem in den USA vorherrschenden Typus des massenproduzierenden Konsumgüterunternehmens und dem in Deutschland so wichtigen Typus des diversifizierten und integrierten Industriegüterunternehmens. Kennzeichen des amerikanischen Unternehmenstyps war eine Vielzahl mittlerer Managementpositionen, denen jedoch nur relativ kleine Stäbe zugeordnet waren. In den deutschen Unternehmen dagegen blieb das mittlere Management schlanker, dafür bildeten sich dort aber ausgedehnte Stabsabteilungen, in erster Linie technische Stabsabteilungen, heraus.<sup>47</sup> Das hatte im wesentlichen zwei Gründe:

43 *Allgemeine Elektrizitäts Gesellschaft (Hg.)*, 50 Jahre AEG, 1956; 1906 unterschied man bei den SSW 6 Büros mit je eigener Produktzuständigkeit (Divisionen), ebenda, S. 368.

44 Bei dieser Berechnung wurden zugrunde gelegt: 5 Prokuristen der Abteilungsleitung, 6 Büroleiter (Produktdivisionen), 6 technische und 6 kaufmännische Abteilungsleiter, 12 technische Unterabteilungsleiter, 48 kaufmännische Unterabteilungsleiter (je Produktdivision 4 im Innen- und 4 im Außendienst, ebenda S. 366) und schließlich 88 Leitungspositionen in den Außenstellen.

45 Berechnet nach den Zahlen von Kocka, ebenda S. 469, Anm. 20.

46 *Allgemeine Elektrizitäts Gesellschaft (Hg.)*, 50 Jahre AEG, 1956, S. 184.

47 Bei Siemens hatte 1910 nur knapp ein Viertel der Angestelltenschaft des Gesamtunternehmens (Außenstellen und Ausland nicht mit eingerechnet) eine

zum einen waren die Vertriebsstrukturen dieser Unternehmen anders als im Falle der behandelten amerikanischen vollständig bis zum Endabnehmer integriert, und zum anderen war der Absatz im Bereich der Einzel- und Kleinchargenproduktion erheblich arbeitsintensiver als der Vertrieb der technisch anspruchslosen, uniformen Massenprodukte.

(b) In den *Produktionsabteilungen* war die Vermehrung der Leitungsebenen auf das engste mit der organisatorischen Ausdifferenzierung der Betriebe, d.h. der operativ, kalkulatorisch und häufig auch räumlich voneinander getrennten Arbeits- und Maschineneinheiten verknüpft. Auch hier entstanden zwischen deutschen und amerikanischen Unternehmen Unterschiede, die im wesentlichen auf unterschiedliche Wachstumsmuster, Industriestrukturen und technische Anforderungen zurückzuführen waren.

Im Wachstum der amerikanischen Unternehmen waren horizontale Kombinationen (Fusionen und Akquisitionen in einem Industrie- oder Marktsegment), bekanntlich von großer Bedeutung. Allein im Zuge der "Großen Fusionswelle" zwischen 1895 und 1904 formierten sich 157 Kombinationen aus mindestens fünf Firmen und einer Beteiligung von insgesamt mehr als 1.800 Unternehmen.<sup>48</sup> Naomi R. Lamoreaux hat gezeigt, daß diese historisch außergewöhnlich breite Fusionswelle durch einen in der Konjunkturkrise der neunziger Jahre verschärften Preiswettbewerbs in den massenproduzierenden und kapitalintensiven Industriezweigen ausgelöst worden ist.<sup>49</sup>

Auch in Deutschland verstärkte sich die Fusions- und Akquisitionstätigkeit in jenem Jahrzehnt, aber die Zahl der Kombinationen und der daran beteiligten Unternehmen blieb doch erheblich kleiner als in den USA.<sup>50</sup> Dabei waren vor allem zwei Faktoren wirksam. Zum einen konnte der Preiswettbewerb in Deutschland rechtlich unterstützt durch Absprachen, Kartelle, Syndikate oder Interessengemeinschaften stärker gedämpft oder gar stillgestellt werden. Zum anderen nahmen in Deutschland monopolistische Wettbewerbsformen, so Produktinnovation und -differenzierung auf technischer Grundlage, vergleichsweise früh einen breiten Raum ein, zumal im Maschinenbau und in der Chemieindustrie. In der Zwischenkriegszeit kamen dann unter dem verschärften internationalen Wettbewerbsdruck zwar eine Reihe spektakulärer und bekannter Fusionen zustande, die primär auf Konsolidierung und Rationalisierung abzielten. Dabei aber handelte es sich um den Zusammenschluß weniger großer und nicht wie in den USA rund ein Vierteljahrhundert zuvor um die Kombination vieler kleiner oder mittelgroßer Unternehmen. Das

---

kaufmännische Ausbildung, vgl. J. Kocka, Unternehmensverwaltung, S. 470. Dieses Verhältnis macht deutlich wie umfangreich die technischen gegenüber den kaufmännischen Abteilungen in diesem arbeits- und technologie-intensiven Industriezweig waren.

48 N.R. Lamoreaux, *The Great Merger Movement in American Business, 1895-1904*, Cambridge 1985, S. 2, Tabelle 1.1 auf der Grundlage der Erhebung von Nelson.

49 Ebenda, S.12 u. 187-88.

50 Siehe Anmerkung 19.

war ein Unterschied mit weitreichenden Auswirkungen auf die Organisationsentwicklung.

Für die horizontal kombinierten Firmen wie die Unternehmen des Konsumgütersektors kam eine Konsolidierung der Betriebskapazitäten an einem Ort aus verschiedenen strategischen Gründen selten in Frage. So entstanden zahlreiche Unternehmen mit geographisch weit gestreuten aber relativ kleinen Betrieben (*Plants*). DuPont z.B., ein Unternehmen, das ganz erheblich durch Akquisitionen um die Jahrhundertwende gewachsen war, unterhielt im Jahre 1919 Produktionsstätten in nicht weniger als 41 verschiedenen Orten der USA. Darunter gab es nur zwei Betriebe mit mehr als 1.000 Beschäftigten. Im größten Teil der Betriebe arbeiteten weniger als 500 und in vielen gar weniger als 100 Personen.<sup>51</sup>

Die große Zahl und geographisch breite Streuung der Betriebe führte zu einer starken horizontalen Differenzierung der Produktionsabteilungen und einer entsprechenden Vertiefung ihrer Hierarchien, ganz nach dem Muster der Vertriebsabteilungen. In der Sprengstoffabteilung von DuPont z.B. wurden die Produktionskapazitäten auf lokaler Ebene zu Betriebseinheiten zusammengefaßt und einer entsprechenden Managementebene unterstellt. Oberhalb der Betriebsebene wurden später, wenn auch nicht in allen Bereichen, regionale Sektionen gebildet und damit eine weitere Managementebene eingeführt. Die nächst übergeordnete Ebene waren die nach Produktbereichen voneinander abgegrenzten Unterabteilungen der Sprengstoff-Produktionsabteilung. Diese Abteilung wiederum stellte zeitweilig (unmittelbar vor der Einführung der multidivisionalen Struktur 1921) eine Unterabteilung der Produktionsabteilung dar, wobei die Ebenen im oberen Managementbereich zu dieser Zeit organisatorisch nicht klar voneinander abgegrenzt waren. So entstand eine Hierarchie aus nicht weniger als sieben abgestuften Positionen: (1) *Foreman/Unit Head*: Führung einer Arbeitsgruppe, (2) *Assistant Superintendent*: Beaufsichtigung mehrerer Arbeitsgruppen oder einzelner Funktionen, (3) *Plant Superintendent*: Betriebsleitung, (4) *Section Manager*: regionale Zuständigkeit (5) *Assistant Director*: funktionale Zuständigkeit innerhalb der produktspezifischen Unterabteilung, (6) *Director*: Leitung der Unterabteilung, (7) *Vice President*: Leitung der diversifizierten Sprengstoff-Produktionsabteilung und Mitglied des *Executive Committee*.<sup>52</sup>

Unternehmen, die horizontal weniger stark differenziert waren und solche, die früher als z.B. DuPont eine Divisionalisierung oberhalb der funktionalen Abteilungen durchführten, konnten die Zahl ihrer Leitungsebenen auf vier oder

51 Vgl. Manufacturing Departments, Employees, June 1920, Records of the E.I. du Pont de Nemours & Co., Hagley Museum and Library, Wilmington, Delaware, USA (im folgenden: DuPont Archive), Acc# 1662, Box 60, File 28A.

52 Vor der Einführung der multidivisionalen Struktur gab es zeitweilig darüber noch einen *Vice President*, der für die Produktion des Unternehmens insgesamt zuständig war. Vgl. Production Department, Organization Chart, May 1919 sowie: Production Department, Explosives M'F'G. Department, Organization Chart, May 1919, DuPont Archive, Acc.# 1662, Box 60, File 28A.

fünf begrenzen. Armour (Fleischverarbeitung) z.B. unterschied 1907 vier Managementpositionen: (1) *Foreman*, (2) *Assistant Superintendent*, (3) *Plant Superintendent*, (4) *General Superintendent*. Von dort führte die Linie weiter zum *General Manager* der Produktdivision, der hier anders als im Rahmen der späteren multidivisionalen Struktur noch dem *Executive Committee* angehörte.<sup>53</sup> Bei der Mehrzahl der massenproduzierenden amerikanischen Großunternehmen dürfte sich die Hierarchietiefe in dem von DuPont und Armour abgesteckten Rahmen, also zwischen vier und sieben Ebenen, bewegt haben.

Die intern gewachsenen und räumlich stärker konzentrierten Produktionsabteilungen der Unternehmen in Deutschland waren demgegenüber breiter diversifiziert, aber in einem geringeren Maße horizontal differenziert, d.h. ein Produkt wurde selten in mehreren Betrieben oder Werken hergestellt. Damit war auch die Bildung regionaler Sektionen oder Abteilungen oberhalb der Werkseinheiten nach dem Muster von DuPont überflüssig. Die Zahl der Leitungsebenen blieb entsprechend kleiner. Auch in den größten und stark diversifizierten Unternehmen des Maschinen- und Anlagenbaus wurden wohl selten mehr als vier Ebenen unterschieden: (1) Meister, (2) Gruppenmeister, (3) Obermeister/Betriebsingenieur, (4) Werkstattdirektor/Leiter der Produktionsabteilung. Von dort aus lief die Linie weiter zur Position des Werksdirektors, der zugleich die Oberaufsicht über die Produktion und die Technische Abteilung mit ihren Unterabteilungen (Konstruktion, Forschung und Entwicklung) führte und dem Vorstand angehörte.<sup>54</sup>

Die Chemieunternehmen kamen mit einer noch geringeren Zahl von Hierarchieebenen aus. Selbst innerhalb der gigantischen IG Farben gab es im Kernbereich der Produktion offensichtlich nicht mehr als zwei formale Leitungsebenen unterhalb des Vorstandes: nämlich (1) die Leiter der produktspezifischen Abteilungen (Alizarin- und Küpenfarbstoffabteilung z.B.) und (2) die Ebene der Betriebsleiter. Die Abteilungsleiter hatten sich direkt gegenüber der Werksleitung zu verantworten. Die Direktoren der Hauptwerke gehörten dem Vorstand an während die der Nebenwerke denen der Hauptwerke unterstellt waren.<sup>55</sup> Mit der Bildung der Sparten wurde in den Jahren 1929-30 zwar eine weitere formale Ebene zur Verstärkung der Kostenkontrolle eingeführt, verglichen mit DuPont und anderen Unternehmen war dies aber dennoch eine bemerkenswert "flache" Organisation.<sup>56</sup> Das ist umso bemerkenswerter, wenn man berücksichtigt, daß die Belegschaft der

53 Vgl. *A.D. Chandler Jr.*, *Scale and Scope*, S. 86-87, Fig. 3.

54 Im Starkstrombereich von Siemens (Charlottenburger Werk) hatten sich bis 1897 diese vier Hierarchieebenen herausgebildet, vgl. *J. Kocka*, *Unternehmensverwaltung*, S. 342-343. Kleinere und stärker spezialisierte Unternehmen wie z.B. Daimler wiesen dagegen zunächst nicht mehr als zwei (Meister u. Werkstattdirektion), nach der Einführung eines zentralen Werkstattbüros drei Ebenen auf, vgl. *B. Bellon*, *Mercedes in Peace and War. German Automobile Workers, 1903-1945*, New York 1990, S. 38 u.45.

55 Vgl. *K. Winnacker*, *Nie den Mut verlieren. Erinnerungen an Schicksalsjahre der deutschen Chemie*, Düsseldorf 1971, S. 73.

56 Dazu ausführlicher: *B. Dornseifer*, *Research*, S. 22-32.

IG Farben noch in den späten 1930er Jahren mehr als doppelt so groß war wie die von DuPont.

(c) Die Organisation der *Forschung und Entwicklung* fügte sich weitgehend in das jeweils vorherrschende Hierarchiemuster der Unternehmen ein. Im Hauptlaboratorium von Bayer z.B. gab es zur Zeit der Jahrhundertwende nur eine Ebene zwischen den Forschungsgruppen im Labor und dem Vorstand: das war die des Labordirektors.<sup>57</sup> An dieser Organisationsform änderte sich auch über die Fusion der IG Farben im Jahre 1925 hinaus wenig. Hinzu kamen in den größeren Laboratorien einige wenige "Assistenten", die den Labordirektor bei der Koordination, Kontrolle und Anleitung der Forschungsgruppen unterstützten. Das entsprach dem Muster der Ordinariate an den Universitäten. Noch in den 1930er Jahren unterschied man in den Laboratorien der IG Farben nicht mehr als zwei Ebenen oberhalb der Forschungsgruppen: (1) die Assistenten, (2) den Labordirektor. Die dezentralen Laboratorien unterstanden dem Leiter der jeweiligen Produktabteilung.<sup>58</sup> Die zentralen Hauptlaboratorien berichteten direkt an die Werksleitung. Auch das war eine ausgesprochen flache Organisation.

Obwohl die Forschungs- und Entwicklungskapazitäten von DuPont erheblich kleiner waren,<sup>59</sup> schuf das Unternehmen in diesem Bereich dennoch wesentlich mehr Managementebenen und -positionen. In den 1930er Jahren gab es selbst in der zentralen Forschung sechs Ebenen oberhalb der Forschungsgruppen: (1) *Group Leader*, (2) *Research Supervisor*, (3) *Assistant Laboratory Director*, (4) *Laboratory Director*, (5) *Assistant Director*, (6) *Director*, der im Falle der zentralen Forschungsabteilung einen Sitz im *Executive Committee* einnahm und im Falle der dezentralen Abteilungen dem *General Manager* der Produktdivision unterstand.<sup>60</sup>

Als der Forschungsdirektor von DuPont, Elmer K. Bolton, 1936 eine Besichtigungstour durch die Laboratorien der IG Faben unternahm, bemerkte er nicht nur die ungewöhnliche personelle Größe der Abteilungen, sondern auch die wenig ausgeprägte formale Hierarchie: "In diesem Labor [Oppau] sind ungefähr 100 Chemiker beschäftigt. Eine ziemlich ungewöhnliche Form der Labor-Organisation wird angewendet. Diese Chemiker bilden vierundzwanzig Divisionen, die jeweils direkt an Dr. Grimm [Labordirektor] berichten. Die Organisation hat nicht irgendwelche *Assistant Directors*, sondern der Direktor hat vier Assistenten, von denen einer nur in Abwesenheit von Dr. Grimm als *Assistant Director* fungiert.... In all den von uns besuchten

57 G. Meyer-Thurrow, The Industrialization of Invention: A Case Study from the German Chemical Industry, in: ISIS 73, 1982, S. 363-381 hier 375.

58 Vgl. K. Winnacker, a.a.O., S. 73.

59 1926 beschäftigte die IG Farben im Bereich der F&E insgesamt 3.726 Personen, darunter 958 ausgebildete Chemiker, vgl. G. Plumpe, Die I.G. Farbenindustrie AG. Wirtschaft, Technik und Politik 1904-1945, Berlin 1990, S. 475, Tabelle. DuPont dagegen bezifferte die Zahl der "research specialists" im gleichen Jahr auf nicht mehr als 241, vgl. D. Hounshell/John K. Smith Jr., Science and Corporate Strategy. DuPont R&D, 1902-1980, Cambridge 1988, S. 290-291, Tabelle 15.2.

60 Ebenda, S. 306.

Laboratorien der I.G. war es sehr offensichtlich, daß der Direktor sehr aktiv an der Leitung der Forschungsarbeit teilnahm und die Verwaltungsaufgaben an andere delegierte."<sup>61</sup>

Auch im Bereich der Forschung und Entwicklung traten die Unterschiede der Organisationsmuster deutlich hervor: während das horizontal stärker differenzierte Unternehmen in den USA vergleichsweise tiefe Hierarchien, ein umfangreiches mittleres Management, dafür aber relativ kleine Stäbe ausbildete, zeichnete sich das hoch diversifizierte und technisch integrierte Unternehmen in Deutschland durch ausgedehnte Stabsabteilungen, sehr kurze Linien und eine geringere Zahl mittlerer Leitungspositionen aus.

(d) Im Bereich der *Unternehmensleitung* schließlich vertiefte sich die Hierarchie um eine weitere Ebene oberhalb der bisher behandelten funktionalen Abteilungen falls die Unternehmen von einer funktional zentralisierten zur multidivisionalen Struktur übergangen. Diese Ebene der *General Manager* übernahm die Verantwortung für die Leistung der vertikal integrierten Produktdivisionen, ohne jedoch dem Führungsgremium des Gesamtunternehmens (*Corporate Office*) anzugehören. Alfred D. Chandler hat gezeigt, daß die multidivisionale Struktur sich in den USA seit dem Ersten Weltkrieg mit der verstärkten Diversifikation vor allem im Konsumgüterbereich durchgesetzt hat.<sup>62</sup>

Da die größten Unternehmen in Deutschland dagegen kaum in den Konsumgüterbereich eindringen, das Volumen der Konsumgütermärkte in Deutschland weitaus kleiner blieb und sich unternehmensintern in diesem Stadium bereits starke technische und operative Verknüpfungen herausgebildet hatten, überrascht es nicht, daß die multidivisionale Struktur sich in Deutschland bis zum Beginn der 1960er Jahre kaum durchsetzen konnte.<sup>63</sup> Siemens war eines der ganz wenigen, vielleicht das einzige Unternehmen, das in Deutschland vor dem Zweiten Weltkrieg eine Art multidivisionaler Struktur eingeführt hat.<sup>64</sup> Auch im Bereich der Unternehmensleitung schritt die Hierarchiebildung in den USA stärker voran als in Deutschland.

### 3. Information und Kontrolle

In den USA führte der rasche Anstieg des Produktions- und Vertriebsvolumens und die zunehmende horizontale Differenzierung der Organisationen bereits im letzten Jahrhundertviertel zu einer zügigen Rationalisierung der internen Informations- und Kontrollsysteme, die dann durch die große Fusionswelle der

61 Elmer K. Bolton an Jasper Crane, June 11th, 1936, DuPont Archives, Series II, Part 2, Acc.# 1038, S. 15, zweiter Teil des Zitats S. 8.

62 A.D. Chandler Jr., *Strategy and Structure*, zusammenfassend S. 362ff.

63 G.P. Dyas/H.T. Thanheiser, *The Emerging European Enterprise. Strategy and Structure in French and German Industry*, Boulder 1976, S. 65.

64 Bis 1950 hatten nicht mehr als 7 der 100 größten Unternehmen eine multidivisionale Struktur eingeführt, vgl. ebenda S. 66. Zur Strukturentwicklung vor dem Zweiten Weltkrieg: A.D. Chandler Jr., *Scale and Scope*, und zu Siemens ebenda S. 469-471.

Jahrhundertwende noch einmal zusätzlich angetrieben wurde. Zum einen verbesserten sich mit steigendem Volumen die Möglichkeiten der Zerlegung, Standardisierung und Routinisierung der Arbeitsprozesse und auch der formalen Beschreibung, Kontrolle und Bewertung der individuellen Arbeitsleistung. Zum anderen ergab sich aus der zunehmenden horizontalen Differenzierung der Organisation die neuartige Gelegenheit, die operative Leistung der Betriebe, Zweigstellen, Laboratorien und regionalen Einheiten nunmehr unternehmensintern zu vergleichen und so genauer als zuvor nach *formalen*, d.h. nicht-technischen, Kriterien zu bewerten und zu kontrollieren. Das verstärkte die formale Kontrolle der Unternehmensspitze über das mittlere Management.<sup>65</sup>

In den deutschen Unternehmen waren derart differenzierte und rationalisierte Informations- und Kontrollsysteme zumal im Bereich der Einzel- und Kleinchargenproduktion schwer zu installieren. Die technischen und operativen Verknüpfungen machten die Abgrenzung der Betriebseinheiten schwieriger und die genaue Berechnung der Stückkosten kompliziert und kostspielig.<sup>66</sup> Vor allem aber blieb der unternehmensinterne Betriebsvergleich wegen des geringen horizontalen Differenzierungsgrades eher die Ausnahme und der "weichere" Vergleich mit branchenweiten Normwerten oder den in der Vergangenheit erzielten Leistungen doch die Regel.<sup>67</sup> Monopolistischer Wettbewerb und Kooperation mögen schließlich die Impulse zur formalen Kosten- und Leistungskontrolle von Seiten der Produktmärkte im Vergleich zum amerikanischen Fall abgeschwächt haben. Vielleicht ist so zu erklären, warum solche Impulse in Deutschland häufig von den Banken kamen.<sup>68</sup>

---

65 Zur Entwicklung der Informations- und Kontrollsysteme unter verschiedenen Aspekten *H.T. Johnson/R.S. Kaplan*, *Relevance Lost. The Rise and Fall of Management Accounting*, Boston 1987, *J. Yates*, *Control Through Communication. The Rise of System in American Management*, Baltimore 1989.

66 Zu diesen Problemen vgl. auch die zeitgenössische Literatur zum Rechnungswesen, z.B. *F. Leitner*, *Die Selbstkostenrechnung industrieller Betriebe*, Frankfurt 1939, S. 25-27.

67 Auch dies ist Bolton im Vergleich mit seinen bei DuPont gesammelten Erfahrungen sehr bewußt geworden. Über sein Gespräch mit dem Leiter der Sparte II, Ter Meer, berichtete er: "A number of years ago Dr. Bosch, when he was active in the management of the I.G., felt that it was very important to have competition between plants in the manufacture of the same product in order to obtain the best results in cost and quality. This scheme has not worked out very satisfactorily inasmuch as production on many items has not been large enough to warrant manufacture in two separate plants. Since 1929 Dr. Ter Meer has been rationalizing manufacture of many of their products and having the entire quantity produced in the plant most advantageous to the corporation. He does not seem to be impressed by the idea that it is necessary to have competition between plants in order to arrive at the lowest cost. The long experience in the manufacture of many of the products gives them a measure as to good performance.", Bolton an Crane, S. 20 (vgl. Anm. 62).

68 Wie z.B. bei Siemens, *J. Kocka*, *Unternehmensverwaltung*, S. 399-400, 437, 450-451. Eine ähnliche Beobachtung hat *M. Levy-Leboyer* auch im französischen Kontext gemacht, siehe: *The Large Corporation*, S. 135.

Alfred D. Chandler hat beobachtet, daß die Finanzverwaltung in deutschen im Vergleich zu amerikanischen Unternehmen einen auffällig geringen Raum einnahm.<sup>69</sup> Das dürfte nicht zuletzt auf weniger umfangreiche Kapazitäten zur Informationsverarbeitung an der Spitze der Unternehmen zurückzuführen sein. Bei den großen amerikanischen Unternehmen entstanden mit dem sogenannten "Comptrolling" erhebliche Kapazitäten dieser Art bereits vor dem Ersten Weltkrieg. Mit ihrer Kontrolle über die zentralisierten Informationssysteme gewannen die *Comptroller* rasch eine, von der Finanzverwaltung zunehmend unabhängige und einflußreiche Position im Leitungsbereich der Unternehmen. Bei DuPont bestand die entsprechende Abteilung unmittelbar nach dem Ersten Weltkrieg unter der Leitung von J.B. Broad und seinen beiden Assistenten Eliason und Ward aus acht Unterabteilungen: *Accounts Payable, Accounts Receivable, Production Costs, Sales Analysis, General Division, Statistics, Service, Miscellaneous*.<sup>70</sup> Zu dieser Zeit richteten die DuPont Executives einen "Chart Room" ein, in den die von der Abteilung erstellten Schaubilder zur Profitabilitäts-, Umsatz-, Kosten-, Konjunktorentwicklung etc. mit Hilfe einer an der Raumdecke befestigten Einrichtung eingefahren wurden. Der *Chart Room* sollte fortan zum regelmäßigen Treffpunkt der Unternehmensleitung werden.<sup>71</sup>

An der Spitze deutscher Unternehmen gab es über diese Art der Unternehmensführung offensichtlich deutliche Meinungsverschiedenheiten zwischen "Technikern" auf der einen und "Nicht-Technikern", insbesondere den Kaufleuten, auf der anderen Seite. Noch in den 1930er Jahren reagierten z.B. die dominierenden Techniker in der Leitung der IG Farben skeptisch bis ablehnend. "Buchführung und finanzielle Kontrolle", so ein Vorstandsmitglied im Rückblick, "traten mehr und mehr an die Stelle der unmittelbaren Kenntnis der technischen und kaufmännischen Methoden...und die zentralen Ausschüsse entwickelten sich zu Registraturbüros, wo wissenschaftliche Berichte erstattet wurden, und wo man in den Statistiken Einsicht nahm. Die Betriebsführung der I.G. war mit dieser Entwicklung in keiner Weise zufrieden...".<sup>72</sup> Bereits 1925 hatte Duisberg die Öffentlichkeit beschwichtigt, man könne die IG Farbenindustrie AG "nicht als Trust im amerikanischen Sinne ansprechen" und man dürfe auch "nicht fürchten", daß es sich dabei "um eine Bildung mit bürokratischer Spitze ohne Leben in den Gliedern" handele.<sup>73</sup>

69 A.D. Chandler Jr., *Scale and Scope*, S. 408.

70 Organization Chart, Treasurers Department, DuPont Archive, Acc.# 1662, Box 60, File 28A.

71 J. Yates, *Control*.

72 Georg Schnitzler, Eidesstattliche Erklärung, 4.III.1947, NI-5191, National Archives, Record Group 238, T 301, Records of the Office of the United States Chief Counsel for War Crimes, Nürnberg, S. 13.

73 So in der Frankfurter Zeitung vom 25. November 1925, zitiert nach: W. Fraund, Betriebswirtschaftliche Studie über die Entwicklung und Finanzierung der I.G. Farbenindustrie Aktiengesellschaft unter besonderer Berücksichtigung des Fusionsjahres 1925, Diss. Gießen 1929, S. 54.

In die entgegengesetzte Richtung wirkten häufig mit Unterstützung der Banken die Nicht-Techniker. Der Politologe Ilgner, Leiter der Wirtschaftspolitischen Abteilung NW7 der IG Farben, zeigte sich z.B. anders als die Techniker stark beeindruckt von der "straffen und zentralen Leitung der Standard Oil Company of New Jersey, der National City Bank of New York, der Imperial Chemicals Ltd, London, und der DuPont de Nemours & Co."<sup>74</sup> Die Professionalisierungsbemühungen der Kaufleute richteten sich in den Unternehmen mit großer Energie auf die Ausbreitung und Verbesserung der Informations- und Kontrollsysteme über die traditionelle Buchhaltung und die kaufmännische Verwaltung hinaus und damit in die Domäne der Techniker hinein.<sup>75</sup> Nicht zuletzt weil mit der Verstärkung der Informations- und Kontrollsysteme für die Techniker und ihre Abteilungen auch ein Verlust an Autonomie verbunden war, dürften sie so heftig gegen den "bürokratischen Wasserkopf" und die Leitung durch "Buchhaltung" und "Statistik" vorgegangen sein. Ohne die Möglichkeit einer formalen Kontrolle und Bewertung der technischen Abteilungen blieb die Stellung der Kaufleute in den sich technisch professionalisierenden Unternehmen marginal und ihr Einfluss auf die Unternehmensleitung begrenzt.

An der Spitze der amerikanischen Unternehmen drängte man dagegen vor allem auf eine tiefgreifende, gleichmäßige und differenzierte Kostenkontrolle in allen Funktionsbereichen auch im Bereich der Forschung und Entwicklung. Das für 1920/21 gültige "Standard Practice Book" des "Engineering Department" von DuPont stellte gleich auf der ersten Seite fest: "The primary object of mechanical experimental work is directly or indirectly, to earn dividends for the stockholders of the Company. All work undertaken must, from inception to completion, be analysed and justified on the above basis."<sup>76</sup> Welcher Verwaltungsaufwand mit dieser Form der Kostenkontrolle verbunden war, geht aus den dann folgenden Vorschriften deutlich hervor. Selbst die Beantragung eines "kleineren Experiments, Kosten bis 500 Dollar" verlangte die achtfache Ausfertigung des Formulars "No 16822 - Mechanical Experiment Problem". Nach der Billigung des zuständigen *Plant Manager* wurden Exemplare des Antrags an insgesamt sieben Stellen des Unternehmens weitergeleitet: zwei an die übergeordnete Produktionsabteilung, sechs an das zentrale *Engineering Department* zwecks Genehmigung und zur Weitergabe je einer Kopie an den Leiter der *Mechanical Experimental Division*, die zentrale Forschungsabteilung, den *Experimental Engineer*, die zentrale Kalkulation

---

74 Günther Frank-Fahle, Eidesstattliche Erklärung, 10.VI.1947, NI-5169, (vgl. Anm. 73), S. 4.

75 Diese Bemühungen spiegeln sich auch in der kaufmännischen Literatur zum Rechnungswesen deutlich wider: vgl. z.B. A. Calmes, Der Fabrikbetrieb. Die Organisation, die Buchhaltung und die Selbstkostenrechnung industrieller Betriebe, Leipzig 1908, S. 4-13.

76 Standard Practice Book, Engineering Department 1920/21, Div.X, DuPont Archive, Ser.II, Part 2, Acc# 1274, File 19A, S. 1A-1.

sowie die Buchhaltung. Bei größeren Projekten stieg die Zahl der informierten Stellen auf acht.<sup>77</sup>

Eine dem Verfahren von DuPont ähnliche Form der Mittelverteilung gab es innerhalb der IG Farben nur in den vom technologischen Kern des Unternehmens abgesonderten, relativ spezialisierten und kontinuierlich produzierenden Sparten I (Höhdruk- und Elektrochemie) und III (Filme, Kunstfasern, Kunststoffe). So bemerkte der Forschungsdirektor von DuPont, E.K. Bolton bei seiner Werksbesichtigung 1936: "Dr. Bayer des zentralen Laboratoriums im Werk Leverkusen [Farben, Pharmazeutika] wendet nicht irgendein Projekt-System an, sondern bekommt jedes Jahr einen bestimmten Geldbetrag gutgeschrieben, welchen er dann den unter seiner Leitung stehenden Aktivitäten zuteilt. Auf der anderen Seite wendet Dr. Grimm vom Hochdruck-Laboratorium in Oppau ein Projekt-System an, das dem unsrigen ein wenig ähnlich ist. Dr. Bayer bemerkte, daß von Zeit zu Zeit ein Bericht über die Forschungsergebnisse seines Laboratoriums angefertigt werde, um zu bestimmen, ob die Ergebnisse die Kosten der Forschung rechtfertigten. Aber in jedem Fall sei das Management mit dem Fortschritt des Laboratoriums zufrieden gewesen."<sup>78</sup>

In den technisch und operativ eng verknüpften Organisationsbereichen blieb die Kostenkontrolle pauschaler und die Leistungsbewertung in einem hohen Maße *technischen* Kriterien verhaftet. Ohne einer weitreichenden Kontrolle und Bewertung nach *formalen* Kriterien ausgesetzt zu sein, wie etwa das mittlere Management von DuPont, war es dem technischen Management in vielen deutschen Unternehmen möglich, nicht nur mehr Autonomie sondern auch ein größeres Gewicht im strategischen Entscheidungsprozeß zu gewinnen.

#### 4. Zusammenfassung und Ausblick

In der vorangegangenen Untersuchung konnten nicht alle Dimensionen der Bürokratisierung behandelt werden. Darüber hinaus mußte die empirische Grundlage begrenzt bleiben. Dennoch, so denke ich, ist deutlich geworden, daß das Bild der besonders starken Bürokratisierung der deutschen Unternehmen erheblich zu modifizieren ist, zumindest mit Blick auf das späte 19. und frühe 20. Jahrhundert, zumal im Vergleich mit den USA. Die Organisationsstrukturen der deutschen Unternehmen haben sich als inhomogen und komplex erwiesen. Die Hierarchien dieser stark diversifizierten aber technisch kohärenten Organisationen waren im Bereich der Produktion und wohl auch der Forschung und Entwicklung flacher als die der amerikanischen Unternehmen. In den integrierten Vertriebsabteilungen war die Zahl der Leitungsebenen im deutschen nicht höher als im amerikanischen Fall. Das mittlere Management der Unternehmen in Deutschland war weniger umfangreich als das der horizontal differenzierten Unternehmen in den USA. Ihre Stabsabteilungen waren dagegen ausgedehnter. Die Entwicklung der

<sup>77</sup> Ebenda, S. 1A-4-5.

<sup>78</sup> Bolton an Crane, S. 8 (vgl. Anm. 62).

formalen Informations- und Kontrollsysteme blieb in Deutschland hinter den USA zurück. An diesen Kriterien gemessen schritt die Bürokratisierung der Unternehmen in den USA früher, umfassender und gleichmäßiger voran als in Deutschland.

Sicherlich wäre die Untersuchung zu einem anderen Ergebnis gekommen, wenn, ausgehend von der deutschen Erfahrung, ausschließlich oder unter anderem auch nach den Formen der Loyalitätssicherung, der Reglementierung, Disziplinierung und Privilegierung gefragt worden wäre. Daß es in den USA Formen und Methoden der Unternehmensverwaltung mit einer eindeutig ständisch-patriarchalen oder obrigkeitsstaatlich-bürokratischen Einfärbung allenfalls in Ansätzen gab, hat Kocka gezeigt.<sup>79</sup> Zu fragen wäre, ob an der Spitze der Unternehmen in Deutschland nicht deshalb ein so großes Gewicht auf Loyalität und Disziplin gelegt wurde, weil die formalen Informations- und Kontrollsysteme bei anhaltendem Wachstum der Organisationen nicht voll entwickelt werden konnten. Dabei wäre allerdings zu berücksichtigen, daß ständisch-patriarchale und staatlich-bürokratische Traditionen nicht nur in deutschen, sondern auch in französischen Unternehmen von erheblicher Bedeutung waren.<sup>80</sup> Überhaupt scheint es größere Ähnlichkeiten zwischen dem französischen und deutschen Muster geben zu haben als bislang angenommen wird.

---

79 J. Kocka, *Angestellte zwischen Faschismus und Demokratie*.

80 Vgl. M. Levy-Leboyer, *The Large Corporation*, S. 132-134, P. Fridenson, *Herrschaft im Wirtschaftsunternehmen*, S. 75-76 und 84.

## Diskussion

# Georg Friedrich Knapp. Agrargeschichtsforschung und sozialpolitisches Engagement im Deutschen Kaiserreich

Von Hartmut Harnisch (Berlin)

## I. Einleitende Bemerkungen

Die agrarhistorischen Arbeiten Georg Friedrich Knapps stellen in der Historiographie der deutschen Wirtschaftsgeschichte ein besonderes Phänomen dar. Im Jahre 1887 erschien in zwei Bänden sein Hauptwerk "Die Bauernbefreiung und der Ursprung der Landarbeiter in den älteren Theilen Preußens".<sup>1</sup> Bis heute ist dieses Werk für die Forschung tatsächlich unentbehrlich geblieben.

Man wird nicht allzu viele wissenschaftliche Monographien finden, die einhundert Jahre nach ihrem Erscheinen noch immer als grundlegend für das darin behandelte Wissenschaftsgebiet angesehen werden müssen. Wer über die Geschichte der frühneuzeitlichen Agrarstruktur im ostelbischen Preußen und über die preußischen Agrarreformen in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts arbeiten will, kann an Knapps Werk nicht vorübergehen.

Dabei geht es nicht nur um die in jedem Falle notwendige Aufarbeitung des vorgegebenen Forschungsstandes, sondern tatsächlich um die Aneignung des zum Themenkomplex der Agrarreformen grundlegenden Wissens. In der Faktenbasis und -jedenfalls teilweise- in den Problemstellungen wie auch in den Ergebnissen sind Knapps Forschungen zur Bauernbefreiung im ostelbischen Preußen bis heute nicht überholt. Allein diese Tatsache muß im Rahmen historiographischer Untersuchungen das besondere Interesse auf seine agrarhistorischen Arbeiten lenken.

Weitere Aspekte machen die Wissenschaftlerpersönlichkeit Georg Friedrich Knapps und ihr Nachwirken für uns interessant. Sein Werk über die Bauernbefreiung ist ohne jeden Zweifel in historiographischer Perspektive eine wirtschaftsgeschichtliche Forschungsleistung, aber es wurde keineswegs primär unter historischem bzw. wirtschaftshistorischem Erkenntnisstreben konzipiert. Vielmehr entstand es aus den besonderen wissenschaftstheoretischen, sozial-

---

1 München/Leipzig, 1887. Wir folgen hier der Neuausgabe, die 1927 als Band 1 und 2 der ausgewählten Werke Knapps erschien.

politischen und politischen Zielstellungen der jüngeren historischen Schule der deutschen Nationalökonomie heraus und sollte einen Baustein in deren umfassend angelegten Bestrebungen zur Einflußnahme auf die Entwicklung und den weiteren Ausbau einer staatlichen Sozialpolitik des deutschen Kaiserreiches bilden.

Ungeachtet dieses Ausgangspunktes gewann Knapp mit seiner "Bauernbefreiung" sehr wesentliche Bedeutung für die endgültige Etablierung der Agrargeschichte als eigenständige Wissenschaftsdisziplin in Deutschland. Wenngleich schon seit Jahrzehnten unter konzeptionell sehr verschiedenartigen Ansätzen und mit unterschiedlichen Zielstellungen agrarhistorische Forschungen betrieben wurden,<sup>2</sup> so hat doch erst Georg Friedrich Knapp der Agrargeschichte im deutschen Wissenschaftsbetrieb Dauer und Stetigkeit verliehen, und zwar nicht zuletzt dadurch, daß er in seinem Staatswissenschaftlichen Seminar an der Universität Straßburg Studenten auf einschlägige Themen ansetzte. Hinsichtlich der Forschungsmethodik und zum Teil auch der Problemstellungen setzte er die schon vor seiner Zeit herausgebildeten Traditionen agrarhistorischer Arbeiten in Deutschland fort. Wir werden auf Knapps Stellung im Entwicklungsgang der deutschen Agrargeschichtsforschung noch einzugehen haben.<sup>3</sup>

Knapps "Bauernbefreiung" verlangt aber besonders wegen der Wirkung dieses Werkes auf die weitere deutsche Agrargeschichtsforschung eine historiographische Einordnung. Die hohe darstellerische Qualität wie auch die breite Basis der ausgewerteten archivalischen Quellen hatten nämlich zur Folge, daß jahrzehntelang seine Ergebnisse und Auffassungen mehr oder weniger unkritisch übernommen wurden.

Schließlich muß konstatiert werden, daß sich bald nach Erscheinen der "Bauernbefreiung" die deutsche Agrargeschichte weitgehend auf eine Agrarverfassungsgeschichte verengte.<sup>4</sup> Diese besonders im Seminarbetrieb der Universitäten auffallende Tatsache kann nicht allein mit Knapps Wirken als Agrarhistoriker in Verbindung gebracht werden. Allerdings darf auch nicht übersehen werden, daß seit den achtziger Jahren des vorigen Jahrhunderts unter dem wachsenden Einfluß von Gustav Schmoller, dem anerkannten Haupt der jüngeren historischen Schule der deutschen Nationalökonomie, überwiegend Vertreter dieser Richtung auf Lehrstühle für Nationalökonomie berufen wurden. Die Ergebnisse der agrarverfassungsgeschichtlichen Richtung

2 Einige Bemerkungen zu den Anfängen agrarhistorischer Forschungen in Deutschland bei H. Harnisch, Georg Hanssen und die Entstehung der Agrargeschichte als eigenständige Wissenschaftsdisziplin, in: Jahrbuch für Geschichte 37, 1988, S. 323-360, hier 327ff.; ferner *ders.*, August Meitzen und seine Bedeutung für die Agrar- und Siedlungsgeschichte, in: JfWG, 1975/1, S. 97-119; *ders.*, August Freiherr von Haxthausen. Zum Standort eines Wegbereiters der Agrargeschichte und der Volkskunde, in: Jahrbuch für Volkskunde und Kulturgeschichte, 27 (NF. Bd. 12), 1984, S. 27-57.

3 Siehe unten S. 41.

4 W. Abel, Agrarkrisen und Agrarkonjunktur. Eine Geschichte der Land- und Ernährungswirtschaft Mitteleuropas seit dem hohen Mittelalter, Hamburg/Berlin 1966, S. 21f.

entsprachen weit eher den Zielstellungen der ökonomischen und speziell den sozialpolitischen Argumentationen dieser Schule, als das bei Untersuchungen über die Geschichte des Landwirtschaftsbetriebes oder der Stadt-Land-Beziehungen hätte der Fall sein können. Insofern hat die große Wertschätzung, die Schmoller den agrarhistorischen Arbeiten Knapps entgegenbrachte, auch zu dieser Verengung beigetragen.

Georg Friedrich Knapp war nicht der Begründer der deutschen Agrargeschichtsforschung, wohl aber hat er wesentlichen Anteil daran, daß in Deutschland eine mit den Methoden und Problemstellungen moderner Wirtschaftsgeschichtsforschung arbeitende Agrargeschichte ihren festen Platz im System der Sozialwissenschaften fand. Mit der vorliegenden Studie soll der Versuch unternommen werden, Knapps agrarhistorische Arbeiten aus seiner besonderen Stellung eines Vertreters der jüngeren historischen Schule der Nationalökonomie heraus deutlich werden zu lassen und darüber hinaus seine Bedeutung für die deutsche Agrargeschichtsforschung herauszuarbeiten.

## II. Zur Biographie und zum wissenschaftlichen Lebensweg Knapps

Georg Friedrich Knapp wurde am 7. März 1842 in Darmstadt geboren. Er entstammte einer Familie hochbedeutender Naturwissenschaftler.<sup>5</sup> Sein Vater war ein bekannter Chemiker; der große Justus von Liebig sein Onkel. Die Familie übersiedelte 1852 nach München, wo Knapp auch seine Gymnasialbildung durchlief. Vom Herbstsemester 1861 bis zum Sommersemester 1865 studierte er an den Universitäten München, Berlin und Göttingen. Als Sohn einer bedeutenden Wissenschaftlerfamilie war seine berufliche Zukunft von vornherein vorgezeichnet. Knapp konnte es sich leisten, in einem breit gefächerten Studium nach dem Felde seiner eigentlichen Berufung zu suchen. Er besuchte Vorlesungen und Seminare in Chemie, Mathematik, Nationalökonomie und Rechtswissenschaft. In Göttingen hörte er sein einziges historisches Kolleg bei dem berühmten Verfassungshistoriker Georg Waitz. 1865 promovierte er dort auch bei dem Nationalökonom Johannes Helferich mit einer Arbeit über Heinrich von Thünen, wobei ihm seine mathematischen Studien von Nutzen gewesen sein werden.

Anschließend absolvierte er als eine Art von postgraduellem Studium den V. Lehrgang des von Ernst Engel, dem Direktor des preußischen statistischen Bureaus, begründeten Statistischen Seminars in Berlin, eine Einrichtung, die vor allem für die Fortbildung höherer Verwaltungsbeamter gedacht war.

Für Knapp erlangte die Teilnahme vor allem deswegen Bedeutung, weil er hier in ein engeres Verhältnis zu Georg Hanssen trat, bei dem er bereits als Student an der Berliner Universität gehört hatte. Hanssen wird als Nationalökonom der (älteren) historischen Schule der Nationalökonomie

5 Zur Biographie Lippert, Knapp, Georg Friedrich, in: Handwörterbuch der Staatswissenschaften, Bd. 4, 1. Aufl. Jena 1892, S. 679; desgleichen Meitzel, in: ebenda, Bd. V, 3. Aufl. Jena 1910, S. 882; ferner G.F. Knapp, Eine Jugend, Stuttgart 1947.

zugerechnet.<sup>6</sup> Wie Knapp in seinen Erinnerungen schrieb, wäre ihm Hanssen als der größte "Kenner der agrarischen Nationalökonomie" empfohlen worden.<sup>7</sup> In der Tat stammen von Hanssen aus den dreißiger und vierziger Jahren des 19. Jahrhunderts einige Regionalstudien, in denen auf breiter Materialbasis die ökonomischen und sozialen Zustände in ihrem historischen Entwicklungsgang dargestellt wurden. Das Ziel dieser Veröffentlichungen bestand darin, für die praktische Verwaltungsarbeit Handreichungen zu bieten, eventuell auch Strukturprobleme aufzudecken und Abhilfemaßnahmen möglich zu machen. Hanssens wissenschaftlicher Ruf als Kenner der agrarischen Nationalökonomie beruhte aber auch auf seinem als Preisaufgabe der St. Petersburger Akademie der Wissenschaften preisgekröntem Werk über die Aufhebung der Leibeigenschaft in Schleswig-Holstein.<sup>8</sup>

Knapp hat später in Hanssen seinen eigentlichen akademischen Lehrer verehrt,<sup>9</sup> und ohne Zweifel hat er von diesem wichtige Anregungen empfangen. Aber ebenso trifft das Urteil von Gustav Schmoller zu, dem Kollegen und Freund Knapps, der in einer Würdigung zu dessen 70. Geburtstag über das Lehrer-Schüler-Verhältnis von Hanssen zu Knapp schrieb: "Aber auch ihm gegenüber ... gingen Sie doch überwiegend Ihre eigenen Wege."<sup>10</sup>

Seit dem 1. Mai 1867 war Knapp Direktor des neu begründeten statistischen Bureaus der Stadt Leipzig, womit in Personalunion die Leitung des Stadtarchivs verbunden war. Bis zu seiner Berufung auf eine Professur in Straßburg im Elsaß im Jahre 1874 blieb er in Leipzig. Diese Jahre wurden für die endgültige Prägung seiner Wissenschaftlerpersönlichkeit entscheidend. In dieser Zeit begann er wissenschaftlich zu publizieren; in diesen Jahren wurde seine ältere Bekanntschaft mit dem zwischen 1864 und 1872 an der Universität Halle wirkenden Gustav Schmoller zur engen Freundschaft und Interessengemeinschaft. Unter Schmollers Einfluß vertiefte sich die auf Hanssen zurückgehende Hinneigung zur historischen Richtung in der Nationalökonomie.

Zunächst publizierte Knapp auf dem Gebiet der Bevölkerungsstatistik.<sup>11</sup> Im Jahre 1869 erhielt er eine außerordentliche Professur für Nationalökonomie

6 Zu Hanssen: *H. Harnisch*, Georg Hanssen und die Entstehung der Agrargeschichte als eigenständige Wissenschaftsdisziplin, a.a.O., S. 342ff.

7 *G.F. Knapp*, Hermann und Helferich. Erinnerungen aus den Jahren 1861 und 1864, in: Einführung in einige Hauptgebiete der Nationalökonomie, München und Leipzig 1925, S. 316 (=G.F. Knapp. Ausgewählte Werke, Bd. 1).

8 *G. Hanssen*, Die Aufhebung der Leibeigenschaft und die Umgestaltung der gutsherrlich-bäuerlichen Verhältnisse überhaupt in den Herzogthümern Schleswig und Holstein, St. Petersburg 1861.

9 *G.F. Knapp*, Georg Hanssen, S. 334; *G. Schmoller*, An Georg Friedrich Knapp. Zu seinem 70. Geburtstag am 7.3.1912, in: Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft im Deutschen Reich, Bd. 36, S. 879.

10 Ebenda, S. 878.

11 Vgl. das genaue Verzeichnis im Handwörterbuch der Staatswissenschaften, 1. Auflage, (Anm. 5).

und Statistik an der Universität Leipzig. Die damit verbundenen Lehrverpflichtungen führten ihn stärker zur Beschäftigung mit dem Gesamtgebiet der Staatswissenschaften. Er hielt Vorlesungen über Statistik, aber auch, wie er am 14. Mai 1874 an Schmoller schrieb, ein vierstündiges Kolleg über "socialpolitische Geschichte".<sup>12</sup>

Bereits im Wintersemester 1872/73 hatte Knapp eine Vorlesung über die "Arbeiterbewegungen zu beiden Seiten des Rheins und des Canals" gehalten.<sup>13</sup> Damit hatte er sich Themen zugewandt, die damals zunehmend in den Vordergrund des Interesses der Staatswissenschaftler rückten. Spätestens seit Erscheinen des Werkes von Lorenz von Stein "Der Sozialismus und Kommunismus des heutigen Frankreich. Ein Beitrag zur Zeitgeschichte" im Jahre 1842 waren Klassenbeziehungen und soziale Konflikte auch an den deutschen Universitäten zum Gegenstand der Wissenschaft geworden. Nach der Revolution von 1848/49 nahm das Interesse daran naturgemäß zu. Gegen Ende der sechziger Jahre, als die deutsche Arbeiterbewegung organisatorisch feste Gestalt gewann, wurde die Beschäftigung damit deutlich intensiver. Der frühverstorbene Adolf Held, einer der fähigsten Vertreter der jüngeren historischen Schule der Nationalökonomie, kündigte an der Universität Bonn zum Wintersemester 1874/75 eine Vorlesung über "Geschichte der socialen und socialpolitischen Bewegungen in den letzten hundert Jahren"<sup>14</sup> an. Natürlich müssen solche Vorlesungsthemen im Kontext der politischen und sozialpolitischen Zielstellungen der jüngeren historischen Schule gesehen werden. Wenn man den Staat für eine aktive Sozialpolitik gegenüber den Problemen der gewaltig anwachsenden Massen des Proletariats gewinnen wollte, dann mußte man allerdings über Ursachenzusammenhänge und Charakter der sozialen Bewegungen, d. h. vor allem der Arbeiterbewegung, Bescheid wissen. Offenkundig hatte sich Knapp mit seinen Vorlesungen der Gedankenwelt der jüngeren historischen Schule der Nationalökonomie angeschlossen.

Die 1874 erfolgte Berufung auf eine ordentliche Professur für Nationalökonomie und Statistik an der Universität Straßburg im Elsaß geht vor allem auf die Bemühungen Schmollers zurück. Knapp und Schmoller haben dort bis zu der 1882 erfolgenden Übersiedlung Schmollers nach Berlin gemeinsam ein staatswissenschaftliches Seminar abgehalten und gemeinsam die Abhandlungen aus diesem Seminar herausgegeben. Schmoller bezeichnete in seiner Würdigung zu Knapps 70. Geburtstag die Jahre des gemeinsamen Wirkens in Straßburg als die "... glücklichsten und erfolgreichsten meines

---

12 Geheimes Staatsarchiv, Stiftung preußischer Kulturbesitz, Abteilung Merseburg (künftig GStA), Rep. 92, Nachlaß Schmoller, Nr. 130a.

13 Ebenda, Brief vom 19. Februar 1873.

14 Knapp gab das nachgelassene Werk von Adolf Held, Zwei Bücher zur socialen Geschichte Englands, Leipzig 1881, heraus. Im Vorwort (S. VI) nimmt Knapp Bezug auf dieses Kolleg Helds.

Lebens"<sup>15</sup>, und beim Wandel in der vorherrschenden Interessenrichtung Knapps hin zu den Agrarfragen schrieb er sich eine fördernde Mitwirkung zu.

Das Seminar bot hervorragende Möglichkeiten, Schülerarbeiten anfertigen zu lassen, und das staatswissenschaftliche Seminar der Universität Straßburg wurde "... die wichtigste Pflanzstätte der Wirtschaftsgeschichte"<sup>16</sup> an den reichsdeutschen Universitäten. Seit den achtziger Jahren galt das in besonderem Maße für agrarhistorische Arbeiten aus der Schule Georg Friedrich Knapps.

Knapp war ein Hochschullehrer von herausragendem Niveau. Er hat im Anschluß an sein Werk über die Bauernbefreiung im ostelbischen Preußen durch Schüler die frühneuzeitliche Agrarverfassung und die Bauernbefreiung in verschiedenen deutschen Territorien untersuchen lassen.<sup>17</sup> Daraus entstand allmählich erstmals ein relativ abgerundetes Bild dieses Themenkomplexes in der deutschen Agrargeschichte. Die Ergebnisse reichen natürlich heute nicht mehr aus, bleiben aber immer noch eine erste Grundlegung. Knapp muß auch als Dozent von großer Wirkung gewesen sein. Über lange Jahre hinweg hielt er als Hauptvorlesung mit fünf Wochenstunden ein Kolleg über "Praktische Nationalökonomie".<sup>18</sup>

Seit der zweiten Hälfte der neunziger Jahre wandte Knapp sich einem neuen Arbeitsgebiet zu. Im Jahre 1905 erschien sein Buch "Die staatliche Theorie des Geldes". Auch dieses Werk fand in der wissenschaftlichen Welt wie bei Währungsfachleuten großes Interesse. In der Geschichte der ökonomischen Lehrmeinungen verbindet sich stets der Name Knapps mit den beiden Schwerpunkten der Agrargeschichte und der Geldtheorie.

Bleibt hinzuzufügen, daß Knapp ein Briefschreiber von besonderen Gnaden gewesen ist. Seine Briefe sind nicht nur geistvoll und voller kluger Meinungsäußerungen, häufig auch über seine eigene Forschungsarbeit, sondern sie lassen auch einen offenen und bemerkenswert vorurteilsfreien Menschen erkennen. Das zeigt sich in seinen Bemerkungen zu Karl Lamprecht und zum Methodenstreit in der deutschen Geschichtswissenschaft, aber auch an seiner unverhohlenen Bewunderung für August Bebel als Reichstagsabgeordneten aufgrund der Lektüre von dessen Memoiren.<sup>19</sup> Wiederholt setzte er sich für die Förderung begabter jüngerer Wissenschaftler ein.<sup>20</sup> Von großer Unabhängigkeit des Urteils zeugen auch seine distanzierten Äußerungen zu den

15 G. Schmoller, An Georg Friedrich Knapp, S. 879.

16 E. Gothein, Wirtschaftsgeschichte, in: W. Lexis (Hg.), Die deutschen Universitäten, Bd. 1, Berlin 1893, S. 585.

17 Ich verweise auf die vollständige Zusammenstellung in den Abhandlungen des Staatswissenschaftlichen Seminars zu Straßburg, hg. von G.F. Knapp/L. Brentano, sp. W. Wittich, in: F. Wissowa (Bearb.), Katalog der Bibliothek der Handelskammer zu Berlin, Bd. 2, Volkswirtschaftslehre, Teil 1, Geschichte und Theorie, Berlin 1914.

18 Privatvorlesungen an den Philosophischen Fakultäten, Humanistische Abteilung, Wintersemester 1892/93, in: Die Deutschen Universitäten, S. 615.

19 GStA, Abt. Merseburg, Rep. 92, Schmoller, Nr. 130b, Brief vom 9. April 1915.

20 GStA, Abt. Merseburg, Rep. 92, Althoff, B Nr. 94, fol. 12, Brief Knapps an Althoff vom 13. Mai 1889, betr. den Historiker E. Gothein.

peinlich chauvinistischen Bekundungen so vieler deutscher Universitätsprofessoren zu Beginn des I. Weltkrieges.<sup>21</sup>

Knapp konnte bis zum Ende des I. Weltkrieges seine Lehrtätigkeit fortsetzen. Der Krieg beendete die deutsche Verwaltung im Elsaß und brachte auch das Ende der deutschen Universität Straßburg. Die bisherigen Professoren durften die Universität nicht mehr betreten. Im Herbst 1919 verließ Knapp seine langjährige Wirkungsstätte. Er fand bei Verwandten in seiner Heimat Darmstadt Aufnahme und ist hier am 20. Februar 1926 verstorben.

Knapp begann seine agrarhistorischen Forschungen zu einer Zeit, als in Deutschland die Wirtschaftsgeschichte in einem ersten großen Aufschwung begriffen war. Bernhard Erdmannsdörffer schrieb 1882 über die Probleme einer realistischen Beurteilung der wirtschaftlichen Zustände in Deutschland nach dem Dreißigjährigen Krieg: "Die wissenschaftlichen Formeln, unter denen das verwirrende Detail dieser Überlieferung einheitlich und verständlich zusammengefaßt werden kann, sind noch nicht gefunden oder wenigstens noch nicht auf das Ganze dieser Aufgabe angewendet worden - die neu aufkommenden wirtschaftsgeschichtlichen Forschungen werden dereinst auch diese Lücke ausfüllen."<sup>22</sup>

Nur ein Jahr später stellte Karl Lamprecht in einem großen Forschungsbericht fest: "... obwohl man die Wirtschaftsgeschichte jetzt allgemein als besondere Disziplin bezeichnen hört, fehlt doch noch ihre formelle Aufnahme und Anerkennung."<sup>23</sup> Dennoch gelten in rückschauender Perspektive die achtziger Jahre des 19. Jahrhunderts als die Zeit, in der die Wirtschaftsgeschichte sich endgültig verselbständigt hat. Dieser Prozeß war zum Teil eine Ausgliederung aus der umfassend verstandenen Kulturgeschichte, unter deren Flagge bis dahin auch wirtschaftsgeschichtliche Studien betrieben wurden. Vor allem aber wurden diese nun im Rahmen des methodologischen Grundkonzepts der jüngeren historischen Schule der Nationalökonomie zur unumgänglichen Notwendigkeit, und von diesem Ansatzpunkt aus muß Knapps Wirken als Agrarhistoriker untersucht werden.

Die Agrargeschichte als Teildisziplin der Wirtschaftsgeschichte hat sich während des 19. Jahrhunderts in einem Jahrzehnte währenden Prozeß als eigenständige Disziplin herausgebildet. Naturgemäß verlief dieser im engsten Zusammenhang mit der allgemeinen Entwicklung der Geistes- und Sozialwissenschaften. In den siebziger und achtziger Jahren wurde jedoch insofern eine neue Entwicklungsetappe erreicht, als nunmehr die Auswertung

21 GStA, Abt. Merseburg, Rep. 92, Schmoller, Nr. 130b, Briefe vom September 1914 und vom 12. März 1915.

22 B. Erdmannsdörffer, Deutsche Geschichte vom Westfälischen Frieden bis zum Regierungsantritt Friedrich des Großen, Bd. 1, Berlin 1882, S. 97.

23 K. Lamprecht/R. Hoeniger, Die wirtschaftsgeschichtlichen Studien in Deutschland im Jahre 1882, 1883 und 1884, in: Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, Bd. 6, 1884, S. 231-254, 561-79; Bd. 8, 1884, S. 559-593; Bd. 9, 1884, S. 113-177; Bd. 11, 1885, S. 313-388; hier Bd. 6, 1883, S. 231.

archivalischer Quellen üblich zu werden begann, obgleich es auch dazu bereits ein halbes Jahrhundert früher Vorläufer gab.

Unter dem 29. Juli 1879 richtete der Hallenser Universitätsprofessor Johannes Conrad, ebenfalls der jüngeren historischen Schule zuzurechnen, an das preußische Kultusministerium eine Denkschrift, in der er zur weiteren Entwicklung nationalökonomischer Forschungen eine umfassende Auswertung des in den Archiven lagernden Materials zur Agrargeschichte und darüber hinaus zur Preis- und Lohngeschichte sowie zur Lage der Arbeiter forderte.<sup>24</sup> In den achtziger und neunziger Jahren gingen aus dem staatswissenschaftlichen Seminar der Universität Halle eine Reihe agrarhistorischer Dissertationen unter Conrads Anleitung hervor. Knapp stand also, bei aller unbezweifelbaren Eigenständigkeit, mit seinen Arbeiten durchaus im Strom der Nationalökonomie seiner Zeit.

### III. Der agrarhistorische Forschungsansatz Knapps im Kontext der sozialpolitischen Bestrebungen der jüngeren historischen Schule

In der Geschichte der volkswirtschaftlichen Lehrmeinungen wird Knapp stets unter die Vertreter der jüngeren historischen Schule der Nationalökonomie gerechnet, und er selbst hat sich ohne jeden Zweifel zu dieser Richtung gezählt. Am 25. Februar 1883 berichtete er Schmoller:<sup>25</sup> "Ich war den Winter über sehr fleissig, habe nach unserer Manier die Vorlesung über prakt. Nat. Ökonomie (bei 45 eingeschriebenen Zuhörern), stark durch Quellenstudium verbessert, besonders preuss. Domänenwesen im 18. Jahrh., Stein-Hardenbergische Zeit, bayr. Gewerbegeschichte und Aehnliches beträchtlich vertieft."

Die Formulierung "nach unserer Manier" kann natürlich nur bedeuten, nach den theoretischen Vorstellungen der jüngeren historischen Schule, zu deren anerkanntem Haupt Schmoller seit dem Tode Adolf Helds (1880) wurde. Auch die weiteren Ausführungen seines Briefes zeigen das Wesen dieser Richtung in aller Deutlichkeit: In einer Vorlesung über praktische Nationalökonomie, also dem Zweig, der sich mit den konkret gegebenen ökonomischen Problemen sowie mit der Wirtschaftspolitik zu beschäftigen hat, bildeten wirtschaftsgeschichtliche Themen die Schwerpunkte.

Und ebenso selbstverständlich, wie im Vorlesungsbetrieb nach diesem theoretischen Grundprinzip die Wirtschaftsgeschichte als immanenter Bestandteil der praktischen Nationalökonomie behandelt werden konnte, wurden wirtschaftsgeschichtliche Forschungen zur Klärung sozialer und ökonomischer Probleme der Gegenwart unternommen. Knapp ist von diesem Denkansatz her zu seinen agrarhistorischen Arbeiten gekommen, und die Nationalökonomien und Wirtschaftshistoriker seiner Zeit haben das nicht anders gesehen.

24 GStA, Abt. Merseburg, Rep. 76, Va, Sect. 8, Tit. X, Nr. 43.

25 GStA, Abt. Merseburg, Rep. 92, Schmoller, Nr. 130a.

Die Vorrede zu seinem Werk über die Bauernbefreiung beginnt Knapp mit den folgenden Sätzen:<sup>26</sup> "Die Geschichte der Bauernbefreiung ist die Geschichte der sozialen Frage des 18. Jahrhunderts. Die soziale Frage des 19. Jahrhunderts hat es weniger mit den Bauern zu thun als mit den Arbeitern und zwar, soweit sie für uns in Betracht kommen, mit den Landarbeitern. Es gehört mit zu der gestellten Aufgabe, den Zusammenhang beider Fragen klarzustellen ..."

Gothein schrieb 1893 in seinem Abriss über die Wirtschaftsgeschichte:<sup>27</sup> "Bei den Arbeiten Knapps und seiner Schule handelte es sich vor Allem darum, die bestehende Besitz- und Arbeitsgliederung historisch zu erklären." Ganz in diesem Sinne meinte v. Jordan-Rozwadowski im Jahre 1900:<sup>28</sup> "... bin ich geneigt zu behaupten, daß die meisten agrarischen Uebelstände der Gegenwart auf die Grundentlastung, d. h. auf die Art zurückzuführen sind, wie die ländliche Verfassung des vorigen Jahrhunderts beseitigt wurde."

Die Strukturprobleme der ländlichen Gesellschaft des kaiserlichen Deutschlands am Ende des 19. Jahrhunderts wurden also ursächlich auf den konkret historischen Verlauf des Übergangs von einer in feudalen Rechtsnormen gebundenen zur kapitalistischen Landwirtschaft zurückgeführt. Darauf laufen die Äußerungen Knapps, Gotheins und v. Jordan-Rozwadowskis eindeutig hinaus, und tatsächlich waren diese Strukturprobleme auch zum Teil aus den liberalen Agrarreformen heraus zu erklären.

Die Strukturprobleme der ostelbischen Teile des Deutschen Reiches waren die Grundbesitzverteilung, d. h. der hohe Anteil des Großgrundbesitzes an der landwirtschaftlichen Nutzfläche und - untrennbar damit verbunden - die Probleme der ländlichen Arbeiter. Die große Abwanderung vom Lande führte zunehmend zu einem immer fühlbarer werdenden Landarbeitermangel. Es kam hinzu, daß diese Abwanderung noch verstärkt wurde, weil die Gutsbetriebe statt der bisher ganzjährig vertraglich gebundenen, normalerweise mit einem Haus, etwas Land und einem Ertragsanteil an der Ernte bei geringem Bargeldlohn entlohnten sog. Insten, immer mehr zur Beschäftigung der billigeren Saisonarbeiter übergingen. Vielfach handelte es sich dabei um Polen, später auch Russen und Litauer. Für die Mehrzahl der im "Verein für Socialpolitik" zusammengeschlossenen Nationalökonomien und Sozialpolitiker warf das nicht nur soziale Probleme auf, sondern wurde auch unter nationalem Aspekt als höchst unerwünscht angesehen.<sup>29</sup>

26 G.F. Knapp, Die Bauernbefreiung und der Ursprung der Landarbeiter, Bd. 1, S. XIII.

27 E. Gothein, Wirtschaftsgeschichte, S. 587.

28 J. v. Jordan-Rozwadowski, Die Bauern des 18. Jahrhunderts und ihre Herren im Lichte der neuesten deutschen Forschungen, in: Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, III. Folge, Bd. 20, 1900, S. 337, 366 und 487-514, hier 341.

29 G.F. Knapp, Landarbeiter und innere Kolonisation, in: Einführung in einige Hauptgebiete der Nationalökonomie, S. 124-142 (zuerst als Vortrag am 20. März 1893 in der Generalversammlung des Vereins für Socialpolitik); M. Weber, Die Verhältnisse der Landarbeiter im ostelbischen Deutschland, Leipzig 1892, S. 793 (=Schriften des Vereins für Socialpolitik, Bd. LV, Teil 3).

Man kann die Richtung der in dieser Weise mit der Wirtschaftsgeschichte untrennbar verbundenen "praktischen Nationalökonomie" nicht verstehen, wenn man sich nicht über die sozialpolitischen Bestrebungen der jüngeren historischen Schule Klarheit verschafft. Sozialpolitik ist einer der Schlüsselbegriffe zum Verständnis der Aktivitäten der Mehrzahl ihrer Anhänger und besonders der um Gustav Schmoller konzentrierten Gruppe,<sup>30</sup> und das bedeutete praktisches Wirksamwerden in der Öffentlichkeit.

Knapp erzählte im Alter, daß ein Bekannter der Familie ihn auf Georg Hanssen als Kenner der agrarischen Nationalökonomie hingewiesen habe, und er fährt dann fort<sup>31</sup>: "Der agrarischen Nationalökonomie? Also gibt es eine Nationalökonomie, die mit der Wirklichkeit Fühlung hat." Offenkundig zog es ihn zu der Gruppe junger Ökonomen in den sechziger Jahren, die mit den auf den Universitäten vermittelten Lehren der Freihandelsschule nicht zufrieden waren, sondern vielmehr nach einer Nationalökonomie suchten, die ihnen einen besseren Zugang zur Analyse der brennenden ökonomischen und sozialen Probleme Deutschlands in diesen Jahrzehnten einer stürmischen Industrialisierung zu bieten schien. Sie wandten sich den Auffassungen und Methoden der (älteren) historischen Schule der Nationalökonomie zu, die sie durch ihre speziellen Fragestellungen und Zielstellungen zur jüngeren historischen Schule der deutschen Nationalökonomie weiter entwickelten.

Viel stärker als die Frontstellung gegen die Auffassungen des ökonomischen Liberalismus war die gegen die sozialistische Arbeiterbewegung; bei dieser verharteten sie Zeit ihres Lebens.

Im Jahre 1872 veröffentlichte Adolf Held einen Artikel<sup>32</sup> "Ueber den gegenwärtigen Principienstreit in der Nationalökonomie", der für die Positionsbestimmung der jüngeren historischen Schule grundlegend wurde. Das Fazit seiner Argumentationen lief darauf hinaus, daß die Auseinandersetzungen zwischen den Freihändlern und den Kathedersozialisten, wie die beiden Lager der Wirtschaftswissenschaften schlagwortartig charakterisiert wurden,<sup>33</sup> "... nur eine unnötige Kraftvergeudung" wäre. Der eigentliche Gegner sei der von Marx begründete wissenschaftliche Sozialismus, mit dem Held eine Auseinandersetzung versuchte, und die sozialdemokratische Agitation. Held erkannte,<sup>34</sup> "... die sogen. Arbeiterfrage ist keine rein ökonomische Frage", eine Einsicht, die spätestens nach der Gründung der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei 1869 allerdings auf der Hand lag. Held versuchte, die Kontrahenten im Lager der Freihändler von der Notwendigkeit einer Sozialpolitik des Staates nach den Vorstellungen der Kathedersozialisten zu überzeugen.

---

30 Über Schmoller vgl. P. Anderson, Gustav von Schmoller, in: H.-U. Wehler (Hg.), Deutsche Historiker, Bd. II, Göttingen 1971, S. 39-65.

31 G.F. Knapp, Eine Jugend, S. 154.

32 Preußische Jahrbücher, Bd. 30, 1872, S. 185-212.

33 Ebenda, S. 212.

34 Ebenda, S. 208.

Noch umfassender und eindringlicher waren die Argumente Schmollers gegenüber dem Historiker Heinrich von Treitschke, an den er 1874 ein "Offenes Sendschreiben"<sup>35</sup> richtete. Dieser hatte im gleichen Jahr in den Preußischen Jahrbüchern zwei Artikel unter dem polemischen Titel "Der Socialismus und seine Gönner"<sup>36</sup> veröffentlicht. Mit den "Gönnern" waren allein die Kathedersozialisten gemeint. Treitschke stellte sich auf den Standpunkt eines reinen Manchestertums. Gegenüber der sozialistischen Ideologie, insbesondere auch gegenüber Marx und der unter dem Vorzeichen des Marxismus organisierten Arbeiterbewegung, äußerte er sich in schärfster Gegenschafft.

Schmoller betonte nun demgegenüber angesichts der Not ständig wachsender Volksmassen und der Gefahren einer heraufziehenden sozialen Revolution seine Überzeugung von der Notwendigkeit einer staatlichen Sozialpolitik, die er nicht zuletzt auch als ein sittliches Gebot erklärte. Den Kern seiner Argumentation für eine Sozialpolitik wird man in den folgenden Ausführungen sehen dürfen<sup>37</sup>: "Aber es gibt auch keine Revolution, die absolut nöthig, absolut unvermeidlich wäre. Jede Revolution ist durch zeitgemässe Reform zu verhindern."

Diese Überzeugung bildete bei allen durchaus nicht zu übersehenden unterschiedlichen Auffassungen in einzelnen Punkten den Grundkonsens der Mitglieder des 1872 begründeten "Vereins für Socialpolitik", der Universitätsgelehrte, hohe Ministerialbeamte und führende Kommunalpolitiker vereinigte.<sup>38</sup> Schmoller hatte in seinem offenen Sendschreiben an Treitschke der Überzeugung Ausdruck gegeben, daß alle Herrschafts- und Ausbeutungsverhältnisse<sup>39</sup> "... sich sukzessiv in Verhältnisse sittlicher Wechselwirkung umwandeln müßten". Diesem Ziel diene die Arbeit des Vereins für Sozialpolitik. In den bibliographischen Artikeln der dritten Auflage des "Handwörterbuchs der Staatswissenschaften"<sup>40</sup> heißt es zu Adolf Held, er habe "... die soziale Reform auf dem bestehenden Rechtsboden" angestrebt, und zu Schmoller wird ausgeführt, er habe durch seine Arbeiten<sup>41</sup> "... eine

35 G. Schmoller, Offenes Sendschreiben an Herrn Prof. Dr. Heinrich Treitschke über einige Grundfragen des Rechts und der Volkswirtschaft, in: Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, Bd. 23, 1874, S. 225ff.

36 H. v. Treitschke, Der Socialismus und seine Gönner. Hier nach der Ausgabe K.M. Schiller (Hg.), Heinrich von Treitschke. Reden und Briefe, Bd. 4, Meersburg 1929, S. 122, 211.

37 G. Schmoller, Offenes Sendschreiben, S. 312.

38 Zur Bedeutung der Sozialpolitik im Denken der deutschen Universitätsprofessoren vgl. F.K. Ringer, Die Gelehrten. Der Niedergang der deutschen Mandarine 1890 - 1933, München 1987 (zuerst: Cambridge/Mass. 1969), S. 134ff.; speziell: M.L. Plessen, Die Wirksamkeit des Vereins für Socialpolitik von 1872 - 1890 (=Beiträge zur Geschichte der Sozialwissenschaften, Heft 3), Berlin 1975.

39 G. Schmoller, Offenes Sendschreiben, S. 249.

40 A. Held, in: Handwörterbuch der Staatswissenschaften, 3. Aufl., Bd. 5, Jena 1910, S. 455.

41 G. Schmoller, in: ebenda, Bd. 7, Jena 1911, S. 311.

wissenschaftliche Grundlage für die maßvollen sozialreformatatorischen Bestrebungen der Gegenwart..." schaffen wollen.

Zweifellos treffen die beiden Charakteristiken in aller Kürze den Kern der Sache. Dem Verein für Sozialpolitik ging es in der Tat um soziale Reformen, die auch eine Verbesserung der materiellen Lage der Arbeiter einschloß.

Knapp gehörte dem Verein seit dessen Gründung im Jahre 1872 an, ohne sich allerdings mit besonderer Aktivität an seinen Unternehmungen zu beteiligen. In den Grundpositionen, gerade auch was die Aufgaben und Ziele des "Vereins für Socialpolitik" anbelangt, stimmte er offenbar weitgehend mit Schmoller überein. Knapp dankte Schmoller auf dessen überaus warmherzige Gratulation zu seinem 70. Geburtstag<sup>42</sup> mit den Worten<sup>43</sup>: "Sehr gut, unübertrefflich berühren Sie den Punkt, der uns am meisten verbindet, die Schätzung des Staates und der Verwaltung."

Eine Reihe der wissenschaftlich besonders aktiven Mitglieder des Vereins für Sozialpolitik hat nun mit großem Engagement versucht, durch eigene Arbeiten im Sinne der sozialpolitischen Bestrebungen des Vereins zu wirken. Sie nahmen sich dabei vorzugsweise solche Themen vor, die in der ökonomischen und sozialen Entwicklung des deutschen Kaiserreichs in diesen Jahrzehnten von besonderer Bedeutung waren.

Schmoller veröffentlichte schon 1870 sein Buch "Zur Geschichte der Kleingewerbe im 19. Jahrhundert. Statistische und nationalökonomische Untersuchungen". Darin analysierte er die Bedingungen der Schichten der selbständigen oder halbselbständigen kleinen Gewerbebetriebe, deren Existenz unter den Bedingungen der aufkommenden Großindustrie gefährdet war oder doch großen Veränderungen unterliegen mußte. Selbstverständlich lag es ganz in Schmollers Konzept, diese möglichst vor einer Proletarisierung zu bewahren.

Lujo Brentano brachte 1871/72 in zwei Bänden sein Werk "Die Arbeitergilden der Gegenwart" heraus, in dem er am Beispiel Englands die Rolle der Gewerkschaften in einer modernen kapitalistischen Gesellschaft untersuchte. Brentano hat einen bedeutenden Teil seiner Arbeitskraft auf die Bemühungen für eine Anerkennung der Gewerkschaften als vollberechtigte Koalitionspartner verwandt.<sup>44</sup>

Seit Beginn der achtziger Jahre wandte sich der Verein mit seinen Enqueten dann auch agrarischen Themen zu. Der Grund dafür wird darin zu suchen sein, daß seit den siebziger Jahren die Lage der Landwirtschaft wegen der auf den deutschen Markt drängenden Konkurrenz billigen amerikanischen und russischen Getreides zunehmend schwieriger zu werden begann. Es ging darum, sich über die Existenzbedingungen der bäuerlichen Wirtschaft in den verschiedenen Gebieten Deutschlands zuverlässiges Datenmaterial zu beschaffen.

42 An Georg Friedrich Knapp. Zu seinem 70. Geburtstag am 7. März 1912, a.a.O.

43 GStA, Abt. Merseburg, Rep. 92, Schmoller, Nr. 130b.

44 L. Brentano, Mein Leben im Kampf um die soziale Entwicklung Deutschlands, Jena 1931.

Zu diesem Zweck leitete der Verein 1881 eine Enquete über "Bäuerliche Zustände in Deutschland"<sup>45</sup> ein, und bereits 1882 wurde eine Untersuchung über "Das Erbrecht und die Grundeigentumsvertheilung im Deutschen Reich"<sup>46</sup> in Auftrag gegeben.

In seinem einleitenden Referat auf der Tagung des Vereins für Socialpolitik in Frankfurt am Main im Oktober 1882 führte von Miaskowski zum Ziel der Untersuchungen über Erbrecht und Grundbesitzverteilung aus<sup>47</sup>: "An der Erhaltung der vorhandenen Grundbesitzverteilung und der altangesessenen grundbesitzenden Familien hat der Staat ein eminentes Interesse. Denn eine gesunde Grundbesitzverteilung bildet die erste Gewähr für eine gesunde Vermögens- und Einkommensvertheilung überhaupt. Sie allein schützt davor, wie selbst von socialdemokratischer Seite wiederholt zugestanden worden ist, daß die sociale Frage auf dem Lande nicht eine ebenso brennende werde, wie sie bereits in den Städten ist." Der sozialpolitische Hintergrund der agrarischen Enqueten des "Vereins für Socialpolitik" dürfte damit deutlich sein. In diesem Zusammenhang hatte von Miaskowski auch als Begründung für die Wahl des Themas durch den "Verein für Socialpolitik" gesagt<sup>48</sup>: "Die Erklärung dürfte in der eminent socialpolitischen Bedeutung dieses Gegenstandes liegen. Denn das Wohl und Wehe des ländlichen Arbeiterstandes wird kaum durch ein anderes Moment so sehr bestimmt, wie durch die Grundeigentumsvertheilung, und diese wieder hängt wesentlich von der Gestaltung des Erbrechts ab." Damit war zwar nicht die Lage der Landarbeiter selbst Gegenstand einer Enquete des Vereins geworden, wohl aber doch ein Teilaspekt, der für ihre Existenz von erheblicher Bedeutung gewesen ist. Vor allem wird auch deutlich, daß man für diese Problematik offen war.

Von daher ergibt sich der unmittelbare Zusammenhang zu dem Vorhaben Knapps. Die Probleme des "ländlichen Arbeiterstandes" waren nämlich dort besonders scharf ausgeprägt, wo Großgrundbesitz und großbäuerliche Wirtschaften das Gesicht der landwirtschaftlichen Grundbesitzverteilung bestimmten. Dort war der Landarbeiter für den Landwirtschaftsbetrieb schlechterdings unentbehrlich, die soziale Ungleichheit im Dorf zwischen Gutsbesitzern und Großbauern einerseits und Landarbeitern andererseits war scharf ausgeprägt, und die Möglichkeiten der Landarmut, sich ein kleines Eigentum zu erarbeiten, waren schlecht. Anders war es in den Gebieten des bäuerlichen Realteilungsrechts in Südwestdeutschland, Franken, Hessen und den Gebieten am mittleren Rhein. Hier bestimmten Klein- und bestenfalls Mittelbauern, die gar nicht oder nur zeitweise Lohnarbeiter beschäftigten, die

45 Bäuerliche Zustände in Deutschland, Bd. 1-3, Leipzig 1883.

46 A. v. Miaskowski, Das Erbrecht und die Grundeigentumsvertheilung im Deutschen Reich, Abt. 1 und 2, Leipzig 1882 und 1884.

47 Ders., Grundeigentumsvertheilung und Erbrechtsreform in Deutschland, in: Verhandlungen der am 9. und 10. October 1882 in Frankfurt a.M. abgehaltenen Generalversammlung des Vereins für Socialpolitik, Leipzig 1882, S. 28 (=Schriften des Vereins für Socialpolitik, Bd. 21).

48 Ebenda, S. 8.

ländliche Sozialstruktur; die soziale Differenzierung im Dorf war bei weitem nicht so scharf ausgebildet, und die Möglichkeiten, durch Kauf, häufig auch durch Erbgang, zu einem Eigentum zu kommen, waren recht gut. In den Gebieten des vorherrschenden Großgrundbesitzes östlich der Elbe hatten Grundbesitzverteilung und bäuerliches Erbrecht offenkundig besonders deutlich negative Folgewirkungen für die ländliche Arbeiterfrage.

Es ist naheliegend, daß Knapp sich sein Thema im Umfeld der laufenden Problemdiskussionen des Vereins für Socialpolitik suchte, ohne daß abzusehen ist, wie eng die einzelnen Vorhaben tatsächlich untereinander abgestimmt wurden.

In diesem Zusammenhang ist möglicherweise eine Information aufschlußreich, die Knapp am 2. Mai 1882 brieflich Schmoller übermittelte. Er teilte ihm nämlich mit, daß Wilhelm Stieda, einstmals ihr Schüler im Staatswissenschaftlichen Seminar in Straßburg (später Prof. der Nationalökonomie in Leipzig), im Begriff stehe, eine Stelle am kaiserlichen statistischen Bureau anzunehmen. Knapp schrieb nun in diesem Brief<sup>49</sup>: "... und [ich] malte ihm den unvergänglichen Ruhm aus, den er erwerben könne, wenn er es durchsetzte, das grosse Werk über Gewerbe zu schreiben, welches uns seit langem als Gegenstück zu Meitzens vier Agrarbänden vorschwebt."

Schmoller und Knapp haben sich also über die ihnen wichtig erscheinenden größeren wissenschaftlichen Projekte auf dem Felde der Sozialpolitik ausgetauscht, denn dem sollte das - übrigens nie realisierte - Werk Stiedas unzweifelhaft doch auch dienen. Überblickt man die angeführten Publikationen Schmollers, Brentanos, v. Miaskowskis sowie die Enquete des Vereins für Socialpolitik über die bäuerlichen Zustände in Deutschland, so zeigen sie jedenfalls die eine wesentliche Gemeinsamkeit, daß sie nämlich Gegenstände behandeln, die überhaupt erst durch die immer eindeutiger die gesamte Gesellschaft prägende kapitalistische Entwicklung zu Problemfeldern sozialpolitischer Bestrebungen des Kaiserreichs geworden sind.

Die großen zeitlichen Abstände der Bearbeitung machen es jedoch ziemlich unwahrscheinlich, daß die genannten Publikationen auf eine frühzeitig getroffene Absprache zurückgehen. Aber es dürfte doch sehr wahrscheinlich sein, daß die zu Beginn der achtziger Jahre konzipierten Vorhaben aus den Diskussionen der führenden Männer des Vereins für Socialpolitik hervorgegangen sind, ohne daß sich allerdings quellenmäßig nachweisen ließe, wie Knapp zu dem Thema der Bauernbefreiung gekommen ist.

Demgegenüber läßt sich mit seltener Deutlichkeit die Entstehungsgeschichte dieses Werkes überschauen. Mit Datum vom 23. März 1883 wandte Knapp sich an den Geheimrat von Sybel, den Direktor der preußischen Staatsarchive, und trug ihm sein Projekt zu einer gründlichen Erforschung der preußischen Agrarreformen vor. Knapp schrieb hier<sup>50</sup>: "Der Verein für Socialpolitik behandelt seit einiger Zeit vorwiegend die bäuerlichen Verhältnisse Deutschlands. Mit diesem Gegenstande habe ich mich seit acht Jahren viel

49 GStA, Abt. Merseburg, Rep. 92, Schmoller, Nr. 130a.

50 Ebenda, Rep. 92, Sybel, Bd. 1, XXIII.

beschäftigt, und es ist mir dabei klar geworden, dass für das oestliche Deutschland die sog. Stein-Hardenbergsche Reformthätigkeit neu studiert werden muss. Was darüber gedruckt vorliegt, glaube ich so ziemlich zu kennen: es reicht absolut nicht aus, um die damaligen soc. politischen Ziele, die Stellung der interessierten Parteien zueinander u. dergl. ordentlich kennen zu lernen, während gerade das für die Bestrebungen unseres Vereins sehr wichtig wäre.

Einige Citate bei Dönniges<sup>51</sup> Landesculturgesetzgebung haben mich auf die Schätze des preuss. Archivs aufmerksam gemacht ..."

Die Benutzungsgenehmigung wurde umgehend erteilt. Aber bereits am 5. April 1883 wandte sich Knapp wieder an Sybel.<sup>52</sup> Er präziserte sein Vorhaben als eine Aktenpublikation über die Geschichte der Agrarreformen in Preußen. Gleichzeitig berichtete er Sybel, daß sein Plan auf der Ausschußsitzung des Vereins für Socialpolitik am 30. März 1883 großen Beifall gefunden habe. Allerdings meinte Knapp, daß zu einer derartigen Aktenpublikation im Rahmen des Vereins für Socialpolitik wohl kaum auf die Zustimmung der Mehrheit der Mitglieder zu rechnen wäre. Er schreibt dazu in seinem Brief vom 5. April<sup>53</sup>: "... das Interesse einer solchen Darstellung ist in erster Linie ein rein wissenschaftliches, während der Verein doch zunächst praktisch zu wirken sucht." Knapp rechnete also gar nicht auf eine Veröffentlichung im Rahmen der "Schriften des Vereins für Socialpolitik". Er suchte daher nach einer anderen Publikationsmöglichkeit und hoffte auf eine andere denkbare Chance, die er bei Sybel auszuloten suchte, wenn er im gleichen Brief schrieb<sup>54</sup>: "Vielmehr beschäftigt mich jetzt die Frage, ob nicht die Urkunden betr. die Regulierung der gutsherrlich bäuerlichen Verhältnisse 1807 bis 1823 ganz einfach in den Publicationen des Geh. Staatsarchivs in ähnlicher Weise herausgegeben werden könnten, wie die Cabinets-Ordres der preuss. Könige durch Herrn Stadelmann herausgegeben worden sind."

Der Ökonomierat Stadelmann, Besitzer des Ritterguts Wallendorf im Saalkreis, gab seit 1878 in der Reihe der "Publicationen aus den Königlich Preussischen Staatsarchiven" ein Quellenwerk unter dem Titel "Preussens Könige in ihrer Thätigkeit für die Landescultur" heraus. Zum Zeitpunkt, als Knapp seine Anfrage an die preußische Archivverwaltung richtete, lagen zwei Bände vor, von denen der zweite die Regierungszeit Friedrichs des Großen behandelte. Sybel ließ nun bei Stadelmann anfragen, ob dieser die Absicht habe, seine Quellenpublikation bis in die Zeit der preußischen Reformen nach 1807 fortzuführen. Wie er in seinem Angabevermerk schrieb, würde er im Falle einer Zusage Stadelmanns<sup>55</sup> "... das Knapp'sche Anerbieten ohne weiteres ablehnen". In einem sehr ausführlichen Brief vom 8. April 1883 betonte jedoch Stadelmann sein Vorhaben, auch die einschlägigen Quellen aus

51 W. v. Dönniges, Die Land-Kulturgesetzgebung Preußens, Bd. 1-3, Berlin 1843-45.

52 GStA, Abt. Merseburg, Rep. 178, XIV Publikationen, Nr. 26.

53 Ebenda.

54 Ebenda.

55 Ebenda.

der Regierungszeit Friedrich Wilhelms III. zu publizieren.<sup>56</sup> Damit hatte sich der Plan Knapps, eine Quellenpublikation über die Geschichte der preußischen Agrarreformen herauszugeben, erledigt. Er hielt jedoch an seinem Vorhaben prinzipiell fest und kam auf den Ausweg, eine Monographie über das Thema zu schreiben. Dieser fügte er dann als zweiten Band eine nochmalige Darstellung des Ganges der Entwicklung an, indem er die wesentlichen Quellentexte teils referierend, teils auch über größere Abschnitte in wörtlicher Wiedergabe in einer Darstellung verwebte.

Unbestreitbar war es ein wirtschaftshistorisches Forschungsvorhaben, das hier in Angriff genommen werden sollte. Dennoch muß noch einmal betont werden, daß es aus den sozialpolitischen Bestrebungen des "Vereins für Socialpolitik" heraus entstanden ist. Karl Grünberg, auf dem Gebiet der Agrargeschichte ein Schüler Knapps, konnte 1908 zusammenfassend die Arbeiten des Lehrers und seiner Schüler wie folgt werten<sup>57</sup>: "Durch all diese Arbeiten lernen wir nicht nur die unmittelbar hinter uns liegende Vergangenheit kennen, sondern auch die Gegenwart, welche aus ihr erwachsen ist, und dadurch, daß wir nun die räumlich verschiedenen Entwicklungen auseinander und einander gegenüber zu halten vermögen, diese erst recht begreifen. Das aber setzt uns wieder in den Stand, zu den agrarpolitischen Bedürfnissen und den oft genug von einseitigen Klassen- und Parteiinteressen diktierten Forderungen des Tages die richtige Stellung einzunehmen. Der wissenschaftliche Gewinn ist aber noch größer."

Grünberg brachte damit im Hinblick auf die Agrargeschichte die Grundkonzeption der jüngeren historischen Schule der deutschen Nationalökonomie prägnant zum Ausdruck, der sich auch Knapp voll und ganz verpflichtet fühlte: wirtschaftsgeschichtliche Forschungen als Grundlage für eine Neukonstruktion der ökonomischen Theorie sowie einer richtigen, d.h. die gegebene Rechts- und Eigentumsordnung stets respektierende Sozialpolitik. Diese Ausgangstatsache darf bei einer Analyse der Problemstellungen, des Inhalts und der Ergebnisse von Knapps agrarhistorischen Forschungen nicht unbeachtet bleiben.

#### IV. Die agrarhistorischen Forschungen Knapps

Der Ruhm Knapps als Agrarhistoriker beruht fast ganz auf seinem Werk über die Bauernbefreiung im ostelbischen Preußen. Er hat darauf aufbauend noch einige Vorträge über diese Thematik gehalten, die veröffentlicht wurden. Sie bringen in mancher Beziehung eine Weiterführung. Ferner hat er Schülerarbeiten aus seinem Seminar zum Anlaß genommen, um in Vorträgen bzw. Aufsätzen die allgemeinen Gesichtspunkte vergleichend herauszuarbeiten.

<sup>56</sup> Ebenda.

<sup>57</sup> K. Grünberg, Agrargeschichte (Die Hauptprobleme der deutschen Agrargeschichte), in: Die Entwicklung der deutschen Volkswirtschaftslehre im neunzehnten Jahrhundert. Gustav Schmoller zur siebenzigsten Wiederkehr seines Geburtstages, 24. Juni 1908, Bd. 2, Leipzig 1908, S. 18.

Eine kleine Arbeit über die Entstehung der Sklaverei in den Kolonien der Neuen Welt sowie eine Problemrezension zu dem seinerzeit für die Siedlungsgeschichte Europas bahnbrechenden Werk von August Meitzen über Wanderung und Siedlung der in Europa ansässigen Völker waren mehr Meinungsäußerungen zu ihn interessierenden Themen als Ergebnis eigener Spezialforschungen.<sup>58</sup>

Um die Forschungsmethodik Knapps herauszuarbeiten, sind wir jedoch nicht nur auf seine Veröffentlichungen angewiesen. Wie erwähnt, kam er in enger Abstimmung mit Schmoller zu diesem Thema. Die zahlreichen Briefe, in denen er dem Kollegen und Freund über den Fortgang seiner Forschungen berichtete, sind nicht nur ein aufschlußreiches "document humaine", sondern sie sind auch deswegen so interessant, weil sie die Mühen der Forschungsarbeit, ferner die aus den Besonderheiten des Gegenstandes sich mit zwingender Notwendigkeit ergebende Präzisierung des Themas - und das bedeutete in diesem Falle eine Ausweitung - und schließlich die Erkenntnisfortschritte eindrucksvoll widerspiegeln. Nicht allzuoft hat ein bedeutender Forscher sich so rückhaltlos über seine Arbeit ausgesprochen.

Betrachten wir Knapps Forschungsmethodik. Die Auswertung archivalischer Quellen für Themen der Agrargeschichte hatten vor ihm Haxthausen, Hanssen, Joh. Conrad und andere vorexerziert oder doch wenigstens gefordert.<sup>59</sup> In dieser Beziehung gab es also bereits eine Forschungstradition. Die selbstgewählte Aufgabenstellung war natürlich überhaupt nur unter breitester Verarbeitung von Primärquellen lösbar. In einem Vortrag über die Arbeit seines Schüler Werner Wittich<sup>60</sup> "Die Grundherrschaft in Nordwestdeutschland" hat er das später in folgender Weise zum Ausdruck gebracht: "Die erste große Regel sozialer Geschichtsschreibung wird unerbittlich festgehalten: das Objekt, also hier die Grundherrschaft, wird vollständig nach allen Seiten beschrieben, und für die Beschreibung wird ein Zeitpunkt ausgewählt, für den die Quellen überreichlich fließen. Dieser Zeitpunkt ist die Mitte des 18. Jahrhunderts." Knapp stellt also die Forderung, durch eine möglichst umfassende Materialerschließung die Voraussetzungen für die Aufdeckung der signifikanten Wesensmerkmale des Untersuchungsobjekts zu schaffen. Auf diese Weise wird eine feste Grundlage für die Analyse des Untersuchungsobjektes gewonnen, und zwar sowohl für die zu einem bestimmten Zeitpunkt gegebene Struktur als auch für eine retrospektive Untersuchung der Genesis eben dieser Struktur.

58 Diese Arbeiten wurden in zwei Bändchen zusammengefaßt publiziert: *G.F. Knapp*, Die Landarbeiter in Knechtschaft und Freiheit, Leipzig 1891; *ders.*, Grundherrschaft und Rittergut, Leipzig 1897. Beide wurden dann in den Band aufgenommen: Einführung in einige Gebiete der Nationalökonomie, München/Leipzig 1925 (=G.F. Knapp, Ausgewählte Werke, Bd. 1).

59 Vgl. Anm. 2.

60 *G.F. Knapp*, Die Grundherrschaft in Nordwestdeutschland, in: *G.F. Knapp*, Ausgewählte Werke, Bd. 1, S. 187.

Ganz klar plädierte Knapp für die Anwendung einer retrospektiven Methode bei der Untersuchung weiter zurückliegender sozialökonomischer Strukturen und Prozesse, für die die Quellenüberlieferung kein von der Materialbasis her voll abgesichertes Urteil mehr erlaubt, wenn er schreibt<sup>61</sup>: "Dieses Ausgehen von einer ganz bekannten, wenn auch neueren Zeit, ehe man der lückenhaften älteren Überlieferung nahe tritt, ist unser wichtigster Kunstgriff. Sollte je eine Anleitung zum sozialhistorischen Forschen geschrieben werden, so sollte dieser Wink vor allem darin enthalten sein."

Knapps Forschungsmethodik läuft im wesentlichen auf das Bestreben nach größtmöglicher Materialerschließung sowie die Anwendung einer vergleichenden und, wo sich das von der Zielstellung her anbietet, retrospektiven Untersuchung hinaus. Damit war er auf methodischem Gebiet nicht eigentlich bahnbrechend, wohl aber wurde er mit der Meisterschaft, mit der er das praktizierte, beispielgebend und schulemachend.

Gegenstand und Zielstellung seines Werkes über die Bauernbefreiung hat Knapp in der Vorrede zum ersten Band in der folgenden Weise umschrieben<sup>62</sup>: "Unser Gegenstand ist nicht die Landeskulturgesetzgebung in dem Sinne, wie das Wort in Preußen gebraucht wird, um eine Gruppe von Gesetzen seit 1807 zusammenzufassen. Nicht nur beginnen wir um hundert Jahre früher, sondern es besteht auch ein sachlicher Unterschied. Die Landeskulturgesetzgebung ist ihrem Wesen nach hauptsächlich dahin gerichtet, Hindernisse aus dem Wege zu räumen, durch welche die Landwirtschaft beengt war; sie hat also die Förderung der landwirtschaftlichen Technik zum Ziele und berührt dabei allerdings gelegentlich auch die Befreiung gewisser Bauernarten.

Hier aber handelt es sich nicht um die Landwirtschaft, sondern um die in derselben beschäftigten Menschen, um die ländliche Verfassung, um die Beziehungen der gesellschaftlichen Klassen zueinander, um die Stellung des Staates zu diesen Klassen. Indem wir die Befreiung der Bauern und den Ursprung der Landarbeiter erforschen, beschäftigen wir uns mit der sozialpolitischen Geschichte der ländlichen Bevölkerung."

Knapps Aufgabe konnte bei dieser Zielstellung und angesichts des vorgegebenen Forschungsstandes nur darin bestehen, zunächst eine möglichst eindringliche Beschreibung der ostelbischen Agrarstruktur vor den Reformen zu geben. Die zweite große Aufgabe bestand sodann in der Darstellung des Zustandekommens einer Agrargesetzgebung, die das juristische Instrumentarium bieten sollte, eben diese entwicklungsunfähig gewordene Agrarstruktur schrittweise zu überwinden, sowie des konkreten Verlaufs der Verwirklichung der ergangenen Agrarreformgesetze.

Er hat bei der archivalischen Quellenforschung keine Mühe gescheut, obwohl ihm diese Arbeit durchaus nicht leicht geworden ist, hatte er doch von der Universität dafür keine Voraussetzungen mitgebracht. So ist es wohl

61 Ebenda, S. 188.

62 *Ders.*, Die Bauernbefreiung und der Ursprung der Landarbeiter in den älteren Theilen Preußens, Bd. 1, Leipzig 1887. Hier nach *G.F. Knapp*, Ausgewählte Werke, Bd. 2, Leipzig 1927, S. XIII.

verständlich, wenn ihm in einem Brief an Schmoller der Stoßseufzer in die Feder kam<sup>63</sup>: "Ich begreife, daß dies Geschäft jahrelang fortgesetzt, zur furchtbarsten Erschöpfung führen kann." Auch später klagte er über<sup>64</sup> "den furchtbaren Reibungswiderstand des Materials". Wer mit diesem Metier immer wieder zu tun hat, wird ihm auch noch hundert Jahre später beipflichten können.

Das Quellenstudium muß Knapp ziemlich bald die Einsicht vermittelt haben, daß die Geschichte der preußischen Agrargesetzgebung ab 1807 nicht verstanden werden kann, wenn über die tatsächliche sozialökonomische Beschaffenheit der ländlichen Gesellschaft nicht hinreichende Klarheit bestand. Die verschiedenen Agrarreformgesetze bezogen sich stets auf ganz konkrete juristisch fixierte Tatbestände der feudalarrechtlich normierten Agrarverhältnisse. Die wenigsten der auf die ländliche Gesellschaft bezüglichen Rechtstitel wurden nach 1807 ohne Entschädigung aufgehoben.

In den meisten Fällen mußten bekanntlich die "Verpflichteten", also die Bauern, den "Berechtigten", d. h. den Grund- bzw. Gutsherren, für die Aufgabe ihres Eigentums resp. Obereigentums am Bauernland sowie die Ablösung der verschiedenen bäuerlichen Dienste und Abgaben Entschädigungen leisten. Knapp hat lapidar über die Befreiung des Bauern unter privater Grundherrschaft aus dem Feudalverband gesagt<sup>65</sup>: "Er hat sich losgekauft."

Zum Verständnis der Ansatzpunkte und Zielstellungen der für die verschiedenen Rechtskategorien von Bauern erlassenen Agrarreformgesetze war die Kenntnis der frühneuzeitlichen Agrarstruktur und insbesondere der geltenden resp. angewandten Rechtsnormen unbedingt notwendig. Erst von dieser Position aus konnten die Spezifika der teilweise sehr scharfen Auseinandersetzungen zwischen der preußischen Staatsführung und den verschiedenen Adelskorporationen um die Fragen, ob überhaupt eine Befreiung der Adelsbauern aus dem Feudalverband erfolgen sollte und unter welchen Bedingungen das geschehen konnte, sowie schließlich die Resultate dieser Bauernbefreiung verstanden werden.

Als eine grundsätzlich wichtige Erfahrung seiner agrarhistorischen Forschungen konnte Knapp daher 1891 in einem Vortrag feststellen<sup>66</sup>: "Unsere Rechtsgeschichte ist zu antiquarisch, sie läuft unabhängig neben der Wirtschaftsgeschichte her. Sie fragt oft garnicht danach, was ein Rechtsinstitut für das Leben bedeutet..." Tatsächlich kann der Agrarhistoriker, der über die Agrargeschichte der feudalen Gesellschaft sowie der liberalen Agrarreformen arbeitet, ohne eingehende rechtshistorische Kenntnisse kaum zu wirklich zuverlässigen Ergebnissen kommen. Die Forderung nach der Aneignung rechtshisto-

---

63 GStA, Abt. Merseburg, Rep. 92, Schmoller, Nr. 130a.

64 Ebenda.

65 G.F. Knapp, Die Bauernbefreiung und der Ursprung der Landarbeiter, S. 321.

66 Ders., Die bäuerliche Leibeigenschaft im Osten, in: G.F. Knapp, Ausgewählte Werke, Bd. 1, S. 87.

rischen Wissens gilt auch heute noch weithin für die Agrargeschichtsforschung und nicht nur für diese.

Wie erwähnt, hatte Knapp in seinem Schreiben an den Direktor der preußischen Staatsarchive vom 5. April 1883 lediglich eine Benutzung der Akten über die Regulierung der gutsherrlich-bäuerlichen Verhältnisse zwischen 1807 und 1823 beantragt.<sup>67</sup> Der nunmehr sich als unumgänglich abzeichnende Rückgriff auf die Agrarverhältnisse des 18. Jahrhunderts machte eine Abstimmung mit Schmoller notwendig, als dessen unbestrittene Domäne die preußische Wirtschaftsgeschichte des Absolutismus mindestens im Kreise der um den Verein für Socialpolitik gruppierten Nationalökonomien der jüngeren historischen Schule zu dieser Zeit schon galt.

Am 26. August 1884 schrieb Knapp einen längeren Brief an Schmoller und deutete vorsichtig und etwas gewunden sein Problem an.<sup>68</sup> Ohne Zögern und ohne jeden Vorbehalt hat dieser ihm die Forschungen über die preußischen agraria des 18. Jahrhunderts überlassen. Knapp schrieb am 14. Sept. 1884 seinem Freund und Kollegen<sup>69</sup>: "Dass Sie mir das 18. Jahrhundert überlassen wollen ist sehr grossmüthig; freilich werde ich Ihnen ja nur wenig vorwegnehmen, eigentlich nur einige Thatsachen, die Sie bei Ihrem Reichthum leichter als ein anderer entbehren können." Im Laufe des Jahres 1883 hatte Knapp mit dem Quellenstudium begonnen. Trotz mancher Behinderungen ist das zweibändige Werk schon im Herbst 1887 erschienen. Am 2. August 1887 schrieb er an Schmoller<sup>70</sup>: "Ich bin im Augenblick mit dem Druck des noch fehlenden ersten Bandes beschäftigt, und mit der Niederschrift des letzten Kapitels." Nach einigen Bemerkungen über den Charakter seiner Darstellung heißt es in diesem Brief abschließend: "Ich aber würde viel darum geben, wenn ich wieder ein Mal so was machen könnte - so qualvoll es gewesen ist."

Der Leser spürt nichts von diesen Qualen. Knapps "Bauernbefreiung" gehört zum Besten, was die deutschsprachige Wissenschaftsprosa aufzuweisen hat. Ohne jede Effekthascherei oder Originalitätssucht ist es nicht nur sehr gut geschrieben, sondern auch klar und verständlich. Dabei bedeutet die Leichtigkeit der Darstellung nicht den Verzicht auf die größte Genauigkeit der Fakten, des Ausdrucks und der Formulierung.

Knapp fühlte sich zweifellos dem Ideal des zu seiner Zeit einflußreichsten deutschsprachigen Historikers, Leopold von Ranke, nach wissenschaftlicher Objektivität verpflichtet. Ranke hatte bekanntlich die Forderung erhoben, der Historiker habe weder über die Vergangenheit zu richten, noch seine Leser in ihrem Urteil zu indoktrinieren, sondern er habe zu<sup>71</sup> "... zeigen wie es eigentlich gewesen". Natürlich wußte auch Ranke, daß kein Mensch urteilen kann, ohne in seinen Wertungen mehr oder weniger stark von seinem sozialen

67 Siehe oben.

68 GStA, Abt. Merseburg, Rep. 92, Schmoller, Nr. 130a.

69 Ebenda.

70 Ebenda.

71 L. v. Ranke, Geschichte der romanischen und germanischen Völker, S. VII (=L. v. Ranke, Sämtliche Werke, Bd. 33/34, Leipzig 1874).

und politischen Milieu geprägt zu sein. Nichts anderes hat es zu bedeuten, wenn er schrieb<sup>72</sup>: "Ich wünschte mein Selbst gleichsam auszulöschen, und nur die Dinge reden, die mächtigen Kräfte erscheinen zu lassen."

Ganz in diesem Sinne äußerte sich Knapp, wenn er am 2. August 1887 Schmoller zum bevorstehenden Abschluß seines ersten Bandes schrieb<sup>73</sup>: "So z.B. ist Herz und Gemüth völlig in Ruhe, die bei Ihnen niemals schweigen: nirgends Anpreisung von Grossthaten - aber auch nirgends eine Anfeindung, kein hartes Wort. Man wird es daher nicht viel loben, da der Leser zu wenig erwärmt, fast nur erleuchtet wird."

Knapp hat sich tatsächlich mit großem Erfolg bemüht zu "zeigen wie es eigentlich gewesen", aber er hat doch auch unmißverständlich seine eigene Position, seine Sympathien wie auch seine Antipathien deutlich werden lassen. Es wird noch zu zeigen sein, daß bei aller Zurückhaltung des eigenen Urteils sich dennoch beim Leser eindeutige Klarheit darüber einstellen muß, daß beim Zustandekommen der preußischen Agrarreformgesetze der ostelbische Adel massiv seine Klasseninteressen zur Geltung zu bringen versuchte und in vielen Punkten auch durchsetzen konnte und daß die Bauern benachteiligt worden sind. Knapp selbst spricht das allerdings dort nirgends so deutlich aus.

Das hervorstechendste Charakteristikum des ersten Bandes der "Bauernbefreiung" - die vorwiegend referierende Wiedergabe des Inhalts wesentlicher Quellentexte des zweiten Bandes entfällt bei einer speziell historiographischen Betrachtung der Forschungsmethodik und der Auffassungen weitgehend - ist die reine Schilderung von Zuständen und Ereignissen, nicht jedoch die Analyse einer gegebenen Struktur und ihrer Veränderungen aufgrund der Anwendung eines fachspezifischen begrifflichen Instrumentariums.

Allerdings ergab sich bei der Verankerung von Knapps Forschungsvorhaben in den sozialpolitischen Zielstellungen des Vereins für Socialpolitik auch nicht unbedingt die Notwendigkeit, die Fülle des aus den Quellen gewonnenen Faktenmaterials in Begriffen zu abstrahieren, um auf diese Weise die sozialökonomische Wirklichkeit präziser analysieren zu können. Schließlich wird man auch konstatieren müssen, daß sich die jüngere historische Schule der deutschen Nationalökonomie insgesamt durch eine geringe Neigung zur wissenschaftlichen Begriffsbildung auszeichnet, was sich natürlich aus ihrer methodologischen Gesamtkonzeption ergab. Knapps Aufgabe mußte vielmehr darin bestehen, wie er es selbst formuliert hatte, die<sup>74</sup> "... ländliche Verfassung ... die Beziehungen der ländlichen Klassen zu einander" aufzudecken, und das erfolgte naturgemäß deskriptiv.

Die Erfassung der konstitutiven Merkmale der alten Agrarverfassung und deren Umwandlung durch Reformen - und nur darum ging es hier - hatte zunächst zur Voraussetzung, über das vor Einleitung von Reformen in der

72 *Ders.*, Englische Geschichte, vornehmlich im 17. Jahrhundert, S. 103 (=L.v. Ranke, Sämtliche Werke, Bd. 15, Leipzig 1870).

73 *GStA*, Abt. Merseburg, Rep. 92, Schmoller, Nr. 10a.

74 *G.F. Knapp*, Die Bauernbefreiung und der Ursprung der Landarbeiter, Bd. 1, S. XIII.

Regelung der Beziehungen zwischen den verschiedenen ländlichen Klassen geltende Recht Klarheit zu gewinnen.

Knapp konnte dabei im wesentlichen an das ihm wohlbekanntes Werk des preußischen Verwaltungsjuristen Dönniges<sup>75</sup> anknüpfen, der eine insgesamt zweifellos sehr zuverlässige Zusammenstellung sowohl der in den einzelnen ostelbischen Territorien Preußens geltenden landesfürstlichen Ordnungen des ländlichen Bereichs als auch der im 18. Jahrhundert ergangenen zahlreichen landesherrlichen Edikte, Mandate, Verordnungen usw. zur Verbesserung der persönlichen Rechtsstellung der ländlichen Untertanen, der Rechte an dem von ihnen bewirtschafteten Land sowie der Landeskultur gegeben hatte.

Das Durcharbeiten der archivalischen Quellenüberlieferung wird angesichts der Tatsache, daß Knapp mit dem Werk von Dönniges sehr gut vertraut gewesen sein muß, vor allem die Funktion gehabt haben, ihm die erforderlichen Detailkenntnisse über Leben und Arbeit der Bauern im ostelbischen Preußen zu vermitteln. Das ist ihm im Ganzen vorzüglich gelungen, wenngleich man seine Selbstbeschränkung auf die Beziehungen der beteiligten Klassen, d.h. also vornehmlich der Rechtsbeziehungen, nicht außer acht lassen darf. Denn über den Landwirtschaftsbetrieb sowohl der Bauern als auch der Güter macht er in seinem Werk so gut wie keine Ausführungen.

Auf der Grundlage eines sehr eingehenden Quellenstudiums hat Knapp eine ausgezeichnete Schilderung der ostelbischen Agrarverhältnisse des 16. - 18. Jahrhunderts gegeben.<sup>76</sup> Rein deskriptiv bietet er eine realistische Darstellung der Gutsherrschaft und ihrer wesentlichen Elemente, ohne daß er hier bereits den Begriff Gutsherrschaft einführt. Er verwendet zwar den Ausdruck Gutsherrschaft als Bezeichnung des Herrschaftsverhältnisses zwischen einer beliebigen Herrschaft und ihren bäuerlichen Hintersassen, jedoch nicht zur Charakterisierung eines besonderen regionalen Strukturtyps spätfeudaler Agrarverfassung. Das Wesen der Gutsherrschaft hat er jedoch vollkommen klar erkannt, wenn er schreibt<sup>77</sup>: "Somit hat erst das 16. Jahrhundert die neuere Gutsverfassung völlig vorgebildet: das Rittergut wächst, durch Heimfall erledigter oder durch Auskaufen, oder endlich durch 'Legen' besetzter Stellen; der Bauer wird, damit er sich der Arbeit für den Gutsherrn nicht entzieht, unfrei; er wird, weil seine Arbeitseigenschaft vor allem interessiert, auch in seinem Besitze herabgedrückt, damit unter allen Umständen ein frohnfähiger Bauer auf der Stelle sitze."

Der Begriff der Gutsherrschaft im Sinne eines Strukturtyps spätfeudaler Agrarverfassung ist von ihm jedoch erst einige Jahre später geprägt worden. In der Fußnote zu einem 1891 gehaltenen und publizierten Vortrag "Die Erbunterthänigkeit und die kapitalistische Wirtschaft" heißt es nämlich<sup>78</sup>: "Die scharfe Unterscheidung der älteren grundherrlichen Verfassung, die sich im Westen der Elbe reiner erhalten hat, von der jüngeren gutsherrlichen

75 W. Dönniges, Die Land-Kultur-Gesetzgebung Preußens, Bd. 1, Berlin 1843, S. 42ff. s.o.

76 G.F. Knapp, Die Bauernbefreiung und der Ursprung der Landarbeiter, Bd. 1, S. 1-80.

77 Ebenda, S. 49.

78 Ders., Die Landarbeiter in Knechtschaft und Freiheit, Leipzig 1891, S. 89.

Verfassung im Osten ist mir erleichtert worden durch eine im staatswissenschaftlichen Seminar unter meiner Leitung ausgearbeitete Inauguraldissertation: Werner Wittich, *Ländliche Verfassung Niedersachsens und Organisation des Amtes im achtzehnten Jahrhundert*, Darmstadt, gedruckt bei L. C. Wittich, 1891." Das ist tatsächlich Knapps einziger Beitrag zur wissenschaftlichen Begriffsbildung in der Agrargeschichte geblieben.

Die Herausbildung der Gutsherrschaft wird im ersten Band der Bauernbefreiung als eine besondere Entwicklung der in der Zeit der deutschen Ostsiedlung entstandenen Grundherrschaft dargestellt.<sup>79</sup> Dabei hat er die Vergrößerung der Güter auf Kosten des Bauernlandes, die Verschlechterung der Rechte der Bauern an dem von ihnen bearbeiteten Land, die Herabdrückung der persönlichen Rechtsstellung der unmittelbaren Produzenten, die Steigerung der Frondienste, also alle wesentlichen Elemente der Gutsherrschaft, vollkommen klar gesehen. Bei aller Kürze analysierte er die bäuerliche Unfreiheit sowie die regionalen Unterschiede der Rechte der Bauern an ihren Stellen mit einer Genauigkeit und Klarheit,<sup>80</sup> die von der späteren Forschung in vielen Fällen nicht verstanden oder doch jedenfalls nicht rezipiert worden ist.

Auf die Ursachen für die seit dem 16. Jahrhundert festzustellende Vergrößerung der feudalherrlichen Eigenwirtschaften mit allen den von ihm so eindrucksvoll geschilderten Folgen für die Verhältnisse der Bauern ist Knapp überhaupt nicht eingegangen. Im Jahre 1891 hat er diese Frage in einem Vortrag "Die Erbuntertänigkeit und die kapitalistische Wirtschaft"<sup>81</sup> aufgegriffen. Der feudalherrliche Gutsbetrieb des 16., 17. und 18. Jahrhunderts wird hier als der Anfang des kapitalistischen Großbetriebes verstanden. Eindeutig sagt er: "Die Anfänge der kapitalistischen Wirtschaft liegen in der Landwirtschaft, allerdings nicht in der bäuerlichen Landwirtschaft, wohl aber im landwirtschaftlichen Großbetrieb", und wenig später heißt es<sup>82</sup>: "Der herrschaftliche Gutsbetrieb ist das früheste Beispiel weitverbreiteter kapitalistischer Wirtschaft." Der Markt, also der die Herausbildung der großen Gutswirtschaften vornehmlich stimulierende Faktor, wird dabei stillschweigend in seiner Wirkung vorausgesetzt, und Knapp schildert hier auch noch einmal die auf bäuerlichen Frondiensten beruhende Gutswirtschaft. Aber er will diese Gutswirtschaft eben schon als eine kapitalistische Form verstanden wissen. Bis in die Gegenwart sind ihm in dieser Auffassung zahlreiche Autoren gefolgt.<sup>83</sup> Wir brauchen uns mit dieser speziellen Problematik hier nicht zu beschäftigen, und begnügen uns mit dem Hinweis, daß sowohl die Rechtsformen des bäuer-

79 *Ders.*, Die Bauernbefreiung und der Ursprung der Landarbeiter, Bd. 1, S. 37ff.

80 Ebenda, S. 14ff.

81 *Ders.*, Die Erbuntertänigkeit und die kapitalistische Wirtschaft, in: *G.F. Knapp*, *Ausgewählte Werke*, Bd. 1, München/Leipzig 1925, S. 91-106, hier 91.

82 Ebenda, S. 92.

83 Dazu: *H. Harnisch*, Probleme einer Periodisierung und regionalen Typisierung der Gutsherrschaft im mitteleuropäischen Raum, in: *Jahrbuch für Geschichte des Feudalismus* 10, 1986, S. 266ff.

lichen Besitzes durchaus feudalen Charakter hatten, als auch die Leistung der Dienste und Abgaben der Bauern an ihre Grundherrn durch feudale Rechtsnormen abgesichert war. Die intensive Marktverflechtung hat hier im ostelbischen Bereich durchaus nicht auflösend auf die feudalen Rechtsnormen gewirkt.

Die Tatsache, daß die großen Güter östlich der Elbe in hohem Maße mit den Frondiensten abhängiger Bauern bewirtschaftet wurden, stand naturgemäß im Mittelpunkt von Knapps Forschungsansatz, entstand die Klasse der landwirtschaftlichen Lohnarbeiter seiner Auffassung nach in der Hauptsache jedoch erst infolge der Agrarreformen des 19. Jahrhunderts. Zweifellos hat er die Beschäftigung von Lohnarbeitern im Gutsbetrieb auch schon vor den Agrarreformen erheblich unterschätzt. Die Untersuchung des Landwirtschaftsbetriebes sowie der Marktbeziehungen lag außerhalb seines Erkenntniszieles. Aus dieser Perspektive wird mit aller Deutlichkeit klar, daß Knapp nicht eine umfassende Geschichte der Agrarreformen vorlegen wollte, also die Geschichte der Modernisierung des Landwirtschaftsbetriebes, der Veränderungen der landwirtschaftlichen Betriebsgrößenstruktur als Folge veränderter Marktbedingungen und der ländlichen Sozialstruktur einschließlich der Beziehungen der Klassen zueinander, sondern daß er sich tatsächlich auf die Bauernbefreiung beschränkte und auch beschränken wollte, um in diesen Zusammenhängen vor allem die Entstehung der Klasse der Landarbeiter deutlich werden zu lassen.

Knapp hat bei aller strengen Wissenschaftlichkeit und bewußter Zurückhaltung der eigenen Meinung zu den geschilderten Vorgängen bzw. Zuständen gelegentlich durchaus unmißverständlich seinen Einsichten Ausdruck verliehen. Zu den bemerkenswertesten Teilen seiner Schilderung der altpreußischen Agrarzustände gehört fraglos das Kapitel "Bilder aus dem Bauernleben"<sup>84</sup>. Knapp zeichnet hier ein äußerst düsteres Bild nicht nur über die materielle und rechtliche Lage der Bauern, sondern auch über ihre durch diese Verhältnisse hervorgerufene moralische Beschaffenheit.

Nach dem heutigen Forschungsstand ließe sich dagegen manches einwenden. Wir wissen heute, daß die Lage der Hufenbauern durchaus nicht in allen Gegenden der preußischen Monarchie so verzweifelt gewesen ist, wie Knapp es geschildert hat. Vor allem in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts und in den marktgünstig gelegenen Landstrichen befand sich die Schicht der Hufenbauern durchaus schon in einem gewissen Aufschwung,<sup>85</sup> was allerdings auch einschloß, daß die Lage der Landarmut um so verzweifelter war. Knapp war jedoch zu der Auffassung gekommen, daß die Lage der Bauernschaft generell sehr schlimm war, und er faßte das wie folgt zusammen<sup>86</sup>: "Und so blieb denn der Bauer immer und ewig auf derselben Stufe, verworren in sich,

84 G.F. Knapp, Die Bauernbefreiung und der Ursprung der Landarbeiter, Bd. 1, S. 67ff.

85 H.-H. Müller, Märkische Landwirtschaft vor den Agrarreformen von 1807, Potsdam 1967; H. Harnisch, Kapitalistische Agrarreform und Industrielle Revolution, Weimar 1984, S. 27ff.

86 G.F. Knapp, Die Bauernbefreiung und der Ursprung der Landarbeiter, Bd. 1, S. 77.

finster, unzufrieden, grob, knechtisch, nur dem Vogt gehorchend; ein unglückliches Mittelding zwischen Lastthier und Mensch."

Vor dem Hintergrund seiner Darstellung der altpreußischen Agrarverhältnisse schilderte dann Knapp die seit dem Anfang des 18. Jahrhunderts in wiederholten Anläufen unternommenen Versuche des Staates, die Lage des "Bauernstandes" zu bessern.<sup>87</sup> Damit kam er auf das Thema, um das es ihm vornehmlich ging. Der Staat, in diesem Falle das absolute Königtum, steht über den Klassen und greift zugunsten der Schwachen gegen die egoistischen Klasseninteressen der Besitzenden und Mächtigen in die als fehlerhaft erkannten sozialen Verhältnisse ein.

Auch diese Dinge hat Knapp sachkundig und ohne Überhöhung des tatsächlich Möglichen und Erreichten dargestellt. Natürlich läßt sich vermuten, daß die Widerstände des Adels gegen die Intentionen des Königs oder auch das mangelnde Durchsetzungsvermögen der Bureaukratie (bzw. der mangelnde Durchsetzungswillen) gerade das Interesse Knapps und seiner Gesinnungsfreunde unter den Kathedersozialisten finden mußte, konnte man doch daraus lernen, die eigenen sozialpolitischen Ziele besser durchzusetzen, mindestens jedoch den präsumtiven Gegnern der Gegenwart das Unvernünftige ihres Widerstandes gegen notwendige Reformen zu verdeutlichen suchen.

Erstaunlich ist in diesem Zusammenhang das geringe Interesse, das Knapp dem Verhalten der Bauern entgegenbringt. Sie erscheinen weitgehend als passive Masse. Die bäuerlichen Unruhen erwähnt Knapp nur mehr am Rande.<sup>88</sup> Für die Reformabsichten der Krone mißt er diesen offenkundig keine grundsätzliche Bedeutung bei. Dabei wurde in den Kreisen der hohen preußischen Ministerialbureaukratie in den Jahren um 1800 unter dem Eindruck der Auswirkungen der französischen Revolution durchaus die Befürchtung ventiliert, daß ein Ausbleiben durchgreifender Reformen zur Revolution führen könnte.<sup>89</sup> Vor allem aber hätten sich im Kontext seiner Zielstellungen die agrarischen Reformbestrebungen der preußischen Staatsführung seit dem Regierungsantritt König Friedrich Wilhelm III. (1797) und die in diesem Zusammenhang geführten internen Debatten in der Führungsspitze hervorragend als Musterbeispiel eines Beweises für die These Schmollers in seiner Replik auf Treitschke geeignet,<sup>90</sup> daß eine Revolution vermeidbar wäre, wenn rechtzeitig Reformen eingeleitet würden. Möglicherweise standen Knapp die Akten des Geheimen Zivilkabinetts, die dazu das aussagekräftigste Material enthalten, noch nicht zur Benutzung frei. Möglicherweise hielt er diese bäuerlichen Unruhen auch für unbedeutend.

Die Darstellung der vom preußischen Staat eingeleiteten Agrarreformen mußte sich in jedem Fall notwendigerweise am Gang der Gesetzgebung orientieren. Zunächst ist in diesem Zusammenhang als erste Voraussetzung für

87 Ebenda, S. 81ff.

88 Ebenda, S. 98f.

89 H. Harnisch, Die agrarpolitischen Reformmaßnahmen der preußischen Staatsführung in dem Jahrzehnt vor 1806/07, in: JfWG, 1977/III, S. 136ff.

90 s.o.

das Verständnis des Gesamtvorganges darzulegen, wann die einzelnen Gesetze für eine bestimmte Kategorie von Bauern ergingen und unter welchen Bedingungen sich die verschiedenen Gruppen von feudallyrechtlich gebundenen Bauern von ihren Bindungen und Lasten loskaufen konnten.

Die darauf zu stellende Frage im Zusammenhang der Agrargesetzgebung war die Aufdeckung des Zuständekommens der Agrarreformgesetze. Welche Experten in der Ministerialbürokratie haben die entsprechenden Entwürfe bearbeitet und welchen Leitbildern folgten sie? Ferner muß gefragt werden, welche Einflüsse bis zur Inkraftsetzung des Gesetzes auf dessen Inhalt eingewirkt haben, seien es andere hohe Beamte aus der Führungsspitze des Staates selbst, seien es Interessengruppen der Betroffenen, speziell natürlich der sehr einflußreichen "Berechtigten".

Weiterhin interessiert natürlich das Ergebnis der Gesetzgebungsprozedur: Was ist unter den verschiedenen Einflüssen aus dem ursprünglichen Entwurf geworden, und welches ist der materielle Rechtsinhalt des verkündeten Gesetzes gegenüber dem Entwurf? Und vor allem ist als die realhistorisch vielleicht wichtigste Frage zu untersuchen, ob und in welchem Tempo die Gesetze überhaupt verwirklicht worden sind.

Knapp hat ein derartig umfassendes Programm nicht abgearbeitet und wohl auch nicht abarbeiten wollen. Sein Hauptinteresse galt in erster Linie der Rolle des Staates bei der Lösung der auf dem Lande immer deutlicher gewordenen Strukturprobleme, die man nicht weiter sich selbst überlassen wollte und konnte. Allerdings war eben die Lösung auf dem Wege einer Reform, also durch Gesetze, schlechterdings nicht darzustellen, ohne die massive Einflußnahme des Adels auf die Gesetzgebung einzubeziehen.

Das führt auf einen der Kernpunkte des ganzen Prozesses, war doch die Umwandlung der alten feudalen Agrarstruktur durch Reformen ohne Mitwirkung oder wenigstens Tolerierung des grundbesitzenden Adels unvorstellbar. Eben das war aber keineswegs selbstverständlich, vielmehr haben zahlreiche Adelskorporationen aus verschiedenen Provinzen resp. Kreisen entschieden gegen die Reformen Front gemacht, wenigstens aber in der Frage der Entschädigungsleistungen oder aber in der zeitlichen Dauer der Durchführung von Frondienstauhebungen sehr entschieden ihre Forderungen vorgebracht. Die zahlreichen "Immediatvorstellungen" der ständischen Korporationen bei der Krone und deren schließliche Erfolge in Form einer Verschlechterung der Bedingungen der Bauern für ihre Befreiung sind nun das, was Knapp meinte, wenn er am 14. Januar 1888 Schmoller schrieb, seine Arbeit sei doch eben auch ein Materialaufschluß, der für die Träger der altpreußischen Überlieferung<sup>91</sup> "... manches Unliebe zu Tage gefördert hat".

Knapp hat im ersten Band seines Werkes den Gang der Gesetzgebung und die darauf einwirkenden Kräfte ganz nüchtern geschildert, ohne jeden Kommentar zum Widerstand des Adels und zu dessen Ansprüchen auf höhere Entschädigungsleistungen. Fast beiläufig und an etwas versteckter Stelle,

91 GStA, Abt. Merseburg, Rep. 92, Schmoller, Nr. 130a.

nämlich in dem Abschnitt "Rückblick", sagt er über das Schicksal des Adelsbauern in der Reform<sup>92</sup> "er hat sich losgekauft".

Was diese lapidare Feststellung tatsächlich beinhaltet, muß der Leser eher ahnen, vor allem im Rückblick auf seine Schilderungen über die Lage dieser Bauern vor den Reformen, d.h. auch ihre materiellen Möglichkeiten für einen Loskauf.<sup>93</sup>

Knapp spricht sich auch nicht über die juristische oder auch moralische Berechtigung von Entschädigungsleistungen der Bauern an ihre Herren aus. Was er tatsächlich darüber dachte, kann man aus einem 1891 gehaltenen und publizierten Vortrag "Die Landarbeiter bei der Stein-Hardenbergischen Gesetzgebung" erahnen, wo es heißt<sup>94</sup>: "Für den Erwerb des Eigenthums und für den Wegfall der Fronen mußte der Gutsherr entschädigt werden; denn seine früheren Rechte wurden als wohlervorbene anerkannt." Das klingt doch zumindest sehr distanziert gegenüber den wohlervorbenen Rechten. Offene Kritik an den Agrarreformgesetzen zeigen wenig später die folgenden Ausführungen<sup>95</sup>: "Jedermann rühmt die Erhaltung der Bauern durch die Hardenbergische Gesetzgebung; daß es nur die großen waren, wird dabei nicht gesagt; und warum sagt denn niemand, wie es den Kleinen erging? Für die kleinen Bauern war Preußen nicht besser als Mecklenburg."

In mündlichen Äußerungen muß Knapp sich noch viel deutlicher über die Ergebnisse seines Aktenstudiums hinsichtlich der Rolle des Adels und dessen Anwälte innerhalb der Staatsführung geäußert haben. Schmoller schrieb ihm am 18. November 1887 auf die Übersendung des ersten Bandes der "Bauernbefreiung" einen sehr anerkennenden und zustimmenden Brief, in dem er vor allem auch die Befürchtungen des Freundes, die Ergebnisse seines Buches könnten in der konservativen Führungsspitze Preußens resp. des Reiches Ärger hervorrufen, beruhigte. Er lobte Knapps Objektivität und hielt scharfe Reaktionen von oben für ausgeschlossen und schrieb dann in diesem Zusammenhang<sup>96</sup>: "... selbst Schuckmanns Haltung erscheint in Ihrer gedruckten Darstellung so unendlich viel milder, als in Ihrer mündlichen, daß Niemand darauf kommen wird, Sie hielten ihn für einen Spitzbuben oder Schurken, wie Sie sich - glaube ich - in Frankfurt ausdrückten". Kaspar Friedrich von Schuckmann leitete von 1810 bis 1814 die Abteilung für Handel und Gewerbe im Ministerium des Inneren. Ab 1814 wurde er Innenminister und war ein eifriger Anwalt der Adelsansprüche in allen Fragen der Agrargesetzgebung. Seine Rolle war in der Tat gegenüber allen Agrarexperten, die

92 G.F. Knapp, Die Bauernbefreiung und der Ursprung der Landarbeiter, Bd. 1, S. 321.

93 Ebenda, S. 67ff.

94 Ders., Die Landarbeiter bei der Stein-Hardenbergischen Gesetzgebung, in: Einführung in einige Hauptgebiete der Nationalökonomie, München/Leipzig 1925, S. 116 (=G.F. Knapp, Ausgewählte Werke, Bd. 1).

95 Ebenda, S. 118.

96 GStA, Abt. Merseburg, Rep. 92, Schmoller, Nr. 130a.

günstige Ablösungsbedingungen für die Bauern erreichen wollten, höchst unerfreulich.<sup>97</sup>

Auf diesen ganzen Ballast des altadligen Klassenegoismus in den Agrarreformen kann Knapp erst beim Aktenstudium gestoßen sein, und das dürfte für ihn keine angenehme Überraschung gewesen sein. Er hat diese Dinge in keiner Weise unterschlagen oder verharmlost. Interessant ist jedoch der Ausweg, den er wählte, nämlich der Öffentlichkeit, der wissenschaftlichen wie der politischen, den vollen Umfang des Geschehens zu vermitteln.

Der erste Band enthält, wie schon gesagt, eine nüchterne Darstellung des Hergangs. Im zweiten Band werden die wesentlichsten Quellenstücke referierend wiedergegeben, und hier erscheinen nun neben einigen bauernfreundlichen Gesetzentwürfen<sup>98</sup> auch die Verlautbarungen und Forderungen des Adels.<sup>99</sup> Und einiges davon ist ja dann auch in den ergangenen Gesetzen Wirklichkeit geworden. Wer lesen kann, findet da das ganze Dilemma der Bauernbefreiung in Preußen, d.h. eine Feudalmonarchie mit einem zögernden, unentschlossenen Herrscher, teilweise sehr aufgeklärten, sehr reformbereiten - meist bürgerlichen - Experten und eine mächtige, insgesamt reformabgeneigte, auf jeden Fall aber nur gegen Entschädigungen zum Mitgehen bereite Aristokratie.

Die besonders scharfen zeitgenössischen Äußerungen von Hardenbergs Agrarexperten, des Kriegsrates Scharnweber, zu den Reformen bis 1810, insbesondere auch zu den Versuchen, den Kreis der regulierungsfähigen Bauern sehr einzuschränken, hat Knapp gar nicht in sein Werk aufgenommen, sondern fast gleichzeitig in einer Zeitschrift veröffentlicht.<sup>100</sup> Er hielt es wohl für geratener, die ganze böse Wahrheit nur stufenweise ans Licht der Öffentlichkeit zu bringen.

Dabei war Knapp kein Feind des Adels, und an seiner prinzipiellen Bejahung von Reformen zur Lösung von gesellschaftlichen Konflikten gibt es natürlich keinen Zweifel. Daher fällt auch seine Kritik an dem ganzen Reformwerk eher milde aus.<sup>101</sup> Knapp kritisierte die Aufhebung des Bauernschutzes und die Preisgabe der Kleinstellen zum Einziehen durch die Gutsherren, und ferner hielt er es für einen schweren Fehler, daß für die Verwirklichung der ergangenen Gesetze nicht ein genau bestimmter, nicht zu lange bemessener Zeitraum festgesetzt worden ist.

Die Ursachen für diese Fehler sah er darin, daß der König seit 1807 nicht mehr so unbeschränkt seine Entscheidungen treffen konnte wie vorher.<sup>102</sup> Den

97 H. Harnisch, Vom Oktoberedikt des Jahres 1807 zur Deklaration von 1816. Problematik und Charakter der preußischen Agrarreformgesetzgebung zwischen 1807 und 1816, in: Studien zu den Agrarreformen des 19. Jahrhunderts in Preußen und Rußland, in: JFWG, 1978, Sonderband, S. 263ff.

98 G.F. Knapp, Die Bauernbefreiung und der Ursprung der Landarbeiter, Bd. 2, S. 25ff.

99 Ebenda, S. 207ff., 358ff.

100 Ders., Zur Geschichte der Bauernbefreiung in den älteren Theilen Preußens, in: Forschungen zur Brandenburgischen Geschichte, Bd. 1, 1888, S. 256ff.

101 Ders., Die Bauernbefreiung und der Ursprung der Landarbeiter, Bd. 1, S. 316f.

102 Ebenda, S. 315.

Grund für die günstigen Bedingungen, unter denen die Domänenbauern das Eigentum an ihren Höfen erhielten,<sup>103</sup> meint er darin sehen zu können, daß hier der König ganz nach seinen Auffassungen entscheiden konnte. Nach 1807 standen die Minister im Zentrum des Entscheidungsprozesses, und diese ständen eben "nicht so unabhängig von den gesellschaftlichen Mächten"<sup>104</sup> da wie ein starker absoluter König. Daher konnten die Einflüsse des Adels auf die Gesetzgebung seit 1807 so folgenreich für die weitere Entwicklung der ländlichen Agrarstruktur werden.

Nur so deutlich zeigt sich hier das Denkmuster der Kathedersozialisten: Der über den Klassen und Interessengruppen stehende Staat soll die notwendigen richtigen Entscheidungen treffen. Aber um diese treffen zu können, muß eben die Spitze, sprich der monarchische Staat, auch so stark sein. Sicher war das kein Plädoyer Knapps für eine absolute Monarchie, aber doch eben auch nicht unbedingt für eine parlamentarisch-demokratische Entwicklung in seiner Zeit.

Es dürfte wenig Sinn haben, Lücken und Fehler in Knapps Werk hier nachzuzeichnen. In einer Sache muß jedoch eine Bemerkung erfolgen, gehört sie schon vom Titel her zum Kern seines Forschungsanliegens. Es geht um die Entstehung der Landarbeiter in Folge des spezifischen Verlaufs der preußischen Agrarreformen. Bereits 1874 hatte Treitschke in seiner Zeitschrift "Der Socialismus und seine Gönner" geschrieben<sup>105</sup>: "Durch die Stein-Hardenbergischen Reformen ist eine neue ländliche Arbeiterklasse entstanden."

Knapps Grundthese läuft ja nun ebenfalls darauf hinaus, daß diese Schicht im wesentlichen erst durch die Agrarreformen entstanden sei. Die spätere Forschung hat das mit Recht zurückgewiesen,<sup>106</sup> wengleich dabei oft übersehen wurde, daß Knapp natürlich von der Existenz landwirtschaftlicher Lohnarbeiter wußte.<sup>107</sup> Er hat allerdings die tatsächliche Bedeutung dieser Schicht im Landwirtschaftsbetrieb vor dem Hintergrund der so stark das Erscheinungsbild bestimmenden Gutswirtschaften auf der Basis von Frondiensten unterschätzt.

Knapps Fixierung auf seine These ist verständlich, ging es doch darum, die damaligen Entscheidungsfehler aufzuzeigen, um den Boden für "richtige" Reformen im ostelbischen Bereich zu bereiten. Der Abschnitt über die Statistik des Befreiungswerkes,<sup>108</sup> in dem Knapp spätestens bei der Aufarbeitung des Materials über die Sozialstruktur des platten Landes das zahlenmäßige Überwiegen der Landarmen und Landlosen schon vor 1807 hätte erkennen müssen, gehört nicht zu den stärksten seines Werkes. Man darf Knapp natürlich auch

103 Ebenda, S. 91ff., S. 314.

104 Ebenda, S. 315.

105 H.v. Treitschke, Der Socialismus und seine Gönner, S. 207.

106 z.B. G. Ipsen, Die preußische Bauernbefreiung als Landesausbau. Zuerst in: Zeitschrift für Agrargeschichte und Agrarsoziologie 2, 1954, S. 29-54; wieder abgedruckt von W. Köllmann/P. Marschalk (Hg.), Bevölkerungsgeschichte, Köln 1972.

107 G.F. Knapp, Die Bauernbefreiung und der Ursprung der Landarbeiter, Bd. 1, S. 50, 285.

108 Ebenda, S. 256ff.

nicht vorhalten wollen, daß er den Übergang einer feudalrechtlich normierten zu einer kapitalistischen Landwirtschaft, den ja sein Werk tatsächlich in wesentlichen Aspekten zum Gegenstand hatte, nicht gesehen hat.

Wie sehr er tatsächlich auf die reine Agrarreformgesetzgebung fixiert war, mag durch folgendes verdeutlicht werden. Als die Agrarreformen begannen, galten für die bäuerlichen Besitzrechte in Preußen selbstverständlich die Bestimmungen des erst 1794 in Kraft gesetzten "Allgemeinen Landrechts für die Königlich Preussischen Staaten". Danach konnten Bauern entweder unter feudalem Obereigentum in Form von Erbpacht oder Erbzinsrecht an ihren Höfen ein Eigentumsrecht haben oder aber sie waren Lassiten bzw. Zeitpachtbauern.<sup>109</sup> In diesem Falle waren die Grundherren juristisch voll Eigentümer der Bauernhöfe, und die Besitzer hatten lediglich ein bloßes Nießbrauchrecht.

Im Verlaufe der Agrarreformgesetzgebung ist man darüber hinweggegangen. Die seit 1811 erlassenen Gesetze ermöglichten jedem der davon betroffenen Bauern gegen Entschädigung den Erwerb des vollen, durch keinerlei feudale Rechtstitel oder fortlaufende, d.h. nicht ablösbare Rentenansprüche mehr belasteten Eigentums, eines modernen bürgerlichen Eigentums also, wie wir heute sagen würden.<sup>110</sup> Der Kampf um die endgültige Form der Rechtsqualität, unter der künftig Bauern ihre Stellen zu Eigentum erhalten sollten, spielte sich vom Herbst 1808 bis zum Frühherbst 1810 unter dem Innenminister Grafen Dohna ab.<sup>111</sup> Knapp hat die Agrarreformpolitik des Ministeriums Dohna dargestellt, wenngleich ziemlich summarisch. Aber er gibt doch immerhin den Inhalt des entscheidenden Schreibens wieder, das Graf Dohna am 21. September 1810 an den Justizminister von Kircheisen richtete, und da heißt es:<sup>112</sup> "Es müssen Mittel herbeigeführt werden, welche Jedermann es möglich machen, sich gegen angemessene Entschädigung aus diesen Verwicklungen [den feudalen Bindungen, H. H.] zu befreien und sich ein unabhängiges, reines, bloß mit den unvermeidlichen öffentlichen und Kommunal-lasten behaftetes Eigenthum zu verschaffen."

Den damit sich abzeichnenden Bruch in der Qualität der Rechtsnormen, unter denen Bauern ihr Land besitzen konnten, der faktisch den möglich werdenden Übergang vom feudalen Recht zu modernem bürgerlichem Eigentum beinhaltet, scheint Knapp in seiner Bedeutung nicht erkannt zu haben.

Aber trotz dieser Grenzen und trotz seiner Beschränkung auf die bloße Bauernbefreiung und damit auch den Verzicht, eine umfassende Darstellung der Agrarreformen zu bringen, bleibt die "Bauernbefreiung" eine Meister-

109 Allgemeines Landrecht für die preussischen Staaten (ALR), erster Theil, Titel 18 "Von Erbzinsgütern" und zweiter Theil, Titel 7, 2. Aufl. Berlin 1794.

110 H. Harnisch, Kapitalistische Agrarreform und Industrielle Revolution, S. 84ff.

111 Ders., Der Weg zum Regulierungsedikt vom 14. Sept. 1811 oder die endgültige Option für eine kapitalistische Agrarreform in Preußen, in: M. Kossok/E. Kroß (Hg.), 1789 - Weltwirkung einer großen Revolution, Berlin 1989, S. 284ff.

112 G.F. Knapp, Die Bauernbefreiung und der Ursprung der Landarbeiter, Bd. 2, S.

leistung. Sein Werk wurde für die weitere Agrargeschichte tatsächlich ein Licht,<sup>113</sup> an dem werdende Talente sich entzünden konnten.

## V. Wirkungen in Sozialpolitik und Wissenschaft

Betrachtet man die Wirkungen von Knapps "Bauernbefreiung", so wird man zweckmäßig zwischen den unmittelbaren Reaktionen in der Zeit selbst und den Auswirkungen auf die weitere Entwicklung der Agrargeschichte in Deutschland unterscheiden.

Wenden wir uns zunächst den unmittelbaren Reaktionen zu. Knapp war sich sehr wohl der Tatsache bewußt, daß seine Ergebnisse für die ostelbischen Konservativen, die Erben der einstigen feudalen Gutsherren, keineswegs angenehm waren. Noch immer war der Einfluß dieser Schicht im deutschen Reich und besonders in der Führungsspitze desselben groß, unverhältnismäßig groß in Anbetracht ihrer tatsächlichen ökonomischen Basis. Und natürlich war sie auf ihren Ruf bedacht, sowohl was ihre politischen und militärischen Meriten für Preußen und das Reich anbelangt, als auch ihren Leumund als die gottgegebene und durch ihre Leistung legitimierte Führungsschicht in Staat und Gesellschaft.

Knapp, wie auch sein in allen Phasen mit der Entstehung dieses Werkes und mit den Zielstellungen und den heranreifenden Ergebnissen gut unterrichteter Freund Schmoller, wußten sehr wohl, daß dieses Buch innenpolitisch einiges an Zündstoff enthielt. Der sehr ausführliche Brief, den Schmoller am 18. Nov. 1887 nach der Lektüre des ersten Bandes an Knapp richtete, läßt manches davon erkennen. Schmoller zollte dem Werk uneingeschränkt hohe Anerkennung, wenn er schrieb:<sup>114</sup> "Sie geben der Welt zum ersten Male ein abschließendes wissenschaftlich nach allen Seiten motiviertes Urtheil über die Tendenzen und Erfolge der preußischen bäuerlich-agrarischen Gesetzgebung. Ihre Darstellung ist so anziehend zu lesen, so kurz zusammengefaßt, von so vornehmer Objektivität, daß sie der feudalste Junker fast ebenso gern lesen wird, wie der sozialistische Arbeiterfreund, daß Sie sicher einen großen literarischen Erfolg - aber auch einen praktischen erreichen."

Schmoller blieb bei seinem positiven Gesamturteil, aber welche Befürchtungen doch wohl auch er hegte, zeigen seine weiteren Ausführungen. Er hob hervor, daß er in verschiedenen Punkten, wie dem Fortfall des landesherrlichen Bauernschutzes seit 1807, dem Erlaß der die Regulierungsfähigkeit der Kleinbauern ohne Eigentumsrecht wieder beseitigenden Deklaration von 1816 und anderen auch schon früher mit Knapp einer Meinung gewesen sei. Dann kommen die neuralgischen Punkte.<sup>115</sup> "In Bezug aber auf die Entstehungsgeschichte und das Maß der verschiedenen Einflüsse, welche 1811 - 1850 die Gesetze bestimmten, in ihrer Ausführung beherrschten, wußte ich natürlich

113 *Ders.*, Die Grundherrschaft in Nordwestdeutschland, S. 188 (wie er das von der Vorbildwirkung wissenschaftlicher Meisterwerke erhoffte).

114 *GStA*, Abt. Merseburg, Rep. 92, Schmoller, Nr. 130a.

115 *Ebenda*.

bisher auch nicht mehr, als was in den bekannten Büchern steht. In dieser Richtung ist Ihr Buch eine Offenbarung. Daß das Geoffenbarte etwa der Regierung oder Archivverwaltung oder dem landw. Minister unangenehm berühren könnte, halte ich für ausgeschlossen."

Hier lagen in der Tat die entscheidenden Probleme. Natürlich konnten die Kathedersozialisten der jüngeren historischen Schule der Nationalökonomie nichts weniger gebrauchen als den Unwillen der mächtigen konservativen preußischen Bureaucratie, wenn sie diese für ihre sozialpolitischen Zielstellungen gewinnen wollten.

Schmoller unternahm daher alles, um von vornherein der Kritik aus dem Lager der Konservativen entgegenzuwirken, und schrieb unter dem Titel<sup>116</sup> "Der Kampf des preußischen Königthums um die Erhaltung des Bauernstandes" eine eingehende Rezension, die zuerst in der "Kölnischen Zeitung" vom 13. Januar 1888 und wenig später in dem von Schmoller herausgegebenen Jahrbuch erschien. Schon am 14. Januar schrieb ihm Knapp einen Dankesbrief dazu, der für die Situation der Kathedersozialisten sehr aufschlußreich ist. Er bedankte sich für die Rezension und schrieb hier:<sup>117</sup> "Es ist mir dadurch eine grosse, so zu sagen politische Sorge vom Herzen genommen: wie sich die Träger der preussischen Überlieferungen im weitesten Sinne zu diesem Materialaufschluß stellen würden, der ja auch manches Unliebe zu Tage gefördert hat. Diesen Uebergang haben Sie mit gewohntem Geschick vermittelt; alles gipfelt in dem Satze: für die Domänenbauern hat der alte preuss. Staat weit mehr getan als man ahnte, für die Privatbauern hat der neue Staat hingegen weit weniger gethan als bisher angenommen wurde."

Von großem Geschick und Fingerspitzengefühl zeugt die Rezension Schmollers allerdings in hohem Maße. Er referiert den Inhalt des Werkes in den wesentlichen Ergebnissen, setzt aber auch eigene Lichter. So betont er, daß es eine unkritisch fortgeschleppte Legende sei, die Agrarpolitik unter Stein und Hardenberg zu den Großtaten der preußischen Reformzeit zu rechnen.<sup>118</sup> Gewollt oder ungewollt zieht Schmoller da ein Fazit aus dem Buch seines Freundes, das dieser so nicht formuliert hat, daß nämlich den Bauern in den Reformen schweres Unrecht zugefügt wurde. Dieses Ergebnis ist in der Folgezeit in das allgemeine Geschichtsbewußtsein eingedrungen, bis auf die starr konservativen Kreise vielleicht. Tatsächlich waren in derartig eindeutiger Form in historischen Forschungen von einem Universitätsprofessor so schwerwiegende und folgenreiche Fehlentscheidungen der Staatsführung aufgrund des massiv zur Geltung gebrachten Klassenegoismus des Adels bisher wohl kaum ans Tageslicht gebracht worden.

116 G. Schmoller, Der Kampf des preußischen Königthums um die Erhaltung des Bauernstandes, in: Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft im Deutschen Reich 12, 1888, S. 245-255.

117 GStA, Abt. Merseburg, Rep. 92, Schmoller, Nr. 130a.

118 G. Schmoller, Der Kampf des preußischen Königthums um die Erhaltung des Bauernstandes, S. 245.

Wichtiger waren Schmoller seine Schlußfolgerungen, die hier zitiert werden müssen, um seinen und seiner Freunde historisch-politischen Standort voll verständlich werden zu lassen. Schmoller schrieb da:<sup>119</sup> "Jede Zeit hat ihre Aufgabe: das Jahrhundert 1750 - 1850 hatte die Pflicht, den Bauernstand zu retten und frei zu machen. Das Jahrhundert von 1850 - 1950 steht vor der größeren Aufgabe, den Arbeiterstand zu heben und mit unserer Wirtschaftsordnung zu versöhnen. Einen großen und wichtigen Theil desselben bildet der ländliche Tagelöhnerstand. Ueberall lösen sich die patriarchalischen Verhältnisse, massenweis sucht der bessere Landarbeiter in Amerika, was er zu Hause nicht findet, was ihm auch alle Fortschritte unserer sozialpolitischen Gesetzgebung nicht bieten können: ein eigen Häuschen und ein eigen Grundstück.

Ein sozial gesundes Staatswesen ist immer nur dasjenige, in welchem die Majorität der Staatsbürger aus Grundeigenthümern besteht. Es giebt nur einen absolut sicheren Schutzwall gegen alle Sozialdemokratie und Revolution, eine entsprechende Zahl der kleinen Leute und Arbeiter hinüberzuziehen in die Klasse der Landeigenthümer, das ist für die heutigen Verhältnisse in den preußischen Provinzen des Nordostens nur möglich durch staatliche innere Kolonisation.

Mit diesem Ausblick, den wir hier schärfer betonen, als es der Verfasser thut, schließt das Buch. Es giebt keinen konservativeren Vorschlag, kein wichtigeres sozialpolitisches Programm. Wohl weiß ich daß zur Zeit noch in breiten Schichten der konservativen Partei solche Vorschläge mit Mißtrauen aufgenommen werden. Dieses gilt es, zu beseitigen."

Knapp schrieb zu diesen Ausführungen in seinem bereits erwähnten Dankesbrief vom 14. Januar 1888:<sup>120</sup> "Am Schlusse machen Sie einige Nutzenwendungen, die ich natürlich weit mehr im Hintergrund halte, die aber für die Zeitungsleser allerdings betont werden müssen."

Zeit seines Lebens hat sich Knapp selbst von den tagespolitischen Auseinandersetzungen sehr zurückgehalten, und er hat nicht, wie seine Kollegen Brentano und Schmoller, immer wieder zu aktuellen wirtschaftlichen oder politischen Streitfragen auch in Zeitungsartikeln Stellung bezogen.

Zweifelsohne stimmte aber er den zitierten politischen und sozialpolitischen Schlußfolgerungen Schmollers zu seinem Buch insgesamt zu. Diese Ausführungen Schmollers geben, ebenso wie die angeführten Zitate aus den Briefen von Knapp und Schmoller über die politische Bedeutung des gerade erschienenen Werkes, wesentliche Aufschlüsse über ihre Position in der politischen Landschaft des deutschen Kaiserreichs.

Schmoller bezeichnete sich selbst im Jahre 1910 als einen süddeutschen Liberalen.<sup>121</sup> Dagegen schrieb Brentano in seinem Grußwort zu Knapps

119 Ebenda, S. 254f.

120 GStA, Abt. Merseburg, Rep. 92, Schmoller, Nr. 130a.

121 G. Schmoller, Die preußische Wahlrechtsreform von 1910 auf dem Hintergrund des Kampfes zwischen Königthum und Feudalität, in: Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft im Deutschen Reich 34, 1909, S. 1264.

80. Geburtstag,<sup>122</sup> er, Brentano, stamme aus einer konservativen Familie und habe sich im Laufe seiner Entwicklung zum Liberalen gewandelt, während Knapps Entwicklungsgang umgekehrt verlaufen wäre. Die kritische Einstellung gegenüber der liberalistischen Wirtschaftslehre sowie der Verdruß über die vielfach von ihm als unzulänglich empfundenen Ansichten liberaler Historiker zur Agrargeschichte der Feudalzeit habe bei Knapp diesen Wandel bewirkt. Aber Knapp habe auch in politischen Fragen stets seinen eigenen Standpunkt gewahrt und sich<sup>123</sup> "durch große Unparteilichkeit ausgezeichnet".

Ob nun süddeutscher Liberaler oder unabhängiger Konservativer von eigener Prägung, beide gehörten sie zu der Gruppe von Kathedersozialisten im Verein für Socialpolitik, die durch Einwirken auf die Staatsführung und im Zusammenwirken mit dem Staat soziale Reformen zu initiieren suchten. Beide standen sie natürlich voll auf dem Boden der Hohenzollernmonarchie. Aber die politischen und sozialen Nutzenwendungen, die Schmoller aus dem Buche Knapps zu ziehen suchte, zeigten auch, daß sie gegenüber den Schwächen des Kaiserreichs nicht blind waren. Sicher sahen sie beide in der Sozialdemokratie den eigentlichen Gegner, und sie fürchteten nichts so sehr wie die Revolution. Aber sie sahen im ostelbischen Junkertum doch auch diejenige politische Kraft, die ihnen die Verwirklichung wesentlicher Teile ihrer eigenen politischen und sozialpolitischen Zielsetzungen so außerordentlich erschwerte, indem sie hartnäckig an ihren Machtpositionen festhielt.

Den politischen Gegner sahen sie deswegen im Junkertum nicht, sondern eher einen unentbehrlichen, wenngleich etwas schwierigen Partner. Letztlich bestand ihr Ziel und ihre Hoffnung darin, daß sich die Junker stärker verbürgerlichen würden und daß sie sich mehr zum freiwilligen Einfügen in die in einigen Punkten ein wenig demokratischer zu gestaltende Hohenzollernmonarchie bereit finden würden.

Der publizistisch sehr aktive Schmoller nahm 1910 zum Kampf um die preußische Wahlrechtsreform Stellung. Er betonte dabei die Verdienste der "preußischen Grundaristokratie"<sup>124</sup> um ihren Staat. Der ganze Tenor des Artikels lief aber darauf hinaus, zu zeigen, daß im Verlaufe der brandenburg-preußischen Geschichte das Königtum im Interesse des Staates und der Gesellschaft insgesamt immer den egoistischen Klasseninteressen des Adels entgegengetreten sei, und zwar im Laufe der Entwicklung mit wachsendem Erfolg. Diese Rolle sollte und müßte der König als Verkörperung des über den Parteien schwebenden Staates nun auch bei der Lösung der brisanten Frage der Reform des Dreiklassenwahlrechts übernehmen. Aber ausdrücklich betonte Schmoller in seinen abschließenden Bemerkungen, daß er<sup>125</sup> "den politischen Wert unserer preußischen Grundaristokratie wohl zu schätzen weiß".

122 L. Brentano, Ein Brief, in: Georg Friedrich Knapp. Ein literarisches Bildnis, in: Wirtschaftsdienst (Sonderheft) März 1922, S. 3-5, hier S. 4.

123 Ebenda.

124 G. Schmoller, Die preußische Wahlrechtsreform von 1910 auf dem Hintergrund des Kampfes zwischen Königtum und Feudalität, S. 1261f.

125 Ebenda, S. 1279.

Die Rolle des Staates bei der Reform der ländlichen Gesellschaft und die Versäumnisse, die der Staat oder auch seine Diener dabei gemacht hatten, war auch ein Grundtenor von Knapps Werk über die Bauernbefreiung in Preußen. Auf die Zusendung eines Sonderdrucks von Schmollers Aufsatz zum Streit um die Wahlrechtsreform schrieb Knapp am 4. April 1910 seinem alten Freund und betonte seine völlige Zustimmung. Es heißt dann in diesem Brief:<sup>126</sup> "Gerade nach der Aufdeckung der Junkerlichkeit in der Hardenbergischen Gesetzgebung ist es mir klar geworden, dass das bloße Geheul gegen Junkerthum für Preussen nicht ausreicht, sondern dass man diese Classe mit hineinbauen muß, trotz ihrer Mängel."

Schmoller wie Knapp gingen also von der Realität der gegebenen gesellschaftlichen Verhältnisse des Kaiserreiches aus, die sie prinzipiell bejahten und lediglich durch Reformen stabiler, tragfähiger und auch für die besitzlosen Massen akzeptabler gemacht sehen wollten. Schmoller schrieb in der Laudatio zum 70. Geburtstag seines Freundes Knapp:<sup>127</sup> "Wie oft schrieben Sie mir: Ich bin für Bürokratie, darum habe ich das Recht, ihre Fehler zu tadeln", und in seinem Dank auf diese Gratulation betonte Knapp, wie bereits zitiert, daß ihn und Schmoller die gemeinsame Wertschätzung des Staates und der Verwaltung verbinde.

Knapps Werk über die Bauernbefreiung hatte letztlich den Zweck, die historischen Wurzeln eines im letzten Viertel des 19. Jahrhunderts deutlich hervortretenden gravierenden Strukturproblems der großbetrieblichen Landwirtschaft des ostelbischen Preußens aufzudecken. Das war natürlich kein bloßer Selbstzweck eines rein wirtschaftshistorischen Erkenntnistrebens. Es ging darum, am Beispiel der Bauernbefreiung am Anfang des 19. Jahrhunderts zu zeigen, daß solche Strukturprobleme vom Staat durch Reformen überwunden werden konnten. Nachdem in der Wirtschaftspolitik des preußischen Staates jahrzehntelang in einer Art von ökonomischem Liberalismus mehr oder weniger die Tendenz vorherrschte, den Dinge ihren Lauf zu lassen, sollte jetzt der Staat zu seinen Traditionen aktiver wirtschaftlicher Betätigung zurückkehren, wobei zugleich die damals gemachten Fehler als warnendes Beispiel herausgearbeitet wurden.

Knapp ging in seinem Werk über die Bauernbefreiung auch auf die Probleme der Landarbeiter im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts ein, wenngleich nur sehr kurz.<sup>128</sup> Ohne jede Beschönigung beschrieb er die Lage der sog. Insten.<sup>129</sup> Sehr eindrucksvoll ist es, wenn er seinen Eindruck hervorhebt, daß er in den krassen sozialen Unterschieden zwischen Gutsbesitzern und Landarbeitern den eigentlichen Grund für die von ihm konstatierte schlimme Situation derselben sah. Er hob ihre Unselbständigkeit, Stumpfheit und Roheit hervor - ob ganz zu Recht bleibe dahingestellt - und betonte im Vergleich zu

126 GStA, Abt. Merseburg, Rep. 92, Schmoller, Nr. 130b.

127 G. Schmoller, Georg Friedrich Knapp. Zu seinem 70. Geburtstag, S. 883.

128 G.F. Knapp, Die Bauernbefreiung und der Ursprung der Landarbeiter, Bd. 1, S. 304ff.

129 Ebenda, S. 306ff.

den ländlichen Unterschichten in Süddeutschland bzw. der Schweiz, daß dort zwar die Armut noch größer sei, aber, wie er schrieb,<sup>130</sup> "der ärmste Holzknecht auf dem Schwarzwald, der letzte Wildheuer im Kanton Uri gehören einer höheren Stufe an, als unsere Insten in den ausgedehnten Provinzen des Ostens".

Tatsächlich stellt das natürlich eine schwere Anklage dar, und Knapp führte die zunehmende Abwanderung vom Lande und Auswanderung aus dem Deutschen Reich sowie das Hereinströmen ausländischer Saisonarbeiter völlig mit Recht auf diese unwürdigen Zustände zurück. Als Abhilfe empfahl er die Ansiedlung von Landarbeiterfamilien auf kleinen Eigentumsstellen.<sup>131</sup>

Knapp ist also nicht bloß bei der Darstellung der Agrarreformzeit stehengeblieben, sondern er hat auch die sozialen Probleme in den Güterdistrikten in seiner Zeit aufgegriffen.

Man muß jedoch feststellen, daß er mit den diesbezüglichen Ausführungen völlig ohne Echo geblieben ist. So groß die Wirkung war, die er mit seiner agrarhistorischen Forschungsleistung erzielen konnte, in den späteren Debatten um die Probleme der Landarbeiter im ostelbischen Deutschland spielten seine Hinweise keine Rolle.

Der Verein für Socialpolitik gab 1890 eine Enquete über die Lage der Landarbeiter in Deutschland in Auftrag.<sup>132</sup> Ob Knapp bei der Planung zu diesem Vorhaben seinen Einfluß geltend gemacht hat, kann zur Zeit nicht gesagt werden. Der junge aufstrebende Jurist und Nationalökonom Max Weber übernahm die Koordinierung des gesamten Vorhabens und arbeitete selbst den Band über das ostelbische Deutschland aus.<sup>133</sup> Auf der Generalversammlung des Vereins für Socialpolitik im Jahre 1893 übernahm Knapp das Hauptreferat zu diesen Bänden und sprach zum Thema "Landarbeiter und innere Kolonisation".<sup>134</sup> In den einleitenden Bemerkungen sagte er:<sup>135</sup> "Endlich ist über die Arbeiterverhältnisse im Osten der Elbe eine Monographie durch Herrn Dr. Max Weber zustande gekommen, die alle Leser durch Reichtum der Gedanken und Tiefsinn der Auffassung überrascht hat. Das Werk vor allem hat die Empfindung geweckt, daß es mit unserer Kennerschaft vorbei ist, daß wir von vorn zu lernen beginnen müssen."

De facto war das Knapps Abschied von den agrarischen Problemen. Er hat allerdings in den drei vor dem I. Weltkrieg erschienenen Auflagen des Hand-

130 Ebenda, S. 309.

131 Ebenda, S. 313.

132 *H. Thiel* (Hg.), Die Verhältnisse der Landarbeiter in Deutschland, (=Schriften des Vereins für Socialpolitik, Bd. 53-55), Bde. 1-3, Leipzig 1892.

133 *M. Weber*, Die Verhältnisse der Landarbeiter im ostelbischen Deutschland. Dargestellt auf Grund der vom Verein für Socialpolitik veranstalteten Erhebungen, Leipzig 1892.

134 *G.F. Knapp*, Landarbeiter und innere Kolonisation, in: Einführung in einige Gebiete der Nationalökonomie, München/Leipzig 1925, S. 124ff. (=G.F. Knapp, Ausgewählte Werke, Bd. 1).

135 Ebenda, S. 125.

wörterbuchs der Staatswissenschaften stets den Artikel<sup>136</sup> "Die Bauernbefreiung in den östlichen Provinzen des preußischen Staates" übernommen. Das war aber kaum mehr als die Zusammenfassung seines Buches. Bleibt zu ergänzen, daß natürlich auch das Werk Max Webers keine Lösung der Landarbeiterfrage im östlichen Deutschland bieten konnte. Er zeigte nur mit aller Schärfe und anhand unwiderlegbaren Materials, wie sehr die alte Instenverfassung im Verfall begriffen war und daß die Gutsbesitzer nichts anderes leitete als die Rentabilität, was allerdings auch kaum anders vorstellbar war.

Betrachten wir die Auswirkungen der agrarhistorischen Arbeiten Knapps auf die Weiterentwicklung der deutschen Agrargeschichtsforschung. Von seinen Beiträgen nach Erscheinen der "Bauernbefreiung" verdient der Vortrag Beachtung, den er 1896 auf dem Historikertag in Innsbruck unter dem Thema<sup>137</sup> "Die Grundherrschaft in Nordwestdeutschland" gehalten hat. Die Grundlage dazu bildete die unter seiner Anleitung entstandene Arbeit seines Schülers und Neffen Werner Wittich unter dem gleichen Titel. Bleibendes Interesse fand dieser Vortrag, weil Knapp sich darin entschieden dafür aussprach, daß die Sozialstruktur der germanischen Stämme zur Zeit des Tacitus keineswegs - wie vielfach angenommen - durch das Vorherrschen von Freibauern gekennzeichnet gewesen sei. Vielmehr habe eine Schicht kleiner Grundherren,<sup>138</sup> "eine Art sozialen Adels", über Unfreie geherrscht, die als Bauern angesiedelt waren und für ihre Herren arbeiten mußten.

Die Fortführung der agrarhistorischen Forschungen ließ Knapp in seinem Staatswissenschaftlichen Seminar betreiben, aus dem seit 1888 eine stattliche Reihe von Schülerarbeiten hervorging.

Für die Weiterentwicklung der Agrargeschichte des Mittelalters und der frühen Neuzeit wurde sein Schüler Werner Wittich bedeutungsvoll. In der ersten Auflage des "Handwörterbuch der Staatswissenschaften" erschien 1892 aus dessen Feder der Artikel "Gutsherrschaft (Grundherrschaft, Leibeigenschaft, Eigenbehörigkeit und Erbunterthänigkeit)".<sup>139</sup> Dieser Artikel ist in mehrfacher Hinsicht bemerkenswert. Wittich erarbeitete hier eine erste regionale Typisierung der Agrarstrukturen Mitteleuropas vom Mittelalter bis zu den Agrarreformen des 19. Jahrhunderts.

Dabei wußte er durchaus, daß sein Bild noch lückenhaft bleiben mußte, trotzdem kann man heute feststellen, daß er im Prinzip einen fruchtbaren Ansatz gefunden hatte. Vor allem arbeitete er überzeugend den Unterschied zwischen Grundherrschaft und Gutsherrschaft heraus, indem er die vorherrschende Form der Leistungen für die Feudalherrschaft als das eigentliche konstitutive Element eines bestimmten Typs von regionaler Agrarverfassung erkannte. Daneben wurden aber auch die bäuerlichen Besitzrechte sowie die persönliche Rechtsstellung der Landbevölkerung als Unterscheidungskriterien

136 Handwörterbuch der Staatswissenschaften, Bd. 2, (1. Aufl.), Jena 1891, S. 182ff.;

Handwörterbuch der Staatswissenschaften, Bd. 2, (3. Aufl.), Jena 1909, S. 541ff.

137 *Ders.*, Die Grundherrschaft in Nordwestdeutschland, S. 186ff.

138 *Ebenda*, S. 189.

139 Handwörterbuch der Staatswissenschaften, Bd. 4, (1. Aufl.), Jena 1892, S. 229-236.

herangezogen. Für die Agrargeschichte vom Mittelalter bis zu den liberalen Agrarreformen bietet der Artikel Wittichs tatsächlich den Ansatz zu einer komplexen wirtschaftsgeschichtlichen Untersuchung der ländlichen Gesellschaft, da unter diesen Aspekten sowohl die ökonomischen als auch die rechts- und verfassungsgeschichtlichen Probleme untersucht werden können.

Die Geschichte der Agrarreformen ließ Knapp selbst für einzelne deutsche Territorien durch Schüler bearbeiten. Mit dem Ende des Staatswissenschaftlichen Seminars in Straßburg hörten für lange Jahre Forschungen zu diesem Thema so gut wie völlig auf.

Man kann natürlich nicht Georg Friedrich Knapp dafür verantwortlich machen wollen, wenn sich bald nach Erscheinen seiner "Bauernbefreiung" die Agrargeschichte an den Universitäten auf eine Agrarverfassungsgeschichte verengte. Sein Schüler Karl Grünberg schrieb 1908 zum Gegenstand der Agrargeschichte:<sup>140</sup> "Unter dieser verstehen wir die Geschichte des Bodens und der Menschen, die ihn besitzen und bebauen. Von vornherein scheidet also aus unserer Betrachtung die Geschichte des landwirtschaftlichen Betriebes und der Betriebslehre aus." Genau das meinte Wilhelm Abel mit seiner Kritik:<sup>141</sup> "Doch seit Georg Friedrich Knapp beschränkte sich die Forschung mehr und mehr auf rechts- und verfassungsgeschichtliche Probleme."

Bis zu einem gewissen Grade muß dem zugestimmt werden, wenngleich nicht übersehen werden sollte, daß im Rahmen der Landesgeschichte auch agrargeschichtliche Probleme in einem weiteren Sinne immer wieder ihre Bearbeiter fanden. Aber dennoch bleibt zu überlegen, ob neben der überragenden Forscherpersönlichkeit Knapps, die in dieser Hinsicht prägend gewirkt hat, nicht doch die Tatsache von wesentlicher Bedeutung wurde, daß die agrarverfassungsgeschichtlichen Studien vorzugsweise die Überwindung von Konflikten auf dem Wege von Reformen zum Gegenstand hatten und somit für die jüngere historische Schule der deutschen Nationalökonomie interessanter waren als Forschungen über den Landwirtschaftsbetrieb und die Marktbeziehungen in historischer Perspektive.

Georg Friedrich Knapp war ohne Frage eine Wissenschaftlerpersönlichkeit von herausragendem Format. Er hat das meiste dazu getan, der Agrargeschichte endgültig den Rang einer selbständigen Wissenschaftsdisziplin in Deutschland zu verschaffen. Bemerkenswert ist vor allem auch, wie sein Engagement für die Probleme der Gesellschaft, in der er lebte und der er sich voll und ganz verbunden fühlte, zu so bedeutsamen wissenschaftlichen Leistungen führte. Hierin war er ganz ein Anhänger der jüngeren historischen Schule der Nationalökonomie.

140 K. Grünberg, Agrargeschichte, S. 3.

141 W. Abel, Agrarkrisen und Agrarkonjunkturen. Eine Geschichte der Land- und Ernährungswissenschaft Mitteleuropas seit dem hohen Mittelalter, Hamburg/Berlin 1966, S. 22.

# Die Realitäten der Zahlen. Arbeitsmarktstatistik und Politik zu Beginn der Weimarer Republik\*

Von Susanne Rouette (Münster i. W.)

Die historische Forschung ist bis heute zu recht unterschiedlichen Aussagen über Ausmaß und politische Bedeutung der Erwerbslosigkeit in den Jahren nach dem Ersten Weltkrieg gekommen. Stellvertretend seien hier zwei Beiträge der jüngeren Zeit angeführt: Richard Bessel kritisierte 1987 zwar die hohe Unzuverlässigkeit der zur Verfügung stehenden statistischen Angaben zur Arbeitsmarktentwicklung, zog aber, indem er die Zeit der Demobilmachung nach dem Ersten Weltkrieg mit der Situation zu Kriegsbeginn und der Stabilisierungskrise 1923/24 verglich, den Schluß, daß die Erwerbslosigkeit nicht als wirklich bedeutsames Problem der Demobilisierung betrachtet werden könne. Insbesondere sei sie nicht so gravierend gewesen, wie dies die zeitgenössischen Kommentare vermuten ließen.<sup>1</sup> Gerald D. Feldman kam im selben Jahr anhand seiner Analyse der sächsischen Verhältnisse und ebenfalls unter Hinweis auf die Probleme der zur Verfügung stehenden Statistiken zu einem partiell anderen Ergebnis: Er konstatierte ebenso wie für die Stabilisierungskrise auch für die Zeit nach Kriegsende eine Phase massiver Erwerbslosigkeit im Deutschen Reich. Zugleich stellte er fest, daß aufgrund hoher verdeckter Erwerbslosigkeit sowohl das Vorhandensein wie das (scheinbare) Fehlen von Erwerbslosigkeit nicht zu unterschätzende Probleme in den frühen Weimarer

---

\* Dieser Beitrag basiert auf Forschungsarbeiten für meine Dissertation "Die sozialpolitische Regulierung der Frauenarbeit. Arbeitsmarkt- und Fürsorgepolitik in den Anfangsjahren der Weimarer Republik. Das Beispiel Berlin", die im Sommer 1991 vom Institut für Geschichtswissenschaft der TU Berlin angenommen und von Prof. Dr. Karin Hausen betreut wurde. Für Diskussionen, Hinweise und Kritik danke ich ihr ebenso wie Ursula Baumann, Christiane Eifert und Karen Hagemann. Die Arbeit wurde finanziell gefördert durch die "Berlin-Forschung" der FU Berlin und die "Förderkommission Frauenforschung" des Senats von Berlin.

1 R. Bessel, Unemployment and Demobilisation in Germany After the First World War, in: R.J. Evans/D. Geary (Hg.), The German Unemployed. Experiences and Consequences of Mass Unemployment from the Weimar Republic to the Third Reich, Boston/London 1987, S. 23-43, hier 25f.

Jahren verursacht hätten. So belege auch die reiche Aktenüberlieferung, daß sich die staatlichen Autoritäten ständig mit diesem Thema befaßt hätten.<sup>2</sup>

Trotz dieser gegensätzlichen Befunde über das Ausmaß der Erwerbslosigkeit in der Zeit nach Kriegsende weisen die genannten Beiträge eine bemerkenswerte Gemeinsamkeit auf: Beide konstatieren, daß die Probleme des Arbeitsmarktes in der Wahrnehmung der Zeitgenossinnen und Zeitgenossen eine hohe politische Bedeutung besaßen - selbst wenn möglicherweise diese Wahrnehmung nicht dem "tatsächlichen" Zustand des Arbeitsmarktes angemessen gewesen sein sollte. Nicht zuletzt diese politische Bedeutung, die die Arbeitsmarktentwicklung ohne Frage in den frühen Jahren der Weimarer Republik erlangte, macht es interessant, die vorhandenen Arbeitsmarktstatistiken genauer zu betrachten und die Grenzen und Möglichkeiten zu reflektieren, die dem Vorhaben, anhand der Statistik ein Bild von der Arbeitsmarktsituation zu gewinnen, gesetzt sind.<sup>3</sup> Nur auf dieser Grundlage kann überhaupt die Differenz zwischen zeitgenössischer Wahrnehmung einerseits und ihrer politischen Bearbeitung andererseits tatsächlich ausgemessen werden. Daß bis heute statistische Angaben gerne dazu benutzt werden, um politischen Positionen und Ordnungsvorstellungen den Anschein von Objektivität zu geben, sollte die Notwendigkeit quellenkritischer Befragung des statistischen Materials nur noch stärker unterstreichen. Trägt eine historische Analyse dieser Notwendigkeit nicht Rechnung, läuft sie Gefahr, das zeitgenössische Politikum in ihrer Interpretation unhinterfragt zu reproduzieren.

Um die Frage, welche Realität die Arbeitsmarktstatistik der frühen Weimarer Jahre beschreibt, beantworten zu können, sollen im folgenden genauer das Zustandekommen, die Aussagekraft und die Zuverlässigkeit dieser Daten geklärt, also danach gefragt werden, wer wann und zu welchem Zweck Erwerbslose gezählt bzw. nicht gezählt hat. Dies geschieht am regionalen Beispiel Groß-Berlins, das neben Sachsen und den Hansestädten Hamburg,

- 2 G.D. Feldman, Saxony, the Reich, and the Problem of Unemployment in the German Inflation, in: Archiv für Sozialgeschichte (künftig: AfS) 27, 1987, S. 103-144, bes. 103-105; vgl. darüber hinaus auch: M. Niehuss, Arbeitslosigkeit in Augsburg und Linz a.D. 1914 bis 1924, in: AfS 22, 1982, S. 133-158; R. Scholz, Lohn und Beschäftigung als Indikatoren für die soziale Lage der Arbeiterschaft in der Inflation, in: G.D. Feldman u.a. (Hg.), Die Anpassung an die Inflation, Berlin 1986, S. 276-322; B. Subkowiak, Zur Situation der Arbeitslosen in Mecklenburg zwischen 1919 und 1933, in: Wissenschaftliche Zeitschrift der Wilhelm-Pieck-Universität Rostock 35, 1986, Gesellschaftswiss. Reihe, H. 5, S. 14-18; D. Petzina, Arbeitslosigkeit in der Weimarer Republik, in: W. Abelshauser (Hg.), Die Weimarer Republik als Wohlfahrtsstaat, Wiesbaden 1987, S. 239-259; K.C. Führer, Arbeitslosigkeit und die Entstehung der Arbeitslosenversicherung in Deutschland 1902-1927, Berlin 1990, bes. S. 144-154.
- 3 Vgl. außer der zuvor genannten Literatur auch M. Niehuss, Arbeiterschaft in Krieg und Inflation. Soziale Schichtung und Lage der Arbeiter in Augsburg und Linz 1910 bis 1925, Berlin/New York 1985, bes. S. 214ff.; P.C. Witt, Bemerkungen zur Wirtschaftspolitik in der "Übergangswirtschaft". Zur Entwicklung von Konjunkturbeobachtung und Konjunktursteuerung in Deutschland, in: D. Stegmann/B.-J. Wendt/P.C. Witt (Hg.), Industrielle Gesellschaft und politisches System. Beiträge zur politischen Sozialgeschichte, Bonn 1978, S. 79-96.

Lübeck und Bremen eine der Regionen im Deutschen Reich war, in denen die Arbeitsmarktprobleme der frühen Weimarer Jahre besonders zugespitzt in Erscheinung traten und hohe Aufmerksamkeit fanden.<sup>4</sup> Mein besonderes Augenmerk werde ich dabei auf die zur Verfügung stehenden Daten der Erwerbslosenstatistik richten; eine entsprechende Analyse der Beschäftigungsstatistik habe ich bereits an anderer Stelle veröffentlicht.<sup>5</sup>

Für den gesamten Zeitraum der Weimarer Republik kann weder die absolute Höhe der Arbeitslosenzahl noch die Höhe der Arbeitslosenquote ermittelt werden.<sup>6</sup> Zumindest für die erste Hälfte der zwanziger Jahre ist darüber hinaus davon auszugehen, daß auch die Bewegungen auf dem Arbeitsmarkt weder von den amtlichen noch von den von Gewerkschaftsseite erstellten Statistiken korrekt abgebildet werden. Dies gilt für die Statistiken der Arbeitsnachweise/Arbeitsämter ebenso wie für die Statistik über die in der Erwerbslosenfürsorge unterstützten Personen und die Statistik der erwerbslosen Gewerkschaftsmitglieder.

Die Zählungen der Arbeitsnachweise und -ämter erfaßten nur Ausschnitte des Arbeitsmarktes und insbesondere für die Nachkriegsjahre läßt sich anhand dieser Unterlagen nicht beschreiben, wie sich die Erwerbslosigkeit entwickelte. So waren bei den Arbeitsnachweisen sowohl Personen als arbeitssuchend registriert, die in einem Beschäftigungsverhältnis standen, als auch solche, die erwerbslos waren. Hinzu kommt, daß für bestimmte Arbeitskräftegruppen die Arbeitssuche über einen Arbeitsnachweis nur von untergeordneter Bedeutung war. Dies war etwa der Fall bei den Angestellten, die vor allem über Zeitungen und Zeitschriften neue Stellen suchten und fanden. Für gewerbliche Arbeitskräfte existierten zum einen durch die wohl auch in der Nachkriegszeit noch sehr verbreitete Form der "Umschau", d.h. des persönlichen Vorsprechens bei einem Betrieb, große, durch die Arbeitsnachweise nicht registrierte Formen der Arbeitssuche und -vermittlung. Darüber hinaus ist im Bereich der gewerblichen Stellenvermittlung, die - trotz regionaler Verbote während der Demobilmachungszeit - eine nicht zu vernachlässigende und in hohem Maße berufs- und geschlechtsspezifische Form der Vermittlung (Hausangestellte, Beschäftigte im Gast- und Schankwirtschaftsgewerbe) darstellte, mit erheblichen Registrierungsmängeln zu rechnen.<sup>7</sup> Erst als 1922 das Arbeits-

4 Vgl. *G.D. Feldman*, Saxony, sowie die nach Regionen aufgeschlüsselten Angaben im Reichsarbeitsblatt (künftig: RABL. 16 (1918) - 18 (1920), passim.

5 *S. Rouette*, Frauenerwerbsarbeit in Demobilmachung und Inflation 1918-1923. Struktur und Entwicklung des Arbeitsmarktes in Berlin, in: *K. Tenfelde (Hg.)*, Arbeiter im 20. Jahrhundert, Stuttgart 1991, S. 32-65.

6 *F. Wunderlich*, Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in Deutschland seit Beendigung des Krieges, Jena 1925, S. 18-20. *K.C. Führer*, Arbeitslosigkeit, S. 144-153.

7 Zur Geschichte der Arbeitsvermittlung im Kaiserreich: *A. Faust*, Arbeitsmarktpolitik im Deutschen Kaiserreich. Arbeitsvermittlung, Arbeitsbeschaffung und Arbeitslosenunterstützung 1890-1918, Stuttgart 1986, insbes. S. 48ff.; zur Arbeitsnachweisstatistik als Arbeitsmarktstatistik in der Nachkriegszeit vgl. *K. Kumpmann*, Arbeitslosigkeit und Arbeitslosenversicherung, in: Handwörterbuch der Staatswissenschaften, Jena 1923, Bd. 1, S. 791-824, insbes. 800f.; *F. Wunderlich*, Arbeitslosigkeit, S. 7ff.

nachweisgesetz verabschiedet worden war und die Reichsarbeitsverwaltung ein Jahr später entsprechende Ausführungsvorschriften erlassen hatte, dürfte nach Aussage eines zeitgenössischen Kenners der Materie "gegenüber der früheren Uneinheitlichkeit ... eine erhebliche Besserung (der Arbeitsnachweisstatistik, S.R.) zu verzeichnen" <sup>8</sup> gewesen sein.

Als aussagekräftiger gelten die Statistik der Erwerbslosenfürsorge und die der Gewerkschaften. Doch betrachtet man die vorliegende Literatur, so lassen auch diese Statistiken offenbar sehr gegensätzliche Interpretationen über Ausmaß und Entwicklung der Erwerbslosigkeit in der frühen Weimarer Republik zu. Festzuhalten ist zunächst, daß es sich bei der Zählung der unterstützten Erwerbslosen (s. Tab. 1) um eine Geschäftsstatistik der Erwerbslosenfürsorge handelt. Zu keinem Zeitpunkt ging es darum, die tatsächlich Erwerbslosen zu erfassen. In der einschlägigen Forschung besteht Konsens darüber, daß die Zählungen der unterstützten Erwerbslosen vor allem in den ersten Monaten der Demobilmachung und in der Endphase der Inflation ein höchst unvollständiges Bild der Erwerbslosigkeit geben.<sup>9</sup> Die folgende Tabelle beschreibt die von der Erwerbslosenfürsorge unterstützten Erwerbslosen in Groß-Berlin und (Alt-)Berlin.<sup>10</sup>

8 R. Van Valta, Arbeitsmarktstatistik, in: Handwörterbuch der Kommunalwissenschaften, Ergänzungsband, Jena 1927, S. 72.

9 Im Jahre 1919 wurden die Reichszahlen lediglich auf Grundlage von "Meldungen aus einer größeren Zahl von Städten" hochgerechnet. Seit März 1923 sind die Erwerbslosen im besetzten Gebiet nicht mehr in der Statistik enthalten. Vgl. F. Wunderlich, Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, S. 18-20.

10 Die wirtschaftliche Demobilmachung. Amtliche Anordnungen und Mitteilungen des Reichsamtes für Wirtschaftliche Demobilmachung, des Kriegsamtes und des Reichsverwertungsamtes (künftig: W. Dem.Bl.) 2, 1919, S. 22 (*Daten für Groß-Berlin*: 12/1918); Gemeindeblatt der Haupt- und Residenzstadt Berlin (künftig: GB) 60, 1919, S. 115 (für 1/1919); Mitteilungen der Erwerbslosenfürsorge Groß-Berlin (künftig: Mitt. E.F.), Sonderh. 1920, S. 39, (für 2/1919-3/1919); GB 60, 1919, S. 203 (für 4/1919); Mitt. E.F., H. 16, S. 10 (für 5/1919); GB 60, 1919, S. 274, 316, 350, 435 (für 6/1919-9/1919); K. Dettmer, Arbeitslose in Berlin. Zur politischen Geschichte der Arbeitslosenbewegung zwischen 1918 und 1923, Diss. Berlin 1977, S. 53 (für 10/1919 u. 1/1920-2/1920); Jahres- und Kassenbericht der Gewerkschaftskommission Berlins und Umgegend (künftig: Gew.komm) für das Jahr 1920, 1921, Berlin 1921, 1922, S. 41f. u. 65f. (für 3/1920-3/1922); Vierteljahresberichte des Statistischen Amtes der Stadt Berlin 1/1922-12/1923, passim (für 5/1922-12/1923); Monatsberichte des Statistischen Amtes der Stadt Berlin 47, 1919, 48, 1920, passim (für *Alt-Berlin*), K. Dettmer, Arbeitslose, S. 56 (außer: 2/1920 u. 10/1920).

Tabelle 1: Von der Erwerbslosenfürsorge unterstützte Erwerbslose in Groß-Berlin und (Alt-) Berlin, Dezember 1918 bis Dezember 1923

Jahr Monat	Groß-Berlin			(Alt-)Berlin			Frauenanteil	
	Männer	Frauen	Gesamt	Männer	Frauen	Gesamt	Berlin	Groß-Berlin
1918 12			114 058	60 090	19 384	79 474	24,4	
1919 1			241 972	113 537	48 123	161 660	29,8	
2			274 160	124 643	60 500	185 143	32,7	
3			264 582	120 165	58 728	178 893	32,8	
4			236 790	117 301	57 106	174 407	32,7	
5			220 628	109 333	51 895	161 228	32,2	
6			189 198	99 152	41 333	140 485	29,4	
7			153 434	86 400	28 942	115 342	25,1	
8			135 256	70 648	24 063	94 711	25,4	
9			119 493	63 711	20 145	83 856	24,0	
10			111 765	58 849	16 956	75 805	22,4	
11								
12				41 407	9 761	51 168	19,1	
1920 1			110 000					
2				40 000	7 000	47 000	14,9	
3	64 848	12 795	77 643	38 552	5 801	44 353	13,1	16,5
4	61 256	12 226	73 482					16,6
5	45 115	10 375	55 490					18,7
6	48 115	16 080	64 195	27 765	5 715	33 480	17,1	25,0
7	61 146	17 979	79 125	35 263	9 731	44 994	21,6	22,7
8	68 002	19 514	87 516	36 728	10 229	46 957	21,8	22,3
9	72 251	19 082	91 333	37 552	9 552	47 104	20,3	20,9
10	74 439	19 346	93 785	39 000	9 000	48 000	18,8	20,6
11	74 171	20 594	94 765					21,7
12	83 686	23 210	106 896					21,7
1921 1	82 538	22 933	105 471					21,7
2	89 572	23 895	113 467					21,1
3	104 378	26 887	131 265					20,5
4								
5	101 213	29 933	131 146					22,8
6	93 900	32 100	126 000					25,0
7	85 484	29 693	115 177					25,8
8	80 158	27 999	108 157					25,9
9	70 887	21 544	92 431					23,3
10	57 795	17 022	74 817					22,8
11	52 210	15 796	68 006					23,2
12	43 237	14 164	57 401					24,7
1922 1	42 746	12 776	55 522					23,0
2	41 402	11 399	52 801					21,6
3	33 513	8 626	42 139					20,5
4	20 870	6 130	27 000					22,2
5			7 000					
6	3 791	1 833	5 624					32,6
7			3 816					
8			2 904					
9	1 650	079	2 529					34,8
10			3 519					
11			5 044					
12	5 506	2 005	7 511					26,7
1923 1	9 212	2 549	11 761					21,7
2	13 979	3 180	17 159					18,5
3	25 156	5 437	30 593					17,8
4	34 800	9 261	44 061					21,0
5	41 804	10 737	52 541					20,4
6	28 237	7 517	35 754					21,0
7	23 552	5 790	29 342					19,7
8	26 431	6 590	33 021					20,0
9	77 639	20 537	98 176					20,9
10	110 675	33 840	144 515					23,4
11	151 405	53 065	204 470					26,0
12	172 628	63 225	235 853					26,8

Darüber hinaus existieren für das Jahr 1919 nur für manche Regionen nach Geschlecht differenzierte Angaben - für den Berliner Arbeitsmarkt etwa nur für den Bereich der Stadt Berlin, nicht aber für die umliegenden, 1920 mit Berlin zusammengeschlossenen Städte und Gemeinden, so daß die Daten auch aus diesem Grund allenfalls in beschränktem Maße aussagekräftig sind. Um aus der Statistik der unterstützten Erwerbslosen Aussagen über das tatsächliche Ausmaß der Arbeitslosigkeit in der frühen Weimarer Republik gewinnen zu können, müßte das Verhältnis zwischen Unterstützten und Nichtunterstützten bekannt sein. Dies ist jedoch nur für einen Teilbereich der Arbeitslosigkeit und in diesem auch nur für einige Jahre bekannt. Völlig im Dunkeln bleibt dagegen das Ausmaß der "unsichtbaren" Erwerbslosigkeit, der Erwerbslosigkeit von Menschen, die es aus sehr verschiedenen Gründen aufgegeben hatten, eine Erwerbsarbeit zu suchen und von den Arbeitsbehörden nicht (mehr) registriert wurden. Die historische Forschung geht zwar davon aus, daß diese Gruppe von Erwerbslosen mehrheitlich aus Frauen bestand, zumal ihr Ausschluß vom Arbeitsmarkt während verschiedener Zeiträume gesetzlich sanktioniert war, aber Angaben über die Größe dieser Gruppe sind nicht möglich.

Nur auf den Bereich der "sichtbaren" Arbeitslosigkeit beziehen sich auch die Versuche, den Anteil der unterstützten an den insgesamt Erwerbslosen zu bestimmen. Zeitgenössische Schätzungen beziffern den Anteil der Unterstützten auf ein Drittel bis die Hälfte aller Arbeitslosen.<sup>11</sup> Seit 1922 versuchte die Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung, genauere Informationen zu gewinnen, und verpflichtete "wichtigere" Arbeitsnachweise, für jeweils festgelegte Stichtage die Zahl der registrierten offenen Stellen, der eingeschriebenen Arbeitssuchenden, der als erwerbslos Registrierten und der unterstützten Erwerbslosen zu melden.<sup>12</sup> Die hier interessierenden Angaben für Groß-Berlin sind in Tabelle 2 zusammengestellt.

An der Repräsentativität dieser Stichtagszählungen sind gewisse Zweifel angebracht. Das Berliner Statistische Amt ermittelte im Geschäftsjahr 1922/23 (April 1922 - März 1923) rund 689.000 Arbeitsgesuche von Männern und rund 452.000 Arbeitsgesuche von Frauen bei allen Arbeitsnachweisen in Groß-Berlin. Der Frauenanteil an den Arbeitssuchenden betrug damit fast 40 Prozent.<sup>13</sup> Die Angaben der Stichtagszählungen reichten lediglich im Herbst 1922 an diesen Wert heran, in allen übrigen Monaten lagen sie deutlich darunter.

11 So etwa E. Münch, Maßnahmen für Erwerbslose in Groß-Berlin nach dem Weltkriege, Diss. Berlin 1923, S. 30.

12 Gegen Ende des Jahres 1923 wurde auch die Zahl der mit Notstandsarbeiten beschäftigten Arbeitslosen angeführt.

13 Erster Verwaltungsbericht der neuen Stadtgemeinde für die Zeit vom 1. Oktober 1920 bis zum 31. März 1924, Berlin 1926, H.7, S. 23.

**Tabelle 2:** Ergebnisse der Stichtagszählungen bei den wichtigeren Arbeitsnachweisen in Groß-Berlin, Januar 1922 - Dezember 1923<sup>14</sup>

Jahr	Mo- nat	Arbeitssuchende			Erwerbslose			Unterstützte Erwerbslose			Anteil der Unterst. an d. Er- werbslosen	
		absolut Männer	Frauen	Frauen- anteil	absolut Männer	Frauen	Frauen- anteil	absolut Männer	Frauen	Frauen- anteil	m	w
1922	1	54.230	13.848	20,3	54.082	13.666	20,2	7.529	3.793	33,5	13,9	27,8
	2	56.104	14.089	20,1	55.983	13.436	19,4	7.739	2.919	27,4	13,8	21,7
	3	42.088	12.423	22,8	41.779	11.723	21,9	4.120	2.351	35,8	10,1	20,1
	4	33.072	11.052	25,0	32.629	10.395	24,5	12.310	3.253	20,9	37,7	31,3
	5	30.779	14.585	32,2	30.495	14.033	31,5	7.637	2.230	22,6	25,0	15,9
	6	23.298	10.455	31,0	23.109	10.313	30,9	4.722	220	30,0	20,4	19,6
	7	24.441	10.888	30,8	23.587	10.574	31,0	2.894	1.480	33,8	12,3	14,0
	8	21.222	11.943	36,0	20.900	11.819	36,1	2.260	1.103	32,8	10,8	9,3
	9	25.215	16.115	39,0	25.003	15.883	38,8	1.479	852	36,6	5,9	5,4
	10	29.161	18.173	39,1	29.017	18.360	38,8	1.943	887	31,3	6,7	4,8
	11	33.224	21.116	38,9	33.006	20.896	38,8	3.168	1.228	27,9	9,6	5,9
	12	36.714	19.124	34,2	36.652	18.855	34,0	4.454	1.692	27,5	12,2	9,0
1923	1	48.570	23.763	32,9	48.495	23.359	32,5	7.102	2.399	23,2	14,6	10,3
	2	53.995	24.972	31,6	53.580	24.436	31,3	11.841	2.883	19,6	22,1	11,8
	3	61.515	31.205	33,7	61.331	30.866	33,5	17.014	3.668	17,7	27,8	11,9
	4	70.610	36.313	34,0	70.318	35.924	33,8	30.349	7.430	19,7	43,2	20,7
	5	67.430	31.755	32,0	67.112	31.301	31,8	39.647	10.478	20,9	59,1	33,5
	6	56.185	25.524	31,2	55.195	25.410	31,5	44.010	10.374	20,2	74,3	40,8
	7	48.472	22.163	31,4	48.196	21.874	31,2	27.797	6.226	18,3	57,7	28,5
	8	57.354	24.870	30,2	55.636	24.556	30,6	23.996	5.952	19,9	43,1	24,2
	9	110.006	46.242	29,6	108.252	45.531	29,6	51.114	13.277	20,6	47,2	29,2
	10	134.425	61.605	31,4	132.561	60.570	31,4	97.090	26.913	21,7	73,2	44,4
	11	178.525	86.082	32,5	178.188	85.260	32,4	131.705	43.268	24,7	73,9	50,7
	12	200.538	94.248	32,0	198.218	93.850	32,1	165.189	61.279	27,1	83,3	65,3

Auch die Zahlen der von den Arbeitsnachweisen als erwerbslos Registrierten (Spalte 2) geben vermutlich keinen zutreffenden Eindruck von der tatsächlichen Entwicklung der Erwerbslosigkeit. Auffällig ist insbesondere, daß sowohl bei den registrierten Erwerbslosen wie bei den Arbeitssuchenden der Frauenanteil im gesamten Erhebungszeitraum als nahezu gleich hoch registriert wurde. Die Zahl der unterstützten Erwerbslosen schließlich, die die Stichtagszählungen jeweils registrierten (Spalte 3), wich von der für Groß-Berlin insgesamt festgestellten zu verschiedenen Erhebungszeitpunkten in erheblicher Weise ab (s. Tabelle 1). Die Stichtagsangaben wiesen hier insgesamt nicht nur zu niedrige absolute Werte für Frauen und Männer aus, sondern vermitteln zugleich ein deutlich abweichendes Bild von der Entwicklung des Frauenanteils

14 RABl. N.F. 2, 1922, S. 41, 121, 183, 246, 302, 359, 407, 463, 527, 598, 691; N. F. 3, 1923, Stat. Beil. zu H. 1, 3, 5, 7, 9, 11, 13, 15, 17, 19, 21, 22/23; N. F. 4, 1924, Stat. Beil. zu H. 1/2.

an den unterstützten Erwerbslosen. Bis April 1922 ergab sich so ein zu hoher Frauenanteil an den unterstützten Erwerbslosen, in der Folgezeit bis zum Winter 1922/23 und Ende 1923 ist der Frauenanteil an den Unterstützten in den Stichtagszählungen dagegen deutlich zu niedrig angegeben.<sup>15</sup>

Die Angaben über die Zahl der unterstützten Erwerbslosen können also nur eine grobe Vorstellung vermitteln und erlauben allenfalls grobe tendenzielle Aussagen über die Entwicklung der Erwerbslosigkeit in den Nachkriegsjahren. Für Frauen und Männer ist gleichermaßen festzustellen, daß mit sinkender Zahl der als erwerbslos Registrierten auch der Anteil der Unterstützten zurückging und umgekehrt, eine Entwicklung, die mehr oder weniger ausgeprägt ebenso in anderen Regionen des Deutschen Reiches registriert wurde.<sup>16</sup> Einer zeitgenössischen Untersuchung zufolge ist diese Tendenz dahingehend zu interpretieren,

"...daß bei sich bessernder Konjunktur auf dem Arbeitsmarkt schließlich die erwerbsbeschränkten, mindertauglichen Elemente unter den Erwerbslosen vorherrschen, bei denen auch die Voraussetzungen der Erwerbslosenunterstützung nicht zutreffen oder die ihren Anspruch bereits erschöpft haben."<sup>17</sup>

Aus Erhebungen in anderen Städten ist bekannt, daß der Anteil der Unterstützten in den Jahren 1919 und 1920 sehr viel höher war als 1922. Für Köln wurden Anfang 1919 Werte zwischen 85 und 94 Prozent, Ende 1919 von 65 Prozent ermittelt, die dann kontinuierlich auf einen Tiefstand von nur noch 3,7 Prozent im August 1922 sanken.<sup>18</sup> 1922 und 1923, die einzigen Jahre, für die nach Geschlecht differenzierte Angaben aus den Groß-Berliner Stichtags-erhebungen vorhanden sind, lag der Anteil der Unterstützten bei den weiblichen fast durchgehend niedriger als bei den männlichen Erwerbslosen; die wenigen Ausnahmen dürften auf die beschriebene fehlerhafte Berichterstattung zurückzuführen sein.

Die Schwankungen des Unterstütztenanteils sowie die jeweils geringeren Werte für die weiblichen Erwerbslosen erklären sich aus den zahlreichen Veränderungen der Verordnung über Erwerbslosenfürsorge und der zu verschiedenen Zeitpunkten unterschiedlich weiten oder engen Ausnutzung der vorhandenen Ermessensspielräume.<sup>19</sup> Die aus solchen Verfahrensweisen zu ziehenden Konsequenzen für die Arbeitsmarktstatistik benannte der Spandauer

15 Vgl. Tabelle 1.

16 Für Köln: *L. Spindler*, Studien zur Erwerbslosenfürsorge, in: Kölner sozialpolitische Vierteljahresschrift 3, 1924, S. 24-58, hier S. 26; für Hamburg *K.C. Führer*, Arbeitslosigkeit, S. 535; für das Deutsche Reich 1922: *Stiller*, Die Erwerbslosenfürsorge, in: Jahrbuch für Nationalökonomie und Statistik, Bd. 120, 1923, S. 97-135, hier 120-123.

17 *L. Spindler*, Studien zur Erwerbslosenfürsorge, a.a.O.

18 Ebenda, Führer berichtet für Hamburg von einer vergleichbaren Entwicklung. Vgl. *K.C. Führer*, Unterstützung und Lebensstandard, S. 276ff.

19 *K.C. Führer*, Unterstützung und Lebensstandard, S. 277; *S. Rouette*, Sozialpolitische Regulierung, S. 378-408; *dies.*, Die Erwerbslosenfürsorge für Frauen in Berlin nach 1918, in: Internationale Wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung 21, 1985, S. 295-308.

Magistrat bereits 1920: "Die Zahl derjenigen Erwerbslosen, die Erwerbslosenunterstützung beziehen, besagt für den Arbeitsmarkt nichts. Sie erweist nur im Verhältnis zu den beim Zentralarbeitsnachweis eingeschriebenen 'Arbeitslosen', daß die Handhabung der Bestimmungen der Erwerbslosenfürsorge so geschieht, daß nur der dazu unbedingt Berechtigte sie erhält."<sup>20</sup>

Insgesamt vermittelt die Statistik der unterstützten Erwerbslosen damit nicht nur einen zu günstigen Eindruck von den Arbeitsmarktentwicklungen, sondern verzerrt diese auch in erheblicher Weise.

In der neueren Forschungsliteratur wird angesichts der Mängel der beschriebenen amtlichen Statistiken zumeist auf die Statistik der erwerbslosen Gewerkschaftsmitglieder zurückgegriffen, die für den Untersuchungszeitraum als "die umfassendste und zuverlässigste Informationsquelle" gewertet wird.<sup>21</sup> Doch auch die Gewerkschaftsstatistik liefert keineswegs ein verlässliches Bild. Eine eingehende Diskussion der Aussagegrenzen der Gewerkschaftsstatistik erscheint um so an notwendiger, als in den bislang publizierten Arbeiten überwiegend mit Gesamtzahlen und nicht mit den nach Geschlechtern differenzierten Zahlen der erwerbslosen Mitglieder der freien Gewerkschaften operiert wird. Wie die Analyse der Berliner Arbeitsmarktentwicklung gezeigt hat, muß jedoch von deutlichen Unterschieden auf den jeweiligen Teilarbeitsmärkten von Frauen und Männern ausgegangen werden.<sup>22</sup> Karin Hausen hat bereits vermutet, daß die Gewerkschaftsstatistik "may have depicted women's occupational situation less accurately than men's; the extent of organisation, fluctuation in membership, and occupational positioning differed markedly between the sexes. It is entirely possible that unionised women fell victim to unemployment far less often than unorganised women workers."<sup>23</sup>

Insbesondere für die ersten Nachkriegsjahre, in denen sich der Mitgliederstand innerhalb der Gewerkschaften in so erheblicher Weise veränderte, sind solche Überlegungen zu berücksichtigen. Zuvor kaum oder gar nicht organisierte Beschäftigtengruppen, vor allem un- bzw. angelernte Frauen sowie ungelernete Männer, drängten nach der Revolution in die Gewerkschaften.<sup>24</sup>

20 Magistrat Spandau an den Reg.Präs. in Potsdam, 21.2.1920, Staatsarchiv Potsdam, Rep. 2A, Regierung Potsdam, I SW Nr. 798, Bl. 138.

21 Das Zitat bei *D. Petzina*, Arbeitslosigkeit, S. 240.

22 Vgl. *S. Rouette*, Frauenerwerbsarbeit in Demobilmachung und Inflation.

23 *K. Hausen*, Unemployment also Hits Women: The New and The Old Woman on the Dark Side of the Golden Twenties in Germany, in: *P.D. Stachura* (Hg.), Unemployment and the Great Depression in Weimar Germany, London 1986, S. 78-120, hier S. 107.

24 Einen Überblick über die Entwicklung der Gewerkschaften in der Nachkriegszeit bieten *G. Losseff-Tillmanns*, Frauenemanzipation und Gewerkschaften, Wuppertal 1978, S. 169ff.; *H.J. Bieber*, Gewerkschaften in Krieg und Revolution. Arbeiterbewegung, Industrie, Staat und Militär in Deutschland 1914-1920, 2 Teile, Hamburg 1981; *H. Pott-hoff*, Gewerkschaften und Politik zwischen Revolution und Inflation, Düsseldorf 1979; *M. Schneider*, Die christlichen Gewerkschaften, Bonn 1983, S. 442ff.; *H.A. Winkler*, Von der Revolution zur Stabilisierung. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1918 bis 1924, Berlin/Bonn 1985; *K. Hagemann*, Frauenalltag und

Welchen Einfluß dies auf die Zählung der gewerkschaftlichen Arbeitslosen hatte, ist bislang nicht untersucht. Angesichts der massenhaften Neueintritte und der anhaltend hohen, geschlechtsspezifisch jeweils unterschiedlichen Fluktuationsraten während des Krieges und in den Nachkriegsjahren hatten zahlreiche Gewerkschaftsmitglieder keinen Anspruch auf gewerkschaftliche Unterstützung, die in den meisten Verbänden erst nach einjähriger Zugehörigkeit gewährt wurde und deren Dauer je nach Verband und Mitgliedsdauer von zehn Tagen bis zu einem Dreivierteljahr variierte.<sup>25</sup> Frieda Wunderlich hat darauf hingewiesen, daß für die Statistik der erwerbslosen Gewerkschaftsmitglieder häufig nur die Unterstützten berücksichtigt wurden; nicht oder unvollständig gezählt wurden dagegen die noch nicht oder nicht mehr unterstützten erwerbslosen Gewerkschaftsmitglieder.<sup>26</sup>

Zu beachten ist weiterhin, daß trotz des erhöhten Zustroms weiblicher und ungelernter männlicher Arbeitskräfte in den Nachkriegsjahren qualifizierte Arbeiter in den Gewerkschaften generell überrepräsentiert blieben,<sup>27</sup> auch wenn sich der gewerkschaftliche Organisationsgrad in den Nachkriegsjahren in entscheidender Weise veränderte.<sup>28</sup> Demzufolge kamen schon zeitgenössische Sachkenner zu dem Schluß: "Ein Nachteil (der Gewerkschaftsstatistik, S.R.) ist darin zu erblicken, daß ihre Ergebnisse deshalb nicht ohne weiteres auf die

---

Männerpolitik. Alltagsleben und gesellschaftliches Handeln von Arbeiterfrauen in der Weimarer Republik. Untersucht am Beispiel des sozialdemokratischen Milieus in Hamburg, Bonn 1990, S. 466ff.; für Berlin G.-J. Glaessner/D. Lehnert/K. Sühl (Hg.), Studien zur Arbeiterbewegung und Arbeiterkultur in Berlin, Berlin 1989.

- 25 Zum gewerkschaftlichen Unterstützungswesen im Kaiserreich vgl. A. Faust, Funktion und soziale Bedeutung des gewerkschaftlichen Unterstützungswesens. Die Arbeitslosenunterstützung der Freien Gewerkschaften im Deutschen Kaiserreich, in: H. Mommsen/W. Schulze (Hg.), Vom Elend der Handarbeit, S. 395-417, zu den Unterstützungsmodalitäten v.a. S. 406. Eine vergleichbare Untersuchung für die Weimarer Zeit liegt nicht vor; Angaben zu Unterstützungsvoraussetzungen, -dauer und (in verschiedenen Verbänden für Frauen und Männer unterschiedlicher) Unterstützungshöhe: Statistische Beilage zum Korrespondenzblatt des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (künftig: Stat. Beil. Korr. Bl.) Nr. 3, 1921, S. 75.
- 26 F. Wunderlich, Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, S. 14. Woytinski vertrat dagegen wenige Jahre später die Ansicht, daß die gewerkschaftliche Arbeitslosenstatistik "keine Aussteuerung der Arbeitslosen" kenne, "auch wenn diese jahrelang außer Arbeit stehen." W. Woytinski, Der deutsche Arbeitsmarkt. Ergebnisse der gewerkschaftlichen Arbeitslosenstatistik 1919 bis 1929, Berlin 1930, S. 89.
- 27 H. Potthoff, Freie Gewerkschaften, S. 38ff.
- 28 Vgl. H. Potthoff, Gewerkschaften zwischen Aufschwung und Krise, Anhang zum Nachdruck des Korrespondenz-Blatt des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes 33, Berlin 1923, Berlin 1985, S. 35; ders., Freie Gewerkschaften, S. 41ff.; K. Hagemann, Frauenalltag und Männerpolitik, S. 584; zum DMV B. Kassel, Die Frauenerwerbsarbeit in der Metallindustrie und die gewerkschaftliche Frauenpolitik des DMV am Beispiel der Lohnpolitik in den 20er Jahren, in: Hefte zur Wirtschaftsgeschichte 2, (Frauenarbeit im 19. und 20. Jahrhundert. Tagung des Arbeitskreises Geschichte und Produktivkräfte), Berlin 1990, S. 106-118; L. Wentzel, Inflation und Arbeitslosigkeit. Gewerkschaftliche Kämpfe und ihre Grenzen am Beispiel des Deutschen Metallarbeiterverbandes 1919 - 1924, Hannover 1981.

gesamte Arbeiterschaft anwendbar sind, weil die Arbeiterfachverbände sich zum großen Teil aus gelernten und qualifizierten Arbeitern zusammensetzten. Die hieraus gewonnene Arbeitslosenziffer kann also gerade für die ungelerten Arbeiter mit dem größten Arbeitslosenrisiko nicht immer maßgebend sein."<sup>29</sup>

Aus der Höhe der Erwerbslosenquote unter den Gewerkschaftsmitgliedern kann daher wohl kaum auf die Höhe der Erwerbslosenquote unter allen Beschäftigten geschlossen werden. Das vergleichsweise geringere Erwerbslosenrisiko gewerkschaftlich organisierter Beschäftigter ist für den Groß-Berliner Raum anhand genauerer Daten zu belegen. So berichtete die Berliner Gewerkschaftskommission, daß Ende Januar 1919 lediglich 22 Prozent der Erwerbslosen gewerkschaftlich organisiert seien.<sup>30</sup> Für einen späteren Zeitraum dokumentieren die in Tabelle 3 zusammengestellten Angaben der Berliner Erwerbslosenfürsorge einen ähnlichen Sachverhalt.

---

29 R. Van Valta, Arbeitsmarktstatistik, S.74.

30 Gew.komm. 1918, S. 6.

**Tabelle 3:** Anteil der organisierten unterstützten Erwerbslosen in Groß-Berlin, Januar 1920 bis August 1921<sup>31</sup>

	Zeitpunkt	Zahl der unterstützten Erwerbslosen	Davon organisiert	
			abs.	in Prozent
1920	Juni	64.295	18.000	28,0
	Juli	79.100	24.900	31,5
	Sept.	91.300	25.600	28,0
	Nov.	94.800	25.600	27,0
	Dez.	106.900	28.200	26,4
1921	Jan.	105.500	27.000	25,6
	Febr.	113.500	28.000	24,7
	März	131.300	31.600	24,1
	April	115.000	32.000	27,8
	Mai	131.200	30.500	23,2
1921	Aug	108.100	36.000	33,3

Berichtet wurde allerdings nicht ausschließlich, vermutlich aber mehrheitlich über Organisierte, für die den Verbänden Kontrolle und Auszahlung der Unterstützung zugestanden worden war.<sup>32</sup> Der Anteil der Organisierten an den

31 Unterstützte Erwerbslose nach Tab. 1; die Angaben über die organisierten Unterstützten: Mitt. E.F., H. 30, S. 144, H. 31, S. 158, H. 34, S.200f., H. 35, S. 227, 258, H. 37, S. 281.

Für die Berechnung des Anteils der organisierten Unterstützten wurde nicht auf die in den Mitt. E.F. jeweils genannte Zahl der unterstützten Erwerbslosen in Berlin, sondern auf die Zahl für Groß-Berlin zurückgegriffen. Eine genauere Überprüfung der Unterstützungsmodalitäten ergibt nämlich, daß den Verbänden die Kontrolle und Auszahlung für die Mehrheit ihre Organisierten in Groß-Berlin überwiesen wurde, z.T. sogar auch für Unorganisierte, die im entsprechenden Gewerbebezirk erwerbslos gemeldet waren. Vgl. z.B. die veröffentlichte Entscheidung des Hauptausschusses für Erwerbslosenfürsorge bezgl. des Verbandes der Gastwirtsgehilfen, mit dem folgendes Verfahren vereinbart wurde: Die männlichen Gastwirtsgehilfen werden "beim Verbands ausgezahlt, ohne Unterschied, ob sie in Berlin oder in den Vororten unterstützt werden und ob sie organisiert sind oder nicht." Die weiblichen Gastwirtsgehilfen werden, "soweit sie Unterstützung beziehen (sic!), ... in den Vorortgemeinden kontrolliert und ausgezahlt und dem Verbands der Gastwirtsgehilfen nur dann überwiesen, wenn sie es ausdrücklich beantragen." Mitt. E.F., H. 18, S. 13, Hervorh. i. O. Im übrigen gibt dieses Verfahren einen interessanten Hinweis auf die Validität der von den Gewerkschaften erhobenen Erwerbslosenquoten.

32 Das Statut der Erwerbslosenfürsorge Groß-Berlin gewährte 1919 zunächst den freien, den christlichen und den Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften das Recht, die Kontrolle ihrer erwerbslosen Mitglieder und die Auszahlung ihrer Unterstützungen selbst durchzuführen. Der Hauptausschuß für Erwerbslosenfürsorge konnte darüber hinaus in

Unterstützten erreichte maximal ein Drittel, meistens lag er darunter; der Anteil der gewerkschaftlich organisierten Erwerbslosen dürfte sich gegenüber dem für Januar 1919 genannten Wert von etwa 22 Prozent nur wenig verändert haben.<sup>33</sup>

Dagegen lag im Jahre 1920 der Organisationsgrad von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern auf Reichsebene bei etwa 40 Prozent und von Arbeiterinnen und Arbeitern bei fast 70 Prozent.<sup>34</sup> Der "Organisationsgrad" der unterstützten Erwerbslosen blieb weit unter diesen Werten. Es ist überaus eindrucksvoll erkennbar, daß unorganisierte Erwerbslose nicht nur einem deutlich höheren Arbeitsplatzrisiko unterlagen als organisierte, sondern auch geringeren Chancen hatten, eine Unterstützung zu erhalten.

Die Angaben über die Erwerbslosigkeit in den Berliner Gewerkschaften, wie sie in Tabelle 4 zusammengestellt sind, verdeutlichen den Sachverhalt des niedrigeren Arbeitsplatzrisikos von qualifizierten Beschäftigten ebenfalls. Gerade für diejenigen Verbände, die traditionell einen hohen Ungelerntenanteil aufwiesen, so der Fabrikarbeiterverband, der Transportarbeiterverband und weitenteils der Metallarbeiterverband, zeigt die Statistik unterdurchschnittliche Erwerbslosenquoten. Eine Ausnahme bildete hier der Bauarbeiterverband, in dem die Arbeitslosenziffern durch die spezifische Situation im Baugewerbe der Nachkriegszeit durch saisonbedingte (Winter-)Erwerbslosigkeit in die Höhe getrieben wurden. Es muß daher angenommen werden, daß in den anderen genannten Branchen die Arbeitsmarktentwicklung tatsächlich sehr viel schlechter verlief als dies die Statistik abbildet. Besonders hohe Arbeitslosenziffern wurden dagegen für diejenigen Verbände berechnet, die v.a. Beschäftigte in handwerklichen Berufen organisierten, so in der Lederindustrie, dem Holz- und Schnitzstoffgewerbe und mit wenigen Ausnahmen auch im Nahrungs- und Genußmittelgewerbe.

---

weiteren Fällen entscheiden. So wurde dies z.B. auch von der Handwerkskammer für die selbständigen Handwerker geregelt. Insgesamt wurden Kontrolle und Auszahlung im Laufe des Jahres 1919 an über 100 Organisationen delegiert. Mitt. E.F., Sonderh., S. 27f.

33 Für München wurde geschätzt, "daß der Anteil der Organisierten an der Gesamtzahl der Unterstützten zwischen 1/3 und 1/2 schwankt und zwar derart, daß er im Sommer und in Zeiten schlechten Geschäftsgangs zurückgeht." L. Spindler, Studien zur Erwerbslosenfürsorge, S. 38.

34 K. Hagemann, Frauenalltag, S. 584; H. Pothoff, Freie Gewerkschaften, S. 41.

**Tabelle 4:** Erwerbslosigkeit in den freien Gewerkschaften, Berlin und Brandenburg, 1919 bis 1922<sup>35</sup>

Von 100 vom Bericht erfaßten Mitgliedern waren erwerbslos  
am Ende der letzten Woche des Vierteljahres

Jahr	Quartal	Alle Verbände	Maschinenbau/Metallverarbeitung.	Spinnstoffgewerbe a)	Ledenn. einschl. Schuhm.	Holz- u. Schnitzstoffgew.	Nahrungs- u. Genussmittelgew.	Baugewerbe	Vervielfältigungsgewerbe b)	Handel und Verkehr c)	Versch. Berufe d)
1918	3	0,6									
	4	9,4									
1919	1	7,2	2,6	2,7	24,5	15,3	11,7	8,8	9,1	5,9	1,7
	2	3,5	1,5	1,7	9,5	6,5	8,5	6,8	5,4	3,2	1,1
	3	2,8	1,3	1,5	11,4	3,4	7,4	3,6	4,1	2,6	1,0
	4	2,6	1,3	2,0	7,2	2,4	6,0	7,5	3,6	2,4	1,7
1920	1	2,7	2,4	2,0	0,9	2,9	3,8	3,2	3,3	2,0	1,1
	2	4,9	2,9	5,9	20,5	14,7	4,6	4,2	6,3	2,7	1,8
	3	5,6	5,1	3,2	19,0	20,3	6,5	5,5	5,3	3,1	2,0
	4	6,8	9,8	1,9	7,0	11,3	4,0	11,6	4,2	3,2	5,9
1921	1	6,5	10,4	2,0	13,3	10,1	4,7	10,1	1,9	3,6	2,8
	2	6,2	10,9	5,9	11,8	11,1	5,6	6,8	1,5	3,9	2,4
	3	3,0	4,0	3,2	6,9	5,7	1,6	0,8	2,1	3,1	2,9
	4	2,3	1,6	1,9	5,6	1,7	6,6	7,7	0,9	0,8	2,1
1922	1	1,8	1,1	0,6	3,6	1,0	10,9	2,3	2,0	1,7	1,8
	2	1,2	0,4	0,3	3,5	1,3	6,2	0,7	1,1	1,1	0,5
	3	1,4	0,5	1,2	3,4	2,1	3,7	1,6	6,0	0,7	0,6
	4	3,0	1,2	2,5	11,4	2,7	17,1	4,1	9,7	1,2	1,7

a) nur TextilarbeiterInnen  
c) v.a. TransportarbeiterInnen

b) nur Buchdrucker  
d) v.a. FabrikarbeiterInnen

Ein Vergleich zwischen der Statistik der gewerkschaftlichen und der in der Erwerbslosenfürsorge unterstützten Erwerbslosen (s. Tab. 1) zeigt im übrigen deutliche Unterschiede in der jeweils abgebildeten Entwicklung der Erwerbslosigkeit im Groß-Berliner Wirtschaftsraum, besonders auffallend im Jahr 1920 und Anfang 1921, also in der Phase der relativen Stabilisierung, sowie in der zweiten Hälfte des Jahres 1922. Während die Erwerbslosenfürsorge (mit Ausnahme des letzten Quartals 1919) bis Mitte 1920 einen deutlichen Rückgang der Unterstützten verzeichnete, registrierte die Berliner Gewerkschaftskommission bereits seit Anfang 1920 einen deutlichen Anstieg der Erwerbslosenquote. Diese reichte zudem im weiteren Verlauf nahezu wieder an die Werte heran, wie sie Anfang 1919 verzeichnet worden waren. Dagegen blieben die Zahlen der Unterstützungsempfänger in der Erwerbslosenfürsorge 1920 und 1921 erheblich unter dem Niveau des ersten Halbjahres 1919.

<sup>35</sup> Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich (künftig: StJbDR) 41, 1920, S. 260; 42, 1921/22, S. 444f.; 43, 1923, S. 237f.

Ähnliche Unterschiede waren auch in der zweiten Hälfte des Jahres 1922 erkennbar. Während die Zahl der Unterstützungsempfänger in der Erwerbslosenfürsorge zunächst noch rückläufige Daten aufwies und erst im letzten Quartal 1922 langsam stieg, verzeichnete die Gewerkschaftsstatistik bereits seit dem Sommer 1922 eine Zunahme der Erwerbslosenquote. Eine Aussage über die Unterschiede in der gewerkschaftlichen Erwerbslosenquote von weiblichen und männlichen Mitgliedern ist für die Berliner Region nicht möglich, da keine nach Geschlecht gegliederten Angaben vorliegen. Für diesen Zweck muß daher die Berichterstattung für das gesamte Deutsche Reich herangezogen werden.

**Tabelle 5:** Anteil der für die Statistik über Erwerbslosigkeit in den Gewerkschaften erfaßten Mitglieder an der Gesamtmitgliedschaft<sup>36</sup>

Jahr	Mitglieder Gesamt (1)		Zahl der Gew.-mitglieder, die f. d. Statistik der erwerbslosen Gew.-mitglieder erfaßt wurden		Anteil Spalte (2) von (1) in % (2)	
	Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer
1919	1.193.000	4.286.000	1.118.002	3.941.191	93,7	92,0
1920	1.711.000	6.179.000	1.300.026	4.332.877	76,0	70,1
1921	1.518.000	6.050.000	1.398.672	4.546.752	92,1	75,2
1922	1.688.000	6.207.000	1.565.752	4.733.638	92,7	76,3
1923	1.526.000	5.612.000	1.151.691	3.730.042	75,5	66,5

a) jeweils zum Jahresende

In den Jahren 1919 bis 1923 wurde von den gewerkschaftlichen Erhebungen über die Erwerbslosigkeit in den Verbänden ein wechselnder Anteil der Gewerkschaftsmitglieder erfaßt, die weiblichen Mitglieder allerdings stets zu einem höheren Prozentsatz als die männlichen Mitglieder. Zu beachten ist, daß die Verbände von Jahr zu Jahr und von Verband zu Verband in höchst unterschiedlicher Vollständigkeit über die Zahl ihrer erwerbslosen Mitglieder berichteten.<sup>37</sup> Diese Schwankungen sind besonders problematisch, da die der Erhebung zugrunde liegenden Daten nicht in einheitlicher Weise zustande gekommen sind. Insbesondere für die Jahre 1919 bis 1921 liegen nicht von

36 Gewerkschaftsmitglieder: S. Bajohr, Die Hälfte der Fabrik. Geschichte der Frauenarbeit in Deutschland 1914-1945, Marburg 1979, S. 89; Gewerkschaftsstatistik über erwerbslose Mitglieder bei W. Woytinski, Der deutsche Arbeitsmarkt, Teil 2, S. 121.

37 Die Erfassungsquote reichte z.B. 1922 von 40 Prozent im Verband der Maschinisten u. Heizer über 63 Prozent bei den Bekleidungsarbeitern bis zu 100 Prozent beim Baugewerks-Bund und dem Verband der Bäcker und Konditoren. Der DMV, der ein knappes Viertel aller ADGB-Mitglieder stellte, erreichte eine Quote von 84 Prozent. Vgl. die Übersicht über die Erwerbslosigkeit in den wichtigsten Arbeiterfachverbänden 1922 - 1924, in: StJbDR 44,1924/25, S. 296.

allen Verbänden Angaben vor.<sup>38</sup> Angesichts der beträchtlichen Unterschiede in den Erwerbslosenquoten, die die einzelnen Verbänden registrierten, muß mit einer nicht zu vernachlässigenden Fehlerquote für die Gesamtberichterstattung gerechnet werden. Die jeweils registrierten Erwerbslosenquoten unter den Gewerkschaftsmitgliedern sind daher für die einzelnen Jahre nur eingeschränkt miteinander vergleichbar. Für den Untersuchungszeitraum ist es dementsprechend wenig sinnvoll, die Statistik über die Erwerbslosigkeit in den Gewerkschaften detailliert zu analysieren, allenfalls erscheinen grobe Tendenzen ableitbar. Die Angaben der Gewerkschaftsstatistik sind in Tabelle 6 zusammengestellt. Sie zeigen zwischen Januar 1919 und Dezember 1923 beständige Schwankungen der Erwerbslosenquoten von Frauen und Männern, die nach übereinstimmender Feststellung der historischen Forschung in hohem Maße mit der Wechselkursbewegung der Mark bzw. der Preissteigerungsrate korrelieren.<sup>39</sup>

---

38 An der Berichterstattung nahmen nicht teil der Landarbeiterverband, der Verband der Eisenbahner, der Film- und Kinoangehörigen, der Feuerwehrmänner, der Hotel-, Restaurant- und Caféangestellten, der Musiker, der Schornsteinfeger und der Schweizer. W. Woytinski, *Der deutsche Arbeitsmarkt*, S. 12f.

Die Berichterstattung folgender Verbände setzte erst nach 1919 ein: der Verband der Gärtner (ab Okt. 1920), Tabakarbeiterverband (1919 nur vierteljährlich); Verband der Bekleidungsarbeiter (ab Juni 1920), Verband der Lederarbeiter (1919 bis Mitte 1920 nur vierteljährlich, monatlich ab Juni 1920), Verband der Fleischer (1920); Verband der Zimmerer (1924), Verband der Dachdecker (1923), Verband der Steinarbeiter (1921), Verband der Bergarbeiter (1927). W. Woytinski, *Der deutsche Arbeitsmarkt*, S. 122-158.

39 Vgl. C.-L. Holtfrerich, *Die deutsche Inflation 1914-1923. Ursachen und Folgen in internationaler Perspektive*, Berlin/New York 1980, S. 197-199; M. Niehuss, *Arbeitschaft*, S. 212-216. Der Zusammenhang von Erwerbslosigkeit und Inflationsentwicklung war auch schon den ZeitgenossInnen geläufig. Vgl. die graphischen Darstellungen in den Statistischen Beilagen zum RABl. N.F. 2, 1922 u. 3, 1923, passim.

**Tabelle 6:** Erwerbslosigkeit unter den Gewerkschaftsmitgliedern im Deutschen Reich, 1919-1923<sup>40</sup>

Jahr	Zahl der erfaßten Mitglied.	Erwerbslosigkeit unter den Gewerkschaftsmitgliedern im Deutschen Reich, 1919-1923 <sup>40</sup>												Im Jahresdurchschnitt
		Jan.	Feb.	März	Apr.	Mai	Ende des Monats						Dez.	
		Jan.	Feb.	März	Apr.	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	
Erwerbslosenquote aller Gewerkschaftsmitglieder (in %)														
1919	5.059.193	6,6	6,0	3,9	5,2	3,8	2,5	3,1	3,1	2,2	2,6	2,9	2,9	3,7
1920	5.632.903	3,4	2,9	1,9	1,9	2,7	4,0	6,0	5,9	4,5	4,2	3,9	4,1	3,8
1921	5.945.424	4,5	4,7	3,7	3,9	3,7	3,0	2,6	2,2	1,4	1,2	1,4	1,6	2,8
1922	6.299.035	3,3	2,7	1,1	0,9	0,7	0,6	0,6	0,7	0,8	1,4	2,0	2,8	1,5
1923	4.881.783	4,2	5,2	5,6	7,0	6,2	4,1	3,5	6,3	9,9	19,1	23,4	28,2	10,2
Erwerbslosenquote der weiblichen Gewerkschaftsmitglieder (in %)														
1919	1.118.002	7,9	8,0	4,8	6,8	5,0	3,8	4,2	4,8	4,1	3,9	3,8	3,6	5,1
1920	1.300.026	3,6	3,6	2,1	2,2	3,8	5,9	10,0	8,7	5,9	4,9	3,8	3,4	4,8
1921	1.398.672	3,7	4,1	3,7	4,4	4,4	3,4	2,8	2,3	1,4	1,4	1,2	1,3	2,8
1922	1.565.397	1,7	1,7	0,9	0,8	0,8	1,0	0,8	1,1	1,4	2,4	3,4	4,3	1,7
1923	1.151.691	5,3	6,4	7,2	8,5	7,3	5,3	4,7	7,9	10,8	18,4	20,	19,6	10,1
Erwerbslosenquote der männlichen Gewerkschaftsmitglieder (in %)														
1919	3.941.191	6,2	5,5	3,6	4,8	3,5	2,1	2,8	2,6	1,7	2,3	2,7	2,8	3,4
1920	4.332.877	3,3	2,8	1,9	1,9	2,4	3,5	5,0	5,2	4,1	4,0	3,9	4,3	3,5
1921	4.546.752	4,7	4,9	3,7	3,8	3,5	2,9	2,5	2,2	1,4	1,1	1,4	1,7	2,8
1922	4.733.638	3,8	1,8	1,2	0,9	0,6	0,5	0,5	0,5	0,6	1,1	1,6	2,4	1,8
1923	3.730.042	3,9	4,8	5,1	6,6	5,9	3,6	3,1	5,7	9,6	19,3	24,4	30,8	10,2

Die Tabelle 6 zeigt außerdem, daß die Erwerbslosigkeit der weiblichen Gewerkschaftsmitglieder mit Ausnahme der Wintermonate der Jahre 1920 bis 1922 stets über der der männlichen Kollegen lag.<sup>41</sup> Die höhere Winterarbeitslosigkeit der Männer ist, wie erwähnt, vor allem auf die hohe Saisonabhängigkeit der Beschäftigung im Bau- und Baunebengewerbe zurückzuführen.

Das im Vergleich zu gewerkschaftlich organisierten Männern höhere Arbeitsplatzrisiko organisierter Frauen wird deutlicher, wenn man die geschlechtsspezifischen Erwerbslosenquoten in denjenigen Verbänden bzw. Branchen miteinander vergleicht, die sowohl Männer als auch Frauen organisierten, und die Mitgliederzahlen dieser Verbände in Beziehung zur Gesamt-

40 W. Woytinski, Arbeitsmarkt, S. 121; Mitgliederzahlen jeweils zum Jahresende.

41 Auf die Untererfassung der Erwerbslosigkeit von Frauen und von ungelerten Männern wurde bereits hingewiesen (s.o.).

mitgliedschaft setzt. Von den genannten Verbänden wiesen die in Tabelle 7 aufgelisteten im Jahre 1919 eine Erwerbslosenquote auf, die über dem Durchschnitt von 3,4% bei den Männern bzw. 5,1% Prozent bei den Frauen lag.

**Tabelle 7:** Freigewerkschaftliche Verbände mit überdurchschnittlicher Erwerbslosigkeit unter den weiblichen oder männlichen Mitgliedern 1919<sup>42</sup>

Verband der	Erwerbslose Gewerkschaftsmitglieder			
	Männliche		Weibliche	
	abs.	in %	abs.	in %
Alle Verbände	134.000	3,4	57.018	5,1
Textilarbeiter	10.825	8,2	20.602	8,5
Hutarbeiter	269	4,4	2.513	18,6
Buchbinder u. Papierarbeiter	1.758	8,5	1.463	3,1
Sattler, Tapezierer,	3.365	17,3	781	14,4
Bäcker u. Konditoren	5.046	12,3	804	4,2
Friseure	613	6,8	6	0,5
Anteil d. in diesen Verbänden Organisierten an den insgesamt Organisierten		4,2		19,6

In diesen sechs Verbänden mit überdurchschnittlich hohen Erwerbslosenquoten waren also 4,2 Prozent aller männlichen, aber fast 20 Prozent der weiblichen freigewerkschaftlichen Gewerkschaftsmitglieder organisiert.<sup>43</sup> Tatsächlich lagen diese Anteile wohl noch höher, da sich 1919 verschiedene Verbände noch nicht an der Berichterstattung beteiligten, darunter auch der Verband der Schneider und Schneiderinnen (ab 1920 Bekleidungsarbeiter), in dem immerhin 5,6 Prozent aller weiblichen, aber nur 1,1 Prozent aller männlichen Mitglieder organisiert waren.<sup>44</sup> Mit anderen Worten ausgedrückt lautet der Befund also: Die weiblichen Gewerkschaftsmitglieder arbeiteten in weit stärkerem Maße in Berufen, in denen sie einem hohen Erwerbslosigkeitsrisiko ausgesetzt waren.

Ein ähnliches Ergebnis hinsichtlich des höheren Arbeitslosigkeitsrisikos von Arbeiterinnen zeigt sich selbst 1922, einem Jahr, in dem auf der Gesamtebene (siehe Tab. 6) nur geringe Erwerbslosenquoten registriert wurden.

42 W. Woytinski, Der deutsche Arbeitsmarkt, S. 122-153.

43 Berechnet nach ebenda.

44 Berechnet nach den Angaben in Stat. Beil. Korr. Bl. Nr. 4, 1920, S. 80.

**Tabelle 8:** Freigewerkschaftliche Verbände mit überdurchschnittlicher Erwerbslosigkeit unter den weiblichen oder männlichen Mitgliedern 1922<sup>45</sup>

Verband der	Erwerbslose Gewerkschaftsmitglieder			
	Männliche	in %	Weibliche	in %
	abs.		abs.	
Alle Verbände	85.205	1,8	26.611	1,7
Gärtner	276	2,3	191	6,9
Fabrikarbeiter	5.066	1,1	3.487	1,8
Hutarbeiter	251	3,0	2.040	9,6
Sattler, Tapezierer,				
Portefeuille	834	2,6	177	1,8
Tabakarbeiter	1.399	7,9	5.986	8,0
Fleischer	1.493	10,1	109	6,5
Bäcker	2.309	5,7	1.882	4,7
Gemeinde- u. Staatsarb.	1.918	1,1	1.032	2,4
Friseure	138	3,0	31	2,8
Getränke- u. Mühlenarb.	612	0,8	181	2,9
Anteil d. in diesen Verbänden Organisierten an den insgesamt Organisierten		17,8		25,3

Wiederum waren in den Verbänden, die überdurchschnittliche Erwerbslosenquoten registrierten, deutlich mehr weibliche als männliche Arbeitskräfte organisiert. Damit spiegeln diese Angaben die unterschiedliche Arbeitssituation von Arbeiterinnen und Arbeitern in hohem Maße wider. Sie verweisen darauf, daß sich die Frauenerwerbstätigkeit auf deutlich weniger Branchen bzw. Berufen verteilte als die der Männer, und daß Frauen in überproportionalem Maße in denjenigen Arbeitsmarktsegmenten beschäftigt waren, in denen in den Nachkriegsjahren ein hohes Arbeitsplatzrisiko vorhanden war.

<sup>45</sup> W. Woytinski, Der deutsche Arbeitsmarkt, S.122-153. In dieser Aufstellung wurden wiederum nur diejenigen gemischten Verbände berücksichtigt, die für Frauen oder Männer oder für beide überdurchschnittliche Erwerbslosenquoten meldeten. Nicht aufgenommen wurden die Verbände der Bauarbeiter, der Poliere, der Maler und der Buchdrucker, die ausschließlich Männer organisierten. Zusammengenommen waren in diesen vier Verbänden im Durchschnitt des Jahres 1922 10,4 Prozent aller männlichen Mitglieder der freien Gewerkschaften organisiert. Berechnet nach den Angaben im "Jahrbuch der Berufsverbände im Deutschen Reiche", Ausgabe 1925, S. 111. Angaben d. letzten Zeile ebenfalls berechnet nach ebenda.

Für die Angestelltenverbände liegen statistische Angaben zur Erwerbslosigkeit ebenfalls lediglich auf Reichsebene vor. Diese sind im Vergleich mit der Statistik der Gewerkschaftsmitglieder jedoch wesentlich unzuverlässiger und unvollständiger. Insbesondere die Berichterstattung der weiblichen Verbände weist in den ersten Nachkriegsjahren zu große Lücken auf, um auch nur einigermaßen zuverlässige Aussagen machen zu können.<sup>46</sup> Nach übereinstimmender Auffassung der zeitgenössischen Literatur ist von einer wesentlich über dem Vorkriegsstand liegenden Erwerbslosigkeit unter den Angestellten lediglich 1919 auszugehen; infolge der Inflationswirkungen habe sich die Erwerbslosenquote zwischen 1921 und 1923 deutlich unter Vorkriegsniveau bewegt. Saisonale Schwankungen seien nahezu ausschließlich bei technischen, nicht jedoch bei kaufmännischen Angestellten registriert worden. Ein Vergleich der unterschiedlichen Erwerbslosenquoten von Frauen und Männern ist auch nur für die kaufmännischen Angestellten sinnvoll, da nur in diesem Bereich ein nennenswerter Anteil erwerbstätiger Frauen vorhanden war. Für die Zeit der inflationären Hochkonjunktur wird davon ausgegangen, daß die weiblichen kaufmännischen Angestellten relativ bessere Chancen auf dem Arbeitsmarkt gehabt hätten.<sup>47</sup> Bei solchen Aussagen ist jedoch wiederum zu bedenken, daß die Angestelltenverbände ähnlich wie die Gewerkschaften vorrangig die besser qualifizierten Arbeitskräfte organisierten. So berichtet Benthous, daß in den Nachkriegsmonaten "Frauen mit fehlender oder schlechter kaufmännischer Ausbildung" unter starker Erwerbslosigkeit gelitten, dagegen qualifizierte weibliche Arbeitskräfte schon bald wieder eine Stellung gefunden hätten.<sup>48</sup> Erst in der Stabilisierungskrise und mit Beginn des Personalabbaus schnellten auch unter den Angestellten die Erwerbslosenzahlen in die Höhe.<sup>49</sup>

Wie die Analyse der verschiedenen statistischen Reihen zur Erwerbslosigkeit deutlich gemacht hat, stehen zuverlässige Daten zum Umfang der Erwerbslosigkeit von Frauen und Männern in den Nachkriegsjahren nicht zur Verfügung. Erst recht gilt dies für die regionale Ebene. Hier sind lediglich die Angaben der Arbeitsnachweise und der Erwerbslosenfürsorge vorhanden, von Seiten der Gewerkschaften kann nur auf die aggregierten, nicht jedoch auf nach Geschlecht differenzierte Angaben zurückgegriffen werden. Insbesondere die Zählungen der Erwerbslosenfürsorge erlauben keine Aussagen über die Entwicklung der Erwerbslosigkeit.

46 Vgl. E. Gravert, Der Einfluß der wirtschaftlichen Demobilmachung auf die Entwicklung der Frauenarbeit, Diss. Hamburg 1924/25, S. 163.

47 H. Schnaas, Der Arbeitsmarkt der Angestellten und die Arbeitsmarktpolitik der Angestellten-Organisation, unter besonderer Berücksichtigung der Nachkriegszeit, Diss. Münster 1929, S. 18f. und 24.

48 E. Benthous, Die Lage der weiblichen Angestellten im Handel, Diss. Köln 1923, S. 8f.; *Verband der weiblichen Handels- und Bureauangestellten (Hg.)*, Vierzig Jahre VWA. 1889-1929. Jubiläumsschrift über vier Jahrzehnte Geschichte des Verbandes der weiblichen Handels- und Bureauangestellten e.V., Berlin 1929, S. 34f.; K. Lövinson, Frauenarbeit in Bankbetrieben, Berlin 1926, S. 19f.

49 K. C. Führer, Arbeitslosigkeit, S. 151.

Zusammengenommen zeigt die Analyse des vorhandenen statistischen Materials, daß es für die Nachkriegszeit fast unmöglich ist, anhand dieser Daten über Umfang und Verteilung der Erwerbslosigkeit zwischen einzelnen Beschäftigungsgruppen, zwischen Frauen und Männern, zwischen Qualifizierten und Unqualifizierten, zwischen jungen und älteren Arbeitskräften, zwischen gewerblich Beschäftigten und Angestellten selbst nur zu tendenziellen Aussagen zu kommen. Angesichts der sich permanent ändernden Erhebungsgrundlagen scheint insbesondere ein Vergleich der absoluten Höhe der Erwerbslosigkeit zwischen den Jahren 1919 und 1923 ebensowenig sinnvoll wie etwa der Vergleich zwischen Vor- und Nachkriegszeit. Zugleich dürfte davon auszugehen sein, daß der Gesamtumfang der Erwerbslosigkeit nicht nur in der Region Berlin, die ich als Fallbeispiel diskutiert habe, sondern im gesamten Deutschen Reich deutlich höher lag, als dies die Statistiken vermuten lassen. Die Bemühungen der Reichsarbeitsverwaltung, zu aussagekräftigeren Angaben über Stand und Entwicklung der Erwerbslosigkeit zu gelangen, zeugen davon, daß die Mängel der Statistik bekannt gewesen und auch offiziell nicht verborgen geblieben sind. Zugleich macht dieser Befund darauf aufmerksam, daß die intensiven Diskussionen der Nachkriegsjahre über Erwerbslosigkeit und den politischen Umgang mit ihr de facto nicht auf dem Hintergrund eines umfangreichen Wissens über die tatsächliche Entwicklung der Erwerbslosigkeit geführt worden sind. Das war wohl auch allen Zeitgenossinnen und Zeitgenossen bewußt, die mit Erwerbslosenzahlen argumentierten. Eine um so größere Aufmerksamkeit sollte die Geschichtswissenschaft daher der Frage widmen, welche Absichten sich hinter einer Argumentation verbargen, die arbeitsmarktpolitische Ziele mit der Höhe der Erwerbslosenzahlen begründete. Wirtschafts-, Bevölkerungs- oder Sozialstatistik wurde und wird als Teil eines politischen Instrumentariums erhoben, verstanden und dementsprechend eingesetzt. Historikerinnen und Historiker sollten nun nicht der Suggestion einer scheinbaren Objektivität erliegen und Statistiken einen genuinen Wahrheitsgehalt bemessen.

# Anmerkungen zu nachgelassenen Manuskripten

## Karl Büchers

Von Klaus O.W. Müller (Leipzig)

Der im Jahre 1847 in Kirberg im Taunus geborene und im November 1930 in Leipzig verstorbene deutsche Ökonom und Sozialwissenschaftler Karl Bücher wurde durch Königliches Dekret am 6. Mai 1892 zum ordentlichen Professor für Statistik und Nationalökonomie in der Philosophischen Fakultät der Universität Leipzig ernannt. Sein Lehramt trat er dann im November des selben Jahres an. Bücher blieb dieser Universität bis zu seinem Lebensende treu. Der 100. Jahrestag dieses wichtigen Ereignisses im Leben von Bücher bot und bietet Anlaß, sich seinem wissenschaftlichen Werk detaillierter zuzuwenden, nachdem Recherchen in seinem wissenschaftlichen Nachlaß - aufbewahrt bei der einzigen heute noch lebenden Enkelin von Karl Bücher in Thüringen - recht interessante, bis dato nicht ausgewertete Fakten vermitteln. Diese dürften für die theoriehistorische Standortbestimmung Büchers relevant sein. Zugleich war in Betracht zu ziehen, daß das wissenschaftliche Interesse am Werk Büchers in letzter Zeit wieder zugenommen hat.<sup>1</sup> Die feierliche Begehung des 75. Jahrestages der Gründung des ersten deutschen zeitungswissenschaftlichen Instituts an der Leipziger Universität im November 1991 - diese Institutsgründung geht auf die Initiative Karl Büchers zurück -, sowie die Würdigung der Verdienste Büchers um die Medienwissenschaften überhaupt sind hier ebenfalls einzuordnen.<sup>2</sup>

---

1 Vgl. z.B. B. Schefold, Karl Bücher und der Historismus in der deutschen Nationalökonomie, in: N. Hammerstein (Hg.), Deutsche Geschichtswissenschaft um 1900, Stuttgart 1988, S. 239 ff.

2 Vgl. hierzu u.a.: Karl Bücher. Auswahl der publizistikwissenschaftlichen Schriften, eingeleitet und herausgegeben von H.-D. Fischer/H. Minte (Hg.), Bochum 1981.

## I. Büchers wirtschaftswissenschaftliches Lebenswerk

In der einschlägigen Literatur wird der Name Büchers in der Regel mit der Lehre von den Wirtschaftsstufen, dem Gesetz der Massenproduktion, auch mit seinen grundlegenden wirtschaftsgeschichtlichen Untersuchungen zur Antike und zum Mittelalter sowie zu den gewerblichen Betriebssystemen in Verbindung gebracht. Erwähnung finden ebenfalls seine Leistungen auf statistisch-empirischem Gebiet sowie in jüngster Zeit auch seine Überlegungen zu medienökonomischen Fragen.

Karl Bücher ist vor allem mit seiner Lehre von den Wirtschaftsstufen in die Geschichte der Wirtschaftstheorie eingegangen. In der neueren Fachliteratur wird dieser Beitrag zurecht als "der prägnanteste Versuch einer Periodisierung ... gewürdigt",<sup>3</sup> ganz abgesehen davon, daß die bisher ausführlichste Auseinandersetzung mit der Wirtschaftsstufentheorie seitens der marxistischen Wirtschaftslehre durch Rosa Luxemburg exemplarisch am Beispiel Büchers erfolgte.<sup>4</sup> Seine Bedeutung als Stufentheoretiker bereits zu seiner Zeit ging sogar soweit, den Gedanken einer "Leipziger Schule der Nationalökonomie" zu kreieren, so wie dies in einem Brief Johann Plenges<sup>5</sup> an Karl Bücher indirekt angeregt wurde, als Plenge mit Bezug auf das Umfeld seiner Bonner Fachkollegen von seinen "Leipzigischen Grundanschauungen" sprach. "Mit meinen Leipzigischen Grundanschauungen", schrieb Plenge an Bücher, "komme ich mir hier (an der Bonner Universität, K.O.W.M.) zwischen dem etwas verwaschenen Historismus Gotheins (wie er sich wenigstens im Colleg äußert) und der noch immer natürliche Kategorien kennenden, vom Ricardostandpunkt ausgehenden Theorie Dietzels manchmal sonderbar vor."<sup>6</sup>

Büchers Unterscheidung der Wirtschaftsstufen Haus-, Stadt- und Volkswirtschaft<sup>7</sup> gilt zwar heute in ihrer inhaltlichen Ausgestaltung als nicht mehr aufrechtzuerhalten, da die wirtschaftsgeschichtliche Forschung im Gegensatz zur Auffassung von Bücher die in hohem Maße nur als relativ zu charakterisierende Verkehrslosigkeit der Haus- sowie der Stadtwirtschaft nachgewiesen hat. Nichtsdestoweniger regte Bücher mit seiner Theorie von den Wirtschaftsstufen die wirtschaftsgeschichtliche Disziplin aber zu genaueren Nachforschungen über die einzelnen Stufen an. Aus theoriehistorischer Sicht dürfte nicht in Zweifel stehen, daß es ein Verdienst Büchers ist, in Kontradiktion zur Klassik dem historischen und auch entwicklungs-

3 Vgl. *H. Aubin/W. Zorn (Hg.)*, Handbuch der deutschen Wirtschafts- und Sozialgeschichte, Bd. 1, Stuttgart 1971, S. 9.

4 Vgl. *R. Luxemburg*, Einführung in die Nationalökonomie, in: *Gesammelte Werke*, Band 5, Ökonomische Schriften, Berlin 1985, S. 530 ff, S. 644 ff.

5 Vgl. Handschriftenabteilung der Universität Leipzig, Brief Johannes Plenges an Karl Bücher vom 15.12.1897. Plenge war nach seinem Studium bei Bücher in den Jahren von 1893-1897 an der Bonner Universität tätig, kehrte 1901 nach Leipzig zurück und wurde hier 1910 zum Extraordinarius berufen. Ab 1913 übernahm er das Ordinariat für Volkswirtschaftslehre an der Universität Münster.

6 Vgl. ebenda, S. II des Briefes.

7 Vgl. *K. Bücher*, Die Entstehung der Volkswirtschaft. Sechs Vorträge, Tübingen 1893.

geschichtlichen Aspekt in der Wirtschaftstheorie durch die Artikulierung von Wirtschaftsstufen Geltung verschafft zu haben. Die sich gegen Ende des vergangenen Jahrhunderts ankündigende große Antinomie in der Volkswirtschaftslehre hat dann bekanntlich Walter Eucken in Abhebung von der Historischen Schule und zugleich kritisch-produktiven Aufbewahrung des zeitlos Gültigen in dieser Lehre - analysiert insbesondere am Beispiel von Schmoller und Bücher - überwunden. Eucken stimmte den Vertretern der Historischen Schule in ihrem Suchen nach einer Nationalökonomie zu, die den Dualismus von theoretischer Nationalökonomie und wirtschaftsgeschichtlicher Forschung mittels der Stufenlehre zu überwinden trachtete.<sup>8</sup> Nur der von ihnen im Detail eingeschlagene Weg fand nicht seine Zustimmung, da das wirtschaftsstufentheoretische Denken einen entwicklungsgeschichtlichen Prozeß implizierte, der durch die wirtschaftsgeschichtliche Forschung nicht belegt werden konnte. Nicht der von Eucken zurecht attackierte Geschichtsdeterminismus Bücherscher Prägung findet seine Fortsetzung im Ordodenden, sondern jener konstruktive Gedanke der Existenz unterschiedlicher Systeme (Wirtschaftsstufen) im ökonomischen Handeln der Menschen mit unterschiedlichen Rahmenbedingungen und Bewegungsgesetzen geht als das Bleibende in die Wirtschaftstheorie ein.

Das moderne wirtschaftssystemtheoretische Denken im Anschluß an Eucken ist so durch das Werk Büchers geistig mit vorbereitet und getragen worden. Der weitestgehenden Geschichtslosigkeit der klassischen und neoklassischen Theorie galt es schon zu Lebzeiten Büchers jenen realistischen Ansatz entgegenzusetzen, der wirtschaftliches Handeln als wandelbar und nicht allein dem klassischen Prinzip des Selbstinteresses verpflichtet betrachtet. Jenes in unserer Zeit vom neoklassischen Paradigma geprägte wirtschaftspolitische Denken würde also, wenn der systemtheoretische Aspekt in der Volkswirtschaftslehre stärker zum Tragen käme - und in der einschlägigen Lehrbuchliteratur wird hierauf mahndend verwiesen<sup>9</sup> - den Volkswirt unserer Tage noch besser in die Lage versetzen, beispielsweise die ganze Kompliziertheit und Komplexität der aktuellen Probleme der weltweiten Systemtransformation von der Zentralverwaltungs- in die soziale Marktwirtschaft zu bewältigen. Namhafte Vertreter der Dogmengeschichte beklagen heute zurecht, daß die gesteigerte formale Raffinesse in der theoretischen Systemanalyse bereits beim akademischen Nachwuchs mit einer schwindenden Fähigkeit einhergeht, Wirtschaftsstilelemente überhaupt wahrzunehmen und in ihrer Zusammengehörigkeit zu beschreiben.<sup>10</sup>

Büchers weitere Leistungen auf dem Gebiet der Wirtschaftstheorie, insbesondere für die Entwicklung der Betriebswirtschaftslehre, sollten

8 Vgl. W. Eucken, Die Grundlagen der Nationalökonomie, Jena 1940.

9 Vgl. z.B. G. Gutmann, Volkswirtschaftslehre. Eine ordnungstheoretische Einführung, Stuttgart 1991, Vorwort.

10 Vgl. z.B. B. Schefold, Normative Integration der Einzeldisziplinen in gesellschaftswissenschaftlichen Fragestellungen, in: Gustav Schmoller heute. Die Entwicklung der Sozialwissenschaften in Deutschland und Italien, Bologna/Berlin 1990, S. 262.

ebenfalls Erwähnung finden, weil von ihm als einem der Mitbegründer der ersten deutschen Handelshochschule in Leipzig der zur damaligen Zeit unter dem Begriff der Privatwirtschaftslehre auftretenden Betriebswirtschaftslehre akademisches Hausrecht verschafft wurde. Vor allem aber auch deshalb ist Bücher zu beachten, weil seine betriebswirtschaftliche Spätschrift "Arbeit und Rhythmus" (1. Auflage 1886), über die v. Zwiedineck in seiner Gedenkrede an der Münchener Universität anlässlich des Todes von Bücher äußerte, daß sie "im Bereich der soziologischen Forschung als Idee etwas Michelangelleskes an sich trägt",<sup>11</sup> Ansätze enthält, die zu Bereicherungen der betriebs- und musiksoziologischen Forschung führen dürften. Der detaillierte Nachweis des Zusammenhangs von Arbeits- und musikalischen Rhythmen, geführt am Beispiel von Liedsammlungen aus der ganzen Welt für die vorindustriellen Wirtschaftsstufen, hat zweifellos etwas Faszinierendes an sich und sollte dem Musiksoziologen der weiteren Erforschung anheimgestellt werden. Bücher schließt dieses Werk in der Hoffnung, "daß es gelingen wird, Technik und Kunst dereinst in einer höheren rhythmischen Einheit zusammenzufassen, die dem Geiste die glückliche Heiterkeit und dem Körper die harmonische Ausbildung wiedergibt, durch welche sich einst die besten unter den Naturvölkern auszeichnen,"<sup>12</sup> eine Vorstellung, die jenen neueren Visionen von homo faber und homo ludens nahekommen dürfte.<sup>13</sup>

Ein weiterer fundamentaler Aspekt in Büchers Lebenswerk mit seiner Relevanz für die Entwicklung der Wirtschaftstheorie dürfte nicht zuletzt in Büchers integrativer, d.h. die sozialwissenschaftlichen Einzeldisziplinen zusammenführenden Sichtweise zu sehen sein. Gemäß der Tradition der Historischen Schule, die Gesellschaft als ein soziales Ganzes zu begreifen und zu erforschen, stellte sich Bücher die Aufgabe, durch den Rückgriff auf unterschiedliche geistes- und sozialwissenschaftliche Fachdisziplinen das Ökonomische immer nur als einen integrativen Bestandteil des Gesellschaftlichen resp. Sozialen unter den jeweils gegebenen konkret-historischen Bedingungen zu analysieren. Das Leitmotiv der wissenschaftlichen Aktivitäten der jüngeren Historischen Schule manifestierte sich bekanntlich in der sozialen Frage. Eine Antwort zur Lösung der sich hierbei stellenden Probleme war aus der Sichtweise der klassischen Ökonomie mit ihren abstrakten Modellen über das wirtschaftliche Verhalten eigennütziger Marktteilnehmer nicht mehr gegeben. Mittels eines detaillierten institutionenbezogenen Forschens waren jetzt allgemeingültige Aussagen zu erarbeiten, die sich für die Wirtschafts- und Sozialpolitik als hilfreich zu erweisen hatten. Davon ausgehend, daß die einzelnen Formen des Wirtschaftsprozesses mit jeweils unterschiedlichen, der

11 Vgl. Gedenkworte gesprochen von H. v. Zwiedineck-Suedenhorst in der Vorlesung an der Universität München, gedrucktes Manuskript, in: Archiv der Universität Leipzig, o.J., S. 9.

12 Vgl. K. Bücher, Arbeit und Rhythmus, Leipzig 1924, S. 463.

13 Vgl. hierzu u.a. K. Gehrman, Arbeit wird schöpferisches Spiel. Zukunftsvision des Trotzisten Ernest Mandel - "Null-Tarif" für alle Konsumgüter, in: Neue Rhein-Zeitung, Düsseldorf, vom 11.9.1972.

jeweiligen Wirtschaftsordnung adäquaten Institutionen ausgestaltet sind, galt es, diese näher zu analysieren, um so über deren wirtschafts- resp. sozialpolitische Beeinflussung inhaltlich und somit gestaltend auf den gesellschaftlichen Entwicklungsprozeß als Ganzes Einfluß zu nehmen. Die Vertreter der Historischen Schule und Bücher haben hierfür unzählige Beispiele geliefert. In seiner Person vereinigte sich in gleichsam exemplarischer Weise die Synthese jener sich bereits zu seiner Zeit zu separieren beginnenden geistes- und sozialwissenschaftlichen Einzeldisziplinen: so die Nationalökonomie und Wirtschaftsgeschichte, die Statistik, die sich zu profilieren beginnende Betriebswirtschaftslehre, die Ethnographie und Altphilologie, bis hin zur Zeitungswissenschaft.<sup>14</sup> Es ist für die Lösung der Probleme von heute nicht unabdingbar, altphilologische Erkenntnisse nutzen zu müssen, aber bereits Fragen der Ethnographie könnten für die Untersuchung ökonomischer oder sozialer Probleme der Dritten Welt Relevanz haben. Bei Bücher war besonders sein Bestreben ausgeprägt, zum Verständnis des Gegenwärtigen, dessen Historie zu hinterfragen.

In der gegenwärtigen Diskussion um die nur angedeutete Annäherung nach Reintegration der mehr und mehr auseinanderdriftenden sozialwissenschaftlichen Fachdisziplinen ist die Frage nach dem integrativ wirkenden Faktor zu stellen. Es gibt Vorschläge, die in der dominierenden Rolle eines wirtschaftssystem- oder wirtschaftsstiltheoretischen Ansatzes eine Lösung sehen.<sup>15</sup> Am Beispiel des Werkes von Bücher lassen sich die Vorzüge dieser Vorgehensweise demonstrieren. So weist er beispielsweise nach, daß die Lösung der sozialen Frage seiner Zeit allein aus der Sicht eines sich selbst überlassenen ökonomischen Liberalismus nicht zu bewältigen war. Der Wirtschafts- und Sozialpolitik wurde der Stellenwert eines unabdingbaren sozialen Korrektivs zugewiesen, eine Einsicht, die von der Klassik resp. der sich herausbildenden Neoklassik nicht zu erwarten war.

## II. Theoriehistorische Anmerkungen zu den nachgelassenen Manuskripten wirtschaftshistorischen Inhalts

Im wissenschaftlichen Nachlaß Karl Büchers befinden sich neben Manuskripten statistischen, volkswirtschaftlichen und finanzwirtschaftlichen Inhalts<sup>16</sup> auch

14 Für Bücher war es selbstverständlich, das Pressewesen in die nationalökonomische Theorie einzubeziehen, da die Zeitung vor allem als wirtschaftliche Informationsquelle und Werbefaktor gesehen wurde.

15 Vgl. z.B. B. Schefold, Normative Integration der Einzeldisziplinen in gesellschaftswissenschaftlichen Fragestellungen, a.a.O., S. 251 ff.

16 Das Vorlesungsmanuscript "Volkswirtschaftslehre" ist - im Unterschied zum Manuscript "Finanzwissenschaft" - weitestgehend ungeordnet. Letzteres dagegen umfaßt 18 Hefte (handschriftlich) und kann als eine in sich abgerundete Vorlesung angesehen werden. Im Nachlaß befinden sich darüber hinaus ein handschriftliches Manuscript (allerdings unvollständig, denn es fehlen zwei von den zehn Heften) zum Thema Nationalökonomie sowie ein handschriftliches Manuscript zum Thema "Wirtschaftliche

drei Arbeiten *wirtschaftshistorischen* Gehalts. Es handelt sich bei letztgenannten Archivalien um wörtlich ausgearbeitete Vorlesungsmanuskripte zur Geschichte der Sozialismustheorie (in Sonderheit in Frankreich), zur ökonomischen Dogmengeschichte sowie zu den Anfängen der Sozialgeschichte. Über letztgenanntes Manuskript besteht hinsichtlich seiner Entstehungszeit insofern Klarheit, als Bücher im Vorwort zur Auflage von 1919 des ersten Bandes seiner "Entstehung der Volkswirtschaft" darauf verweist, daß in dieser Auflage die Gedanken seiner 1885 in Basel gehaltenen Vorlesung über die Anfänge der Sozialgeschichte eingeflossen sind.<sup>17</sup> Auf eine weitere Analyse dieses Manuskriptes sei deshalb an dieser Stelle verzichtet.

Im dogmenhistorischen Manuskript, dessen Entstehungszeit noch nicht so präzise wie für die anderen zwei genannten Manuskripte festgelegt werden kann,<sup>18</sup> wird in der Hauptsache die Entwicklung der Volkswirtschaftslehre von den Merkantilisten über die französische, englische und deutsche Klassik bis zur zeitgenössischen wirtschaftstheoretischen Diskussion innerhalb der Historischen Schule dargestellt.<sup>19</sup> Es schließt mit dem Abschnitt über "Die weitere deutsche Nationalökonomie" ab, wo auch auf die sozialistische Wirtschaftstheorie in gedrängter Form eingegangen wird. Diese hier allerdings nur skizzenhaft entwickelten Auffassungen finden aber ihre detailliertere Ausführung im offenbar später oder gleichzeitig entstandenen, bereits erwähnten Manuskript über die Geschichte der Sozialismustheorie.

Das dogmenhistorische Manuskript hinterläßt keinen in sich geschlossenen Eindruck. Es enthält neben einem größeren, in sich abgeschlossenen Teil zahlreich nur eingelegte Blätter dogmenhistorischen Inhalts. Der Hauptteil des Manuskriptes gliedert sich wie folgt:

Einleitung, darauf folgend die Entwicklungsstufen der Volkswirtschaft, die geschlossene Staatswirtschaft und der Merkantilismus, die Physiokraten, Adam Smith, Malthus, David Ricardo, die englische Freihandelschule, Frankreich, Deutschland, Gegner des Smithianismus, neue deutsche Nationalökonomie (Sozialismus/Kommunismus).

Dieses Manuskript bedarf insgesamt noch einer allein schon durch die Entzifferung der Bücherschen Handschrift bedingten zeitaufwendigen Auswertung. Zugleich ist die innere Konsistenz dieses Manuskriptes unter Beachtung der nur beigefügten Teile zu prüfen. Für die theoriehistorische Standortbestimmung Karl Büchers kann es beim gegenwärtigen Stand der Arbeiten am

---

Entwicklungsstufen". Generell kann zu allen vorliegenden Archivalien handschriftlichen Charakters angemerkt werden, daß deren Übertragung in eine maschinenschriftliche Fassung wegen der schwer zu entziffernden Schrift Karl Büchers äußerst zeitaufwendig sein wird.

17 Vgl. K. Bücher, Die Entstehung der Volkswirtschaft, 1. Sammlung, Tübingen 1919, S. V.

18 Aus der Literatur kann erschlossen werden, daß es in den 80er Jahren entstanden ist.

19 Eine erste, nur vorläufige Fassung der Übertragung dieses Manuskriptes aus der handschriftlichen in eine maschinenschriftliche Fassung wurde von Herrn cand. oec. R. Schade vorgenommen. Diese Fassung läßt aber den inhaltlichen Grund des Manuskriptes erkennen.

Manuskript nur im bedingten Maße herangezogen werden. Eine andere Lage ergibt sich aber im Hinblick auf das Manuskript über die Geschichte der Sozialismustheorie.

### III. Das Manuskript über die Geschichte der Sozialismustheorie

Das Manuskript Geschichte der Sozialismustheorie, im folgenden kurz Sozialismus-Manuskript genannt, hat einen Umfang von 171 eng beschriebenen Seiten.<sup>20</sup>

Es gliedert sich wie folgt:<sup>21</sup>

(I) Einleitung, (II) Die sozialistische Bewegung während der ersten französischen Revolution, (III) [Der spekulative französische Sozialismus], 1. Der St. Simonismus, [Claude Henri de St. Simon], Die St. Simonisten, 2. [Fourier], (IV) Der Babouvismus, (V) [Der religiöse Sozialismus], [1.] Etienne Cabet, [2.] Robert de Laménais, [3.] Pierre Leroux, (VI) Proudhon, (VII) Louis Blanc, (VIII) England, (IX) Der agrarische Sozialismus in England, (X) Der wissenschaftliche Sozialismus in Deutschland.

Das Sozialismus-Manuskript behandelt einleitend die Frage nach dem Wesen des Sozialismus. Bücher definiert diesen als "eine gesellschaftliche Geistesrichtung ..., die eigentlich schon im Wesen des Menschen liegt: Seneca: homo est sociale animal."<sup>22</sup> Dem Gesellschaftlichen ist gegenüber dem Individuellen ein höherer Stellenwert bei der Verwirklichung von Lebenszwecken zuzuerkennen. So gäbe es Lebenszwecke, die das Individuum, auf sich allein gestellt, nicht erreichen kann. Mit dieser sozialphilosophischen Akzentsetzung zielte Bücher im Gefolge von Albert Schäffle, dem er sich geistig eng verbunden fühlte, und Lorenz v. Stein auf eine gesellschaftliche Zielfixierung ab, die, so Bücher, "fortschreitende Vervollkommung alles dessen, was Menschenantlitz trägt, völlige Entwicklung aller den einzelnen verliehenen Fähigkeiten oder mit anderen Worten Verwirklichung der Zivilisation und allgemeine Teilnahme an den Gütern derselben"<sup>23</sup> zum Inhalt hat. Für Bücher ist es legitim, daß das Individuum im Rahmen seiner Kräfte an der Verwirklichung dieses gemeinsamen Zieles der Gesellschaft mitwirkt und im Rahmen dieser Mitwirkung auch seine Teilhabe an den von der Gesellschaft hervorgebrachten Gütern und Leistungen abzuleiten ist. Dem stellt sich allerdings ein natürlicher Egoismus der Menschen hindernd entgegen, der ganze Klassen und soziale Gruppen ergreifen kann. Bücher sieht die Klassenspaltung der Gesellschaft; er verweist auch auf den Widerspruch in der Gesellschaft zwischen der leidenden, vom

20 Dieses Manuskript wurde vom Sohn Karl Büchers, Friedrich Bücher, nach dem Tode seines Vaters in ein maschinenschriftliches Manuskript übertragen. Dieses hat - bei einzelzeiliger Schreibweise - einen Umfang von 121 Seiten.

21 Die Kapitelüberschriften sind, soweit sie in eckige Klammern gesetzt sind, vom Autor eingefügt. Sie ergeben sich aus dem Text des Manuskriptes.

22 Vgl. *Karl Bücher*, Sozialismus-Manuskript (maschinenschriftliche Fassung), S. 2. Im folgenden wird nach dieser Manuskriptfassung zitiert.

23 Vgl. ebenda, S. 3.

Reichtum ausgeschlossenen, und der besitzenden Klasse. Der Sozialismus - im Verständnis von Karl Bücher - will nun als eine Form von sozialer Reformbestrebung nichts anderes, als die Gesellschaftsordnung und deren Zielsetzung mit den Forderungen der Zivilisation in Einklang setzen. So resümiert Bücher in diesem Sinne: "Sein Ziel ist immer in letzter Linie: die Gesellschaftsordnung und die Gesellschaftszustände in Einklang zu setzen mit den Forderungen der Zivilisation - also etwas durchaus Rühmliches und Edles. Freilich die Aufgabe, die derselbe sich setzt, ist eine unendlich schwere, und es ist darum kein Wunder, daß er sich in den Mitteln zu ihrer Erreichung oft vergreift."<sup>24</sup>

Mit Recht macht Bücher auch darauf aufmerksam, daß das Sozialismusideal keineswegs nur als die Lebensmaxime der jeweils leidenden Klasse aufzufassen ist. Würde es so begriffen, übersähe man sein aktives, reformatorisches Element. Außerdem zeige gerade auch die neuere Geschichte, daß die Idee des Sozialismus auch von hervorragenden Männern der bevorzugten Klasse, so von Marx, Lassalle, Rodbertus, getragen worden ist.<sup>25</sup>

Bücher hebt den Sozialismus vom Kommunismus ab. Er distanziert sich von diesem, da dieser alle Mitglieder der Gesellschaft in die gleiche Lebenslage zu versetzen sucht. Er ist damit vom Grundsatz her zur Utopie verurteilt, da diesem Ziel die objektive Ungleichheit der Individuen entgegensteht. Eine Ausnahme läßt Bücher nur für jene gesellschaftlichen Zustände gelten, wo - wie in der Antike - soziale Klassen völlig von ihrer Mitwirkung an der Bereitstellung der materiellen und geistigen Güter für den Verbrauch in der Gesellschaft befreit, und sie sich nur der Konsumtion dieser Güter, dann aber unter egalitären Bedingungen, zu widmen haben. Dies sei für die Zeit des 19. Jahrhunderts aber nicht mehr gegeben.

Die Darlegungen Büchers über das Wesen des Sozialismus enden mit einer interessanten Sicht auf die bisherige Geschichte des Sozialismus in seiner sozial-praktischen wie auch literarisch-theoretischen Entäußerung. Bücher vermerkt zunächst durchaus berechtigt, daß sozialistische Reformbestrebungen in durchaus verschiedenen Perioden der Geschichte akut auftauchten.<sup>26</sup> Er verweist hierbei auf die Zeit während des Peloponnesischen Krieges, er nennt die Reformen der Gracchen, zitiert die Reformation und erinnert an die aktuelle Situation zu seiner Zeit in Westeuropa und in den USA. Dem Auftauchen des Sozialismus in praxi geht dessen literarische Vorbereitung voraus. Die sozialistische Literatur ist also immer nur Symptom, nicht Ursache desselben. Im Verständnis von Bücher ist der Sozialismus in seinem Wesen letztlich darauf zu reduzieren, daß er als Reformbewegung den Widerspruch zwischen dem, was ist, und dem, was sein soll, zu lösen beabsichtigt. Das, was sein soll, ist dem jeweiligen Kulturideal entnommen; selbiges unterliegt aber dem historischen Wandel, wie jenes, was ist. In diesem Sinne ist für Bücher der Sozialismus als Reformbestrebung identisch mit der angestrebten Lösung der

24 Ebenda, S. 6.

25 Vgl. ebenda, S. 7.

26 Vgl. ebenda, S. 8 ff.

jeweils gegebenen sozialen Frage. Diese existiert in den verschiedenen Menschheitsepochen. Für Bücher lassen sich hierbei die folgenden unterscheiden:<sup>27</sup> die Antike, das Mittelalter, die Moderne.

Die Antike bot wegen der hier gegebenen realökonomischen Bedingungen der *geschlossenen Hauswirtschaft* - im Sinne der Bücherschen Wirtschaftsstufenlehre - den breiten sozialen Schichten der Proletarier keine Möglichkeit des sozialen Aufstiegs. Die mittelalterliche Gesellschaft ging letztlich am sozialen Konflikt zwischen dem aufstrebenden Bürgertum und dem feudalen Grundeigentum zugrunde. Für die moderne Zeit wird - in Anlehnung an marxistische Gedankengänge - auf den noch zu lösenden Widerspruch zwischen der ökonomischen Stellung der breiten Schichten des Proletariats, also dessen ökonomische Unfreiheit durch Abhängigkeit vom Kapital, und der verfassungsmäßig proklamierten politischen Freiheit als zivilisatorische Forderung verwiesen. Der hier auftretende Widerspruch führt mit Notwendigkeit zur sozialen Frage in der modernen Epoche. Bücher resümiert diesbezüglich: "Das Bestehen einer solchen hoffnungslos besitzlosen Klasse (das moderne Proletariat, K.O.W.M.) und der Gegensatz derselben gegen das übermäßig in wenigen Händen konzentrierte Kapital tritt offenbar in einen schneidenden Widerspruch zu dem politischen Prinzip der Freiheit und Gleichheit, dessen Durchführung jedoch eine Signatur unserer Zeit bildet. Es tritt weiterhin auch in Widerspruch zu der Idee der modernen Zivilisation, welche eine Teilnahme aller an den Kulturgütern verlangt. Sobald dieser Widerspruch zum Volksbewußtsein kommt, entsteht die soziale Frage und mit ihr der Sozialismus. Und das geschah ... schon sehr früh - bereits an der Schwelle der modernen Gesellschaft".<sup>28</sup> Diese Schwelle sieht Bücher in der Französischen Revolution von 1789 und in der hier eingebetteten sozialistischen Bewegung von Babeuf.

Bücher bewertet Babeufs Tat, "diese erste Aktion des modernen Kommunismus", mit größter Distanz: "Es liegt etwas Grausames, Hartes, entsetzlich Rücksichtsloses in der Art seines Auftretens. Die Welt, welche er schaffen wollte, hat nichts von den freundlichen Zügen der älteren Utopiker oder der jüngeren Kommunisten. Mit einer wahnwitzigen Konsequenz geht man an die Verwirklichung der wahren und vollen Gleichheit, einerlei, was darüber zugrunde geht."<sup>29</sup>

Mit der ethisch-moralischen Verurteilung des kommunistischen Umsturzversuchs von Babeuf und der ihm Gleichgesinnten wird bereits jene Position deutlich, die Karl Bücher im Hinblick auf die Lösung der sozialen Fragen seiner Zeit vertritt: die Präferenz des Staatssozialismus mit deutlich sozialem Einschlag. Diese Positionierung wird im Verlauf seiner Bewertung der einzelnen Repräsentanten sozialistischer Auffassungen, angefangen von St. Simon bis hin zu den zeitgenössischen Sozialismustheoretikern, deutlich. Diese Auffassungen werden im Fortgang der Bücherschen Darlegungen in zum Teil

---

27 Vgl. ebenda, S. 12 ff.

28 Ebenda, S. 19.

29 Ebenda, S. 35 f.

sehr detaillierter Weise nachgezeichnet, dabei auch Biographisches ihrer Repräsentanten beigelegt. Dieser Teil des Manuskriptes ist für die theoriehistorische Standortbestimmung Büchers in noch höherem Maße als das Einleitungskapitel und der Abschnitt über die Französische Revolution von Bedeutung, da er bisher nicht bekannte resp. die Bewertung des Bücherschen Gesamtwerkes vertiefende und auch präzisierende Einsichten bietet.

Im Abschnitt über den spekulativen französischen Sozialismus wird zunächst in differenzierender Weise zum St. Simonismus und Fourierismus Position bezogen. Während die Lehre St. Simons und seiner Anhänger als die Vorwegnahme des modernen Sozialismus angesehen wird,<sup>30</sup> findet die Version des Sozialismus von Fourier und seiner Schüler eine eher reservierte Bewertung. Letztere laufe im Verständnis von Bücher mit ihrer Orientierung auf die Triebe "somit nur auf eine neue Art des *laissez faire et passer* hinaus",<sup>31</sup> von der Bücher bereits zuvor bei seiner kritischen Würdigung des Werkes von Fourier anmerkte, daß der "Liberalismus, die abgeschmackteste unter den Erfindungen der Philosophen, ... nicht die Verminderung der Armut und Unredlichkeit bewirkt (hat), sondern ihre Vermehrung."<sup>32</sup> Dem St. Simonismus dagegen bescheinigt Bücher, daß er in seinen Grundideen ein so klares und befriedigendes System sei, das nur die Schwäche habe, daß die Mittel zur praktischen Durchführung doch ungenügend sind.<sup>33</sup>

In einem formalen Widerspruch in seiner Gesamtkonzeption über den Sozialismus befindet sich Karl Bücher allerdings, wenn er die Lehre St. Simons einerseits als eine Variante des spekulativen französischen Sozialismus definiert und zugleich St. Simon - gemessen an seinem Werk "Catéchisme des Industriels" von 1822/23 - als den ersten *wissenschaftlichen* Sozialisten bezeichnet, "denn er hat die Gesellschaft zuerst in ihrer Totalität erfaßt und analysiert. ... Freilich sind seine Ideen vielfach noch wenig scharf und durchgearbeitet, aber sie enthalten bereits die Keimtriebe des späteren wissenschaftlichen Sozialismus".<sup>34</sup> Offensichtlich bezieht sich Bücher hier auf die Marxsche Auffassung von Sozialismus. Es sollte aber bekannt sein, daß von dieser Seite aus zwar auf den utopischen Sozialismus als eine ihrer Quellen verwiesen wird, aber zugleich auch immer eine deutliche Abhebung des wissenschaftlichen vom utopischen (spekulativen) Sozialismus erfolgte.

So ablehnend Bücher den Babouvisten entgegentritt, "deren Hauptzweck es war, die Fahne des Aufruhrs gegen Staat und Gesellschaft zugleich zu erheben und das kommunistische Prinzip durch Ermordung der Regierung und der

---

30 Ebenda, S. 55. Über den St. Simonismus bemerkte Bücher: "Da haben Sie in nuce den ganzen modernen Sozialismus - nur weit klarer, bündiger und offener als in den neuesten Systemen. In der Kritik der bestehenden Gesellschaftsordnung und Wirtschaftsordnung hat derselbe wohl noch Fortschritte gemacht, in der positiven Ausgestaltung der Zukunft wohl kaum."

31 Vgl. ebenda, S. 73.

32 Vgl. ebenda, S. 67.

33 Vgl. ebenda, S. 51.

34 Vgl. ebenda, S. 46 f.

Reichen zur Geltung zu bringen",<sup>35</sup> um so mehr sieht er in den Grundideen des religiösen Sozialismus Cabets, Lamenaus' und Leroux' Wege und Ziele zur Lösung der sozialen Frage seiner Zeit. Er bekennt sich eindeutig zu den Idealen jener in den 30er Jahren aufkommenden Version eines christlich-sozialen Gesellschaftsbildes. Dieses Sozialismusverständnis war es, welches im Einklang mit seinen Gesellschaftsvisionen stand. In Übereinstimmung mit Lamenaus und im Gegensatz zu allen "sozialistischen Utopien" und "phantastischen Theorien der Sozialisten seiner Zeit, die nur im absoluten Bruch mit der Vergangenheit und Gegenwart das Heil erblicken", bekennt sich Bücher zur Veränderung der sozialen Zustände seiner Zeit im Geiste der christlichen Nächstenliebe und sozialen Verantwortung des einzelnen, die "ohne Gewalt und Unordnung, ohne Blutvergießen herbeigeführt werden müssen."<sup>36</sup>

Büchers Plädoyer für den Weg der sozialen Reformen und gegen die "wahnwitzigen Umsturzpläne" der Babouvisten reflektiert sich dann nochmals in der vergleichenden Bewertung der Werke von Proudhon und Louis Blanc auf spezifische Weise. Zwar wird Proudhon als "ein ganz ungewöhnliches Talent, geistreich, kritisch, nicht frei von Sophistik" gewürdigt, das auch "zweifellos auf sehr verschiedenen Gebieten anregend gewirkt (hat)", aber "ohne freilich irgend etwas Positives geschaffen zu haben."<sup>37</sup> Proudhons Anarchismus stößt bei Bücher auf Ablehnung. Dagegen findet der als Staatssozialist gewürdigte Louis Blanc seine Bewunderung. In der Gegenüberstellung der Positionen beider resümiert Bücher wie folgt: "L. Blanc ist Staatssozialist, seine sozialistische Reform ist nicht möglich ohne Eingreifen der Staatsgewalt; Proudhon ist Anarchist, er verwirft jede Staatseinmischung im Namen der individuellen Freiheit der Bürger. L. Blanc leitet alles Elend aus der freien Konkurrenz ab und will sie beseitigen; Proudhon meint, der Arme könne sein eigener Bankier sein. L. Blanc verlangt Organisation der Arbeit durch den Staat; nach Proudhon soll die Arbeit sich selbst organisieren. Das System L. Blancs ist sozialistisch, Proudhon ist aus dem Individualismus nie herausgekommen".<sup>38</sup>

Proudhons Experimente mit der Tauschbank haben sich nach Bücher "nur zum Unsegen der Arbeiter"<sup>39</sup> ausgewirkt. Louis Blanc dagegen habe einen Weg gezeigt, "wie man aus dieser unvollkommenen Welt der freien Konkurrenz in die vollkommeneren der Arbeitsorganisation hinüber gelangen könne".<sup>40</sup> Interessant dürfte auch jene Anmerkung Bücher sein, daß die deutsche Bourgeoisie, der Blanc den Untergang geschworen hatte, das Urteil über ihn "systematisch gefälscht (hat)" und es so dazu gekommen ist, daß "ihm auch in

---

35 Vgl. ebenda, S. 76.

36 Vgl. ebenda, S. 84.

37 Vgl. ebenda, S. 88.

38 Ebenda, S. 100 f.

39 Vgl. ebenda.

40 Vgl. ebenda, S. 99.

deutschen Werken selten Gerechtigkeit widerfahren ist."<sup>41</sup> Dem entgegenzuwirken, fühlte sich Bücher offensichtlich verpflichtet.

Im Sozialismus-Manuskript ist nach den zum Teil sehr detaillierten Darstellungen der Auffassungen der einzelnen französischen Vertreter des Sozialismus, den Auffassungen der Engländer und Deutschen nicht mehr die gleiche Aufmerksamkeit zuteil geworden.<sup>42</sup> Dies rührt zum einen daher, daß im durchaus berechtigten Verständnis von Bücher "der theoretische Sozialismus der Engländer ... weit weniger glänzende Erscheinungen aufzuweisen (hat), als derjenige der Franzosen, und sein Einfluß auf die Praxis ... noch viel geringer gewesen (ist)".<sup>43</sup> Für Bücher liegt der Hauptgrund darin, daß die sozialistischen Ideen in England seit den 40er Jahren (des 19. Jahrhunderts) erloschen waren, denn man "versuchte die Lösung der sozialen Frage auf dem Boden der genossenschaftlichen Selbsthilfe und hatte dabei keine Zeit und keinen Sinn für abstrakte Theorien".<sup>44</sup> Allerdings macht Bücher hiervon eine Ausnahme. Sie bezieht sich auf die Bewertung des sog. agrarischen Sozialismus in England. Allein auf diesem Gebiet habe sich der theoretische Sozialismus auch in England weiterentwickelt. Interessanterweise subsumiert Bücher hierunter den späten Klassiker John Stuart Mill, der mit seinen Ideen den Weg dafür bereitet habe, daß "sich England eine ganze Theorie der Bodenverstaatlichung gebildet (hat)".<sup>45</sup> Henry George wird dann als der wichtigste Repräsentant des agrarischen Sozialismus gewürdigt.

Zum anderen wird auch den Vorstellungen von Sozialismus auch der Deutschen im Vergleich zu denen der Franzosen bei Bücher deswegen kein so breiter Raum gewidmet, weil "weit später als in Frankreich und England ... der Sozialismus in Deutschland Boden gefaßt (hat)", dann allerdings - so Bücher - "aber auch weit tiefer".<sup>46</sup> Bücher war damit mit dem Problem konfrontiert, als *deutscher* Hochschullehrer im Ausland politische Position zu beziehen. Im Grunde hatte er sich dieser Aufgabe aber bereits zu Beginn seines Sozialismus-Manuskriptes entledigt, als er konstatierte, daß man zwar noch vor zwei Jahrzehnten einem Sozialisten gegenüber seine Abscheu bekundete, aber gegenwärtig - also Anfang der 90er Jahre - "kann man, ohne Widerspruch zu finden, den mächtigsten Mann Europas als Sozialisten bezeichnen und läuft dabei nicht einmal Gefahr, wenn man sich auf deutschem Reichsboden befindet, wegen Bismarckbeleidigung belangt zu werden. Heute versichert nun jedermann ziemlich offen, er sei auch Sozialist - nur freilich kein Kommunist

---

41 Vgl. ebenda, S. 96.

42 Friedrich Bücher hat bei der Übertragung des handschriftlichen Manuskriptes seines Vaters in die maschinenschriftliche Fassung die Teile zu England und Deutschland als Anhang resp. Fragment deklariert. Diese Zuordnung erscheint nach Sichtung des Originals nicht gerechtfertigt zu sein, auch wenn der Teil Deutschland offensichtlich nicht vollendet worden ist.

43 Ebenda, S. 101.

44 Ebenda, S. 114.

45 Vgl. ebenda, S. 115.

46 Vgl. ebenda, S. 117.

und auch keiner von den verruchten Sozialdemokraten, die er vielmehr aus tiefster Seele verabscheue".<sup>47</sup>

Die staatssozialistische Haltung Büchers mußte sich zwangsläufig auch in der Bewertung der beiden von Bücher, wenn auch nur fragmentarisch, behandelten deutschen Sozialisten seiner Zeit reflektieren: Rodbertus und Marx.

Rodbertus wird als ein Einzelgänger, als ein in seiner Zeit Unverständener bewertet, dem erst nach seinem Tode (1875) Gerechtigkeit widerfahren ist.<sup>48</sup> Bücher verzichtet auf eine Würdigung seiner Lehre, hebt aber hervor, daß sie, ohne ein geschlossenes System zu bilden, aber eine Reihe wertvoller Untersuchungen enthält, "die, ohne die wissenschaftlichen Errungenschaften der Smith-Ricardoschen Nationalökonomie aufzugeben, doch von einem durchaus anderen Prinzip ausgehen. Dieses Prinzip ist das Prinzip der Gesellschaft, das er demjenigen des Individuums gegenüberstellt".<sup>49</sup> Dem konnte Bücher durchaus beipflichten; anders dagegen den Auffassungen von Marx. Auch wenn nur spärliche Aussagen zur Marxschen Theorie im Sozialismus-Manuskript enthalten sind, sind diese aber doch von einer solchen Gewichtigkeit, daß sie zu einer relativ eindeutigen Bewertung der Positionierung Büchers in dieser Frage ausreichen.

Die Bewertung des wissenschaftlichen Lebenswerks von Bücher unterlag und unterliegt in diesem Punkte bekanntlich differierenden Einschätzungen. Gustav Schmoller stellte in seinem "Grundriß der Allgemeinen Volkswirtschaftslehre" von 1901/04<sup>50</sup> Bücher in die Nähe von Marx und seinen Schülern<sup>51</sup>, und 1884 deutete Bernstein in einem Brief an Engels an, daß Bücher in seinen Baseler Vorlesungen mit Marx sympathisiere und seine Hörer zum Studium von Marx animiere.<sup>52</sup>

Was die Büchersche Beziehung zur Marxschen Lehre anbelangt, so haben seine diesbezüglichen Bezugnahmen auf Marx sicher den Anlaß zu derartigen Einschätzungen geboten. So empfahl er u.a. auch Marx' "Kapital" als Literatur zu seiner Vorlesung über Volkswirtschaftslehre.<sup>53</sup> Man kann aber aus Büchers Schriften keine besondere Affinität zum Marxismus ableiten. Mit Bezugnahme auf die Marxsche Theorie erklärte Bücher im Sozialismus-Manuskript eindeutig, daß Marx praktische Erfolge nur wenig erzielt und sich der

47 Vgl. ebenda, S. 2.

48 Vgl. ebenda, S. 117.

49 Vgl. a.a.O.

50 Vgl. G. Schmoller, Grundriß der Allgemeinen Volkswirtschaftslehre, 2. Teil, Leipzig 1904, S. 699.

51 Vgl. ebenda, S. 395 f.

52 Vgl. H. Hirsch (Hg.), Eduard Bernsteins Briefwechsel mit Friedrich Engels, Assen, 1970, S. 290-293.

53 Dies kann dadurch belegt werden, daß sich im Bücherschen Nachlaß auch eine an Studenten verteilte Literaturübersicht zu seiner Vorlesung über Allgemeine Volkswirtschaftslehre befindet, die frühestens auf das Jahr 1910 zu datieren ist. Dort werden die drei Bände des Marxschen "Kapital" den grundlegenden Werken für das Studium der Volkswirtschaftslehre zugeordnet.

Sozialismus seit Marx nicht weiterentwickelt habe, und er setzte hinzu: "Wohin er (Marx, K.O.W.M.) seine Hand streckte, folgten ihm Verbissenheit, Streit und Hader".<sup>54</sup> In diesem Manuskript distanzierte er sich auch von der grundlegenden marxistischen Forderung nach einer revolutionären Umgestaltung der gesellschaftlichen Zustände und bekennt sich demgegenüber zu den Idealen des bereits in den 30er Jahren auftretenden christlich-sozialen Gesellschaftsbildes.

In einer vergleichenden Bewertung der Auffassungen von Marx und Proudhon stimmte Bücher der Marxschen Geschichtsauffassung im Gegensatz zur Proudhonschen Position zu, der annahm - so Bücher - , "daß die ökonomischen Erscheinungen und Begriffe auf Naturgesetzen beruhen, die von dem Einflusse der Zeit und des Ortes unabhängig sind" und setzte hinzu: "Darin liegt auch sein (Proudhons, K.O.W.M.) wichtigster Gegensatz zu Karl Marx, der die ökonomischen Kategorien als theoretische Ausdrücke historischer, einer bestimmten Entwicklungsstufe der materiellen Produktion entsprechender Produktionsverhältnisse auffaßt, und darin zweifellos Recht hat."<sup>55</sup> Offensichtlich ist die Marxsche Sichtweise der Geschichte dem wirtschaftsstufentheoretischen Denken Büchers näherstehend als Proudhons ahistorische Auffassung.

Wenn also in neueren Einschätzungen zu Karl Bücher dieser als ein "Liberaler mit radiakaldemokratischer Weltanschauung",<sup>56</sup> oder Bücher in der Trauerrede an der Leipziger Universität am 15.11.1930 als ein "Liberaler südwestdeutscher Prägung" charakterisiert wird, der "seinem sozialen Liberalismus immer treu geblieben (ist)",<sup>57</sup> so lassen sich diese Aussagen bestätigen, jetzt aber noch genauer fassen. Karl Büchers niemals in Abrede zu stellendes lebenslanges Engagement für die sozial Schwächeren und auch von der Gesellschaft Benachteiligten läßt sich also keinesfalls aus der Position eines Protagonisten der Marxschen Lehre ableiten. Dem revolutionären Gehalt dieser Lehre stand er ablehnend gegenüber. Jahrzehnte später hat er dies dann nochmals in seinem Vortrag über die Sozialisierung deutlich zu erkennen gegeben, daß es nämlich bei einer künftigen Sozialisierung in erster Linie "um die Durchsetzung eines Ideals gehe", und die ökonomische Welt einmal in der Richtung zu suchen (sein) werde, wie die besten Vertreter unter den Sozialisten sie sich vorstellen".<sup>58</sup> In diesem Vortrag distanzierte er sich auch eindeutig von den Marxschen Erben seiner Zeit in ihrem Vorgehen um die Erringung der politischen Macht in Deutschland.

54 Vgl. Sozialismus-Manuskript, S. 120.

55 Ebenda, S. 89.

56 Vgl. B. Schefold, Karl Bücher und der Historismus in der deutschen Nationalökonomie, a.a.O., S. 245.

57 G. Kessler, Rede zur Trauerfeier (gehalten am 15. November 1930), in: Archiv der Universität Leipzig, o.J., S. 1 f.

58 Vgl. K. Bücher, Die Sozialisierung (Vortrag gehalten vor der Vereinigung höherer Beamter und Beamtinnen zu Chemnitz am 6. Januar 1919), Tübingen 1919, S. 21, 43.

Auch im dogmenhistorischen Manuskript geht Bücher nur kurz auf Marx ein. Hier wird im letzten Abschnitt dieser Arbeit unter der Überschrift "Weitere deutsche Nationalökonomie" in Abhebung zum utopischen französischen Sozialismus auf den wissenschaftlichen Sozialismus deutscher Prägung eingegangen. Zustimmend wird auf die sog. Marxsche Mehrwerttheorie verwiesen, die sich aber, worauf Bücher ebenfalls aufmerksam macht, in ihren Grundzügen schon bei Rodbertus befindet. Über diesen spärlichen Hinweis auf den Eckpfeiler der Marxschen Lehre und deren kurze Referierung geht Bücher aber nicht hinaus.

\*\*\*

Die detaillierte Aufarbeitung des wissenschaftlichen Nachlasses von Karl Bücher steht noch aus. Hierin wäre auch die Aufarbeitung der recht umfangreichen Korrespondenz einzubeziehen, die sich z.B. auch an der Leipziger Universität befindet. Für die theoriehistorische Standortbestimmung Büchers dürften die Ergebnisse dieser Arbeit ebenfalls von Nutzen sein.

## Forschungs- und Literaturberichte

# Vergleichende Sozialgeschichte des 19. und 20. Jahrhunderts: Forschungen europäischer Historiker

Von Hartmut Kaelble (Berlin)

Der historische Vergleich war neben der Interdisziplinarität und der historischen Kritik immer ein Grundziel der Erneuerung der europäischen Geschichtswissenschaften in den vergangenen Jahrzehnten. Schon während der Zwischenkriegszeit spielte in den neuen Auffassungen von Geschichtsschreibung wie sie etwa Marc Bloch oder Otto Hintze entwickelten, die Forderung nach dem historischen Vergleich eine wichtige Rolle.<sup>1</sup> Auch in der Durchsetzung der geschichtswissenschaftlichen Erneuerung seit den 1950er und 1960er Jahren gehörte der historische Vergleich zu den Grundzielen besonders der neuen Sozialgeschichte, damals dem Pionierfeld der neuen Geschichtswissenschaft. Fernand Braudel ebenso wie Hans-Ulrich Wehler stellten den Vergleich als eine der großen Chancen des Historikers heraus.

Dabei sah die erste wie die zweite Generation dieser Neuerer der Geschichtswissenschaft im historischen Vergleich vor allem einen methodischen Fortschritt. Für Marc Bloch bedeutete Vergleichen eine Erweiterung und Schärfung des Instruments des historischen Verstehens und Erklärens, der "Feststellung von Ähnlichkeiten und Unterschieden und möglichst auch ihrer Erklärung."<sup>2</sup> Otto Hintze sah im historischen Vergleich die Chance, "ein Allgemeines zu finden, das dem Verglichenen zugrunde liegt", oder den historischen Gegenstand "in seiner Individualität schärfer zu erfassen und von

---

1 Vgl. *M. Bloch*, *Pour une histoire comparée des sociétés européennes* (1928), in: *ders.*, *Mélanges historiques*, Bd. 1, Paris 1983, S. 16-40; vgl. auch *L. Valensi*, *Retour d'Orient. De quelques usages du comparatisme en histoire*, in: *H. Atsma/A. Burguière (Hg.)*, *Marc Bloch aujourd'hui. Histoire comparée et sciences sociales*, Paris 1990, S. 307-318; *O. G. Oexle*, *Marc Bloch et la critique de la raison historique*, in: *ebenda.*, S. 427 ff.; *W.H. Sewell*, *Marc Bloch and the Logic of Comparative History*, in: *History and Theory* 6, 1967, S. 208-218; s.a. zur Diskussion der Zwischenkriegszeit: *H. Pirenne*, *De la méthode comparative en histoire*, in: *G. Des Marez/F.L. Ganshof (Hg.)*, *Compte rendu du V<sup>e</sup> congrès international des sciences historiques*, Brüssel 1923 (Wiederabdruck Nendeln 1972).

2 *M. Bloch*, *Pour une histoire comparée*, S. 17.

dem anderen abzuheben."<sup>3</sup> Für Hans-Ulrich Wehler, der den Vergleich sogar als "Königsweg" der Geschichte ansah, bestand der Zweck des Vergleichs vor allem darin, "entweder sehr allgemeine oder sehr spezifische Hypothesen auf ihre Validität zu überprüfen".<sup>4</sup>

Bis heute gilt der historische Vergleich allerdings auch als die Schwachstelle, als die am wenigsten eingelöste Forderung der Erneuerung der Geschichtswissenschaften. Während sich die kritische Geschichtswissenschaft durchgesetzt hat; während die Interdisziplinarität der Geschichtswissenschaft schon ihre eigene Geschichte hat und sich nach engen Verbindungen zur Politologie, später zur Soziologie und zur Wirtschaftswissenschaft, danach zur Ethnologie neuerdings auch der Rechtswissenschaft, der Kunstgeschichte und der Literaturgeschichte zuwendet, gilt der historische Vergleich nicht als Erfolgsgeschichte. Alle reden vom Vergleich, so sagt man, und keiner macht ihn.<sup>5</sup>

Ist das so? Dieser Bericht ist eine kurze Bilanz der vergleichenden sozialhistorischen Forschung über Europa während des 19. und 20. Jahrhunderts. Er beschränkt sich auf die Arbeiten von Europäern. Ihnen fällt auch der europäische Vergleich oft besonders schwer, weil für sie meist nur die

3 O. Hintze, Soziologie und Geschichte, Gesammelte Abhandlungen, Bd. 2, Göttingen 1964, S. 251.

4 H.-U. Wehler, Einleitung, in: *ders. (Hg.)*, Geschichte und Soziologie, Köln 1972, S. 24

5 Generelle Arbeiten zum historischen oder sozialhistorischen Vergleich: G. Crossick, And What Should They Know of England: Comparative Social History in Britain Today, in: H.-G. Haupt (Hg.), Themenheft des "Passato e Presente", demnächst; H.-G. Haupt, Der internationale Vergleich in Frankreich: eine verschüttete Tradition, in: *ebenda*; J. Kocka, Historische Komparatistik in Deutschland, in: *ebenda*; J. Kocka, Probleme einer europäischen Geschichte in komparativer Absicht, in: M. Drozdowski (Hg.), *Miedzy historia a teoria*, Warschau 1988, S. 468-476; J. Kocka, Sozialgeschichte, Göttingen 1986; C. Tilly, Big Structures, Large Processes, Huge Comparisons, New York 1984; R. Crew, The case of comparing histories, in: *American Historical Review* 85, 1980; C.S. Maier, La storia comparata, in: *Il Mondo contemporaneo. Gli instrumenti della ricerca*, vol. 1: Questioni di metodo, Florenz 1983; R. Bendix, Die vergleichende Analyse historischer Wandlungen, in: J. Fialkowski (Hg.), *Politologie und Soziologie, Otto Stammer zum 60. Geburtstag*, Köln 1965; H.J. Puhle, Theorien in der Praxis des vergleichenden Historikers, in: J. Kocka/T. Nipperdey (Hg.), *Theorie und Erzählung in der Geschichte*, München 1979; P. Rossi (Hg.), *La storia comparata. Approcci e prospettive. Il Saggiatore*, Milano 1990; Forschungsüberblicke über den sozialhistorischen Vergleich zu einzelnen Themen: C. Eisenberg, The Comparative View in Labour History. Old and New Interpretations of the English and German Labour Movement before 1914, in: *International Review of Social History* 34, 1989, S. 403-432; K. Tenfelde, Comparative Research in the History of Mining Workers, in: G. Schmidt (Hg.), *Bergbau in Großbritannien und im Ruhrgebiet. Studien zur vergleichenden Geschichte des Bergbaus 1850-1930*, Bochum 1985; K. Tenfelde, Sozialgeschichte und vergleichende Geschichte der Arbeiter, in: *ders.*, *Arbeiter und Arbeiterbewegung im Vergleich*, München 1986; W. Frijhoff, Sur l'utilité d'une histoire comparée des systèmes éducatifs nationaux, in: *Histoire de l'éducation* 13, Dez. 1981, S. 29-44; J. Schriewer, Vergleichend-historische Bildungsforschung: Gesamttabelle oder Forschungsansatz, in: *Zeitschrift für Pädagogik* 30, 1984, S. 323-342.

Geschichte des eigenen Landes im Vordergrund steht und ihnen die Vogelperspektive auf Europa als Ganzem, die viele amerikanische Forschungen kennzeichnet, überwiegend fremd ist. Die vergleichende Forschung von Europäern müßte deshalb diesen Schwachpunkt der neuen Geschichtswissenschaft besonders deutlich werden lassen. Der Bericht wirft drei Fragen auf:

1. Hinkt der sozialhistorische Vergleich tatsächlich immer noch so dramatisch hinter den Forderungen her, mit denen die neue Geschichtswissenschaft und so auch die neue Sozialgeschichte in den vergangenen Jahrzehnten antrat? Gibt es nicht doch schon mehr als ein verlorenes Häufchen von europäischen Sozialhistorikern, die nicht nur vom Vergleich reden, sondern ihn auch durchführen und durchsetzen?

2. Was sind die Hauptgründe für den Vergleich in der europäischen Sozialgeschichte des 19. und 20. Jahrhunderts? Sind es tatsächlich primär seine methodischen Vorzüge für die historische Erkenntnis, die Verbesserungen der historischen Analyse und die Erweiterungen des historischen Verstehens durch den Vergleich? Folgt die heutige vergleichende Sozialgeschichte darin den Ideen der Pioniere der neuen Geschichtswissenschaft? Oder standen in der Praxis der vergleichenden Sozialgeschichte andere Ziele des Vergleichs im Vordergrund?

3. Auf welchen Voraussetzungen baut die vergleichende Sozialgeschichte auf? Ist die Entwicklung einer vergleichenden Sozialgeschichte die Leistung einiger weniger Leitfiguren, Neuerer oder Reformschulen, einer genau geplanten und erfolgreich durchgesetzten Erneuerung der Geschichtswissenschaften? Oder läßt sich dieser Wandel der Sozialgeschichte letztlich auch nur sozialgeschichtlich, nur aus dem Wandel des Umfelds der Sozialgeschichte, erklären und verstehen? Ist die vergleichende Sozialgeschichte, zugespitzt formuliert, eher eine isolierte wissenschaftsgeschichtliche Innovation oder eher einer der vielen Aspekte der allgemeinen Europäisierung Europas?

## **1. Der beginnende Aufschwung der vergleichenden Sozialgeschichte in Europa**

Der sozialhistorische Vergleich ist heute nicht mehr das Aschenputtel der Sozialgeschichte. Die vergleichende Sozialgeschichte von Europäern kann im Gegenteil schon auf beträchtliche Leistungen hinweisen. In den vergangenen zwei Jahrzehnten veröffentlichten weit über hundert europäische Sozialhistoriker eine eindrucksvolle Liste von rund zweihundert vergleichenden Büchern und Aufsätzen zu Europa im 19. und 20. Jahrhundert. Dabei ist diese Liste nicht aufgebläht (vgl. den Anhang). Sie geht von einer strikten Eingrenzung des Vergleichs aus und enthält nur internationale Vergleiche, nicht dagegen Vergleiche zwischen Regionen desselben Landes oder gar Vergleiche zwischen Sozialgruppen, Institutionen, Epochen desselben Landes. Sie besteht nur aus Vergleichen im strikten Sinn, nicht dagegen aus länderübergreifende Darstellungen, die allgemeine internationale Trends ohne

systematische Gegenüberstellung einzelner Länder behandeln. Daher wurde nach einigem Zögern etwa Eric Hobsbawms dreibändige europäische Geschichte oder Jean-Luc Pinols Überblick über die Geschichte der europäischen und amerikanischen Städte im 19. Jahrhundert nicht aufgenommen; auch mein eigener Forschungsbericht zur Geschichte der sozialen Ungleichheit im Europa des 19. Jahrhunderts paßt nicht in diese Liste. Schließlich schieden auch all die zahlreichen sozialwissenschaftlichen Arbeiten aus, die nur beiläufig einige internationale Zeitreihen streifen und keine gründliche historische Analyse leisten. Die Liste wäre auch erheblich länger geworden, wenn amerikanische Autoren, Frühneuzeithistoriker und Mediävisten mitaufgenommen worden wären. Trotz dieser recht strengen Auswahl ist die Liste der europäischen Arbeiten zur vergleichenden Sozialgeschichte des 19. und 20. Jahrhunderts länger als man erwarten mag und ermutigt. Sicher bleibt sie kurz im Vergleich zur Gesamtzahl der Arbeiten über die Sozialgeschichte Europas im 19. und 20. Jahrhundert. Trotzdem kann man bei zweihundert Publikationen heute nicht mehr - wie zu Recht noch 1972 Hans-Ulrich Wehler - davon sprechen, daß der Vergleich "eine unterentwickelte Region" der Sozialgeschichte ist.<sup>6</sup>

Diese Intensivierung der vergleichenden sozialhistorischen Forschung zum 19. und 20. Jahrhundert ist noch recht jung. Sie setzte keineswegs schon mit dem Aufschwung der Sozialgeschichte in Europa während der 1950er und vor allem während der 1960er Jahre ein. Die Pionierzeit der europäischen Sozialgeschichte war ganz im Gegenteil auch eine Blütezeit der rein nationalen und lokalen Arbeiten. Jahre, in denen in Europa nicht eine einzige vergleichende sozialhistorische Arbeit zum 19. und 20. Jahrhundert erschien, waren keine Seltenheit. Aus dieser Zeit stammt wohl der Eindruck, daß alles vom historischen Vergleich spricht, aber niemand vergleicht. Der eigentliche Beginn der vergleichenden Sozialgeschichte setzte erst in den 1970er Jahren ein: Ab der Mitte der 1970er Jahre erschien regelmäßig jedes Jahr wenigstens knapp eine Handvoll vergleichender Arbeiten. In den späten 1970er Jahren gab es dann einen spürbaren zweiten Ruck. Die jährliche "Produktion" der vergleichenden Sozialgeschichte stieg von da an auf durchschnittlich zwanzig Publikationen. Die Schwankungen von einem Jahr zum anderen waren - wie in einem so kleinen Spezialgebiet nicht anders zu erwarten - sehr groß. In manchen Jahren wie etwa 1982 fielen die jährlichen Erscheinungen auf rund zehn zurück. In einem Höhepunkt wie dem Jahr 1988 erschienen über vierzig Arbeiten zur vergleichenden Sozialgeschichte Europas im 19. und 20. Jahrhundert (vgl. Schaubild 1). Es erstaunt nicht, daß Einzelprojekte diese Schwankungen stark beeinflussten. So hatte der Höhepunkt im Jahr 1988 viel damit zu tun, daß in jenem Jahr die Ergebnisse des internationalen ZIF-Projektes über das Bürgertum im 19. Jahrhundert publiziert wurden und darunter viele vergleichende Arbeiten waren.<sup>7</sup> Trotz solcher Schwankungen

6 Wehler, ebenda.

7 Vgl. die vergleichenden Arbeiten aus dem ZIF-Projekt zum Bürgertum im 19. Jahrhundert in: J. Kocka (Hg.), Bürgertum im 19. Jahrhundert. Deutschland im

waren die 1980er Jahre der eigentliche Start einer ernstzunehmenden vergleichenden Sozialgeschichte in Europa. Vorher war die vergleichende Sozialgeschichte oft nicht viel mehr als ein Pfeifen im leeren Wald.

Schaubild 1

Publikationen von Europäern zur vergleichenden Sozialgeschichte des 19. und 20. Jahrhunderts (1970-1989)<sup>8</sup>

Zahl der Arbeiten	1970	1971	1972	1973	1974	1975	1976	1977	1978	1979	1980	1981	1982	1983	1984	1985	1986	1987	1988	1989	
40																					
30																					
20																					
10																					
Zahl:	1	2	-	1	3	4	4	4	3	6	5	13	10	17	10	13	20	10	36	13	
Jahr:	1970	1971	1972	1973	1974	1975	1976	1977	1978	1979	1980	1981	1982	1983	1984	1985	1986	1987	1988	1989	

europäischen Vergleich, München 1988; *H. Siegrist (Hg.)*, Bürgerliche Berufe, Zur Sozialgeschichte der freien und akademischen Berufe im internationalen Vergleich, Göttingen 1988; *D. Langewiesche (Hg.)*, Liberalismus im 19. Jahrhundert. Deutschland im internationalen Vergleich, Göttingen 1988; *U. Frevert (Hg.)*, Geschlechterverhältnisse im 19. Jahrhundert, Göttingen 1988.

- 8 Dieses Schaubild baut auf der im Anhang enthaltenen Liste vergleichender Bücher und Aufsätze von Europäern zur Sozialgeschichte Europas im 19. und 20. Jahrhundert auf. Dabei ist versucht worden, Arbeiten aus allen europäischen Ländern mit Ausnahme der früheren UdSSR zu erschließen. Es kann allerdings durchaus sein, daß mir dabei aus Sprachgründen vergleichende Arbeiten in slawischen Sprachen, in Ungarisch und Finnisch entgangen sind. Eingeschlossen sind nicht nur Arbeiten von Historikern im engeren Sinn, sondern auch von Soziologen, soweit ihre Arbeiten sich auf die historische Dimension konzentrieren. Dabei ist mir bewußt, daß solche Abgrenzungen, vor allem auch die Abgrenzung von Sozialgeschichte, immer diskutierbar sind. Die meisten Arbeiten werden im folgenden zitiert.

Auch die einzelnen europäischen Länder folgten im ganzen dieser Entwicklung.<sup>9</sup> In Großbritannien, Frankreich und der alten Bundesrepublik, den drei Ländern, in denen rund vier Fünftel aller dieser vergleichenden europäischen sozialhistorischen Arbeiten geschrieben wurden, lagen die Entwicklungsrichtungen nicht weit auseinander. In Frankreich wie der Bundesrepublik begann Mitte der 1970er Jahre das kontinuierliche Erscheinen von vergleichenden sozialhistorischen Arbeiten zum 19. und 20. Jahrhundert, in Großbritannien nur wenig früher. In Großbritannien und der Bundesrepublik waren die 1980er Jahre, in Frankreich zumindest die zweite Hälfte der 1980er Jahre, die erste längere Periode regelmäßiger Veröffentlichungen. Auch in den übrigen europäischen Ländern, in denen vergleichende Arbeiten geschrieben wurden, vor allem in der Schweiz, in Österreich, in Schweden, in Italien und den Niederlanden erschien die überwiegende Mehrzahl der komparativen sozialhistorischen Arbeiten während der 1980er Jahre. Die europäische Entwicklung ist daher nicht irgendein Zufallsprodukt disparater nationaler Tendenzen.

Sicher entstanden vergleichende sozialhistorische Arbeiten nicht in allen europäischen Ländern gleich häufig. Grob die Hälfte der im Anhang aufgeführten Liste von sozialhistorischen Vergleichen stammt von westdeutschen Historikern; diese Liste ist allerdings wahrscheinlich für deutschsprachige Arbeiten vollständiger und könnte deshalb den Anteil der westdeutschen Vergleiche etwas übertreiben. Vergleichsweise viele Vergleiche kamen - gemessen an der Zahl der Historiker - auch aus drei kleineren europäischen Ländern, aus der Schweiz, aus Schweden und aus Österreich. In Frankreich und Großbritannien war im Verhältnis zur großen Zahl von Historikern der sozialhistorische Vergleich etwas seltener. Das Gewicht, der Einfluß, auch die Zahl dieser Arbeiten ist jedoch nicht zu unterschätzen: Man denke an die Arbeiten von John Breuilly, Michael Burrage, Geoff Crossick, Etienne François, Patrick Fridenson, Dick Geary, Peter Laslett, Joel Michel, Antony Sutcliffe, Richard Wall. Seltener verglichen niederländische, belgische und italienische Sozialhistoriker. Iberische und osteuropäische, auch ostdeutsche Historiker schrieben sogar fast nie sozialhistorische Vergleiche zum 19. und 20. Jahrhundert. Wir kommen auf die Ursachen dieser Unterschiede zurück. Trotz solcher scharfer innereuropäischen Gegensätze mißverständete man die Entwicklung des sozialhistorischen Vergleichs von Europäern, wenn man sie ausschließlich getrennt nach einzelnen europäischen Ländern verfolgte und dabei eine isolierte Geschichte des sozialhistorischen Vergleichs in Frankreich oder Großbritannien oder in der alten Bundesrepublik schriebe. Die internationalen Verbindungen und Anregungen sowohl unter europäischen als auch mit den amerikanischen Historikern waren beim sozialhistorischen Vergleich so eng und deshalb auch die zeitliche Entwicklung

---

9 Die folgenden Feststellungen beruhen auf einer statistischen Auswertung der im Anhang aufgeführten Publikationen. Aus Raumgründen wurde auf einen Abdruck von Tabellen verzichtet.

des sozialhistorischen Vergleichs so ähnlich, daß man von einer europäischen oder sogar atlantischen Forschungsrichtung sprechen kann und sollte.

Der beginnende Aufschwung der vergleichenden Sozialgeschichte zum 19. und 20. Jahrhundert konzentrierte sich nicht einseitig auf ein einziges oder eine wenige schmale Themen. Er löst sich bei näherem Hinsehen nicht in einige wenige intensive Spezialdiskussionen, sozusagen in wenige komparative Themeninseln in einem Meer nationaler und lokaler Sozialgeschichte auf. Die vergleichende Sozialgeschichte verstärkte sich im Gegenteil erstaunlicherweise gleichzeitig in den meisten Themenbereichen der Sozialgeschichte. Vergleichende sozialhistorische Arbeiten entstanden zur Geschichte der Familie ebenso wie zur Geschichte sozialer Klassen und Schichten, zur Geschichte des Sozialstaats ebenso wie zur Stadtgeschichte, zur Geschichte sozialer Bewegungen ebenso wie zur Sozialgeschichte der Bildung, zur Sozialgeschichte der Bevölkerung ebenso wie zur Sozialgeschichte der Unternehmen. Sicher gibt es ein Themenfeld, in dem besonders viele und besonders früh Vergleiche geschrieben wurden und das daher als das klassische Thema des sozialhistorischen Vergleichs angesehen werden kann: die Geschichte sozialer Klassen, Schichten und Bewegungen. Aber selbst in diesem weiten Themenfeld wurden nur grob die Hälfte aller vergleichenden Arbeiten zur Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts geschrieben. Sicher blieb in manchen Themen der sozialhistorische Vergleich selten: die Sozialgeschichte der Mentalitäten ebenso wie die Sozialgeschichte des Lebensstandards oder der Arbeit, die Sozialgeschichte faschistischer Systeme ebenso wie die Sozialgeschichte von Bürokratien, auch allgemeine Darstellungen zur Sozialgeschichte ebenso wie die Geschichte der Sozialgeschichte. Trotzdem fällt es schwer, systematische Einseitigkeiten im Aufschwung der vergleichenden Sozialgeschichte zu erkennen. Sie hat sich auch nicht - wie man zu Recht erwarten mag - methodisch einseitig und ausschließlich auf die politische Sozialgeschichte oder auf die quantitative Sozialgeschichte oder auf die Strukturgeschichte verlegt. In *allen* diesen Feldern lassen sich sicher Stärken, wenn auch gleichzeitig Lücken der vergleichenden Sozialgeschichte finden.

Geographisch war und ist der sozialhistorische Vergleich von Europäern zum 19. und 20. Jahrhunderts dagegen deutlich einseitiger. Er konzentriert sich weitgehend auf Europa. Dabei überrascht die Seltenheit von Vergleichen mit Japan, mit der UdSSR und mit der Dritten Welt nicht unbedingt. Nur wenige Arbeiten befassen sich mit diesem weitaus größten Teil der Welt im Vergleich. Kaum ein europäischer Sozialhistoriker fühlt sich dafür kompetent genug. Wahrscheinlich interessieren sich europäische Historiker auch nicht stark genug für die Welt außerhalb Europas. Schon eher überrascht die Seltenheit des Vergleichs mit den USA. Nur grob zwanzig Bücher und Aufsätze ziehen diesen euroamerikanischen Vergleich, sicher weit mehr als mit den übrigen außereuropäischen Industrieländern, aber doch weniger als man erwarten würde. Der euroamerikanische Vergleich spielte zudem während der Startphase des sozialhistorischen Vergleichs eine wichtige Rolle und trat in den

1980er Jahren eher in den Hintergrund. Eine weitere geographische Einseitigkeit: Der sozialhistorische Vergleich beschränkte sich bisher sehr stark auf Westeuropa im heutigen Sinn: auf die Länder der heutigen Europäischen Gemeinschaft, die Alpenländer und die skandinavischen Länder. Ostmitteleuropa hat bisher kaum die Aufmerksamkeit des sozialhistorischen Vergleichs gefunden. Nur eine Handvoll von Arbeiten ziehen den Vergleich mit Ungarn und Polen. Eine letzte und vielleicht schärfste, nicht ganz überraschende Einseitigkeit: selbst innerhalb Westeuropas konzentriert sich der sozialhistorische Vergleich sehr stark auf Frankreich, Großbritannien und vor allem auf Deutschland. Über zwei Drittel der Studien behandeln Deutschland, rund ein Drittel Frankreich, ebenfalls rund ein Drittel Großbritannien. Diese Konzentration erklärt sich weitgehend aus den Zielen des sozialhistorischen Vergleichs, auf die wir zurückkommen.

Manche gegenläufigen Tendenzen dazu gibt es: Die starke Konzentration auf Deutschland ging in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre leicht zurück. Das Interesse an Frankreich nahm gleichzeitig etwas zu. Zudem milderte sich die Konzentration auf die drei Favoriten des sozialhistorischen Vergleichs etwas ab. Die kleineren europäischen Länder gewannen etwas mehr Aufmerksamkeit. Ein neuer komparativer Ansatz, der Vergleich des *ganzen* Europa oder des *ganzen* Westeuropa mit nichteuropäischen Gesellschaften, wurde etwas häufiger. Trotzdem hielt sich die geographische Einseitigkeit des sozialhistorischen Vergleichs im Kern. Tendenzen zur größeren geographischen Vielfalt und zu Europa als transnationale Vergleichseinheit blieben begrenzt. Ob sie überhaupt dauerhaft sind, bleibt unklar.

Völlig einseitig schließlich verteilen sich die Aufmerksamkeiten der vergleichenden Sozialgeschichte in der Zeit. Ganz eindeutig favorisieren die Sozialhistoriker die lange zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts, die Zeit zwischen 1850 und 1914. Mehr als die Hälfte aller sozialhistorischen Vergleiche von Europäern konzentriert sich auf diese Epoche, während sie alle anderen Epochen ziemlich gleichmäßig schwächer behandeln. Man kann sich das erklären. Die lange zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts ist ohne Zweifel eine Schlüsselepoche für das Aufkommen säkularer europäischer Entwicklungen, die auch unsere heutige Gesellschaft noch prägen, wie der Industrialisierung, der Arbeiterbewegung, der Bürokratisierung, des Stadtwachstums. Sie ist gleichzeitig nach 1871 eine Epoche mit wenig europäischen Kriegen und politischen Systemumbrüchen. Deshalb läßt sich allmählicher sozialgeschichtlicher Wandel in dieser Epoche besser erforschen als für die Zeit davor und vor allem unmittelbar danach. Gleichzeitig haben Sozialhistoriker in der langen zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts - wir kommen darauf zurück - besonders intensiv nach den sozialgeschichtlichen Ursprüngen der Kriege und Demokratiekrisen des frühen zwanzigsten Jahrhunderts gesucht und dafür massiv auch den Vergleich eingesetzt. Diese Vorliebe für die lange zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts ist nicht überall gleich stark. Es ist nicht überraschend, daß sich sozialhistorische Vergleiche zu Großbritannien und Deutschland noch einseitiger auf diese Epoche konzentrieren als Vergleiche zu

Frankreich. Es kommt auch nicht von ungefähr, daß Vergleiche zu sozialen Bewegungen, zu sozialen Klassen und Schichten, zur Stadt diese Epoche stärker favorisieren als Vergleiche zu Familie, Bevölkerung, zur Bildung, zum Sozialstaat. Solche feineren Unterschiede ändern freilich nichts am Gesamtbild: Die lange zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts ist bisher das Eldorado der vergleichenden Sozialgeschichte.

Insgesamt also ein beginnender Aufschwung des sozialhistorischen Vergleichs zu den vergangenen zweihundert Jahren, der breit war - breit in der Vielzahl der beteiligten Historiker, ihrer Richtungen, ihrer Herkunftsländer, ihrer Methoden und vor allem ihrer Themen und schmal nur in den Epochen und vor allem den Ländern, über die Vergleiche geschrieben wurden. Steht hinter diesem oft unterschätzten Aufschwung der vergleichenden Sozialgeschichte die Entdeckung einer besseren Methode des historischen Erklärens und Verstehens? Ist der Vergleich sogar *die* neue Methode der Geschichtswissenschaft der 1980er und der 1990er Jahre so wie Hinwendung zur Theorie und Quantifizierung die neuen Methoden der 1960er und 1970er Jahre waren?

## 2. Die Ziele des sozialhistorischen Vergleichs

Es sieht nicht danach aus, daß der sozialhistorische Vergleich einfach wegen seiner innovativen methodischen Möglichkeiten einen Aufschwung erlebte. In den vergleichenden Arbeiten zur Sozialgeschichte des 19. und 20. Jahrhunderts ist davon meist nur beiläufig oder gar nicht die Rede. Was zur vergleichenden Sozialgeschichte vor allem motivierte, scheinen Inhalte und weniger die technischen Vorteile der Methode gewesen zu sein. Vor allem drei Fragen haben Sozialhistoriker zum Vergleich motiviert: die sozialhistorischen Erklärungen politischer Sonderentwicklungen einzelner europäischer Länder; die unterschiedlichen historischen Wege der sozialen Modernisierung von Industriegesellschaften; die gesellschaftlichen Eigenarten Europas in der Geschichte. Wir stellen alle drei Fragen vor.

Die politischen Sonderentwicklungen einzelner europäischer Nationen und ihre sozialhistorischen Ursachen waren ein erstes und besonders heftig debattiertes Motiv in der vergleichenden Sozialgeschichte des 19. und 20. Jahrhunderts. Bei weitem die stärkste Aufmerksamkeit haben dabei die sozialhistorischen Ursachen der *deutschen* Sonderentwicklung, der verzögerten und krisenhaften Demokratisierung und des Entstehens des Nationalsozialismus auf sich gezogen. Herausragende Untersuchungen des internationalen sozialhistorischen Vergleichs und international bekannte europäische Sozialhistoriker wie John Breuilly, Richard J. Evans, Ute Frevert, Heinz-Gerhard Haupt, Jürgen Kocka, Heinrich A. Winkler befaßten sich vergleichend mit den sozialhistorischen Grundlagen der politischen Sonderentwicklung Deutschlands. Rechnete man amerikanische Arbeiten hinzu, würde das Gewicht dieses ersten Motivs für sozialhistorische Vergleiche wahrscheinlich noch stärker. Dieser erste Ansatz des sozialhistorischen Vergleichs konzentriert sich weitgehend auf zwei Themenfelder: auf die Entwicklung sozialer Bewegungen und einzelner

sozialer Klassen wie Arbeiter, Angestellte, Kleinbürgertum, Bürgertum und auf die Geschichte der staatlichen Intervention in die Gesellschaft besonders gegenüber Sozialkonflikten, gegenüber sozialen Hierarchien und gegenüber Minoritäten (vgl. die Liste der Arbeiten im Anhang). Diese Arbeiten lassen sich sicher nicht stromlinienförmig einer These vom deutschen Sonderweg zuordnen, sondern sind eher Teil einer Diskussion. Sie belegen aber doch weit stärker als die politikhistorische Debatte über den deutschen Sonderweg grundsätzlich ähnliche Tendenzen zu besonders starker Staatsbindung des Bürgertums in Deutschland, zu besonders massiven Staatseingriffen in die bürgerliche Gesellschaft, zu besonders einschneidenden sozialen Trennlinien zwischen sozialen Klassen und gegenüber Minoritäten, alles Besonderheiten, die die Entwicklung der politischen Demokratie in Deutschland hemmten. Auch wenn einzelne Thesen wie die Feudalisierung des deutschen Bürgertums, die besonders ungünstige rechtliche Stellung der Frau in Deutschland, die besonders repressiven staatlichen Eingriffe gegenüber Streiks oder die frühe Trennung von Liberalismus und deutscher Arbeiterbewegung debattiert werden, bleibt der Grundtenor von massiven gesellschaftlichen Hemmnissen der Demokratisierung in Deutschland erhalten. Das Motiv zu diesem ersten Vergleichsansatz dürfte deshalb auch in Zukunft nicht verschwinden.

Über soziale Ursachen politischer Sonderwege anderer europäischer Länder ist weit weniger gearbeitet worden. Es gibt bisher selten mehr als Ansätze dazu, die sozialhistorischen Ursachen der "exception française", der unrevolutionären Demokratisierung Skandinaviens, der frühen Toleranz und Koexistenz von Kirchen in der niederländischen Gesellschaft, umgekehrt der langsamen Demokratisierung Spaniens und Portugals oder der sozialhistorischen Eigenarten Italiens zu untersuchen.<sup>10</sup> Bisher ist schwer zu sagen, ob daraus ebenfalls eine intensive vergleichende sozialhistorische Forschung entstehen wird.

Ein zweites starkes Motiv für den sozialhistorischen Vergleich war bisher das Interesse an den unterschiedlichen nationalen historischen Wegen der gesellschaftlichen Entwicklung und Modernisierung. Ausgelöst werden diese historischen Vergleiche nicht selten durch aktuelle Debatten - Debatten über den Vorbildcharakter oder die Niedergangerscheinungen einzelner Länder, über aktuelle europaweite Entwicklungsgegensätze, aber auch über nationale gesellschaftliche Identitätsfragen und nationale Selbstverständigungsversuche. Bei weitem die meisten sozialhistorischen Vergleiche zum 19. und 20. Jahrhundert entstanden aus diesem Motiv. Ohne ihn hätte es keinen so deutlichen Aufschwung der vergleichenden Sozialgeschichte gegeben und die vergleichende Sozialgeschichte wäre aus ihrem Aschenputteldasein kaum

10 Vgl. *F. Furet/J. Juillard/P. Rosanvallon*, *La république du centre. La fin de l'exception française*, Paris 1988, S. 49ff.; *M. Winock*, *La fièvre hexagonale. Les grandes crises politiques 1871-1968*, Paris 1987, S. 11, 409ff.; *B. Stråt (Hg.)*, *Democratisation in Scandinavia in Comparison*, Göteborg 1987; *K. David/J. Lucassen/J. L. van Zanden*, *De Nederlandse geschiedenis als afwijking van het algemeen menselijk patroon. En aanzet tot een programma van samenwerking*, Amsterdam 1988; *G. Sapelli*, *L'Italia inafferrabile*, Venedig 1989.

ausgebrochen. Diese Diskussion über Unterschiede in der gesellschaftlichen Entwicklung ist nicht immer leicht von der Diskussion über die sozialhistorischen Ursachen nationaler politischer Sonderwege zu trennen. Im allgemeinen geht es aber letztlich nicht um nationale Besonderheiten der Politik, sondern direkt um Gesellschaft und deren nationale Entwicklungswege. Diese sozialhistorischen Vergleiche gehören daher nicht wie das erste Motiv letztlich zu einer politischen Debatte, sondern sind originär sozialhistorisch. Im deutschen Fall ist der Unterschied zwischen diesem und dem ersten Motiv besonders scharf: Weit häufiger als bei der politisch inspirierten Sonderwegsdebatte werden positive Modernitäten oder sogar Vorreiterrollen der deutschen Gesellschaft wie etwa die modernen deutschen Managementmethoden vor 1914, der frühe Start der Sozialversicherungen, die starke Kompetenz deutscher Städte in der Stadtplanung, die Stärke der deutschen Arbeiterbewegung diskutiert und untersucht.

Das Spektrum von Themen, in denen sozialhistorische Unterschiede von Modernisierungs- und Entwicklungswegen der europäischen Gesellschaften des 19. und 20. Jahrhunderts verfolgt wurden, ist breit. Die Unterschiede der Familienstruktur, des familiären Zusammenlebens und des Familienrechts, die unterschiedlichen Managementmethoden in Großunternehmen, die Unterschiede in der Entwicklung des Dienstleistungssektors, des Lebensstandards, der Einkommensverteilung, der Löhne und des Konsums, die unterschiedliche eher staatsnahe, eher korporative oder eher marktmäßige Professionalisierung von akademischen Berufen, der verschiedenartige Wandel der sozialen Mobilität und der sozialen Schichten und Klassen wie des Adels, des Bürgertums, des Kleinbürgertums, der Arbeiter, die unterschiedlichen historischen Formen und Ursachen von Streiks und sozialem Protest, die Unterschiede in der Alphabetisierung und Ausbildung, die verschiedenartige Durchsetzung der Stadtplanung und des Sozialstaats sind verfolgt und erklärt worden (vgl. die Liste im Anhang). Viele Motive gehen in diese Debatte ein: Identifizierung mit der Vergangenheit des eigenen Landes ebenso wie distanzierte Bilanz von Modernisierungswegen, Fundamentalkritik der Geschichte des eigenen Landes ebenso wie Lernanstöße aus der Geschichte anderer europäischer Länder.

Ein drittes, bisher bei weitem nicht so massives, aber sich doch verstärkendes Motiv im Aufschwung des sozialhistorischen Vergleichs war die Diskussion der historischen Besonderheiten von Europa als Ganzem. Diese Diskussion wurde bisher besonders intensiv über das mittelalterliche und frühneuzeitliche Europa geführt.<sup>11</sup> Aber auch zur europäischen Gesellschaft des

---

11 Cf. *M. Mann*, *European Development: Approaching a Historical Explanation*, in: *J. Baechler/J.H. Hall/M. Mann (Hg.)*, *Europe and the Rise of Capitalism*, Oxford 1988; *J.H. Hall*, *States and Societies: The Miracle in Comparative Perspective*, in: *ibid.*; see also: *M. Mann*, *The Sources of Social Power*, vol. I: *A History of Power from the Beginning to 1760*, Cambridge 1986; *J.H. Hall*, *Powers and Liberties: the Causes and Consequences of the Rise of the West*, Oxford 1985; *J.H. Hall (Hg.)*, *States in History*, Oxford 1986; *E.L. Jones*, *The European Miracle*, Cambridge 1981; *E. Weede*, *Der*

19. und 20. Jahrhunderts gibt es in jüngster Zeit einige Arbeiten und sogar Diskussionen wie etwa zur "europäischen Familie", zu den europäischen Besonderheiten der Arbeiterbewegung, zum europäischen Bürgertum und Kleinbürgertum, aber auch zu besonderen Entwicklungen Europas als Ganzem im Vergleich zu außereuropäischen Gesellschaften (vgl. die Anlage). Auch in dieser Diskussion mischen sich unterschiedliche Motive: der Bedarf der Europäer und auch der Europäischen Gemeinschaft nach einer historischen Identität, nach einer Geschichte, mit der sich Europäer identifizieren können und die mehr ist als nur Nationalgeschichte; die kritische Diskussion der Stärken und Schwächen der europäischen gesellschaftlichen Entwicklung der vergangenen zweihundert Jahre und damit verbunden oft auch der europäischen Gegenwart; schließlich auch die Suche nach einer breiten, auch sozialhistorischen Erklärung für die europäische Integration seit den 1950er Jahren. Auch dieses Motiv dürfte dauerhaft sein und wird sicher auch in Zukunft zu sozialhistorischen Vergleichen von Europäern führen.

Sicher gibt es noch andere Gründe für den sozialhistorischen Vergleich zum 19. und 20. Jahrhundert: Europäer haben auch verglichen, um sozialwissenschaftliche Theorien zu testen. Sie haben transnationale Sozialgeschichte auch geschrieben, um gesellschaftliche Entwicklungstendenzen zu verfolgen, die die nationalen Grenzen überschritten. Sie haben in einigen und sicher zu seltenen Fällen internationale Handbücher der europäischen Sozialgeschichte geschrieben. So informativ, anspornend und eindrucksvoll solche Arbeiten auch immer sind: Sie sind doch oft keine Vergleiche im eigentlichen engeren Sinn, schildern und erklären nicht gezielt nationale Unterschiede und Gemeinsamkeiten. Wenn es wie hier um den Aufschwung des sozialhistorischen Vergleichs und seine Gründe geht, sollten solche Grenzfälle zwischen Vergleich und Überblick besser nicht gleichsam mitverinnahmt werden.<sup>12</sup>

---

Sonderweg des Westens, in: Zeitschrift für Soziologie 17, 1988, p. 172-186; id., Ideen, Ideologie und politische Kultur des Westens 36, 1989, S. 27-43 (Sept.); J. Szűsz, Die drei historischen Regionen Europas, Frankfurt a. M. 1990.

- 12 Vgl. als Beispiele P. Bairoch, *De Jéricho à Mexico. Villes et économie dans l'histoire*, Paris 1985; N. Bullock/J. Read, *The Movement for Housing Reform in Germany and France, 1840-1914*, Cambridge 1985; W. Fischer, *Armut in der Geschichte*, Göttingen 1982; ders., *Der Wandel der sozialen Frage in den fortgeschrittenen Industriegesellschaften*, in: *Soziale Probleme der modernen Industriegesellschaften*, Berlin 1976; ders., *Wirtschaft und Gesellschaft Europas, 1850-1914*, in: ders. (Hg.), *Handbuch der Europäischen Wirtschafts- und Sozialgeschichte*, Bd. 5, Stuttgart 1985; ders., *Wirtschaft und Gesellschaft Europas, 1914-1980*, in: ders. (Hg.), *Handbuch der Europäischen Wirtschafts- und Sozialgeschichte*, Bd. 6, Stuttgart 1987; H. Kaelble, *Industrialisierung und soziale Ungleichheit, Europa im 19. Jahrhundert*, Göttingen 1983.

### 3. Die Ursachen des Aufschwungs des sozialhistorischen Vergleichs

Der Aufschwung der vergleichenden Sozialgeschichte in Europa in den späten 1970er und in den 1980er Jahren wäre sicher ohne den Aufschwung der allgemeinen Sozialgeschichte zwei Jahrzehnte davor nicht denkbar. Trotzdem besitzt er seine eigene Dynamik, andere Ursachen und entwickelte sich daher auch grundsätzlich anders als die allgemeine Sozialgeschichte zwanzig Jahre davor. Zuerst die Andersartigkeiten:

Die vergleichende Sozialgeschichte war erstens keine Modeströmung, keine Bewegung, die anfangs in wenigen tables rondes, Foren, Zeitschriften, Institutionen diskutiert wurde, von da aus immer mehr Anhänger gewann und sich als wissenschaftliches Programm mit innovativen Zügen innerhalb und auch außerhalb der Universitäten durchsetzte. Es gibt bezeichnenderweise keine Zeitschrift, keine Universität, keine Urwerkstatt, die der vergleichenden Sozialgeschichte einen Namen gab so wie die Annales, die Cambridge School, die Bielefelder Schule, der History Workshop bestimmte Richtungen in der allgemeinen Sozialgeschichte markieren. Die vergleichende Sozialgeschichte war offen für jeden. Ihr Aufschwung entstand oft ohne enge wechselseitige Kontakte, aus den Arbeiten vieler individueller Historiker an ganz verschiedenen Orten, aus ganz verschiedenen Schulen, in verschiedenen Ländern, in ganz unterschiedlichen Themenbereichen. Auch in der alten Bundesrepublik entstand nur etwa die Hälfte der vergleichenden sozialhistorischen Arbeiten an besonders aktiven Orten, Bielefeld, München und Berlin. Gleichzeitig fehlten der vergleichenden Sozialgeschichte die spektakulären Kontroversen, die Kämpfe, die im Konflikt gezogenen Ausgrenzungen, die entschiedenen Gegner, auch die daraus abgeleiteten Bestätigungen und Ablehnungen. Während sich der Aufschwung der Sozialgeschichte von außen oft wie eine kompakte, durchdachte Landnahme ausnahm, so ist die vergleichende Sozialgeschichte nur gleichsam eine neue Pflanzenart, die sich ausbreitet, nicht einmal wuchert, die bisherige Fauna beläßt.

Die vergleichende Sozialgeschichte zum 19. und 20. Jahrhundert ist zweitens auch nicht durch einige wenige Vordenker, Neuerer, "patrons" oder Netzwerke konzipiert, geplant und durchgesetzt worden. Die schon zitierten Vordenker der Zwischenkriegszeit hatten aus der zeitlichen Ferne - Otto Hintze starb 1940 nach einem Publikationsverbot des NS-Regimes und Marc Bloch wurde von der deutschen Besatzung ermordet - für die vergleichende Sozialgeschichte zum 19. und 20. Jahrhundert keine wirklich durchschlagende intellektuelle Bedeutung, vor allem auch, weil sie über andere Epochen arbeiteten. Eine ähnliche bestimmende und dirigierende Rolle wie Ernest Labrousse, Fernand Braudel, E.P. Thompson, Eric Hobsbawm, Werner Conze oder Hans-Ulrich Wehler im Aufschwung der allgemeinen Sozialgeschichte der 1960er Jahre spielte in der vergleichenden Sozialgeschichte der 1970er und 1980er Jahre niemand; auch nicht diese Nachkriegspromotoren der Sozialgeschichte. Sie sprachen sich zwar entschieden für den sozialhistorischen

Vergleich aus, schufen damit ein günstiges Klima, verglichen aber selbst kaum. Entgegen mancher Vorstellungen ist daher die vergleichende Sozialgeschichte in ihrem Aufschwung während der 1970er und 1980er Jahre nur ganz selten von älteren, schon erfahrenen Historikern angeführt worden, die nach längeren Forscheraktivitäten in nationaler Geschichte sich dem internationalen Vergleich zuwandten. Ganz im Gegenteil: Die Historiker, die den ersten Aufschwung der vergleichenden Sozialgeschichte trugen, standen meistens eher am Anfang ihrer Karriere und schrieben schon ihr erstes oder spätestens ihr zweites Buch in der Form eines Vergleichs. Ihre Universitätslehrer waren häufig keine vergleichenden Historiker, konnten sie nur ermutigen, ein internationales Klima schaffen, aber sie nicht beim Vergleichen anleiten oder ihnen gar als Muster dienen. Anders als die allgemeine Sozialgeschichte war die vergleichende Sozialgeschichte überwiegend eine Sache von jungen Historikern, die sich zu Beginn ihres Forscherlebens in den Vergleich einarbeiteten. Wer nicht in jungen Jahren mit dem Vergleich anfang, schaffte den Sprung in den Vergleich im höheren Alter nur noch selten. Die an den europäischen Universitäten üblichen, engen Beziehungen und Abhängigkeiten zwischen Lehrern und Schülern waren für den Aufschwung der vergleichenden Sozialgeschichte wenig wichtig. Auch über intellektuelle Netzwerke, Schulen und Schülerkreise, innovative Modellstudien läßt sich das erste Aufkommen der vergleichenden Sozialgeschichte in Europa nur zu Teilen erklären. Das änderte sich erst in den letzten Jahren.

Der Aufschwung der vergleichenden Sozialgeschichte wurde anders als die Sozialgeschichte der 1960er Jahre auch nicht von einer bestimmten Methode oder einem bestimmten Ansatz getragen. Anders als vielfach vermutet wird, war der sozialhistorische Vergleich weder von der quantitativen Methode noch von der Strukturgeschichte noch von der politischen Sozialgeschichte beherrscht. Neben quantitativen Arbeiten gab es immer auch Vergleiche, die kaum Zahlen enthielten. Neben strukturgeschichtlichen Vergleichen entstanden auch Vergleiche zur Mentalitäts- und Ideengeschichte. Neben der politischen Sozialgeschichte fand sich vor allem in der Familien- und Bevölkerungsgeschichte auch häufig der durchaus politikferne Vergleich.

Schließlich war die vergleichende Sozialgeschichte in ihrem Aufschwung wohl auch nicht so sehr eine Sache bestimmter *nationaler* Schulen: Sie entstand an vielen Universitäten Europas und Nordamerikas, läßt sich nur als europäisches oder gar atlantisches Phänomen verstehen und ging nicht so eindeutig wie die Sozialgeschichte der 1960er Jahre auf nationale französische, englische und amerikanische Impulse und Umstände zurück. Auch wenn in der alten Bundesrepublik die vergleichende Sozialgeschichte während der 1980er Jahre besonders produktiv war, haben sich dort keine Fragestellungen und Methoden entwickelt, die man nicht auch gleichzeitig in anderen Ländern finden konnte.

Aus allen diesen Gründen läßt sich der beginnende Aufschwung der vergleichenden Sozialgeschichte mit den üblichen Methoden der

Ideengeschichte, der Geschichte von innovativen Einzelpersönlichkeiten, oder von wissenschaftlichen Einzelkonzepten nicht einleuchtend erklären. Die vergleichende Sozialgeschichte war in diesem Sinn nicht einfach eine Idee, eine Erfindung, sondern mindestens ebenso stark, wenn nicht noch stärker ein Produkt von Umständen, die allerdings von einer beträchtlichen Zahl von Historikern gleichzeitig gesehen und aktiv genutzt wurden. Vor allem vier Umstände dürften zu ihrem Aufschwung beigetragen haben:

1. Ganz entscheidend für das Aufkommen der vergleichenden Sozialgeschichte war selbstverständlich der vorhergehende breite Aufschwung der nationalen und regionalen Sozialgeschichte. In diesem Boom der Sozialgeschichte schwamm der sozialhistorische Vergleich wie der Fisch im Wasser. Nur durch diesen Boom entstand eine genügend große, kritische Masse von Historikern, die sozialhistorisch dachte. Nur durch diesen Boom wurde ein breites Fundament von sozialhistorischen Spezialuntersuchungen geschrieben, auf denen der sozialhistorische Vergleich aufbauen konnte und auch meist aufbauen mußte. Nur durch diesen europaweiten Boom schließlich wurden in den meisten europäischen Ländern ähnliche Fragestellungen gestellt und dadurch auch vergleichbare Studien geschrieben oder zumindest Verständnis für internationale Vergleiche geweckt. Noch in den 1950er Jahren konnten Welten zwischen den Fragestellungen liegen, die Sozialhistoriker unterschiedlicher Nationen stellten. "Zwischen deutschen und französischen Historikern", schrieb noch 1959 Fernand Braudel in einer Rezension über Otto Brunner, "ist der Kontakt schon seit langem verloren gegangen, sodaß manchmal ein schlecht gewähltes Wort, eine zu rasch entwickelte These genügt, damit die Diskussion jeden Sinn verliert. Es wäre sicher für beide Seiten von Vorteil, wenn die Denkweisen, die sich einander derartig fremd geworden sind, wieder zusammenwüchsen."<sup>13</sup> Ohne das darauf folgende Zusammenwachsen der europäischen sozialhistorischen Schulen wären die Vergleiche der 1970er und 1980er Jahre kaum möglich gewesen. Noch in den 1950er und frühen 1960er Jahren, also direkt vor dem Aufschwung der Sozialgeschichte, wären systematische und empirische sozialhistorische Vergleiche schwer möglich gewesen. Den Historikern, die schon damals die Notwendigkeit von sozialhistorischen Vergleichen erkannten, blieb unter diesen Umständen nur die vergleichende gesellschaftshistorische Spekulation zum 19. und 20. Jahrhundert wie sie eine ganze Reihe bedeutender Historiker und historischer Sozialwissenschaftler der ersten Hälfte unseres Jahrhunderts notgedrungen betrieben haben.

2. Allerdings hat der Aufschwung der Sozialgeschichte in Europa ganz sicher nicht automatisch auch zum sozialhistorischen Vergleich geführt. Es gab und gibt viele und sogar zentrale Themen der Sozialgeschichte, die in keiner Weise den sozialhistorischen Vergleich erzwangen oder auch nur nahelegten:

---

13 F. Braudel, Sur une conception de l'histoire sociale (1959), in: *ders.*, Ecrits sur l'histoire, Paris 1969, S. 190; vgl. als Situationsbeschreibung fünfundsiebzig Jahre später: H. Kaelble, Sozialgeschichte in Frankreich und Deutschland. "Annales" gegen Historische Sozialwissenschaft?, in: *Geschichte und Gesellschaft* 13, 1987, S. 77-93.

die Lebensstandarddebatte ebensowenig wie die Diskussion über die Arbeiteraristokratie, die sozialstrukturelle Geschichte sozialer Bewegungen ebenso wenig wie die Geschichte der innerfamiliären Beziehungen, die Identitätsgeschichte von Frauen, von Gemeinden und Stadtteilen, von Berufen, von Gewerkschaften, von Ethnien, von Nationalitäten ebenso wenig wie die dichte, erzählende Mikrogeschichte. Keines der Erfolgsbücher und keiner der Schlüsselessays dieser sozialhistorischen Leitthemen waren vergleichend. Es ist eine letztlich zufällige Konstellation, daß seit den 1970er Jahren in der Sozialgeschichte drei Themen aufkamen, die früher oder später in den sozialhistorischen Vergleich führen mußten: erstens die sozialhistorische Ausweitung der Debatte über den deutschen Sonderweg, politisch im wesentlichen durch die demokratische Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus angestoßen, vielleicht ein Orientierungsbeispiel für ähnliche künftige Debatten in der spanischen und portugiesischen Sozialgeschichte; zweitens die Diskussion über die Geschichte innereuropäischer und atlantischer Modernitätsunterschiede, die durch den tiefgreifenden Modernisierungsschub Europas und auch durch die kolonialen Unabhängigkeitsbewegungen seit den 1950er Jahren angestoßen wurde und die durch die Erneuerung der Geschichtswissenschaft auch zu einer erstrangigen Aufgabe des professionellen Historikers geworden ist, damit nicht mehr den Soziologen und Wirtschaftswissenschaftlern überlassen blieb; schließlich drittens das jüngste dieser Themen, die Frage nach der Geschichte der europäischen Gesellschaft, nach dem europäischen Weg der Modernisierung ebenso wie die Identifizierung mit der gesellschaftshistorischen Entwicklung Europas. Wie stark diese Themen zum sozialhistorischen Vergleich motivierten, wurde soeben gezeigt. Es ist schwer vorstellbar, daß diese drei Themen in den nächsten Jahren von den Historikern wieder abgegeben und die Antworten wieder anderen Wissenschaften überlassen werden. Es ist deshalb auch unwahrscheinlich, daß dieser Impetus für den sozialhistorischen Vergleich wieder absterben wird.

3. Diese Konstellation von Fragen drängte zwar zum sozialhistorischen Vergleich, machte ihn aber noch nicht. Entscheidend hinzu kam die allgemeine Öffnung und Internationalisierung der wissenschaftlichen, sicher nicht nur der geschichtswissenschaftlichen Institutionen in Europa. Internationale Begegnungszentren wie die Maison des Sciences de l'Homme in Paris, das St. Antony's College in Oxford, das Europäische Hochschulinstitut in Florenz, das SCASSS in Uppsala, das ZIF in Bielefeld, die französischen und deutschen historischen Auslandsinstitute, auch die verschiedenen Berliner Zentren wie das Wissenschaftskolleg, das Wissenschaftszentrum, die Historische Kommission zu Berlin, zahlreiche, oft nur noch schwer überschaubare Stipendienprogramme von Stiftungen und Regierungen eröffneten nicht nur den etablierten, sondern vor allem auch den jüngeren Historikern gute Chancen für Auslandsaufenthalte, ohne die der internationale Vergleich undenkbar ist. Die internationalen und zumindest europäischen Arbeitstreffen, Colloquien und Konferenzen wurden fast zum Historikeralltag. Die Einladungen und Stiftungslehrstühle für Gastdozenten nahmen kräftig zu. Sie alle verstärkten den inner-

europäischen Ideenaustausch enorm und trugen sicher viel zur Europäisierung der Haupttrends der Forschung bei. Sie eröffneten enge Kontakte und intensive Gespräche mit den Spezialisten in anderen Ländern, ohne die der sozialhistorische Vergleich nicht denkbar wäre. Die historischen Bibliotheken internationalisierten ihre Bestände und bieten heute vielfach die Chance, sich in der eigenen Universität über neue sozialhistorische Bücher und Zeitschriftendebatten anderer europäischer und auch außereuropäischer Länder auf dem laufenden zu halten. Umfassende, teilweise enorm kostenintensive internationale Datensammlungen wurden von B.R. Mitchell, Peter Flora, J.-M. Jeanneney, der OECD und der Europäischen Gemeinschaft veröffentlicht und bieten ein Grundgerüst an vergleichenden Informationen.<sup>14</sup>

Sicher haben diese Entwicklungen Grenzen. Bibliotheken, die wirklich alle sozialhistorischen Publikationen aus Europa enthalten, gibt es immer noch nicht. Niemand verfolgt ein solches Projekt. Der Süden und der Osten Europas hat von den materiellen Verbesserungen bisher nur wenig gespürt. Die Chancen der dortigen jungen Historiker für Auslandsaufenthalte blieben oft dürrig. Die Bibliotheken in diesen Ländern (aber auch in vielen Provinzuniversitäten der wohlhabenderen Länder) bieten bis heute kaum Bücher über andere Länder. Die sozialhistorischen Publikationen aus diesen Ländern - aber auch aus den skandinavischen Ländern - wurden außerhalb der Landesgrenzen oft kaum bekannt gemacht. Es erstaunt deshalb nicht, daß die Sozialhistoriker der süd- und osteuropäischen Länder so wenig vergleichen. Sie haben bisher keine entsprechende Chance gehabt. Trotzdem haben sich in beträchtlichen Teilen Europas seit den 1970er Jahren die materiellen Bedingungen für den sozialhistorischen Vergleich vor allem auch für jüngere Historiker spürbar verbessert. Ohne diese materiellen Fortschritte hätte es einen wirklichen Aufschwung des sozialhistorischen Vergleichs nicht gegeben. Es ist gleichzeitig keineswegs klar, daß diese günstigen materiellen Bedingungen erhalten bleiben und sich auch im Süden und Osten Europas durchsetzen werden. Vor allem die Europäisierung der Universitätsbibliotheken ist selbst in wohlhabenden Ländern wie der Bundesrepublik durch Kürzungen massiv bedroht.

4. All das sind sicher keine Sonderentwicklungen der Sozialgeschichte oder der Geschichte. Dahinter standen grundsätzlichere europäische Mentalitäts-umbrüche, die nicht einmal nur die Wissenschaften betrafen, sondern ganz allgemein vor allem in den 1970er und 1980er Jahren die Kommunikationen und Kontakte zwischen den westeuropäischen und atlantischen Ländern veränderten: die Europäisierung des Umgangs zwischen europäischen Ländern.

---

14 Vgl. B.R. Mitchell, *European Historical Statistics 1750-1970*, London 1975; OECD, *Economic Outlook. Historical Statistics 1960-1988*, Paris 1990; J.-M. Jeanneney/E. Barbier-Jeanneney, *Les économies occidentales du XIXe siècle à nos jours*, 2 Bde., Paris 1985; P. Flora, *State, Economy and Society in Western Europe, 1815-1970*, 2 Bde., Frankfurt a. M. 1984ff.; Eurostat, *Revue 1977-1986*, Luxemburg 1988 (s. a. ältere Auflagen, die weitere zurückgehen, und die frühere Fassung: Eurostat, *Sozialindikatoren für die Europäische Gemeinschaft 1960-1975*, Brüssel 1977).

Ich möchte das nur andeuten: In anderen Sprachen zu sprechen wurde immer normaler. Während in der Generation, die noch vor dem Zweiten Weltkrieg geboren wurde, im bundesdeutschen Fall nur jeder Zehnte Englisch spricht, können sich unter den jungen Deutschen von heute über 80% in Englisch unterhalten, fast ein Drittel in Französisch, ein weiteres Drittel in anderen Fremdsprachen. Auch in der Europäischen Gemeinschaft als Ganzem sprechen rund zwei Drittel der jungen Europäer Englisch, fast zwei Viertel Französisch, fast die Hälfte eine weitere Fremdsprache.<sup>15</sup> Diese Normalität der Fremdsprachenkenntnisse in Europa, die unter den jungen Historikern der späten 1970er Jahren schon zu sehen war, hat sicher den sozialhistorischen Vergleich sehr erleichtert und wird ihn auch in Zukunft erleichtern. Ohne die Alltagssprache und Alltagskommunikation ein anderes Land zu verstehen und zu vergleichen, ist schwer vorstellbar. Auch die Kenntnisse anderer Länder aus eigener Anschauung durch Ferienreisen, durch Ausbildung, durch Leben in anderen Ländern haben stark zugenommen. Die Mehrheit aller jungen Europäer von heute - rund zwei Drittel - war schon im Ausland, meist im europäischen Ausland. Fast ein Drittel von ihnen lebte monate- oder sogar jahrelang, also nicht nur für kurze Ferienreisen mit oft nur oberflächlichen Eindrücken, zu Schüleraustauschen, zu Studienaufenthalten, zu Praktika, zu Berufstätigkeiten oder einfach mit ihren Eltern im Ausland.<sup>16</sup> Auch dieses intensive Kennenlernen anderer Länder ist ein wichtiger Erfahrungshintergrund für den sozialhistorischen Vergleich. Schließlich hat sich ganz allgemein die Einstellung zur Nation in Europa grundlegend gewandelt. Lesen über andere Länder, Reisen und Leben in anderen Ländern, letztlich auch der historische Vergleich haben nicht mehr so sehr das Ziel, das eigene Land abzugrenzen, sich nationaler Besonderheiten und Einzigartigkeit zu versichern und letztlich nationale Bindungen weiter zu verstärken, sondern eher den größeren europäischen Raum zu erfahren, von anderen Gesellschaften und anderen Politiken im Positiven und Negativen zu lernen, auch etwas für die innereuropäische Verständigung und den Aufbau Europas zu tun. Diese neue Einstellung steht meist hinter den zahlreichen Austauschprogrammen, Stiftungslehrstühlen, binationalen oder internationalen Historikertreffen. Diese neue Einstellung hat sicher auch den sozialhistorischen Vergleich geprägt.

---

15 Vgl. für die Bundesrepublik: Emnid-Umfragen Heft 1, 1989, S. 16f. (auch abgedruckt in: *H. Kaelble*, *Nachbarn am Rhein*, S. 243); für die ganze Europäische Gemeinschaft: *Kommission der Europäischen Gemeinschaften (Hg.)*, *Young Europeans in 1990*, Brüssel 1991, S. 78f.

16 Vgl. ebenda., S. 58ff.

## Zusammenstellung vergleichender Arbeiten

(Ergänzungen und auch eine andere Einordnung einzelner Titel sind möglich und sinnvoll):

### 1. Soziale Ursachen politischer Sonderentwicklungen

- W. Berg*, Wirtschaft und Gesellschaft in Deutschland und Großbritannien im Übergang zum "Organisierten Kapitalismus". Unternehmer, Angestellte, Arbeiter und Staat im Steinkohlenbergbau des Ruhrgebiets und von Südwales, 1850-1914, Berlin 1984;
- Ders.*, Zwei Typen industriegesellschaftlicher Modernisierung: Die Bergarbeiter im Ruhrgebiet und in Südwales im 19. und frühen 20. Jahrhundert, in: *G. Schmidt (Hg.)*, Bergbau in Großbritannien und im Ruhrgebiet, Bochum 1985;
- J. Breuilly*, Liberalismus oder Sozialdemokratie? Ein Vergleich der britischen und deutschen politischen Arbeiterbewegung zwischen 1850 und 1875, in: *J. Kocka (Hg.)*, Europäische Arbeiterbewegungen im 19. Jahrhundert. Deutschland, Österreich, England und Frankreich im Vergleich, Göttingen 1983;
- Ders.*, Liberalism and Social Democracy: A Comparison of British and German Labour Politics, c.1850-1875, in: *European History Quarterly* 15, 1985;
- Ders.*, Artisan Economy, artisan politics, artisan ideology: the artisan contribution to the 19th century European labour movements, in: *C. Emsley/Walvin (Hg.)*, Artisans, Peasants and Proletarians, 1760-1860, London 1985;
- Ders.*, Civil Society and the Labour Movement, Class Relations and the Law. A Comparison between Germany and England, in: *J. Kocka (Hg.)*, Arbeiter und Bürger im 19. Jahrhundert, München 1986;
- Y. Cassis*, Wirtschaftselite und Bürgertum. England, Frankreich und Deutschland um 1900, in: *J. Kocka (Hg.)*, Bürgertum im 19. Jahrhundert, 3 Bde., Bd. 2, München 1988;
- M. Cattaruzza*, "Organisierter Konflikt" und "Direkte Aktion". Zwei Formen des Arbeitskampfes am Beispiel der Werftarbeiterstreiks in Hamburg und Triest (1880-1914), *Archiv für Sozialgeschichte* 20, 1980;
- M. Christadler*, Politik, Mythos und Mentalität. Französische und deutsche Jugendliteratur vor dem Ersten Weltkrieg, in: *M. Christadler (Hg.)*: Deutschland -Frankreich. Alte Klischees - neue Bilder, Duisburg 1981;
- W. Dlugoborski*, Das polnische Bürgertum vor 1918 in vergleichender Perspektive, in: *J. Kocka (Hg.)*, Bürgertum im 19. Jahrhundert, 3 Bde., Bd. 2, München 1988;
- C. Eisenberg*, Deutsche und englische Gewerkschaften. Entstehung und Entwicklung bis 1878 im Vergleich, Göttingen 1986;
- Ders.*, Arbeiter, Bürger und der "bürgerliche Verein" 1820-1870. Deutschland und England im Vergleich, in: *J. Kocka (Hg.)*, Bürgertum im 19. Jahrhundert, 3 Bde., Bd. 2, München 1988;
- R.J. Evans*, The Feminists: Women's Emancipation Movements in Europe, America, and Australasia, 1840-1920, London 1977;
- G.D. Feldman/I. Steinisch*, Notwendigkeit und Grenzen sozialstaatlicher Intervention. Eine vergleichende Fallstudie des Ruhreisenstreiks in Deutschland und des Generalstreiks in England, in: *Archiv für Sozialgeschichte* 20, 1980;
- W. Fischer*, Wirtschafts- und sozialgeschichtliche Anmerkungen zum "deutschen Sonderweg", in: *Tel Aviver Jahrbuch für deutsche Geschichte* 16, 1987;
- U. Frevert*, Bürgerlichkeit und Ehre. Zur Geschichte des Duells in England und Deutschland, in: *J. Kocka (Hg.)*, Bürgertum im 19. Jahrhundert, 3 Bde., Bd. 3, München 1988;
- R. v. Friedeburg*, Dörfliche Gesellschaft und die Integration sozialen Protests durch Liberale und Konservative im 19. Jahrhundert. Desiderate und Perspektiven der Forschung im deutsch-englischen Vergleich, in: *Geschichte und Gesellschaft* 17, 1991;
- D. Geary*, Arbeiterkultur in Deutschland und Großbritannien im Vergleich, in: *D. Petzina (Hg.)*, Fahnen, Fäuste, Körper, Symbolik und Kultur der Arbeiterbewegung, Essen 1986 (engl. in: *R. Fletcher (Hg.)*, Bernstein to Brandt. A Short History of German Social Democracy, London 1987);

- W.L. Guttsman, Elite recruitment and political leadership in Britain and Germany since 1950: A Comparative Study of M.P.s and cabinets, in: *I. Crewe (Hg.)*, Elites in Western Democracy, London 1974;
- H.-G. Haupt, Socialisme et syndicalisme. Les rapports entre partis et syndicats au plan international: une mutation? in: Jaurès et la classe ouvrière, Paris 1981;
- Ders., Das Handwerk in Deutschland und Frankreich in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts, in: *H.-G. Haupt*, The labour aristocracy in Britain and Germany: a comparison, in: Bulletin of the Society for the Study of Labour History 48, 1984;
- S. Jersch-Wenzel, Minderheiten in der bürgerlichen Gesellschaft. Juden in Amsterdam, Frankfurt und Posen, in: *J. Kocka (Hg.)*, Bürgertum im 19. Jahrhundert, 3 Bde., Bd.2, München 1988;
- E. Kaczynska, Bürgertum und städtische Eliten. Kongreßpolen, Rußland und Deutschland im Vergleich, in: *J. Kocka (Hg.)*, Bürgertum im 19. Jahrhundert, 3 Bde., Bd.3, München 1988;
- H. Kaelble, Sozialer Aufstieg in den USA und Deutschland, 1900-1960. Ein vergleichender Forschungsbericht, in: *H.-U. Wehler (Hg.)*, Sozialgeschichte Heute. Festschrift für Hans Rosenberg, Göttingen 1974;
- Ders., Divergenz oder Konvergenz. Soziale Mobilität in Frankreich und Deutschland im 19. und 20. Jahrhundert, in: *G.A. Ritter/R. Vierhaus (Hg.)*, Aspekte der historischen Forschung in Frankreich und Deutschland, Göttingen 1981;
- Ders., Wie feudal waren die Unternehmer im Kaiserreich?, in: *R. Tilly (Hg.)*, Beiträge zur vergleichenden quantitativen Unternehmensgeschichte, Stuttgart 1985;
- Ders., Der Mythos von der rapiden Industrialisierung in Deutschland, in: Geschichte und Gesellschaft 9, 1983;
- Ders., Französisches und deutsches Bürgertum, 1870-1914, in: *J. Kocka (Hg.)*, Bürgertum im 19. Jahrhundert, 3 Bde., Bd.1, München 1988;
- C. Kleßmann, Comparative Immigrant History: Polish Workers in the Ruhr Area and the North of France, in: Journal of Social History 20, 1986/87;
- J. Kocka (Hg.), Bürgertum im 19. Jahrhundert, 3 Bde., Bd.2, München 1988;
- Ders., Staatliche Bürokratie und Arbeiterbewegung: Zum Einfluß der Polizei auf die Konstituierung von Arbeiterbewegung und Arbeiterklasse in Deutschland und Frankreich zwischen 1848 und 1880, in: *J. Kocka (Hg.)*, Arbeiter und Bürger im 19. Jahrhundert, München 1986;
- Ders., Family and Bureaucracy in German Industrial Management 1850-1914: Siemens in Comparative Perspective, in: Business History Review 45, 1971;
- Ders., Angestellte zwischen Faschismus und Demokratie. Nr. 2. Zur politischen Sozialgeschichte der Angestellten: USA 1890-1940 im Vergleich, Göttingen 1977;
- Ders., Entrepreneurship in a Late-Comer Country: The German Case, in: *K. Nakagawa (Hg.)*, The Social Order and Entrepreneurship, Tokio 1977;
- Ders., Die Trennung von bürgerlicher und proletarischer Demokratie im europäischen Vergleich, in: *Ders. (Hg.)*, Europäische Arbeiterbewegungen im 19. Jahrhundert, Göttingen 1983;
- Ders., Bürgertum und bürgerliche Gesellschaft im 19. Jahrhundert. Europäische Entwicklungen und deutsche Eigenarten, in: *J. Kocka (Hg.)*, Bürgertum im 19. Jahrhundert, 3 Bde., Bd.1, München 1988;
- M. König, Angestellte am Rande des Bürgertums. Kaufleute und Techniker in Deutschland und in der Schweiz 1860-1930, in: *J. Kocka (Hg.)*, Bürgertum im 19. Jahrhundert, 3 Bde., Bd.2, München 1988;
- A. Kunz, Arbeitsbeziehungen und Arbeitskonflikte im öffentlichen Sektor: Deutschland und Großbritannien im Vergleich, in: Geschichte und Gesellschaft 12, 1986;
- Ders., Patterns of Labor Unrest among State Employees in Germany and Great Britain during and after the First World War (1917-1922), in: *L. Haimson/G. Sapelli (Hg.)*, Strikes, Social Conflicts and the First World War, Mailand 1992;
- P. Lösche, Art. "Vereinigte Staaten von Amerika", in: *S. Mielke (Hg.)*, Internationales Gewerkschaftshandbuch, Opladen 1983;
- G. Lotte, Der industrielle Aufbruch und die gesellschaftliche Integration der Arbeiterschaft in Deutschland und England im viktorianischen Zeitalter, in: *A.Ü. Birke/K. Kluxen (Hg.)*, Viktorianisches England in deutscher Perspektive, München 1983;

## Vergleichende Sozialgeschichte

- K. Manfrass*, Sozialänderproblematik in europäischen Industrieländern: ein Vergleich Frankreich - Bundesrepublik Deutschland, in: *K.H. Bade (Hg.)*, Auswanderer, Wanderarbeiter, Gastarbeiter, 2 Bde., Ostfildern 1984;
- W.J. Mommsen*, Preußen/Deutschland im frühen 19. Jahrhundert und Großbritannien in der viktorianischen Epoche. Eine komparative Betrachtung, in: *A.U. Birke/K. Kluxen (Hg.)*, Viktorianisches England in deutscher Perspektive, München 1983;
- H.-J. Puhle*, Politische Agrarbewegungen in kapitalistischen Industriegesellschaften, Göttingen 1975;
- J. Rabenschlag-Kräußlich*, Parität statt Klassenkampf? Zur Organisation des Arbeitsmarkts und Domestizierung des Arbeitskampfes in Deutschland und England 1900-1918, Frankfurt a.M. 1983;
- J. Reulecke*, Formen bürgerlich-sozialen Engagements in Deutschland und England im 19. Jahrhundert, in: *J. Kocka (Hg.)*, Arbeiter und Bürger im 19. Jahrhundert, München 1986;
- A.v. Saldern*, The worker's movement and cultural patterns on urban housing estates and in rural settlements in Germany and Austria during the 1920s, in: *Social History* 15, 1990, S.333-354;
- H. Siegrist*, Die Rechtsanwälte und das Bürgertum. Deutschland, die Schweiz und Italien im 19. Jahrhundert, in: *J. Kocka (Hg.)*, Bürgertum im 19. Jahrhundert, 3 Bde., Bd.2, München 1988;
- Ders.*, Gebremste Professionalisierung - Das Beispiel der Schweizer Rechtsanwälte im Vergleich zu Frankreich und Deutschland im 19. und 20. Jahrhundert, in: *W. Conze/J. Kocka (Hg.)*, Bildungsbürgertum im 19. Jahrhundert, Stuttgart 1985;
- Ders.*, States and Legal Professions: France, Germany, Italy, and Switzerland 18th to early 20th Centuries, in: *Alberto Febbrajo u.a. (Hg.)*, Storia del diritto e teoria politica, Mailand 1991 (Annali della Facoltà di Giurisprudenza della Università di Macerata, Nuova Serie, Bd. 2, 1989);
- M. Späth*, Der Ingenieur als Bürger: Frankreich, Deutschland und Rußland im Vergleich, in: *H. Siegrist (Hg.)*, Bürgerliche Berufe. Zur Sozialgeschichte der freien und akademischen Berufe im internationalen Vergleich, Göttingen 1988;
- I. Steinisch*, Arbeitszeitverkürzung und sozialer Wandel. Der Kampf um den Achtstundentag in der deutschen und amerikanischen eisen- und stahlerzeugenden Industrie von der Jahrhundertwende bis zur Weltwirtschaftskrise, Berlin 1986;
- Dies.*, Vorkriegsreform und Nachkriegsentwicklung. Die Arbeiter- und Arbeitszeitpolitik der deutschen und amerikanischen eisen- und stahlerzeugenden Industrie in und nach dem Ersten Weltkrieg, in: *Geschichte und Gesellschaft* 15, 1989;
- Dies.*, Die Auswirkungen inflationärer Wirtschaftsentwicklung auf das Arbeitszeitproblem in der deutschen und amerikanischen eisen- und stahlerzeugenden Industrie, in: *G.D. Feldman et.al. (Hg.)*, Die Erfahrung der Inflation, Berlin 1984;
- Dies.*, Patterns of Labor Conflict among Steel Workers in Pittsburgh and in the Ruhr Valley after the First World War: a Comparative Analysis, in: *L. Haimson/G. Sapelli (Hg.)*, Strikes, Social Conflicts and the First World War, Mailand 1992;
- R.v. Thadden*, Bürgerlich, in: *J. Leenhardt/R. Picht (Hg.)*, Esprit/ Geist. 100 Schlüsselbegriffe für Deutsche und Franzosen, München 1989;
- U. Vogel*, Patriarchale Herrschaft, bürgerliches Recht, bürgerliche Utopie. Eigentumsrechte der Frauen in Deutschland und England, in: *J. Kocka (Hg.)*, Bürgertum im 19. Jahrhundert, München 1988;
- B.-J. Wendt*, "Deutsche Revolution" - "Labour Unrest". Systembedingungen der Streikbewegungen in Deutschland und England 1918-1921, in: *Archiv für Sozialgeschichte* 20, 1980;
- U. Wengenroth (Hg.)*, Prekäre Selbständigkeit. Zur Standortbestimmung von Handwerk, Hausindustrie und Kleingewerbe im Industrialisierungsprozeß, Stuttgart 1989;
- Ders.*, Kleine und große Bürger in Deutschland und Frankreich am Ende des 19. Jahrhunderts, in: *H.A. Winkler*, From Social Protectionism to National Socialism: The German Small Business Movement in Comparative Perspective, in: *Journal of Modern History* 48, 1976;
- B. Wunder*, Rolle und Struktur staatlicher Bürokratie in Frankreich und Deutschland, in: *H. Berding/E. François/H.-P. Ullmann (Hg.)*, Deutschland und Frankreich im Zeitalter der Revolution, Frankfurt a.M. 1989;

## 2. Nationale Unterschiede der gesellschaftlichen Entwicklung und Modernisierung

- J. Alber*, Vom Armenhaus zum Wohlfahrtsstaat, Frankfurt a.M. 1982;
- V. Bácskai*, Gesellschaftliche Veränderungen in den Städten Mittel- und Osteuropas zur Zeit der Entfaltung der kapitalistischen Verhältnisse: Wien, Prag, Budapest, in: *dies. (Hg.)*, Bürgertum und bürgerliche Entwicklung in Mittel- und Osteuropa, Budapest 1986;
- F. Barbier*, Livre, économie et société industrielles en Allemagne et en France au XIXe siècle, thèse d'état Paris IV 1987;
- H. Berghoff/R. Möller*, Wirtschaftsbürger in Bremen und Bristol 1870-1914. Ein Beitrag zur komparativen Unternehmerforschung, in: *H.-J. Puhle*, Bürger in der Gesellschaft der Neuzeit. Wirtschaft - Politik - Kultur, Göttingen 1992;
- H. Best*, Die Männer von Bildung und Besitz. Struktur und Handeln parlamentarischer Führungsgruppen in Deutschland und Frankreich 1848/49, Düsseldorf 1990;
- F. Boll*, Changing forms of labour conflict: Secular Development or Strike Wave, in: *L.H. Haimson/C. Tilly (Hg.)*, Strikes, Wars, and Revolutions in an international perspective, Cambridge 1989;
- Ders.*, Streikwellen im europäischen Vergleich, in: *W.J. Mommsen/H.-G. Husung (Hg.)*, Die Entwicklung der Gewerkschaften in Deutschland und Großbritannien 1880-1914, Stuttgart 1984;
- J. Breuilly*, Labour and Liberalism in 19th Century Europe. Essays in Comparative History, Manchester 1992;
- M. Burrage*, Unternehmer, Beamte und freie Berufe: Schlüsselgruppen der bürgerlichen Mittelschichten in England, Frankreich und den Vereinigten Staaten, in: *H. Siegrist (Hg.)*, Bürgerliche Berufe. Zur Sozialgeschichte der freien und akademischen Berufe im internationalen Vergleich, Göttingen 1988;
- G. Calot*, Données comparées sur l'évolution de la fécondité selon le rang de naissance en Allemagne fédérale et en France (1950-1977), in: *Population* 34, 1979;
- D. Cannadine*, Urban Development in England and America in the Nineteenth Century: Some Comparisons and Contrasts, in: *Economic History Review* 33, 1980;
- P.C. Cheshire/D.G. Hay*, Urban Problems in Western Europe, London 1989;
- C. Conrad*, Gewinner und Verlierer im Wohlfahrtsstaat. Deutsche und internationale Tendenzen im 20. Jh., in: *Archiv für Sozialgeschichte* 30, 1990;
- Ders.*, Die Entstehung des modernen Ruhestands. Deutschland im internationalen Vergleich 1850-1960, in: *Geschichte und Gesellschaft* 14, 1988;
- A. Cottureau*, Problèmes de conceptualisation comparative de l'industrialisation: l'exemple des ouvriers de la chaussure en France et en Grande Bretagne, in: *S. Magri/C. Topalov (Hg.)*, Ville ouvrière 1900-1950, Paris 1989;
- M.J. Daunton*, Introduction, in: *dies. (Hg.)*, Housing the workers 1850-1914. A comparative perspective, London 1990;
- H. van Dijk*, Bürger und Stadt. Bemerkungen zum langfristigen Wandel an westeuropäischen und deutschen Beispielen, in: *J. Kocka (Hg.)*, Bürgertum im 19. Jahrhundert, 3 Bde., Bd.3, München 1988;
- Ders.*, The Development of the Service Sector in Germany and the Netherlands - a Comparison, in: *Historical Social Research* 44, 1987;
- J. Ehmer*, Das Heiratsverhalten und die Traditionen des Kapitalismus. England und Mitteleuropa im 19. Jahrhundert, Wien 1988;
- Ders.*, Sozialgeschichte des Alters, Frankfurt a.M. 1990;
- Ders.*, Zur Stellung alter Menschen in Haushalt und Familie, in: *H. Konrad*, Der alte Mensch in der Geschichte, Wien 1982;
- T. Elfring*, New Evidence on the Expansion of service employment in advanced economies, in: *Review of Income and Wealth* ser.35, no.4, 1989;
- M. Erbe*, Nahverkehrsplanung in Berlin und Paris 1870 bis 1939. Ein kommunalpolitischer Vergleich, in: *W. Treue (Hg.)*, Geschichte als Aufgabe. Festschrift für Otto Büsch, Berlin 1988;

- S. Eriksen, Drunken Danes and Sober Swedes? Religious Revivalism and the Temperance Movements as Keys to Danish and Swedish Folk Cultures, in: B. Stråth (Hg.), Language and the Construction of Class Identities, Göteborg 1990;
- R.J. Evans, Epidemics and Revolutions: Cholera and 19th-Century Europe, Past & Present no. 120, 1988;
- E. Fehrenbach, Der Adel in Frankreich und Deutschland im Zeitalter der französischen Revolution, in: H. Berding/E. François/H.-P. Ullmann (Hg.), Deutschland und Frankreich im Zeitalter der Revolution, Frankfurt a.M. 1989;
- M. Ferro, Der Große Krieg, 1914-1918, Frankfurt a.M. 1988 (sozialhistorische Passagen);
- P. Festy/F. Prioux, Le divorce en Europe depuis 1950, in: Population 30, 1975;
- S. Fisch, Administratives Fachwissen und private Bauinteressen in der deutschen und französischen Stadtplanung bis 1918, in: Jahrbuch für europäische Verwaltungsgeschichte 1, 1989;
- W. Fischer, Der Wandel der sozialen Frage in den fortgeschrittenen Industriegesellschaften, in: Soziale Probleme der modernen Industriegesellschaft, Berlin 1977;
- Ders., Wirtschaftliche Bedingungen und Faktoren bei der Entstehung und Entwicklung von Sozialversicherungen, in: H.F. Zacher (Hg.), Bedingungen für die Entstehung und Entwicklung von Sozialversicherungen, Berlin 1979;
- P. Flora, Modernisierungsforschung. Zur empirischen Analyse der gesellschaftlichen Entwicklung, Opladen 1974;
- Ders. (Hg.), Growth to Limits. The Western European Welfare States Since World War II, 5 Bde., Bd. 2, New York 1986ff. (besonders Bd.5);
- Ders., Solution or Source of Crises? The Welfare State in Historical Perspective, in: W.J. Mommsen (Hg.), The Emergence of the Welfare State in Britain and Germany, London 1984;
- Ders./J. Alber, Modernization, Democratization and the Development of Welfare States in Western Europe, in: P. Flora/A.J. Heidenheimer (Hg.), The Development of Welfare States in Europe and America, New Brunswick 1981;
- J. Foreman-Peck, Death on the Road, Changing national responses to motor accidents, in: Theo Barker (Hg.), The economic and social effects of the motor car, London 1987;
- E. François, Alphabetisierung und Lesefähigkeit in Frankreich und Deutschland um 1800, in: H. Berding/E. François/H.-P. Ullmann (Hg.), Deutschland und Frankreich im Zeitalter der Revolution, Frankfurt a.M. 1989;
- P. Fridenson, Herrschaft im Wirtschaftsunternehmen. Deutschland und Frankreich 1880-1914, in: J. Kocka (Hg.), Bürgertum im 19. Jahrhundert, 3 Bde., Bd.2, München 1988;
- D. Geary, Arbeiterprotest und Arbeiterbewegung in Europa 1848-1939, München 1983;
- P. Gerbod, Une forme de sociabilité bourgeoise: le thermalisme en France, en Belgique et en Allemagne, 1800-1850, in: E. François (Hg.), Sociabilité et société bourgeoise en France, en Allemagne et en Suisse (1750-1850), Paris 1987;
- U. Gerhard, Die Rechtsstellung der Frau in der bürgerlichen Gesellschaft des 19. Jahrhunderts. Frankreich und Deutschland im Vergleich, in: J. Kocka (Hg.), Bürgertum im 19. Jahrhundert, 3 Bde., Bd.1, München 1988;
- M. Geyer, Ein Vorbote des Wohlfahrtsstaates. Die Krisenopferversorgung in Frankreich, Deutschland und Großbritannien nach dem Ersten Weltkrieg, Geschichte und Gesellschaft 9, 1983, S.230-277;
- T. Guldiman, Die Entwicklung der Sozialpolitik in England, Frankreich und Schweden bis 1930, in: ders. u.a. (Hg.), Sozialpolitik als soziale Kontrolle, Frankfurt a.M. 1978;
- M. Haller, Klassenstrukturen und Beschäftigungssysteme in Frankreich und der Bundesrepublik Deutschland. Eine makrosoziologische Analyse der Beziehung zwischen Qualifikation, Technik und Arbeitsorganisation, in: M. Haller/W. Müller (Hg.), Beschäftigungssystem im gesellschaftlichen Wandel, Frankfurt a.M. 1983;
- J. Harris/P. Thane, British and European bankers, 1880- 1914: an "aristocratic bourgeoisie", in: P. Thane/G. Crossick/R.Floud (Hg.), The Power of the Pats. Essays for Eric Hobsbawm, Cambridge 1984;
- H.-G. Haupt, Zur gesellschaftlichen Bedeutung des Kleinbürgertums in westeuropäischen Gesellschaften des 19. Jahrhunderts, in : Geschichte und Gesellschaft 16, 1990;
- H. Heckendorn, Wandel des Anstands im französischen und im deutschen Sprachgebiet, Berlin 1970;

- H.D. Hellige*, Generationskonflikt, Selbsthaß und Entstehung antikapitalistischer Positionen im Judentum. Der Einfluß des Antisemitismus auf das Sozialverhalten jüdischer Kaufmanns- und Unternehmersöhne im Deutschen Kaiserreich und in der K.u.K.-Monarchie, in: *Geschichte und Gesellschaft* 5, 1979;
- G. Herzog*, Heilung, Erziehung, Sicherung. Englische und deutsche Irrenhäuser in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts, in: *J. Kocka (Hg.)*, Bürgertum im 19. Jahrhundert, 3 Bde., Bd.1, München 1988;
- E. Hobsbawm*, The New Unionism - eine komparative Betrachtung, in: *W.J. Mommsen/H. Husung (Hg.)*, Auf dem Weg zur Massengewerkschaft, Stuttgart 1984;
- H.-G. Hockerts*, German Post-War Social Policies against the Background of the Beveridge Plan, in: *W.J. Mommsen*, The Emergence of the Welfare State in Britain and Germany, London 1981;
- Ders.*, Die Entwicklung vom Zweiten Weltkrieg bis zur Gegenwart, in: *P.A. Köhler/H.F. Zacher (Hg.)*, Beiträge zur Geschichte und aktuellen Situation der Sozialversicherung, Berlin 1983;
- M. Hroch*, Das Bürgertum in den nationalen Bewegungen des 19. Jahrhunderts. Ein europäischer Vergleich, in: *J. Kocka (Hg.)*, Bürgertum im 19. Jahrhundert, 3 Bde., Bd.3, München 1988;
- A.E. Imhof*, Die gewonnenen Jahre, München 1981;
- Ders.*, Die Lebenszeit, München 1988;
- Ders.*, Von der unsicheren Lebenszeit, Darmstadt 1988;
- Ders.*, Reife des Lebens, München 1988;
- Ders.*, Individualismus und Lebenserwartung in Japan. Japans Interesse an uns, in: *Leviathan* 14, 1986;
- Ders.*, Der Arbeitszwang für das landwirtschaftliche Dienstvolk in den nordischen Ländern im 18. Jh., in: *Zeitschrift für Agrargeschichte und Agrarsoziologie* 22, 1974;
- R. Jaworski*, German Minorities in Czechoslovakia and Poland between the Wars, 1990;
- H. Kaelble*, Historische Mobilitätsforschung. Westeuropa und die USA im 19. und 20. Jahrhundert, Darmstadt 1978;
- Ders.*, Industrialisierung in Frankreich und Deutschland, in: *W. Treue (Hg.)*, Geschichte als Aufgabe. Festschrift für Otto Büsch, Berlin 1988;
- Ders.*, Soziale Mobilität und Chancengleichheit im 19. und 20. Jahrhundert, Göttingen 1983;
- J. Kocka*, Großunternehmen und der Aufstieg des Manager-Kapitalismus im späten 19. und frühen 20. Jahrhundert: Deutschland im internationalen Vergleich, in: *Historische Zeitschrift* Bd. 232, 1981;
- I. Kolboom*, Unternehmer - Patron, in: *J. Leenhardt/R. Picht/M.-C. Barillaud/G. Lechner (Hg.)*, 100 Möglichkeiten zum Mißverständnis - 100 Möglichkeiten zum Dialog, 1989;
- R. Koselleck/U. Spree/W. Steinmetz*, Drei bürgerliche Welten? Zur vergleichenden Semantik der bürgerlichen Gesellschaft in Deutschland, England und Frankreich, in: *H.-J. Puhle (Hg.)*, Bürger in der Gesellschaft der Neuzeit. Wirtschaft - Politik - Kultur, Göttingen 1991;
- F. Kraus*, The Historical Development of Income Inequality in Western Europe and the US, in: *P. Flora/A.J. Heidenheimer (Hg.)*, The Development of the Welfare State in Europe and America, New Brunswick 1981;
- R. Leboutte*, Passing Through a Minefield: International Comparisons of 19th Century Wages, in: *P. Scholliers (Hg.)*, Real Wages in 19th- and 20th Century Europe, Oxford 1989;
- F.G. Lenger*, Beyond Exceptionalism. Notes on the Artisanal Phase of the Labour Movement in France, England, Germany, and the United States, in: *International Review of Social History* 36, 1991;
- W. Lepenies*, Die drei Kulturen, München 1985;
- L. Lévy-Garboua*, Les modes de consommation de quelques pays occidentaux: comparaison et lois d'évolution (1960-1980), in: *Consommation. Revue de Socio-Economie* 1, 1983;
- R. Locke/M. Meuleau*, France et Allemagne: deux approches de l'enseignement de la gestion, in: *Les racines de l'entreprise. Numéro spécial de revue française de gestion* 70, Sept.-Oct. 1988;
- P. Lundgreen*, The Organization of Science and Technology in France: a German Perspective, in: *R. Fox/G. Weisz (Hg.)*, The Organization of Science and Technology in France 1808-1914, Cambridge 1980;

- Ders.*, Wissen und Bürgertum. Skizze eines historischen Vergleichs zwischen Preußen/Deutschland, Frankreich, England und den USA vom 18. bis zum 20. Jahrhundert, in: *H. Siegrist (Hg.)*, Bürgerliche Berufe, Göttingen 1988;
- B. Lutz*, Bildungssystem und Beschäftigungsstruktur in Deutschland und Frankreich, in: *H.G. Mendius u.a.*, Betrieb - Arbeitsmarkt - Qualifikation, Frankfurt a.M. 1976;
- W. Mager*, Landwirtschaft und ländliche Gesellschaft auf dem Weg in die Moderne. Umwälzungen und Reformen im Zeitalter der Französischen Revolution, in: *H. Berding/E. François/H.-P. Ullmann (Hg.)*, Deutschland und Frankreich im Zeitalter der Französischen Revolution, Frankfurt a.M. 1989;
- H. Mazerath*, Grundstrukturen städtischer Bevölkerungsentwicklung in Mitteleuropa im 19. Jahrhundert, in: *Die Städte Mitteleuropas im 19. Jahrhundert*, Linz 1983;
- Ders./K. Ogura*, Moderne Verstädterung in Deutschland und Japan, in: *Die Alte Stadt* 2, 1975;
- M. Maurice/F. Sellier*, Societal Analysis of Industrial Relations: A Comparison between France and Germany, in: *British Journal of Industrial Relations* 17, 1979;
- Dies./J.-J. Silvestre*, The Social Foundation of Industrial Power. A Comparison of France and Germany, London 1981;
- Dies.*, Die Entwicklung der Hierarchie im Industrieunternehmen: Untersuchungen eines gesellschaftlichen Effektes. Ein Vergleich Frankreich - Bundesrepublik Deutschland, in: *Soziale Welt* 30, 1979;
- M. Meriggi*, Italienisches und deutsches Bürgertum im Vergleich, in: *J. Kocka (Hg.)*, Bürgertum im 19. Jahrhundert, 3 Bde., Bd.1, München 1988;
- J. Michel*, Le mouvement ouvrier chez les mineurs d'Europe occidentale. Etude comparative des années 1880-1914, thèse d'état, université de Lyon 2, 1987;
- Ders.*, L'échec de la grève générale des mineurs européens avant 1914, in: *Revue d'histoire moderne et contemporaine* 1982;
- Ders.*, Politique syndicale et conjoncture économique: la limitation de la production de charbon chez les mineurs européens au XIXe siècle, in: *Mouvement social* 119, 1982;
- I. Mieck*, Luftverunreinigung und Immissionschutz in Frankreich und Preußen zur Zeit der frühen Industrialisierung, in: *Technikgeschichte* 48, 1981;
- H. Mommsen*, Art. "Arbeiterbewegung", in *Sowjetsystem und demokratische Gesellschaft*, Bd.1, Frankfurt a.M. 1966;
- R.J. Morris*, The Reproduction of Labour and Capital: British and Canadian Cities during Industrialisation, in: *Urban History Review* 18, 1989;
- T. Nadau*, L'évolution de l'enseignement agricole en France et en Allemagne de 1850 à 1914, in: *Annales d'histoire de l'enseignement agricole* 1, oct. 1986;
- M. Niehus*, Arbeiterschaft in Krieg und Inflation. Soziale Schichtung und Lage der Arbeiter in Augsburg und Linz 1910 - 1925, Berlin 1985;
- Dies.*, Arbeitslosigkeit in Augsburg und Linz a.d. 1914-1924, in: *Archiv für Sozialgeschichte* 22, 1982;
- L. Niethammer*, Some Elements of the Housing Reform Debate in 19th Century Europe, in: *B.M. Stave (Hg.)*, Modern Industrial Cities, Beverly Hills 1981;
- Ders.*, Strukturreform und Wachstumspakt. Westeuropäische Bedingungen der einheitsgewerkschaftlichen Bewegung nach dem Zusammenbruch des Faschismus, in: *O. Vetter (Hg.)*, Vom Sozialistengesetz zur Mitbestimmung, Köln 1975;
- P. Nolte*, Eingemeindung und kommunale Neugliederung in Deutschland und den USA bis 1930. Ein Beitrag zur vergleichenden Urbanisierungsgeschichte, in: *Archiv für Kommunalwissenschaften* 27, 1988, S.14-42;
- T. Premfors*, The Politics of Higher Education in a Comparative Perspective, France, Sweden, United Kingdom, Stockholm 1980;
- J. Quéart*, Les formes de sociabilité musicale en France et en Allemagne, 1750-1850, in: *E. François (Hg.)*, Sociabilité et société bourgeoise en France, en Allemagne et en Suisse (1750-1850), Paris 1987;
- G.A. Ritter*, Sozialversicherung in Deutschland und England, München 1983;
- Ders.*, Soziale Sicherheit in Deutschland und Großbritannien von der Mitte des 19. Jahrhunderts bis zum Ersten Weltkrieg. Ein Vergleich, in: *Geschichte und Gesellschaft* 13, 1987;

- Ders.*, Der Sozialstaat. Entstehung und Entwicklung im internationalen Vergleich, München 1988;
- S. Rokkan*, Eine Familie von Modellen für die vergleichende Geschichte Europas, in: *Zeitschrift für Soziologie* 9, 1980;
- L. Roussel*, Le développement de la cohabitation sans mariage et ses effets sur la nuptialité dans les pays industrialisés, in: *Les familles d'aujourd'hui*, AIDEIF 1986;
- Ders.*, L'évolution récente de la structure des ménages dans quelques pays industrialisés, in: *Population* 41, 1986;
- Ders.*, Deux décennies de mutations démographiques 1965-1985 dans les pays industrialisés, in: *Population* 42, 1987;
- J. Rückert/W. Friedrich*, Betriebliche Arbeiterausschüsse in Deutschland, Großbritannien und Frankreich im späten 19. und frühen 20. Jahrhundert. Eine vergleichende Studie zur Entwicklung des kollektiven Arbeitsrechts, Frankfurt a.M. 1979;
- K. Rutschky*, Bilder, Zahlen und Gesetze. Triebkräfte der Verschulung in Reiseberichten englischer und deutscher Experten, in: *J. Kocka (Hg.)*, Bürgertum im 19. Jahrhundert, 3 Bde., Bd.3, München 1988;
- A.v. Saldern*, Sozialdemokratie und kommunale Wohnungspolitik in den 20er Jahren am Beispiel von Hamburg und Wien, in: *Archiv für Sozialgeschichte* 25, 1985;
- E. Saurer*, Straße, Schmuggel, Lottospiel. Materielle Kultur und Staat in Niederösterreich, Böhmen und Lombardo-Venetien im frühen 19. Jahrhundert, Göttingen 1989;
- R. Schenda*, Alphabetisierung und Literarisierungsprozesse in Westeuropa im 18. und 19. Jahrhundert, in: *H. Ulrich (Hg.)*, "Das pädagogische Jahrhundert": Volksaufklärung und Erziehung im 18. Jahrhundert in Deutschland, Weinheim 1981;
- R. Schneider*, Die Bildungsentwicklung der westeuropäischen Staaten, 1870-1979, in: *Zeitschrift für Soziologie* 10, 1982;
- P. Scholliers*, Introductory Remarks: Comparing Real Wages in the 19th and 20th Centuries, in: *ders. (Hg.)*, Real Wages in 19th and 20th Century Europe. Oxford 1989;
- P. Schöttler*, Syndikalismus in der europäischen Arbeiterbewegung. Neuere Forschungen in Frankreich, England und Deutschland, in: *K. Tenfelde (Hg.)*, Arbeiter und Arbeiterbewegung im Vergleich, München 1986;
- J. Schriewer*, Intermediäre Instanzen, Selbstverwaltung und berufliche Ausbildungsstrukturen im historischen Vergleich, in: *Zeitschrift für Pädagogik* 32, 1986;
- R. Schüren*, Staat und ländliche Industrialisierung. Sozialer Wandel in zwei Dörfern einer deutsch-niederländischen Textilgewerberregion 1830-1914, Dortmund 1985;
- H. Siegrist*, Professionalisation as a Process: Patterns, Progression and Discontinuity, in: *M. Burrage/R. Torstendahl (Hg.)*, Professions in Theory and History, London 1990;
- Ders.*, Advokat, Bürger und Staat. Sozialgeschichte der Rechtsanwälte in Deutschland, Italien und der Schweiz (18.-20.Jh.), Habilitationsschrift FU Berlin 1992;
- J.v. Simson*, Kanalisation und Städtehygiene im 19. Jahrhundert, Düsseldorf 1983;
- J. Söderberg*, Real Wage Trends in Urban History, 1730-1850. Stockholm in a Comparative Perspective, in: *Social History* 12, 1987;
- P. Sorlin*, European Cinemas, European Societies 1930-1990, London 1990;
- G. Sundstroem*, A Haven in a Heartless World? Living with parents in Sweden and in the United States 1880-1982, in: *Continuity and Change* 2, 1987;
- A. Sutcliffe*, Towards the Planned City. Germany, Britain, the United States and France 1780-1914, Oxford 1981;
- Ders.*, Zur Entfaltung der Stadtplanung vor 1914: Verbindungslinien zwischen Deutschland und Großbritannien, in: *G. Fehl u.a. (Hg.)*, Städtebau um die Jahrhundertwende, Köln 1980;
- Ders.*, Environmental control and planning in European capitals 1850-1914: London Paris Berlin, in: *Growth and Transformation of the Modern City*, Stockholm 1979;
- A. de Swaan*, In Care of the States, Oxford University Press 1988;
- K. Tenfelde*, Demographische Aspekte des Generationenkonflikts seit dem Ende des 19. Jahrhunderts. Deutschland, England und Frankreich, in: *D. Dowe (Hg.)*, Jugendprotest und Generationenkonflikt in Europa im 20.Jh., Bonn 1986;
- H.-J. Teuteberg*, Food Patterns in the European Past, in: *I. MacDonald (Hg.)*, Diet and health in Europe - The Evidence?, London 1990;

- R. Torstendahl*, Engineers in Sweden and Britain 1820-1914. Professionalisation and Bureaucratization in Comparative Perspective, in: *W. Conze/J. Kocka (Hg.)*, Bildungsbürgertum im 19. Jahrhundert, Bd. 1, Stuttgart 1985;
- Ders.*, Bureaucratization in Northwestern Europe, 1880-1985. Domination and Governance, London 1990;
- G. Trautmann*, Ende der Arbeitsgesellschaft? Sozialer Wandel und politische Organisation der Arbeiterklasse in Frankreich, Italien und der Bundesrepublik nach 1945, in: *Archiv für Sozialgeschichte*, 1990;
- C. Visser*, Bedrijfsbezetting. Het verleden van een nieuw actiemiddel. Een historisch comparatief onderzoek naar de bedrijfsbezetting als industrieel actiemiddel 1873-1983 in het bijzonder in Italië, 1920, Frankrijk, 1936-37, en Nederland, 1965-83, Diss Rotterdam 1986;
- Ders.*, Factory Occupation as a Form of Industrial Action. A Comparison of Three Recent Trendsetting Cases, in: *L.H. van Voss/H.Diederiks (Hg.)*, Industrial Conflict, Amsterdam 1988;
- A. Wahl*, Confession et comportement dans les campagnes d'Alsace et de Bade, 1871-1935, Straßburg 1982;
- R. Wall (Hg.)*, Family Forms in Historic Europe, Cambridge 1983;
- Ders.*, Arbeit, Fürsorge und Familie. Eine vergleichende Betrachtung von Handwerkern, Bauern und Arbeitern in Devon und Westflandern, in: *J. Ehmer/M. Mitterauer (Hg.)*, Familienstruktur und Arbeitsorganisation in ländlichen Gesellschaften, Wien 1986;
- Ders.*, English and German families in the First World War 1914-1918, in: *ders./J. Winter (Hg.)*, Upheaval of War. Family, Work and Welfare in Europe 1914-1918, Cambridge 1988;
- T. Welskopp*, Arbeit und Zusammenarbeit im Hüttenwerk. Deutsche und amerikanische Beispiele, in: *O. Dascher/C. Kleinschmidt (Hg.)*, Die Eisen- und Stahlindustrie im Dortmunder Raum, Dortmund 1991;
- Ders.*, Kooperationsformen und Machtbeziehungen im Industriebetrieb: die deutsche und die amerikanische Eisen- und Stahlindustrie in der Zwischenkriegszeit, in: *K. Tenfelde (Hg.)*, Arbeiter im 20. Jahrhundert, Stuttgart 1991;
- Ders.*, Arbeit und Macht im Hüttenwerk. Arbeits- und industrielle Beziehungen in der deutschen und amerikanischen Eisen- und Stahlindustrie von den 1860er bis zu den 1930er Jahren, Diss. FU Berlin 1992;
- P. Windolf*, L'expansion de l'enseignement et la surqualification sur le marché de travail, in: *Archives européennes de sociologie* 25, 1984;
- Ders.*, Arbeit, Fürsorge und Familie. Eine vergleichende Betrachtung von Handwerkern, Bauern und Arbeitern in Devon und Westflandern, in: *J. Ehmer/M. Mitterauer (Hg.)*, Familienstruktur und Arbeitsorganisation in ländlichen Gesellschaften, Wien 1986;
- J. Winter*, Some Paradoxes of the First World War 1914-1918, in: *R. Wall/J. Winter (Hg.)*, Upheaval of War. Family, Work and Welfare in Europe 1914-1918, Cambridge 1988;
- S. Woolf*, The Poor in Western Europe in the 18th and 19th Centuries, London 1986;
- V. Zamagni*, An International Comparison of Real Wages, 1890 - 1913: Methodological Issues and Results, in: *P. Scholliers (Hg.)*, Real Wages in 19th and 20th Century Europe. Historical and Comparative Perspectives, Oxford 1989;
- H. Zwahr*, Konstitution der Bourgeoisie im Verhältnis zur Arbeiterklasse. Ein deutsch-polnischer Vergleich, in: *J. Kocka (Hg.)*, Bürgertum im 19. Jahrhundert, 3 Bde., Bd. 2, München 1988.

### 3 Gesellschaftliche Besonderheiten Europas

- P. Bairoch*, Population urbanisée et taille des villes en Europe de 1600 - 1970, in: *Revue d'histoire économique et sociale* 54, 1976;
- G. Crossick/H.-G. Haupt*, Shopkeepers, Master Artisans and the Historians: The Petite Bourgeoisie in Comparative Focus, in: *dies.*, Shopkeepers and Master Artisans in 19th Century Europe, London 1984;
- G. Crossick/H. Kaelble (Hg.)*, The European Way, Cambridge vorauss. 1993;
- J. Hajnal*, European Marriage Patterns in Perspective, in: *D.V. Glass/D.E.C. Eversley (Hg.)*, Population in History, London 1965;

- H. Kaelble*, Auf dem Weg zu einer europäischen Gesellschaft. Eine Sozialgeschichte Westeuropas 1880-1980, München 1987;
- Ders.*, Was Prometheus Most Unbound in Europe? Labour Force in Europe during the Late 19th and 20th Centuries, in: *Journal of European Economic History* 18, 1989;
- P. Laslett*, Family Life and Illicit Love in Earlier Generations, Cambridge 1977, Kap.1;
- Ders.*, Household and Family as Work Group and Kin Group, in: *R. Wall u.a. (Hg.)*, Family Forms in Historic Europe, Cambridge 1983;
- Ders.*, The European Family and Early Industrialisation, in: *J. Baechler u.a. (Hg.)*, Europe and the Rise of Capitalism, Oxford 1988;
- M. Mitterauer*, Ledige Mütter. Zur Geschichte illegitimer Geburten in Europa, München 1983;
- Ders.*, Sozialgeschichte der Jugend, Frankfurt a.M. 1986;
- Ders./A. Kagan*, Russian and Central European Family Structure: A Comparative View, 7, 1982;
- M. Mitterauer*, Gesindedienst und Jugendphase im europäischen Vergleich, in: *Geschichte und Gesellschaft* 11, 1985;
- R. Price*, The Revolution of 1848, London 1988 (sozialhistorische Teile).

# Wege und Auswege aus der Krise: Stabilisierungskonzepte und Modernisierungsstrategien der ostdeutschen Landwirtschaft an der Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert

*Von Ilona Buchsteiner (Rostock)*

Diese vom Institut für Geschichtswissenschaften der Technischen Universität Berlin getragene und vom 9. bis 11. April 1992 in Gosen bei Berlin abgehaltene Tagung rückte seit langem wieder agrargeschichtliche Fragen beim Übergang Deutschlands zum Industriestaat in den Vordergrund. Sie behandelte Strukturprobleme der hauptsächlich vom Großgrundbesitz getragenen ostdeutschen Landwirtschaft. Unter Beteiligung von Kollegen aus Kanada, Japan, Schweden, Ungarn und Polen fanden sich hier erstmals profilierte und jüngere Agrarhistoriker aus Ost- und Westdeutschland zu einer gemeinsamen größeren Tagung zusammen.

In drei thematischen Schwerpunkten unternahmen es die Tagungsteilnehmer die Reaktionen der ostdeutschen Landwirte, insbesondere der Großgrundbesitzer, auf die Forderungen des Industriestaates nach einer rentablen und effektiven landwirtschaftlichen Produktion einer kritischen Analyse zu unterziehen.

Im ersten Schwerpunkt, der unter Leitung von Hans-Jürgen Teuteberg (Münster) stand, wurde versucht, auf folgende drei Fragen eine Antwort zu finden: 1. Wie war die tatsächliche Lage der ostdeutschen Landwirtschaft? 2. Welche agrarpolitischen Konzepte lagen für die Entwicklung der ostdeutschen Landwirtschaft vor? und 3. Welche Hindernisse standen ihrer Realisierung entgegen? Das einleitende Referat von Hartmut Harnisch (Berlin) setzte sich mit der Debatte um die Bedeutung der Landwirtschaft in Wirtschaft und Gesellschaft Deutschlands an der Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert auseinander. Harnisch stellte heraus, daß die Frage "Freihandel oder Schutz-zoll", die in dieser Debatte eine entscheidende Position einnahm, kein wirtschaftswissenschaftliches Problem darstellte, sondern auf das Lebensinteresse breiter Bevölkerungsschichten abzielte. Dabei ging es, sowohl um zentrale Fragen der Innenpolitik als auch um Einfluß und Macht bestimmter Schichten oder Gruppen. Ihre Beantwortung besitze ebenso größte Bedeutung für die Volkswirtschaft wie für die Entwicklung der Sozialstruktur insgesamt. Sie mußte Auswirkungen auf die innenpolitische Kräftekonstellation, insbesondere für die gegebene Vorrangstellung der traditionellen agrarischen

Herrschaftselite Ostelbiens haben. Diese gesellschaftspolitische Brisanz, die bisher kaum beachtet wurde, rückte Harnisch in den Mittelpunkt seiner Auseinandersetzung mit zeitgenössischen Schriften von Schmoller, Roscher, Brentano u.a. Er kam zu dem Ergebnis, daß die Debatte begonnen habe, als die Entscheidung zugunsten des Industriestaates bereits irreversibel gewesen sei. Ihre Bedeutung habe jedoch darin bestanden, daß sie wirtschaftspolitischen Ziele des ostdeutschen Großgrundbesitzes so unterstützt habe, daß sie schließlich durchgesetzt und so die ökonomischen Grundlagen der Junker saniert werden konnten.

Die folgenden fünf Referate waren dann auf spezielle ökonomische und soziale Probleme gerichtet. Manfred Jatzlauk (Rostock) sprach über Enqueten zur Lage der Bauern aus den letzten beiden Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts. Diese einerseits von den Regierungen einzelner deutscher Staaten und andererseits von wissenschaftlich-politischen Vereinen veranlaßten Erhebungen waren, wie Jatzlauk ausführte, auch eine Reaktion auf die vehement vorgetragenen Klagen der Agrarier über die Notlage der Landwirtschaft bzw. auf ihre Forderungen nach Staatshilfe. Im Zentrum der Untersuchungen stünden die Verschuldungsfrage, die Substation und Parzellierung von Gütern und bäuerlichen Betrieben. Jatzlauk erläuterte Anliegen, Inhalte und Aussagemöglichkeiten der einzelnen Enqueten, ohne diese zu werten. Dies sei wegen der Fülle des aus regionalen Quellen zusammengetragenen Materials und seiner insgesamt fehlenden Darstellung auch gar nicht möglich gewesen. Auf der Grundlage seiner Enqueten ließen sich aber fundierte Analysen der landwirtschaftlichen Verhältnisse ebenso formulieren, wie eine stärkere theoretische Durchdringung der Probleme gewinnen, woraus schließlich auch praktische Lösungsvorschläge erwüchsen.

Ilona Buchsteiner (Rostock) referierte zu Besitzkontinuität, Besitzwechsel und Besitzverlust in den Gutswirtschaften Pommerns zwischen 1879 und 1910. Ihre Ergebnisse, die sie anhand einer Analyse der Hand- und Adreßbücher des Grundbesitzes gewonnenen hatte, vermittelten ein anschauliches Bild von den Änderungen der Eigentums- und Besitzstrukturen vor dem Hintergrund gesamtgesellschaftlicher Umwälzungen. Buchsteiner arbeitete heraus, daß zum einen die Besitzverhältnisse eine klare Überlegenheit bürgerlicher Großgrundbesitzer in der landwirtschaftlichen Großproduktion bereits schon 1879 widerspiegeln, was eine differenziertere Wertung der ökonomischen Ergebnisse des sogenannten "preußischen Weges" kapitalistischer Landwirtschaftsentwicklung erfordere. Zum anderen wies sie nach, daß sich zwischen 1879 und 1910 die Besitzverhältnisse zugunsten des Adels entwickelt hatten. Sie hob jedoch hervor, daß diese Positionsgewinne des Adels in der landwirtschaftlichen Großproduktion nicht darüber hinwegtäuschen konnten, daß die Masse der adligen Großgrundbesitzer nicht den Typ des modernen agrarkapitalistischen Unternehmers verkörperte. Das habe negative Auswirkungen auf die Modernisierung und Rentabilitätsentwicklung der pommerschen Gutswirtschaften gehabt.

In Ergänzung führte Scott Eddie (Toronto) neue Möglichkeiten für eine Analyse der Besitzstrukturen Preußens vor. Ausgehend von den Problemen die sich mit Quellen an denen dann die Besitzverhältnisse untersucht werden können für eine solche Analyse ergeben haben, demonstrierte Eddie die Vorteile der statistischen Klumpenanalyse.<sup>1</sup> Mit Hilfe der nach mehrdimensionalen Profilen gruppierten Daten untersuchte er die Vermögensverteilung im Großgrundbesitz. Das von Eddie vorgeführte Beispiel erbrachte zwei wesentliche Erkenntnisse. Einmal waren für die agrarstrukturell unterschiedlichen Provinzen Sachsen und Pommern bemerkenswert ähnliche Besitzstrukturen im Großgrundbesitz festzustellen und zum zweiten wurde deutlich, daß die Unterschiede zwischen Kreisen einer Provinz größer sein können als solche zwischen Kreisen zweier unterschiedlich strukturierter Provinzen. Damit gewinne die Klumpenanalyse große Bedeutung für die vergleichende wirtschaftsgeschichtliche Forschung.

Klaus Heß (Fellbach) äußerte sich zur wirtschaftlichen Lage der Großbetriebe. Als Ausgangspunkt wählte er die Rentabilitätsfrage, die er mittels verschiedener Indikatoren zu beurteilen versuchte. Aufgrund der Ergebnisse, die er durch eine Neubefragung des gegebenen statistischen Materials gewonnenen hatte, revidierte er bisher gängige Auffassungen von einer ungünstigen Konjunkturlage der Großlandwirtschaft. Er wies eine gewaltige Ertragssteigerung der pflanzlichen und tierischen Produktion sowie einen Preisanstieg ihrer Produkte nach. Ebenso habe sich in der hypothekarische Verschuldung keine besorgniserregende Lage gezeigt und die insgesamt geringe Zahl von Zwangsversteigerungen wie die stetig steigenden Bodenpreise zeugten von einer günstigen Wirtschaftslage. Heß kam zu der Schlußfolgerung, daß von einer strukturellen, einer permanenten oder tendenziell schleichenden Krise in der großbetrieblichen ostelbischen Landwirtschaft im Kaiserreich nicht gesprochen werden könnte.

Fusato Kato (Hiroshima) behandelte die wirtschaftliche und soziale Bedeutung der Fideikomisse in der ostdeutschen Gutswirtschaft 1870 bis 1918. In einem ersten Teil setzte er sich mit den Abhandlungen Max Webers zur Fideikommißfrage kritisch auseinander. Für Kato wäre die Verwirklichung der Webersche Absicht, die großen Fideikomisse - d.h. ein in mehreren Betriebseinheiten rationell wirtschaftender Großgrundbesitz mit im wesentlich gleichen Wirkungskräften wie die englischen Fideikomisse - zu fördern und zugleich die kleinen, die wenig rationell wirtschaftenden junkerlichen Eigenbetriebe abzubauen, die günstigste Gestaltung der ostdeutschen Agrarverfassung vor dem ersten Weltkrieg gewesen. In einem zweiten Teil zeichnete er an Beispielen den historischen Stellenwert der preußischen Fideikommißfrage nach. Kato kam zu der Schlußfolgerung, daß der deutsche Imperialismus nicht nur auf Kolonien außerhalb des Landes zielte, sondern auch auf solche innerhalb des Landes in Form des dort bestehenden Großeigentums anderer Nationalitäten und Rassen.

---

1 Diese von Eddie als "Klumpenanalyse" bezeichnete Methode ist in Deutschland unter ihrem ursprünglichen englischen Begriff "Clusteranalyse" bekannt.

Den ersten Tagungskomplex beendete Leszek Wiatrowski (Wroclaw/Breslau). Er sprach über Schwerpunkte, Probleme und Ergebnisse neuerer polnischer Forschungen zur Geschichte der landwirtschaftlichen Großbetriebe im 19. und frühen 20. Jahrhundert. Er konstatierte zunächst eine Konzentration auf einzelnen Regionen wie Pomerellen oder Ostpreußen. Als hauptsächliche Themenkreise nannte Wiatrowski u.a. die Arbeitskräfteproblematik, insbesondere die junkerliche Landarbeiterpolitik, die Entwicklungsbedingungen des Großgrundbesitzes und seine Größenveränderungen.

Der zweite Schwerpunkt der Tagung behandelte Faktoren landwirtschaftlicher Modernisierung. Während in einem ersten Teil mehr die gegebenen Voraussetzungen und theoretische Ansatzpunkte im Mittelpunkt standen, waren es im zweiten dann die praktischen Modernisierungsvorgänge. Für den ersten Bereich, den Karl Heinrich Kaufhold (Göttingen) leitete, boten vier Referate die Diskussionsgrundlage.

Volker Klemm (Berlin) ging der Entwicklung der Agrarwissenschaften und der Modernisierung der Gutswirtschaften nach. Er wies, beruhend auf neuen wissenschaftlichen Erkenntnissen und Vorgängen, für die zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts einen deutlichen Aufschwung nach. Als ein weiteres Moment hob Klemm auch die sich vertiefende Intensivierung der landwirtschaftlichen Produktion hervor. Er betonte jedoch, daß sich in der Praxis neue agrarwissenschaftliche Erkenntnisse sehr langsam und unterschiedlich durchsetzten und es daher kaum möglich sei, die Nutzung genau zeitlich, territorial und für eine bestimmte Betriebsgröße zu erfassen. Unter Berücksichtigung dieser Vorbehalte hielt Klemm aber für den Zeitpunkt des ausgehenden 19. Jahrhunderts vor allem ein intensiveres Bewirtschaften der landwirtschaftlichen Nutzfläche, ein Ansteigen der Ertragsintensität, ein verstärktes Anwenden von mineralischen Düngemitteln, einen rasch wachsenden Maschineneinsatz, eine bessere Pflanzenzüchtung und hochwertigeres Saatgut gegenüber den Jahrzehnten zuvor, für gegeben. Der Anteil der Gutswirtschaften an diesen Modernisierungsvorgängen sei sehr groß gewesen, auch wenn hier erst dringend notwendige betriebliche und territoriale Detailstudien den exakten Beweis erbringen können.

Walter Achilles (Dieckholzen) fragte in seinem Beitrag nach betriebswirtschaftlichen Leitbildern in der Modernisierung der ostdeutschen Gutswirtschaften seit dem Ende des 19. Jahrhunderts, was er dahingehend beantwortete, daß es solche nicht gegeben habe. Achilles stützte seine Antwort auf zwei Thesen: Erstens hob er hervor, daß die landwirtschaftliche Betriebslehre bis zum Ersten Weltkrieg wegen fehlender Voraussetzungen nicht in der Lage gewesen sei, Leitbilder mit Zielvorstellungen für eine Modernisierung zu entwickeln. Das entscheidende Hemmnis habe darin bestanden, daß die ökonomische Ausnutzung neuer wissenschaftlicher Erkenntnisse nicht errechnet werden konnte. Achilles machte dann, da die damalige Betriebslehre vorrangig vom Gutsbetrieb ausging, auf Unterschiede zwischen diesem und der Bauernwirtschaft aufmerksam. In seiner zweiten These erläuterte Achilles, daß die Gutsbesitzer dem betriebswirtschaftlichen Leitbild eines hohen Reinertrags

folgten. Man war jedoch der Ansicht, daß der Reinertrag die Summe der verschiedenen Zinsposten abdecken müsse, tat er dies nicht, wäre die Notlage der Landwirtschaft "bewiesen". Einer solchen Auffassung leistete der Methodenapparat der Betriebswirtschaftslehre Vorschub und ihre Lehrer vermochten dem nicht gegenzusteuern.

Stephan Merl (Bielefeld) legte erste Untersuchungsergebnisse über die Rolle des landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens bei der Organisation des landwirtschaftlichen Fortschritts im mittleren und östlichen Deutschlands 1878-1928 vor. Er verwies für Ostelbien auf einen späteren Beginn der Genossenschaftsbewegung und eine andere Mitgliederstruktur gegenüber Südwestdeutschland. Auffallend war insbesondere der hier deutlich höhere Anteil von Großgrundbesitzern als Förderer und Mitglieder. Einen größeren Einfluß auf die Verbreitung des landwirtschaftlichen Fortschritts vermutete Merl nur bei den Molkerei- und Viehverwertungsgenossenschaften. Die ständigen Kontrollen hätten zur Einhaltung von Qualitätsnormen und damit zu größerer Aufmerksamkeit gegenüber der Leistungsfähigkeit des Viehs gezwungen. Das schlug sich dann auch in einer verbesserten Zucht, Pflege und Fütterung nieder. Anteil an der Verbreitung von Kunstdüngung und Kraftfutter hätten die Genossenschaften ebenfalls besessen. Hier sei auch gerade für abgelegene Gebiete eine Erschließungsfunktion anzunehmen. Die seit 1896 vom Bund der Landwirte unterhaltenen eigenen Genossenschaften, hätten sich trotz verstärkter Aggressivität gegenüber den beiden bestehenden Genossenschaftsorganisationen nicht durchsetzen können.

Włodzimierz Stepinski (Szczecin) sprach über die Reflexion der polnischen Historiographie auf die Germanisierungspolitik im preußischen Teil Polens vor 1914 und ihren Bezug auf die agrarische Modernisierung. Während die zeitgenössische Geschichtsschreibung im Ansiedlungsgesetz einen unversöhnlichen Nationalitätenkampf gesehen und die antipolnischen Maßnahmen hervorgehoben habe, rückte die Nachkriegshistoriographie solche Faktoren wie Ostflucht oder innere Kolonisation in den Vordergrund. Aber die ältere Forschung befürwortete die wirtschaftlich-sozialen Motive der preußischen Ansiedlungspolitik und beurteilte die von ihr geschaffene bäuerliche Besitzstruktur positiv. Stepinski ging dann auf die Tätigkeit der polnischen Parzellierungsgenossenschaften ein, die vor allem deutschen Boden aufkauften. Über die Finanzierungspolitik der Bodenkäufe durch die polnischen Parzellierungsinstitute und "Güterschlächter" gäbe es nun eine weitere Kontroverse in der Forschung. Während die eine Richtung davon ausging, daß die deutschen Kreditinstitute sich von nationalen Kriterien leiten ließen, sei die andere überzeugt, daß die deutschen Banken keinen Wert auf die nationale Herkunft ihrer Kunden gelegt haben und einen scharfen Konkurrenzkampf um den polnischen Markt führten.

In den zweiten Teil, der von Eckart Schremmer (Heidelberg) geleitet wurde, führte Hans Heinrich Müller (Berlin) ein. Er äußerte sich am Beispiel der Pächter und Güterdirektoren zur Rolle agrarwissenschaftlicher Intelligenzgruppen in der ostelbischen Landwirtschaft. Müller charakterisierte Stellung

und Funktion beider Gruppen. Die als Güterdirektoren wirkenden Administratoren und Inspektoren seien Verwalter landwirtschaftlicher Großbetriebe gewesen, die gegen Entgelt oder auch Gewinnbeteiligung für Rechnung der Eigentümer arbeiteten. Demgegenüber hätten die Pächter unter Umgehung des Grunderwerbs die Betriebe selbständig bewirtschaftet und führten der Landwirtschaft Betriebskapital zugeführt. Die unternehmerische und innovative Leistung der Güterdirektoren sei neben der eigenen Bildung, die Müller fast durchgängig positiv wertete, hauptsächlich durch ihr Verhältnis zum Eigentümer und dessen wirtschaftlichen Ansichten bestimmt worden. Die Pächter wären durchgängig profitorientierte Unternehmer, ebenfalls gut gebildet, wirtschaftlich liberal, aber politisch meist konservativ gewesen. Müller hob die Domänenpächter als jene am meisten für den Fortschritt wirkende Gruppe hervor und belegte dies mit überzeugenden Beispielen.

Klaus Herrmann (Hohenheim) schloß mit einer Betrachtung über das Wirken der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft (DLG) für die Modernisierung der ostelbischen Gutswirtschaften an. Zielsetzung der DLG sei die Förderung des Fortschritts der deutschen Landwirtschaft als ganzes gewesen, doch Herrmann machte deutlich, daß eine Vielzahl ihrer Aktivitäten eine spezielle regionale, vor allem ostdeutsche Zielrichtung aufwies. Er begründete das mit der zahlenmäßig starken Vertretung ostelbischer Landwirte in der Gesellschaft. Herrmann wies dann an zahlreichen Beispielen die ostelbische Akzentsetzung in der DLG-Arbeit nach. Besonders deutlich sei dies in der Durchführung von Prüfungen in Pommern und Ostpreußen geworden, um hier die Fortschritte den Landwirten direkt zu zeigen. Aber auch die starke Berücksichtigung Ostdeutschlands im Ausstellungsprogramm zeuge von einer besonderen Aufmerksamkeit für diese Region.

Die bäuerliche Position zwischen Fortschritt und Tradition reflektierte Wolfgang Jacobeit (Hamburg) am Beispiel des Reichskuratoriums für Technik in der Landwirtschaft. Als Volkskundler stellte er vor allem die Frage nach den durch die Technikentwicklung ausgelösten Wandlungen in den bäuerlichen Lebensverhältnissen. Jacobeit belegte anhand der Satzungen, der Gründungsmitglieder und der Zusammensetzung des Vorstands die eindeutige Ausrichtung des Reichskuratoriums auf die Großbetriebe. Für den Wiederaufbau der deutschen Landwirtschaft nach 1918 und die angestrebte Autarkie benötigte man aber auch die klein- und mittelbäuerlichen Betriebe. Agrotechnische Voraussetzungen für ihre Effizienz konnten aber nicht in ausreichendem Maße geschaffen werden, So mußte man sich auf die Erhaltung und Erleichterung der physischen Arbeitskraft durch die Verbesserung der Handarbeitsgeräte konzentrieren. Daraus habe sich dann ein scheinbares Festhalten der Bauern an bisherigen Arbeitsverfahren ergeben. Aber auch der Bauer habe, wie Jacobeit am Beispiel des Traktors nachvollzog, den Wunsch nach Mechanisierung, der damit verbundenen Arbeiterleichterung und nach einer neuen, der übrigen Gesellschaft angepaßten Arbeits- und Lebensweise gehabt.

Der Problematik von Mechanisierung und Technisierung gingen auch die beiden sich anschließenden Beiträge nach. Hans-Joachim Rook

(Bergholz-Rehbrücke) betrachtete den Maschineneinsatz und die Elektrifizierung in der brandenburgischen Landwirtschaft zwischen 1870 und 1930. Er stellte drei ablaufende Grundprozesse heraus. Erstens kam es zu Weiter- und Neuentwicklungen von Arbeitsmaschinen auf der Basis bereits genutzter Maschinen. Zweitens erfolgte eine beginnende Nutzung der Elektroenergie. Drittens begann der Einsatz von Motorpflügen und Traktoren. Rook stellte dann jene Faktoren heraus, die einer breiten Anwendung entgegenstanden hätten. Insbesondere die hohen Stromkosten und die Anschaffungskosten dazu geführt hätten, daß hauptsächlich in den bäuerlichen Betrieben weiterhin die Muskelkraft dominierte. Trotz dieser Hemmnisse sah Rook in den in der brandenburgischen Landwirtschaft ablaufenden Mechanisierungsvorgängen dennoch zunächst eine Anpassung an den technischen Fortschritt und dann angesichts von Landflucht und Konkurrenzkampf eine entscheidende Stabilisierungsstrategie.

Jürgen Laubner (Halle a.d.S.) wandte sich der Technisierung in ober-schlesischen Magnatengütern zu. Aufgrund der gegebenen Quellenlage, so Laubner, könnten hier Aussagen nur über Analogieschlüsse, die sich aus Trendentwicklungen oder ähnlichen Proportionen einzelner statistischer Daten ergeben, gewonnen werden. Ausgehend vom Nutzungsgrad der Maschinen in Betrieben über 1000 Hektar schloß Laubner auf einen hohen Mechanisierungsgrad der Magnatengüter. Er machte aber auch auf eine besonders entwickelte Nutzungsform des Bodeneigentums in den Magnatengütern aufmerksam, den Abbau von Bodenschätzen und die Verarbeitung von Rohstoffen, insbesondere von Holz. Die hier praktizierte Verbindung von Großgrundbesitz und Industrie wertete Laubner als die wohl günstigste Modernisierungsvariante.

Der dritte Tagungsschwerpunkt war dem Antimodernismus in der ostdeutschen Landwirtschaft vorbehalten. Es wurde nach den durch ihn angebotenen Auswegen, Abhilfen und Ablenkungen von notwendigen Strukturänderungen gefragt. Dieser unter der Leitung von Hans-Jürgen Puhle (Frankfurt) stehende Komplex wurde durch drei Referate eingeleitet.

Wolfram Pyta (Köln) ging in seinem Beitrag der Bedeutung der Steuerfrage für die Gutsbetriebe nach. Er machte deutlich, daß der Großgrundbesitz bis 1918 sich auf Reichs-, Landes-, und Kommunalebene nicht nur dem fiskalischen Zugriff weitgehend entziehen konnte, sondern steuerlich auch noch bevorteilt wurde. Für Pyta waren dafür zum einen die immanenten Mängel in der Erhebung der wichtigsten auf die Landwirtschaft zugeschnittenen Steuern und zum anderen die direkte politische Einflußnahme der Gutsbesitzer auf das Ausmaß der steuerlichen Belastung maßgebend. Nach der Inflation stellten die in der Weimarer Republik neu geordneten und begründeten Steuern einen erheblichen Betriebskostenfaktor dar und verringerten das Betriebsergebnis. Wenn sie auch nicht ursächlich die ökonomischen Probleme der Großgrundbesitzer hervorgerufen haben, so trugen sie doch - wie Pyta belegte - zur wirtschaftlichen Kalamität der Masse der ostdeutschen Gutsbetriebe zu Beginn der 1930er Jahre bei. Der Stil der um die Steuerfrage geführten Auseinandersetzungen markierte nach Pyta den Übergang von einer lautstarken Interessen-

artikulation zu einer radikalen Verabsolutierung des eigenen Interessenstandpunktes, die nicht davor zurückschreckte, Recht und Gesetz zu brechen.

Jens Flemming (Hamburg) sprach zur Landarbeiterpolitik der ostelbischen Großgrundbesitzer. Diese seien in den 1890er Jahren zunächst gezwungen gewesen, auf die von Max Weber vorgenommene Auswertung der Enqueten über Landarbeiter zu reagieren. Weber war zu dem Ergebnis gekommen, daß sich allmähliche die Interessengemeinschaft zwischen Gutsherren und gutsansässigen Tagelöhnern auflöse und sich unpersönliche, den außerökonomischen Zwängen entkleidete Arbeitgeber-Arbeitnehmer-Beziehungen entwickelten. Dieser Aussage wurde vielfach widersprochen. Dazu zog man Untersuchungen von Pfarrern über die sittliche Lage auf dem Lande heran und versuchte mit Hilfe der Landwirtschaftskammern Gegenenqueten zu erstellen, was aber nur in Pommern und Ostpreußen gelang. Aufgrund dieser Untersuchungen stellte man fest, daß auf dem Lande die Verhältnisse außerordentlich verträglich und besser als in der Stadt seien. Flemming widerlegte - vor allem für die durch die Gutsbesitzer ergriffenen und geforderten Maßnahmen zur Kompensierung der Landflucht - diese Behauptung an zahlreichen Beispielen. Er stellte fest, daß Lebenshaltung und Status der Tagelöhner deutlich absanken und die soziale Unsicherheit anwuchs. Die Landarbeiter seien Objekte der Politik geworden, die vom Arbeitsmarkt sowie von polizeilichen und hygienischen Maßnahmen bestimmt wurde.

Heinz Reif (Berlin) fragte nach dem Stellenwert des Antisemitismus in Agrarverbänden während der Weimarer Republik. Aus einer Analyse von Presseorganen des Reichslandbundes (RLB) und weiterer agrarische Presse stellte er erste Thesen und Befunde vor. Sowohl zeitlich als auch in den Strukturebenen des RLB sei die antisemitische Agitation und Argumentation unterschiedlich ausgeprägt, sei sie unterschiedlich genutzt und gehandhabt worden.

Fand sich in der Presse des bis 1921 existierenden Bundes der Landwirte ein wütender Antisemitismus, der zur Erklärung der Kriegsniederlage und der agrarischen Schwierigkeiten diene, so änderte sich dies mit der Gründung des RLB. In dem zentral herausgegebenen "Reichslandbund" gab es kaum antisemitischen Äußerungen. Reif erklärte das mit seiner Aufgabe, für alle deutschen Agrarregionen den gemeinsamen Nenner einer wirkungsvollen agrarischen Interessenvertretung zu vermitteln. Aber auch in der Landespresse seien nach 1925 antisemitische Äußerungen ziemlich ausgeblieben. Demgegenüber hätten das deutsche Adelsblatt und der deutsche Jungbauer die völkisch-rassische Indoktrination nach innen übernommen. Reif sah darin eine Arbeitsteilung in der Öffentlichkeitsarbeit. Als Argumentationsmuster diene, wie Reif belegte, der ökonomische Antisemitismus, über den ein starkes Bedrohungs- und Unterlegenheitsgefühl der Landwirtschaft artikuliert wurde.

An die innerhalb der drei Tagungsschwerpunkte erörterten Fragen schloß sich jeweils eine ausführliche, lebhafte und sehr kritische Aussprache an. Sie konzentrierte sich insgesamt auf vier Problemkreise.

Der erste Komplex umfaßte die Kontroverse Agrar- oder Industriestaat. Teuteberg nannte jene Problemebenen, die tiefer zu analysieren seien, nämlich das Verhältnis der Landwirtschaft zum Staat, zur Industrie und in diesem Zusammenhang vor allem die Vermittlung zwischen beiden Bereichen über das Konzept des "inneren Marktes". Achilles machte darauf aufmerksam, daß die von Harnisch vorgenommene Gleichsetzung von Zoll- und Getreidepreisen nicht korrekt sei. Es seien vielmehr, wenn man die Auswirkungen der Zölle auf die Gesellschaft beurteilen wollte, Getreidepreise und Einkommen einem Vergleich zu unterziehen, wobei den Relationen von Getreide- und Brotpreis besondere Bedeutung zukäme. Willi Boelcke (Stuttgart) fragte, inwieweit die Agrarstaat-Industriestaat-Debatte in der Gesellschaft wahrgenommen worden sei und welche Konsequenzen sich ergeben hätten. Diese Frage löste eine breite Diskussion aus, die aber zu keiner schlüssigen Antwort fand, sondern hauptsächlich weitere Untersuchungsfelder anregte. Der von Harnisch geäußerten Meinung, daß die "Industriekarte", ein Kooperationskonzept Industrie-Großlandwirtschaft für die Agrarier langfristig zu instabil gewesen sei, stellte Boelcke die Frage entgegen, warum die ländlichen Produzenten nicht schärfer gesehen hätten. Der Industriestaat habe doch höhere Preise, mehr Geld für Agrarpolitik, höhere Hektarproduktion, mehr Freisetzung von Arbeitsbelastung etc. gebracht.

Einen zweiten Diskussionsschwerpunkt bildete die ökonomische Gesamtentwicklung der ostdeutschen Landwirtschaft im Kaiserreich, wobei insbesondere die Frage nach einer Krise im Zentrum stand. Josef Mooser (Bielefeld) äußerte Bedenken zu der von Heß vorgetragenen Meinung, daß es keine ökonomische Krisensituation gegeben habe. Er fragte, welche Krise die Landwirtschaft denn dann in Wirklichkeit durchgemacht habe, da nach seiner Auffassung die in der Öffentlichkeit viel publizierte und debattierte Krisenproblematik doch nicht nur schlechte Ideologie gewesen sein könne, sondern eine reale Basis gehabt haben müsse. Er sehe durchaus betriebswirtschaftliche und soziale Schwierigkeiten, insbesondere in der von Heß nicht einbezogenen Arbeiterfrage. Für Teuteberg gab es eine wirtschaftliche Krise im eigentlichen Sinne kaum, wenn überhaupt, dann eventuell in den 1920er Jahren. Er sah als eigentliche Krise an, daß man erkannt habe, daß der moderne Industriestaat das Rennen gegen die Landwirtschaft gewonnen habe. Diese Krisenerfahrung dürfe jedoch nicht auf die ökonomische Dimension, auf das Verhältnis Industrielandwirtschaft und Landwirtschaft reduziert werden, denn es sei um Lebensformen und Kulturen gegangen. Buchsteiner verwies darauf, daß die von Heß getroffenen Einschätzungen der ökonomischen Situation der ostdeutschen Landwirtschaft nur auf Erhebungen der 1890er Jahre und für die Gesamtheit der Landwirtschaftsbetriebe des Deutschen Reiches beruhten. Es stelle sich aber die Frage nach den Ausgangs- und Endwerten, die dieser Entwicklung zu Grunde gelegen haben. Sie hob hervor, daß es bis Mitte der 1890er Jahre z.B. ein starkes Gefälle in den Hektarerträgen zwischen den hauptsächlich durch den bäuerlichen Besitz geprägten südlichen und westlichen Regionen Deutschlands und den vom Großgrundbesitz dominierten

ostdeutschen Gebieten gegeben habe. Erst in den 1890er Jahre habe infolge der nunmehr auch in den Gutsbetrieben erfolgten Produktionsintensivierung eine umgekehrte Entwicklung eingesetzt. Achilles wies auf Mängel der Verschuldungsstatistik hin. Als Maßstab für eine Vermessung der Verschuldung dürfe nur der Reinertrag herangezogen werden. Müller fragte, inwieweit die Brennereien in die Berechnungsgrundlagen der Rentabilität einbezogen seien. Schremmer plädierte insgesamt dafür, als Bewertungsgrundlage die Ein- und Ausgaben gegenüberzustellen. Puhle schlug vor, statt von einer Krise von einer strukturellen Schwäche der Landwirtschaft zu sprechen.

Der dritte, hauptsächlich diskutierte Themenbereich beinhaltete Fragen zum Modernisierungsprozeß. Zu dem von Klemm eindrucksvoll nachgewiesenen landwirtschaftlichen Bildungsanstieg ergänzte Achilles, daß die akademisch ausgebildeten Landwirte nicht in die Praxis gegangen seien, sondern hauptsächlich in den Kammern, Vereinen oder als Wanderlehrer gewirkt hätten. Dagegen seien die nur gering bzw. auf mittlerer Ebenen Ausgebildeten in die Betriebe zurückgekehrt. Buchsteiner machte darauf aufmerksam, daß sich trotz der von Müller positiv bewerteten Lage der Pächter und allgemein der Pachtbedingungen seit Ende der 1890er Jahre die Pacht von Großbetrieben sich rückläufig entwickelt habe. Achilles sah in der festgeschriebenen Betriebsgrößenstruktur der deutschen Landwirtschaft ein entscheidendes Hindernis für ihre Mechanisierung. Der Frage, warum die Hofmechanisierung weit hinter der Feldmechanisierung zurückgeblieben sei, ging Boelcke nach. Das wäre nicht durch die Betriebsstruktur zu erklären. Für ihn bestünden die Ursachen vielmehr in technischen Problemen und Kosten. Puhle wies daraufhin, daß die Mechanisierung so langsam verlaufen sei und fragte nach Ursachen. Von den im einzelnen vorgetragenen Modernisierungsfaktoren und ihrer Widerspiegelung in der landwirtschaftlichen Praxis ausgehend warf er die Frage auf, was an der ostdeutschen Landwirtschaft modern gewesen sei. Er sehe eine moderne Landwirtschaft nur in Spezialisierungsgebieten wie etwa in der Viehzucht Nordwestdeutschlands und im Zuckergürtel.

Auf den Vortrag von Reif eingehend, beklagte Teuteberg das Fehlen von allgemeinen Erklärungsansätzen für den ländlichen Antisemitismus. Dabei hätte es einen doppelten cultural gegeben, der zum einen zwischen Stadt und Land und zum anderen zwischen den großen Veränderungen in der Landwirtschaft und dem zurückbleibenden Gruppenbewußtsein ländlicher Produzenten bestanden habe. Die Verachtung des Städters für das Land sei eine der Wurzeln für den intensivierten ländlichen Antisemitismus gewesen. Teuteberg machte den Vorschlag, nicht den Begriff Ideologie zu benutzen, sondern zwischen vorwärtstreibenden und beharrenden Kräften zu unterscheiden.

Für Mooser war die Aussage von Pyta, daß für die Junker selbst die Steuerzahlung eine Zumutung gewesen sei, eine Überraschung. Mooser sah ein Problem eher darin, daß die Junker als elitäre Sozialgruppe eine neue Position finden mußten und zwar in einer Gesellschaft, die im Umfeld für sie permanent unsicher war.

Puhle wandte sich der theoretischen Durchdringung des Begriffs "Modernisierung" und der sie bestimmenden Kriterien zu. Er charakterisierte Modernisierung als einen Prozeß, der nicht linear, sondern sektoral verlaufe. Solche Sektoren seien die Ökonomie, insbesondere ihr Wachstum und ihre Verteilung und der wissenschaftlich-technische Produktionsfortschritt. Dazu kämen dann soziale, politische und kulturelle Komponenten. Puhle sah ein bestimmtes Ablaufmuster von Modernisierungsphasen auf den Meßebenen Bürokratisierung, Industrialisierung und Demokratisierung. Es müsse aber auch gefragt werden, Modernisierung für wen und zu welchen Kosten. Modernisierung sei zu prüfen am Verhältnis der Landwirtschaft zur Politik, zum Staat und zur Industrie, am Ausbau der Landwirtschaft durch Spezialisierung und am Grad der politischen Kompensation ökonomischer Verluste.

Teuteberg dem zu und erweiterte die von Puhle genannten Ebenen um die Nationalisierung der Kommunikation und die Durchsetzung des Massenkonsums. Er verwies darauf, daß manche Autoren wie z.B. Flora mehrere Dutzend Meßebenen nennen und schlug vor, die den Agrarhistoriker interessierenden und vom ihm zu bearbeitenden Meßebenen durch einen strikten regionalen Bezug auszuwählen. Teuteberg stellte den Begriff "Modernisierung" gänzlich in Frage. Als ein Problem sah er die Einordnung staatlicher Interventionen. Für ihn sei daher das Wissen um ihre Funktion und Wirkung eine wesentliche Voraussetzung. Es müsse geklärt werden, ob der Schutz zum Zwecke der Neuordnung oder Entlastung von Innovation gar zu einer Versteinering einer bestimmten Produktionsform bis hin zur Agonie geführt habe. Eine Konzentration auf den letztgenannten Zweck führe dann zur deutschen Eigenart des Antimodernismus.

Harnisch machte auf jene Erfahrungsbereiche aufmerksam, die den agrarischen Modernisierungsprozeß überlagert, verzerrt oder gebremst hätten. Dazu gehörten u.a. die Landflucht, die Verstädterung, der Nationalismus, bildungsbürgerliche Kulturkritik, die Angst vor der Entvölkerung des Ostens, die Nationalisierung des Landes, das Erstarken der Agrarromantik oder die Sorgen um eine angemessene Militärmacht. Auch die Kooperation zwischen Landwirtschaft und Industrie wie der Einfluß der Industrie auf die Landwirtschaft seien hier einzubeziehen.

Der vierte Diskussionskomplex wurde hauptsächlich durch die Abschlusßdiskussion bestimmt. Sie beinhaltete vor allem im Verlaufe der Tagung deutlich gewordene neue Sichtweisen, Ergebnisse, Schlußfolgerungen und offene Fragen.

Für Rudolf Berthold (Berlin) habe die Diskussion nach der Modernität der ostdeutschen Landwirtschaft neben einem Schärfebereich auch einen Unschärfebereich deutlich gemacht. Um letzteren deutlicher werden zu lassen, müsse als entscheidender Ansatz die Agrarökonomik gewählt werden. Er schlug vor, sie in den Mittelpunkt des Modernisierungsansatzes zu stellen, also einen dezidiert agrarwirtschaftlichen Modernisierungsbegriff, einen partiellen Modernisierungsbegriff zu verwenden. Dagegen wandte Achilles ein, daß seit 1880 der Staat die Rahmenbedingungen für die landwirtschaftliche Produktion

durch die Zölle vorgegeben habe und daher eine reine ökonomische Betrachtung nicht mehr möglich sei.

Harnisch plädierte für eine Agrargeschichte als Geschichte der ländlichen Gesellschaft. Die Diskussion habe aufgezeigt, daß die agrarwirtschaftliche Problematik in unserem Zeitraum engstens mit gesellschaftspolitischen Problematiken verbunden war. Daraus ergebe sich die leitende neue Perspektive, Agrarpolitik als Gesellschaftspolitik zu analysieren. Dirk Stegmann (Lüneburg) erhob gleichfalls diese Forderung. Für ihn sei Modernisierung der Landwirtschaft erkennbar geworden, aber undeutlich sei geblieben, wie weit diese vorangeschritten sei. Als eine Möglichkeit, den Modernisierungsgrad genauer zu bestimmen, stelle der internationale Vergleich dar. Offen sei für ihn die Frage, ob es die Möglichkeit des Übergangs der ostelbischen Güter zur Veredelung gegeben habe. Bis 1918 habe der Staat die Landwirtschaft maximal gesteuert, und es seien nur wenig Eigeninitiativen möglich gewesen. Politische Modernisierung habe es in Deutschland kaum gegeben und der Reformkonservatismus blieb schwach. Für Stegman lag möglicherweise auch darin das schwache reformkonservative Motiv in der Landwirtschaft begründet. Nach 1918 sei es dann zu einer Doppelkrise in beiden reformschwachen Bereichen, der Landwirtschaft und der Politik gekommen, weil die staatliche Stütze plötzlich ersatzlos weggefallen war. So hätten die 1920er Jahre den ostelbischen Agrarproduzenten deshalb in einer völlig neuartigen Krise gesehen, der er nicht gewachsen war.

Bo Stråth (Göteborg) schlug vor, auf die jeweils unternehmerischen Rationalitäten verschiedener Gruppen der ländlichen Produzenten zu achten und den Blick offenzuhalten für verschiedene Anpassungsstrategien, aber auch für die Grenzen, die Distanz zum Staat, zur Industrie und zum Industriestaat. Auch nach seiner Auffassung sei es günstiger, die Entwicklung der Agrargesellschaften im internationalen Vergleich zu verfolgen.

Stepinski verwies auf Quellenmaterial zur Erforschung der Entwicklung von Absatzmärkten. Als ein wichtiges Erklärungsmoment für die ländliche Entwicklung hob er das Erstarken des Adels nach 1895 und sein Rückwirken auf die Landbevölkerung hervor und schlug vor, dieses detaillierter zu untersuchen.

Achilles regte an, die Agrargeschichte des Kaiserreiches in drei Themenkreise zu unterscheiden und miteinander zu verknüpfen: Diese seien Betriebswirtschaft/Marktwirtschaft/Ideologie - Eliten - gesellschaftliche Verhältnisse.

Teuteberg unterbreitete den Vorschlag, in die neue Agrargeschichte den Prozeß der Urbanisierung direkt einzubinden. Die Rückwirkung von der Stadt auf das Land würden durch die Urbanisierung zunehmend intensiver und gewannen eine neue, Erfahrung und Handlung prägende Qualität.

Für Schremmer stellte Fortschritt eine Frage des Werturteils dar, eine Frage der Spiegelung. Daher müsse als Meßlatte die Wandlung des Werturteils gelten.

Als offene Probleme wurden u.a. weiter das landwirtschaftliche Kreditwesen, das Versicherungswesen, die Verdichtung des Kommunikationsnetzes oder die Bürokratien in der Landwirtschaft genannt. Defizite gäbe es auch, wie in der Diskussion hervorgehoben wurde, in den Bereichen ländliche Lebenswelt, Stellung der Frau und bäuerliche Haushaltsführung.

Die insgesamt sehr aufschlußreiche und interessante Tagung wertete Reif in seinem Schlußwort als eine der agrargeschichtlichen Forschung neue Ansatzpunkte vermittelnde konstruktive Zusammenkunft, die eine Fortsetzung finden sollte. Er kündigte an, daß die Tagungsbeiträge veröffentlicht werden.

## **Autorenverzeichnis**

*Buchsteiner, Ilona*, geb. 1948, Priv.-Doz., Dr. phil., Oberassistentin für Wirtschafts- und Sozialgeschichte am Fachbereich Geschichtswissenschaften der Universität Rostock. Forschungsschwerpunkte: Agrargeschichte. 1993 wird die Habilitationsschrift "Großgrundbesitz in Pommern" erscheinen.

*Cribier, Françoise*, Geographin und Gerontologin. Directeur de recherches am Centre National de la Recherche Scientifique, Paris; Leiterin der Equipe de géographie sociale et gérontologie an der Universität Paris VII und am CNRS. Zahlreiche Forschungsberichte und Zeitschriftenveröffentlichungen, u.a.: Une génération de Parisiens arrive à la retraite, Paris: CNRS 1978; Itinéraires professionnels et usure au travail: une génération de salariés parisiens, in: Le Mouvement Social No. 124, 1983, S. 11-44; Changes in Life Course and Retirement in Recent Years: The Example of Two Cohorts of Parisians, in: P. Johnson/C. Conrad/D. Thomson (Hrsg.), Workers Versus Pensioners, Manchester 1989, S. 181-201.

*Dornseifer, Bernd*, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Fachbereich Geschichtswissenschaften der Freien Universität Berlin. Studium der Geschichte, Soziologie und Ökonomie in Frankfurt, Bielefeld, Baltimore und Cambridge (USA). Publikationen: The Impact of the Preindustrial Heritage. Reconsiderations on the German Pattern of Corporate Development in the Late 19th and Early 20th Centuries, in: Industrial and Corporate Change 2 (1993), S. 241-256 (zus. mit Jürgen Kocka); Strategy, Technological Capability and Innovation. German Enterprises in Comparative Perspective, in: W. Fischer/F. Caron (Hg.), Innovation in the European Economy Between the Wars, Berlin/New York, im Erscheinen.

*Harnisch, Hartmut*, geb. 1934, Studium Geschichte, Geographie, Archivwissenschaft in Greifswald und Berlin 1952-1958. Wissenschaftlicher Archivar am Landeshauptarchiv/Staatsarchiv Potsdam 1959-1973; Akademie der Wissenschaften der DDR - Institut für Wirtschaftsgeschichte 1973-1991; 1991 Humboldt-Universität Berlin, Lehrstuhl für die Geschichte Preußens; 1964 Dr. phil.; 1978 Promotion B. Forschungsschwerpunkte: Agrargeschichte, Bevölkerungsgeschichte, Sozialgeschichte des 16. bis 19. Jahrhunderts.

*Joly, Hervé*, Assistent für Politikwissenschaft an der Universität Poitiers. Hervé Joly hat kürzlich an der Ecole des Hautes Etudes en Sciences Sociales (Paris) seine Doktorarbeit über die deutsche industrielle Elite unter dem Titel "Beruf, Macht und Politik (1933-1989)" beendet. Er gehört im Rahmen des "Laboratoire de Changement Institutionnel - Centre National de la Recherche Scientifique" einer Forschungsgruppe über die industriellen Eliten in Europa an.

*Kaelble, Hartmut*, geb. 1940, Sozialhistoriker, seit Ende 1991 Professor für Sozialgeschichte an der Humboldt-Universität. Auslandsaufenthalte an der Harvard University, am St. Antony's College in Oxford, an der Maison des Sciences de l'Homme in Paris, an der Erasmus Universität Rotterdam. Wichtigste Arbeitsgebiete: Vergleichende Sozialgeschichte des 19. und 20. Jahrhunderts; gesellschaftliche Europavorstellungen im 19. und 20. Jahrhundert; Methoden des Vergleichs. Publikationen: Zuletzt "Auf dem Weg zu einer europäischen Gesellschaft. Eine Sozialgeschichte Westeuropas, 1880-1980", 1987, Übersetzung ins Französische, Englische, Italienische; "Nachbarn am Rhein. Entfremdung und Annäherung der französischen und deutschen Gesellschaft seit 1880", 1991; als Herausgeber "Der Boom 1948-1973", 1992; zusammen mit Heinrich A. Winkler "Nationalismus - Nationalitäten - Supranationalität", 1993.

*Müller, Klaus O.W.*, geb. 1934, Prof. Dr. rer.oec.habil. i.R. Wichtigste Veröffentlichungen: Heinrich von Stackelberg. Ein moderner bürgerlicher Ökonom, 1965; Die bürgerliche Kreislauftheorie, 1968; Neu-Keynesianismus, 1972; Joseph A. Schumpeter. Ökonom der neunziger Jahre, 1990.

*Rouette, Susanne*, geb. 1956, Studium der Geschichte und Chemie in Hannover und Berlin, 1991 Promotion am Inst. f. Geschichtswissenschaft der TU Berlin (Sozialpolitik als Geschlechterpolitik. Die Regulierung der Frauenarbeit nach dem Ersten Weltkrieg, Frankfurt a.M. 1993), wiss. Referentin am Westfälischen Institut für Regionalgeschichte, Münster; arbeitet derzeit zur Geschichte der ländlichen Gesellschaft im 19. Jahrhundert.

*Wunder, Bernd*, geb. 1938, Professor für Neuere Geschichte an der Universität Konstanz. Forschungsschwerpunkt: Verwaltungsgeschichte des 18. und 19. Jahrhunderts. Mitherausgeber des "Jahrbuchs für europäische Verwaltungsgeschichte" Bd. 1ff (1989ff.). Publikationen: Frankreich, Württemberg und der Schwäbische Kreis während der Reunions (1679-97), Stuttgart 1971; Privilegierung und Disziplinierung. Die Entstehung des Berufsbeamtentums in Bayern und Württemberg (1780-1820), München/Wien 1978; Geschichte der Bürokratie in Deutschland, Frankfurt a.M. 1986; Vom Dorfschulmeister zum Staatsbeamten. Die Verbeamtung der badischen Lehrerschaft im 19. Jahrhundert, Bühl 1993.